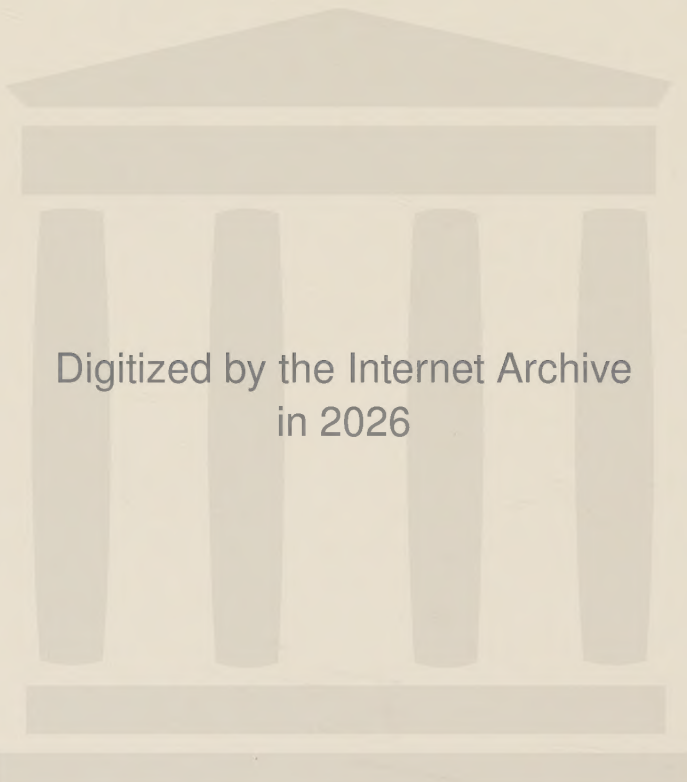


"DIE DEUTSCHE NATION IN DER
SICHT DER DDR"

Inauguraldissertation zur Erlangung
des Grades eines Doktors der Wirt-
schafts- und Sozialwissenschaften
am Fachbereich Politische Wissen-
schaft der Freien Universität Berlin

Vorgelegt von Diplom-Politologin
Helga Ernst aus Hannover-Vinnhorst

1977



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41549022_0002

Erstgutachter: Prof. Dr. H. Bütow

Zweitgutachter: Prof. Dr. W. Bauer

Tag der Promotion: 4. Februar 1977





Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	1
1. Begriffsbestimmungen der "Nation"	2
1.1 Der Begriff der Nation bei Marx und Engels	2
1.2 Der Begriff der Nation bei Lenin und Stalin	12
1.3 Der Begriff der Nation bei der KPD/SED	24
1.3.1 KPD und Nation in der Weimarer Republik	24
1.3.2 Die nationale Frage während der Besatzungsära	28
1.3.3 Das Problem der Nation in der DDR bis 1961	36
1.3.4 Der sukzessive Teilungsprozeß der deutschen Nation nach dem Mauerbau	42
2. Die Haltung der KPD gegenüber dem Problem der deutschen Nation - 1918 - 1946	56
2.1 KPD und Nation in der Weimarer Republik	56
2.2 Das Nationalkomitee "Freies Deutschland"	61
2.3 Die Wiedergründung der KPD	63
3. Die SBZ 1945 - 1949	66
3.1 Der Zusammenschluß von SPD und KPD	66
3.2 Ackermanns These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus	74
3.3 Die deutsche Volkskongreßbewegung	80
4. Die DDR	90
4.1 Der Vorrang der nationalstaatlichen Lösung 1949 - 1956	90
4.1.1 Die Gründung der DDR	90

II

	Seite
4.1.2 Die Nationale Front - ihr Auftrag in der DDR und für die BRD	96
4.1.3 Die sowjetische Deutschland-Note 1952 und der "Aufbau des Sozialismus" in der DDR	104
4.1.4 Der "Neue Kurs" und der 17. Juni 1953	114
4.1.5 Nach der militärischen Westintegration der BRD: Die Wiedervereinigung ist nicht mehr vordringlichste Aufgabe	123
4.1.6 Die Schirdewan-Wollweber-Opposition und die Harich-Plattform - die end- gültige Absage an den "Dritten Weg"	133
4.2 Die Konföderation als Vorstufe zur Wiedervereinigung 1957 - 1961	138
4.2.1 Die Vorschläge des Zentralkomitees der SED vom 30.1.1957	138
4.2.2 Die Hauptaufgabe des V. Parteitages: Der Beweis der Überlegenheit des So- zialismus der DDR gegenüber dem Kapi- talismus der BRD	145
4.2.3 Die 1. Bitterfelder Konferenz	153
4.2.4 Der "Deutschlandplan des Volkes" - Aufruf zur Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse	158
4.3 Das Nebeneinander zweier deutscher Staaten 1961 - 1967	166
4.3.1 Der 13. August 1961 als Wendepunkt zum vollständigen Aufbau des Sozialismus in der DDR	166
4.3.2 Das Programm der SED 1963	178

III

	Seite
4.3.3 Der Lehrplan für Staatsbürgerkunde 1964 - Symptom für den Vorzug der sozialistischen Nation	185
4.3.4 Das Staatssekretariat für gesamtdeut- sche Fragen und ein neuer Versuch zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse	190
4.4 Die Nation - zwei voneinander unabhän- gige deutsche Staaten	200
4.4.1 Der VII. Parteitag - Vereinigung als Fernziel	200
4.4.2 Die Verfassung von 1968 und die Ver- antwortung für die ganze Nation	209
4.4.3 Der Vertragsentwurf über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland	217
4.4.4 Der VIII. Parteitag: endgültige Abgren- zung	225
4.5 25 Jahre DDR - zwei deutsche Nationen	232
Schlußbetrachtung	244
Literaturverzeichnis	252

Einleitung

Die Idee, Theorie und Praxis der nationalen Frage in Deutschland, so wie sie in der DDR verstanden werden, zu untersuchen, entstand während der ersten staatlichen Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Mit dieser Arbeit soll nachgewiesen werden, daß eine Wiedervereinigung beider deutscher Staaten auch unter dem nationalen Aspekt - als einem der Teilbereiche gesamtdeutscher Politik - derzeit nicht realisierbar ist. Zu diesem Resultat führte die Untersuchung der innerdeutschen Politik der DDR und der sie begleitenden Theorie zur deutschen Nation.

Für die Ausarbeitung des Themas bot sich die chronologische Folge an, da auf diesem Wege am ehesten der Wandel der KPD/SED in bezug zur nationalen Frage nachgezeichnet werden konnte. Der Verfasser stand vor der Entscheidung, die Arbeit zeitlich umfassend abzuhandeln oder eingegrenzt und detaillierter zu fassen. Der Verfasser entschied sich zugunsten des ersten Weges und nahm damit in Kauf, daß Teilbereiche zur nationalen deutschen Frage nicht berücksichtigt wurden. Einer dieser Komplexe ist der der Betrachtung der Sorben, einer nationalen Minderheit innerhalb der deutschen DDR-Bevölkerung, anhand derer die Nationalitätenpolitik der DDR in ihrer konkreten Ausführung gemessen werden könnte. Einen anderen Bereich könnte die Beleuchtung der sogenannten "Gesamtdeutschen" oder "Deutschen Arbeiterkonferenzen"⁽¹⁾ abdecken; hierin könnte die sukzessive Reduktion gesamtdeutscher und

(1) "Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenzen" wurden vom Jahre 1954 an in Leipzig abgehalten, seit 1961 unter der Bezeichnung "Deutsche Arbeiterkonferenzen". Vom Jahre 1971 an fand keine Konferenz mehr statt.

gesamtnationaler Ambitionen der DDR ein weiteres Mal nachvollzogen werden.

Bezüglich der Materiallage ist zu bemerken: Aus den ersten Nachkriegsjahren fehlen Dokumente, Zeitungen, Zeitschriften, die in der Bundesrepublik und West-Berlin nicht zu erhalten waren, und die von der DDR nicht zur Verfügung gestellt wurden. Das nötigte zur gelegentlichen Verwendung von Sekundärliteratur auch dort, wo eine Einsichtnahme des Originals von Interesse gewesen wäre.

1. Begriffsbestimmungen der "Nation"

1.1 Der Begriff der Nation bei Marx und Engels

Marx und Engels legten ihre Ideen zur nationalen Frage erstmals im "Kommunistischen Manifest" dar. Sie gingen davon aus, daß die Nation sich zunächst als bürgerliche Nation entwickelt, nachdem die revolutionäre Bourgeoisie die Feudalordnung überwunden und die politische Macht erobert hat. Die zunehmende Konzentration der Produktionsmittel, des Eigentums, in den Händen der Bourgeoisie bedingt auch die politische Konzentration, die Formierung der Nation in einem bürgerlichen Staat.

Die Entwicklung von Bourgeoisie und moderner Industrie sind eng miteinander verknüpft und erfolgen parallel zueinander. Abhängig von diesem Prozeß bildet sich das Industrieproletariat. Zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist zeitweilig eine Interessenidentität vorhanden, die erlischt, sobald die Bourgeoisie im vollen Besitz der politischen Macht ist. Die Bourgeoisie, die anschließend der Unterstützung des Proletariats

nicht mehr bedarf, vertritt die nationalstaatlichen Interessen nun ausschließlich unter klassenspezifischen Gesichtspunkten, nicht mehr wie anfänglich unter gesamtnationalen.

Die Bourgeoisie befindet sich in ihrer weiteren Entwicklung auf nationaler Ebene in fortwährendem Kampf mit dem stetig anwachsenden Proletariat einerseits, und andererseits zwingt die Produktionsausweitung die Bourgeoisie untereinander zum Kampf um Marktanteile. Darüber hinaus muß sie sich im internationalen Rahmen gegen die Konkurrenz der Bourgeoisien anderer Länder durchzusetzen versuchen, die sich ebenfalls zunehmend nationalstaatlich orientieren. Die internationalen Konflikte resultieren aus der Entwicklung der Produktivkräfte und daraus sich ergebenden Absatzproblemen, die die nationalen Märkte zu eng werden lassen. Die "große Industrie" zwingt die Bourgeoisie, ständig nach neuen Absatzmärkten für ihre Produkte zu suchen; sie dringt in die Handelssphären anderer Nationen ein. Der Weltmarkt entsteht. Die Marktkonkurrenz erzeugt die Feindschaft der nationalen Bourgeoisien untereinander. Aber in dialektischer Verknüpfung bewirkt der Weltmarkt zugleich die Abhängigkeit der Nationen voneinander, und der Abbau nationaler Schranken beginnt, soweit sie der ökonomischen Entwicklung im Wege stehen. Im Zuge dieses Prozesses wird jede a u t a r k e nationale Industrie vernichtet.

Es ist also die Entwicklung der Produktivkräfte, die in der Außenwirkung die Beziehungen der Nationen zueinander ebenso bestimmt wie die gesellschaftlichen Verhältnisse im Innern der Nation. Die Überproduktion erzeugt Handelskrisen und die Verarmung des quantitativ ständig zunehmenden Proletariats. Die Arbeiterklasse fällt in ein Stadium der Armut hinab, in dem sie von

der Bourgeoisie physisch erhalten werden muß. Die Bourgeoisie untergräbt damit ihre eigene Existenzbedingung, die der Vermehrung ihres privaten Reichtums. Die Bourgeoisie ist nach Ansicht von Marx und Engels von diesem Zeitpunkt an unfähig, "noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben... Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich".⁽¹⁾

Notwendige Voraussetzung des Sieges des Proletariats ist seine Organisation zur Klasse, der Zusammenschluß in einer Assoziation.

Marx und Engels erkannten bei den Proletariern unabhängig von ihrer Nationalität überall die gleichen Interessen, nämlich die Kämpfe zwischen den Klassen und Nationen für immer auszuschalten und stattdessen den Frieden zum Prinzip zu erheben. Trotz identischer Interessenlage gestaltet sich, zwar "nicht dem Inhalt", so doch "der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst"⁽²⁾ national. Mit der Eroberung der politischen Herrschaft erhebt sich das Proletariat selbst zur "nationalen Klasse", konstituiert es "sich selbst als Nation".⁽³⁾ Unter der Führung des Proletariats werden die Gegensätze zwischen den Nationen allmählich gänzlich verschwinden, die bereits während der Herrschaftsperiode der Bourgeoisie reduziert worden sind. Dies geschah jedoch nur unter ökonomischem Zwang und schloß den Kampf um die Eroberung fremder Märkte ein. Die Bourgeoisie kann niemals das Stadium des Konkurrenzverlassens verlassen, und deswegen sind ihrer Herrschaft nationale und internationale Konflikte immanent. Erst mit

(1) Marx/Engels, Kommunistisches Manifest, S. 57
in: Manifest der Kommunistischen Partei

(2) ebda., S. 56

(3) ebda., S. 64

"...dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt (letztlich auch) die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander".⁽¹⁾

Diese im "Kommunistischen Manifest" niedergeschriebenen Ideen wurden später von Marx und Engels weiterentwickelt bzw. modifiziert. Besonders die Revolution 1948, die Pariser Kommune und die deutsche Staatsgründung 1871 waren Anlaß, sich mit dem Problem der Nation immer wieder auseinanderzusetzen. Die Aussagen des Manifestes, die Nation betreffend, blieben in der Substanz erhalten, wohingegen die Auffassung von der Übernahme der Staatsmacht durch das Proletariat revidiert wurde (s.u.).

Marx und Engels betrachteten Nationen und Nationalstaaten als historisch notwendige Erscheinungen. - Nach Engels entstanden die Nationalitäten aus dem frühmittelalterlichen "Völkergewirr"⁽²⁾, die sich zu Nationen weiterentwickelten. Die abgegrenzten Sprachgruppen waren die naturgegebene Grundlage zur Staatenbildung. Die Tendenz zur Nationalstaatsentwicklung war nach Engels einer "der wesentlichsten Fortschrittshebel des Mittelalters".⁽³⁾ Die natürlichen Grenzen, die Sprachgrenzen, waren jedoch nie mit den Staatsgrenzen identisch. In allen europäischen Staaten - und diese wurden in erster Linie in Betracht gezogen - gab es fremde Nationalitäten. Engels erachtete es als selbstverständlich, "daß sich fast jede große Nation von einigen Randteilen ihres Körpers trennen mußte...".⁽⁴⁾ Diese "Völkerabfälle",⁽⁵⁾

(1) Marx/Engels, Kommunistisches Manifest, S. 65

(2) Engels, Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, S. 395

(3) ebda., S. 396

(4) ders., Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun, a.a.O., Bd. 16, S. 157

(5) ders., Der magyarische Kampf, a.a.O., Bd. 6, S. 172

wie Engels sie nannte, blieben konterrevolutionär, bis sie von einer starken Nation aufgesogen wurden und den Anspruch auf eigene staatliche Existenz aufgaben.

Marx und Engels gestanden das Recht auf eigenstaatliche Existenz lediglich den großen, lebensfähigen Nationen zu, zu denen sie auch die deutsche zählten. Eine eigene Geschichte, die Fähigkeit und der Wille zur Durchführung von Revolutionen galten als Kriterien für die Bildung bzw. Erhaltung der Nationen in eigenständigen Staatsgebilden. Das Recht auf Selbstbestimmung ihrer inneren Angelegenheiten billigten Marx und Engels nur den großen Nationen zu.

Während Marx und Engels ihre Theorie zur nationalen Frage erarbeiteten, waren unter der Herrschaft der Bourgeoisie die Einheit und die Unabhängigkeit der Nationen und Nationalstaaten bereits hergeseht oder waren im Entstehen begriffen. Sie gründeten sich teils in Folge selbst gescheiterter bürgerlicher Revolutionen. Z. B. konstituierte sich das Deutsche Reich trotz der fehlgeschlagenen Revolution 1848.

Marx und Engels verstanden bürgerliche Revolution und Herrschaft als notwendige Wegbereiterinnen für die sozialistische Revolution; die sozialistische Revolution implizierte den Übergang einer staatlich-einheitlichen bürgerlichen zu einer sozialistischen Nation. Aus dieser ihrer Erkenntnis heraus hatten Marx und Engels seit 1848 die Herstellung einer unteilbaren deutschen Republik unter der Ägide der Bourgeoisie und als Rahmenbedingung für die bürgerliche Nation gefordert. Engels erkannte die territoriale Zerrissenheit Deutschlands als mitschuldig daran, daß die "Gesamtkraft der Nation zersplitterte",⁽¹⁾ daß die

(1) Engels, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, a.a.O., Bd. 8, S. 48

industrielle Entwicklung und korrespondierend damit die der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse zur Zeit der Revolution 1848 in ihrer weiteren Entwicklung behindert wurden. Die Bourgeoisie war 1848 nicht fähig, die ganze politische Macht zu erobern, und Engels diskreditierte sie deshalb später als "die feigste aller Bourgeoisien"⁽¹⁾, die zwar während der Revolution das Proletariat für sich kämpfen ließ, aber bis 1871 die politische Macht nicht einmal w o l l t e, mithin erwiesenermaßen schon vor der Konstituierung der deutschen Staatsnation nicht willens und in der Lage war, im Interesse der Einheit der deutschen Nation zu handeln.

Marx beobachtete und beschrieb das Verhalten einer nationalen Bourgeoisie am Beispiel der Pariser Kommune, die ihm bewies, daß eine regierende Bourgeoisie sich antinational gebärdet, sobald ihre Interessen von denen des Proletariats tangiert werden. Die französische Bourgeoisie stellte während des deutsch-französischen Krieges 1871 ihr egoistisches Klasseninteresse über das nationale, verbündete sich mit der preußischen Armee gegen das Proletariat Frankreichs, "verwandelte sich in eine Regierung des nationalen Verrats".⁽²⁾ Marx sah hierin "den internationalen Charakter der Klassenherrschaft"⁽³⁾ bestätigt; denn obwohl die nationale Bourgeoisie jeweils im nationalen Interesse zu handeln vorgab, verfocht sie doch nur ihr spezifisches Klasseninteresse und sprengte gegebenenfalls ohne Skrupel den nationalen Rahmen. Die Arbeiterklasse dagegen wurde in dieser Situation erstmals über ihren eigenen Klassenrahmen hinaus "offen anerkannt...als die einzige Klasse, die noch einer ge-

(1) Engels, Die "Krisis" in Preußen, a.a.O., Bd. 18, S. 291

(2) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, a.a.O., Bd. 17, S. 319

(3) a.a.O., S. 361

sellschaftlichen Initiative fähig war..."⁽¹⁾. In diesem Sinne konnte sie sich allein als "die wahrhaft nationale Regierung"⁽²⁾ konstituieren.

Bereits mit der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation (1864) erlegte Marx jeder nationalen Arbeiterklasse die Pflicht auf, die politische Macht in ihrem jeweiligen Staat zu erobern. Jedoch erst am Beispiel der Pariser Kommune erkannte Marx, daß die Macht nur durch das bewaffnete Volk erlangt und erhalten werden konnte.

Die französische wie jede bürgerliche Staatsmacht überhaupt war mit der Entwicklung der modernen Industrie und der Verschärfung der Klassengegensätze zu einem Unterdrückungsinstrument der herrschenden Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat geworden. Der bürgerliche Staat stellte nach Marx und Engels lediglich eine "illusorische Gemeinschaftlichkeit"⁽³⁾ dar und war nie etwas anderes gewesen als ein Instrument der herrschenden Klassen zur Unterdrückung der beherrschten Klasse, zur Aufrechterhaltung dieser Unterdrückung und zur Verteidigung der Klasseninteressen der Bourgeoisie nach innen wie nach außen. Die Bourgeoisie hatte lediglich ihre besonderen Interessen zum Allgemeininteresse deklariert, und nur das Proletariat konnte als wahrer Repräsentant eben dieses Allgemeininteresse durch seine Herrschaft wieder herstellen. Damit aber war Herrschaft an sich überflüssig geworden.

Um dieses Ziel zu erreichen, so folgerten Marx und Engels aus ihren Erfahrungen am Beispiel der Pariser Kommune, durfte das Proletariat nach der Machtübernahme

(1) a.a.O., S. 344

(2) a.a.O., S. 346

(3) Marx/Engels, Deutsche Ideologie, a.a.O., Bd. 2, S.33

die vorhandene Staatsmaschinerie nicht einfach beibehalten⁽¹⁾, da sie prinzipiell gegen das Proletariat gerichtet war. Sie mußte umfunktioniert werden zu einem Instrument, das zum Nutzen des proletarischen Staates eingesetzt werden konnte. Die Arbeiterklasse bedurfte zur Festigung ihrer Herrschaft einer energischen Staatsmacht. Diese neue Staatsmacht der Übergangsgesellschaft konnte zunächst nichts anderes sein als die Diktatur des Proletariats. Das Proletariat sollte den sozialistischen Staat zur Niederhaltung seiner Gegner gebrauchen, aber nur solange, bis diese unschädlich geworden seien, bis die Identität der Interessen aller wieder hergestellt sein würde und damit Staat und Herrschaft überflüssig würden.

Die Pariser Kommune bewies nach Marx ferner, daß der neue proletarische Staat die nationale Einheit mehr als zuvor zu sichern in der Lage war: "Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung", nach der alle Kommunen entsprechend dem Delegationsprinzip an der Zentralregierung freiwillig teilhaben sollten. Hierdurch konnte sich diese neue Regierung als wahre Vertreterin der Mehrheit des Volkes ausweisen. Die Kommune stand mit dieser Konzeption in diametralem Gegensatz zu "jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation...".⁽²⁾

Marx und Engels modifizierten die nationale Frage

(1) Engels stellt im Vorwort zur englischen Ausgabe 1888 des "Kommunistischen Manifest" dar, daß "namentlich...die Kommune den Beweis geliefert (hat), daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.", in: Marx/Engels, Manifest..., S. 30

(2) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, a.a.O., Bd. 17, S. 340

unter dem Aspekt des notwendigen Zusammenwirkens des internationalen Proletariats. Sie legten dabei ihre Erkenntnis zugrunde, daß die nationale Frage eine soziale Frage ist und Klasseninhalt hat. In den Statuten der "Internationalen Arbeiterassoziation" wird festgestellt, "...daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt...und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt".⁽¹⁾ Die Vereinigung der Nationen - der Internationalismus - soll demnach über die gemeinsame Lösung der sozialen Frage im Zuge der Aufhebung der Klassengesellschaften erfolgen.

Die Dialektik zwischen nationaler und internationaler Frage beleuchteten Marx und Engels vor allem am Beispiel Polens. Ausgehend davon, daß Preußen an den Teilungen der polnischen Nation beteiligt war, verpflichteten sie insbesondere das deutsche Proletariat, die Wiederherstellung der Einheit Polens zu erkämpfen, denn "eine Nation (könne) nicht frei werden und zugleich fortfahren, andere Nationen zu unterdrücken".⁽²⁾ Die Freiheit Deutschlands ebenso wie die anderer Nationen setze unter diesem Gesichtspunkt die Befreiung Polens ebenso voraus wie den Sieg des Proletariats über s e i n e nationale Bourgeoisie. Dieser Sieg sollte als Signal für die Befreiung a l l e r unterdrückten Nationen wirken. Für Marx und Engels war es durchaus kein Widerspruch, daß die i n t e r n a t i o - n a l e Arbeiterpartei die Herstellung der polnischen

(1) Marx, Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation, a.a.O., Bd. 16, S. 14

(2) Engels, Reden über Polen, a.a.O., Bd. 4, S. 417

Nation erstrebte. Im Gegenteil: nur nachdem Polen seine Unabhängigkeit wiedererobert habe, nachdem es als selbständiges Volk wieder über sich selbst verfügen könne, nur dann sei Polen in der Lage, seine innere Entwicklung wieder zu fördern und an der sozialen Umgestaltung Europas selbständig mitzuwirken.⁽¹⁾

Marx und Engels lieferten keine geschlossene Theorie der Nation. Die Aussagen blieben in mancher Hinsicht ambivalent. Zum einen erscheint die Nation als ein notwendiges Produkt der historischen Entwicklung und als "Wert" an sich. Zugleich aber ist Nation bei Marx und Engels auch Mittel zum Zweck. Denn dort, wo es die Nation noch nicht gibt, muß sie um der proletarischen Revolution willen "hergestellt" werden. Dort, wo sie als bürgerliche Nation bereits existiert, ist sie proletarisch umzugestalten. In jedem Falle aber erscheint die nationale Einheit der Völker lediglich als Vorstufe zu einer "internationalistischen" Weltgemeinschaft, die die nationalen Grenzen ebenso aufhebt, wie die klassenmäßig bedingten nationalistischen Begrenzungen.

Die mangelnde Präzision der Theorie der Nation bei Marx und Engels hatte zur Folge, daß bis heute jede kommunistische Partei ihre eigene nationale Begrenztheit unter Berufung auf beide ebenso rechtfertigen kann, wie eben dennoch grundsätzlich die Internationalisierung der Nationen, vorerst der sozialistischen Nationen, befürwortet wird.

(1) Marx/Engels, Für Polen, a.a.O., Bd. 8, S. 574

1.2 Der Begriff der Nation bei Lenin und Stalin

Die Aussagen von Marx und Engels zur nationalen Frage wurden von Lenin und Stalin aufgegriffen und fanden Eingang in deren Werken.

Lenins Arbeiten sind geprägt von der seinerzeit neuen kapitalistischen Epoche, der des "Imperialismus", der sowohl die nationalen Klassenkämpfe verschärfte als auch die internationalen Beziehungen durch ein ausgeprägtes Kolonialsystem und die daraus resultierenden Verhältnisse zwischen unterdrückenden und unterdrückten Staaten veränderte.

Konkrete Anschauungen für diese inter-nationale Interdependenz erhielt Lenin in dem Vielvölkerstaat Rußland, in dem die großrussische Nation dominierte. Auf diesen persönlichen Erfahrungen fußten die Theorien und politischen Programme der russischen Sozialdemokratie und später der Kommunistischen Internationale, die Lenin aufstellte bzw. maßgeblich beeinflusste. Weiteres Anschauungsmaterial lieferte der 1. Weltkrieg, der Lenin den Beweis dafür erbrachte, daß die imperialistischen Nationen Kriege als Mittel gebrauchen, um weltweit die Aufteilung der rückständigen, schwächeren Nationen und Völker zu ihren jeweiligen eigenen nationalen Gunsten zu verändern. Eine letzte Bereicherung seiner Anschauungen brachte noch zu Lenins Lebzeiten die Oktoberrevolution und die daraufhin folgende veränderte Behandlung der Nationalitäten in Rußland.

Lenin unterscheidet in seinen Werken zwischen zwei kapitalistischen Epochen. Die erste ist die Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, die zweite kennzeichnet den ausgereiften kapitalistischen Staat "...mit stark entwickeltem Antagonismus von

Proletariat und Bourgeoisie...",⁽¹⁾ was gleichsam bereits das Ende des Kapitalismus signalisiert.

Für die ganze Dauer seines Bestandes ist der Nationalstaat die typische Organisationsform des Kapitalismus - wie Lenin es auffaßt. In der Epoche des Imperialismus bestehen nach Lenin drei verschiedene Nationen-Typen, einmal die in den hochkapitalistischen westlichen Staaten formierten, deren nationale Bewegungen der Vergangenheit angehören, zum anderen die der osteuropäischen Völker, die von diesen Bewegungen erfaßt sind, und zuletzt existieren die kolonialen und halbkolonialen Nationen und Völker, in denen nationale Bewegungen bestenfalls im Entstehen begriffen sind.

Aus dieser Erkenntnis resultierte die Forderung nach der "Selbstbestimmung der Nationen", auf die Lenin sein Hauptaugenmerk richtete. "Unter Selbstbestimmung der Nationen ist ihre staatliche Losrennung von fremden Nationalgemeinschaften zu verstehen, ist die Bildung eines selbständigen Nationalstaates zu verstehen".⁽²⁾ Dieses Recht wurde allen Nationen ausschließlich zuerkannt, die der oben erwähnten 2. oder 3. Kategorie zuzuzählen waren.

Das bedingungslose Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht jedoch verwarf Lenin als bürgerliche Phrase.⁽³⁾ Das Selbstbestimmungsrecht gilt als ein demokratisches Prinzip unter anderen, das jeweils unter dem Aspekt der Erfordernisse des Klassenkampfes,

(1) Lenin, Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: Werke, Bd. 20, S. 403

(2) a.a.O., S. 399

(3) ders., Die nationale Frage in unserem Programm, in: Werke, Bd. 6, S. 454

des Proletariats, zu betrachten und zu entscheiden sei. Lenin bekannte dazu für die russische Sozialdemokratische Partei: "Die Sozialdemokratie sieht... ihre...wichtigste Aufgabe darin, die Selbstbestimmung nicht der Völker und Nationen, sondern des Proletariats innerhalb jeder Nationalität zu fördern".⁽¹⁾ Es ging Lenin und seiner Partei also nicht um die Selbstbestimmung um jeden Preis, sondern um die "sozusagen negative Forderung nach Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung".⁽²⁾

Das Kapital, das in seiner imperialistischen Phase über den Rahmen des Nationalstaates hinausgewachsen war, förderte gleichermaßen den internationalen Zusammenschluß des Proletariats zum Sturz der internationalen Bourgeoisie. Dies erkannte Lenin als ein Moment, das der Zersplitterung der Staaten entgegenwirkte. Lenin nahm Überdies an, daß sich die Massen der Vorzüge des Großstaates und seines großen Marktes durchaus bewußt seien und daß sie sich um der nationalstaatlichen Selbständigkeit willen nur lostrennen würden, wenn das Zusammenleben unter der Herrschaft einer fremden Nationalität innerhalb eines Staatsverbandes unerträglich geworden sei. Das Proletariat würde nach Lenins Erwartung für die Erhaltung des Großstaates eintreten, wann immer es möglich sein würde, denn nur über diesen Staat und den freiwilligen Zusammenschluß der Großstaaten sei die sozialistische Einheit der Welt zu realisieren. Dies sei dem Proletariat bewußt. Das Eintreten für die Lostrennung gilt mithin nicht der Propagierung der Kleinstaataerei, sondern im direkten Gegenteil dem Zusammenschluß der Nationen oder dem Verbleib in einem Staatsverband.

(1) a.a.O., S. 452

(2) Lenin, Werke, Bd. 20, a.a.O., S. 413

Gerade die Anerkennung des Rechts auf Lostrennung verringere die Gefahr eines "Zerfalls des Staates"⁽¹⁾, weil dadurch jeder Großstaat das Produkt eines freiwilligen Zusammenlebens sei. Lenin dachte sich die Entscheidung über die Lostrennung etwa in der Form eines Referendums. Eine derartige Volksabstimmung sollte möglicherweise Ausgangspunkt einer sozialistischen Revolution sein. Bei parallel vorhandener internationaler Organisation des Proletariats bedeutete das gleichzeitig ein Vorantreiben der Revolution im Weltmaßstab.

Maßgeblicher Verfechter des Rechts auf Selbstbestimmung - so Lenin - könne nur das Proletariat sein, denn "allein das Proletariat verteidig(e) heutzutage die wahre Freiheit der Nationen und die Einheit der Arbeiter aller Nationen".⁽²⁾ Lenin propagierte daher unermüdlich die Erziehung des Proletariats zum Internationalismus, zur Unterstützung des Proletariats einer unterdrückten Nation durch das der Unterdrückern, zur Anerkennung der absoluten Gleichheit aller Nationen, zur Auflehnung gegen den Nationalismus, dessen konsequentester Gegner der proletarische Internationalismus sein müsse. Das Proletariat habe auf jegliche nationale Exklusivität zu verzichten. Dementsprechend sollten auch die nationalen Bewegungen unterdrückter Völker zwar generell propagiert, jedoch nicht schlechthin unterstützt werden, dann nämlich nicht, wenn die Gefahr bestünde, dadurch einen neuen Nationalismus zu erzeugen.

Lenin beschwor die Verfechtung der Gleichberechtigung, des Selbstbestimmungsrechts und des Zusammenschlusses

(1) ders., a.a.O., S. 425

(2) ders., Die Arbeiterklasse und die nationale Frage, in: Werke, Bd. 19, S. 74

des Proletariats, was allein das Vertrauen der Proletarier unterdrückter Nationen zu den Unterdrückernationen wiederherzustellen in der Lage sei. Der Glaubwürdigkeit der Proletarier aus Unterdrückernationen maß Lenin umso mehr Gewicht bei, als der Imperialismus nicht nur die Tendenz zur Kategorisierung der Nationen, sondern auch der des Proletariats habe. Teile der "Arbeiteraristokratie"⁽¹⁾ der Großmächte, korrumpiert von ihrer "eigenen" Bourgeoisie, profitierten vom Proletariat der unterdrückten Nationen - wenn auch in weit geringerem Maße als die "eigene" Bourgeoisie. Dieses so privilegierte Proletariat sei für den weltweiten Klassenkampf lange Zeit unbrauchbar und im Sinne Lenins als Verräter am Sozialismus zu behandeln.

Energisch widersetzte sich Lenin dem Anspruch verschiedener Nationalitäten nach "national-kultureller Autonomie", die sich hauptsächlich als Forderung nach nationalen Schulen äußerte. Gerade den Schulen aber wollte Lenin die Aufgabe übertragen, bei gegebener multinationaler Schülerschaft Stätte der Praktizierung des Internationalismus zu sein, so wie er später überall ausgeübt werden sollte. Er lehnte die national-kulturelle Autonomie insbesondere deshalb ab, weil das wirtschaftliche, politische, geistige Leben der Menschen immer mehr internationalisiert werde, die national-kulturelle Autonomie hingegen reaktionären Inseln nationaler Privilegien gleichkäme und das Proletariat tiefer spalten anstatt vereinigen würde. Da es ohnehin "zwei nationale Kulturen in jeder nationalen Kultur"⁽²⁾

(1) ders., Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, in: Werke, Bd. 23, S. 113

(2) ders., Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, in: Werke, Bd. 20, S. 17

gebe, verlangte Lenin, statt der Gewährung der national-kulturellen Autonomie alle Elemente jeder proletarischen Kultur zu einer internationalen proletarischen Weltkultur zusammenzuschließen.

Nach Lenin ist es für jeden Sozialisten unerläßliche Pflicht, schon in der kapitalistischen Ära die Selbstbestimmung der Nationen zu fordern. Doch erst der Sozialismus könne die volle Demokratie verwirklichen, die dann auch generell die nationale Selbstbestimmung einschließe. Erst der Sozialismus könne die Grenzen zwischen den Staaten demokratisch, d. h. nach dem Willen der Bevölkerung festsetzen; hingegen seien die bisherigen Staatsgrenzen Resultate von Kriegen, Gewaltanwendung und Unterdrückung. Der Staat als solcher bleibe auch im Sozialismus existent. Er beginne nach dem Sieg über den Kapitalismus zwar abzusterben, doch reduziere er sich in einem langwierigen Prozeß. Parallel dazu vollziehe sich die Verschmelzung der Nationen.

Lenin ging bei seinen Überlegungen von den nachrevolutionären Erfahrungen aus und hatte "die unerschütterliche Überzeugung gewonnen, daß nur größte Beachtung der Interessen der verschiedenen Nationen Konflikten den Boden entzieht, das gegenseitige Mißtrauen beseitigt..."⁽¹⁾. In der Übergangsphase zum Kommunismus - im Sozialismus - müsse daher noch nicht die Aufhebung der Mannigfaltigkeit der verschiedenen Nationen angestrebt werden, "sondern eine solche Anwendung der grundlegenden Prinzipien des Kommunismus

(1) ders., Interview für den Korrespondenten des "Observer" und des "Manchester Guardian", Farbmann, in: Werke, Bd. 33, S. 372

(Sowjetmacht und Diktatur des Proletariats), bei der diese Prinzipien im einzelnen richtig modifiziert und den nationalen und nationalstaatlichen Verschiedenheiten richtig angepaßt, auf sie richtig angewandt werden..."⁽¹⁾. Im Sozialismus finde lediglich eine internationale "Verschmelzung aller Nationen zu einer höheren Einheit"⁽²⁾ statt. Die nationalen Einzelexistenzen hörten also auch nicht unmittelbar nach der Errichtung der sozialistischen Wirtschaft auf, da der Staat weiterhin, wenn auch als sozialistischer Staat und damit "vermindert", fortbestehe. Somit ist auch das Selbstbestimmungsrecht, die Möglichkeit der staatlichen Lostrennung, unverzichtbarer Rechtsanspruch im Sozialismus.

In der Übergangsphase leben die Nationalstaaten weiter. Eine einheitliche Welt, eine einheitliche Welt-nation wird es nach Lenins Theorie erst im Kommunismus geben.

Stalin legte 1913 die Begriffsbestimmung für die "Nation" fest, die bis heute noch keinen allgemeingültigen Ersatz gefunden hat: "Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart. Dabei versteht sich von selbst, daß die Nation, wie jede historische Erscheinung überhaupt, dem Gesetz der Veränderung unterworfen ist, ihre Geschichte, ihren Anfang und ihr Ende hat."⁽³⁾

(1) ders., Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Werke, Bd. 31, S. 79

(2) ders., Kritische Bemerkungen..., a.a.O., S. 19

(3) Stalin, Marxismus und nationale Frage, S. 9

Von den vier aufgeführten Wesensmerkmalen der Nation dürfe keines fehlen. Eine weitere Kategorie, die des Staates, wurde von Stalin ausdrücklich ausgeschlossen.

Die in der Lenin-Ära aufgestellten Thesen und Forderungen mußten nach der Oktoberrevolution erstmals an der Realität gemessen und gegebenenfalls revidiert werden. Die Überprüfung war ohnehin unumgänglich, da nach Stalins Ansicht mit der Entwicklung der Revolution auch die nationale Frage Veränderungen unterliegt. - Eine Revision erfolgte bezüglich des Rechts auf Lostrennung für die Nationalitäten des russischen Staates insofern, als nach der ursprünglich propagierten Gebietsautonomie schon während des Bürgerkrieges (1918 - 1922) das Postulat des Zusammenschlusses in den Vordergrund trat. Die Revolution hatte andere Akzente gesetzt: "Drei Jahre Revolution und Bürgerkrieg in Rußland haben gezeigt, daß ohne die wechselseitige Unterstützung Zentralrußlands und seiner Randgebiete der Sieg der Revolution unmöglich ist..."⁽¹⁾

Stalin sah die These bestätigt, daß die Lostrennung unter Berücksichtigung der konkreten internationalen Bedingungen gelöst werden mußte. Die Forderung nach Lostrennung in den ersten Jahren der Revolution bezeichnete Stalin ohnehin als konterrevolutionär, weil sie vorgeblich im Gegensatz zu den Interessen der werktätigen Massen stand. An erster Stelle der Stalinschen Prioritätenskala rangierte die "Festigung der Arbeitermacht",⁽²⁾ danach erst die nationale Frage.

(1) ders., Die Politik der Sowjetmacht in der nationalen Frage in Rußland, in: Werke, Bd. 4, S. 309

(2) ders., Schlußwort zum Referat über die nationalen Momente im Parteaufbau - Der XII. Parteitag der KPR (B), in: Werke, Bd. 5, S. 231

Stalin erklärte das Zentrum - d.h. Rußland - zum Interessenwahrer der Randgebiete; aber nach Bildung der UdSSR 1922 blieb dennoch die rechtliche Möglichkeit des Austritts für die einzelnen Nationalitäten aus dem Staatsverband offen, und Stalin legte wert auf die Feststellung, daß der Zusammenschluß aller Gebiete der UdSSR freiwillig, im Interesse und aus Einsicht der Volksmassen erfolgt sei.

Der differente Entwicklungsstand der Nationalitäten der UdSSR war mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats zwar in rechtlicher Hinsicht, nicht aber in wirtschaftlicher, politischer und kultureller beseitigt. Deshalb sollten nach Stalins Vorstellung die russischen Arbeiter den Proletariern zurückgebliebener Nationalitäten entsprechende Hilfestellung bis zum Erreichen der vollständigen Emanzipation gewähren. Stalin wollte damit der Idee des proletarischen Internationalismus gerecht werden.

Nach zwölfjährigem Bestehen der neuen sowjetischen Nationen hob Stalin deren folgende Merkmale hervor: "Das Bündnis der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft innerhalb der Nation zum Zweck der Liquidierung der Überreste des Kapitalismus im Namen des siegreichen Aufbaus des Sozialismus, die Beseitigung der Überreste der nationalen Unterdrückung im Namen der Gleichberechtigung und freien Entwicklung der Nationen und nationalen Minderheiten; die Vernichtung der Überreste des Nationalismus im Namen der Freundschaft unter den Völkern und des Sieges des Internationalismus; die Einheitsfront mit allen unterdrückten und nicht vollberechtigten Nationen im Kampf gegen die Politik der Eroberungen und Eroberungskriege, im Kampf gegen den Imperialismus - das ist

das geistige und sozial-politische Antlitz dieser Nationen. Diese Nationen muß man als sozialistische Nationen qualifizieren".⁽¹⁾

Die erhoffte Initialzündung der Oktoberrevolution in den kapitalistischen Staaten blieb aus. Stalin verteidigte vom Jahre 1924 an Theorie und Praxis vom A u f b a u des Sozialismus in e i n e m Lande und unterschied zwischen dieser Möglichkeit einerseits und der Unmöglichkeit der V o l l e n d u n g des Sozialismus in e i n e m Lande andererseits. Er differenzierte zwischen der Errichtung des Sozialismus in e i n e m Lande und der im W e l t m a ß s t a b. Die sozialistischen Nationen kristallisierten sich als "sozialistische Stellvertreternationen" heraus; "Den Sozialismus in der UdSSR aufbauen heißt..., die gemeinsame Sache der Proletarier aller Länder verfechten, heißt, den Sieg über das Kapital nicht nur in der UdSSR, sondern in allen kapitalistischen Ländern schmieden, denn die Revolution in der UdSSR ist ein Teil der Weltrevolution, ist ihr Anfang und die Basis für ihre Entfaltung".⁽²⁾ Das internationale Proletariat mußte die UdSSR von außen soweit als möglich - auch in seinem eigenen Interesse - unterstützen, denn die Zerstörung der Sowjetmacht würde in der Vision Stalins überall "schwärzeste(n) Reaktion"⁽³⁾ auslösen.

Die Hoffnungen auf die Verbreitung der Weltrevolution konzentrierten sich auf die kolonialen und abhängigen

(1) ders., Die nationale Frage und der Leninismus, S. 9

(2) Stalin, Noch einmal über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei - VII. erweitertes Plenum der EKK, in: Werke, Bd. 9, S. 25

(3) a.a.O., S. 24

Nationen und Völker. Der Verknüpfung von nationaler und kolonialer Frage maß Stalin wachsende Bedeutung bei: "Der Leninismus hat den Beweis erbracht, und der imperialistische Krieg und die Revolution in Rußland haben bestätigt, daß die nationale Frage nur im Zusammenhang mit der proletarischen Revolution und auf dem Boden der proletarischen Revolution gelöst werden kann, daß der Weg zum Siege der Revolution im Westen über das revolutionäre Bündnis mit der Befreiungsbewegung der Kolonien und der abhängigen Länder gegen den Imperialismus führt".⁽¹⁾

Die Kolonien und abhängigen Nationen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Ressourcen und ihrer Menschenmassen "Reserven des Imperialismus"⁽²⁾ seien, müßten zu "Reserven der Revolution" werden, die revolutionären Potenzen der nationalen Befreiungsbewegungen dem Kampf gegen den Imperialismus, der Errichtung der weltweiten Diktatur des Proletariats dienstbar gemacht werden.

Die Errichtung der weltumfassenden sozialistischen Nation geht nach Stalin in zwei Etappen vor sich: Als erstes werden die Nationen, die nationalen Sprachen aufblühen. - Stalin verfocht die Bedeutung der Sprache besonders akzentuiert, weil die Sprache nach seinem Dafürhalten eins der wesentlichen Charakteristika der Nation darstellt. - In der zweiten Etappe werde sich eine sozialistische Weltwirtschaft und eine Art gemeinsamer Sprache herausbilden; der Verschmelzungsprozeß der Nationen beginne. Da bis dorthin ein weiter Weg zurückzulegen sein werde,

(1) Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, in: Werke, Bd. 6, S. 124

(2) ders., Zur Behandlung der nationalen Frage, in: Werke, Bd. 5, S. 49

setzte sich Stalin erst einmal für die Beibehaltung der nationalen Sprachen ein, zumal "Nationalsprachen...keine Klassensprachen"⁽¹⁾ seien und die Nationalsprachen in die sozialistischen Nationen übernommen werden müßten. Die nationalen Sprachen sollten unter sozialistischen Verhältnissen so wie die Nationen selbst deshalb zu voller Entfaltung kommen, weil sich rückständige Nationen vorerst nur im Rahmen der Muttersprache artikulieren, sich kulturell entwickeln könnten und nur mittels ihrer nationalen Sprache ihre Gleichberechtigung erwirken, den Anschluß an höher entwickelte Nationen erlangen könnten. Die weltweite Kreuzung der Sprachen wird entsprechend Stalins Voraussage ein langwieriger Prozeß sein, aber letztlich werde e i n e Sprache den Sieg davontragen.

Stalin sah die Ideen, die seiner Nationalitätenpolitik zugrunde lagen, während des II. Weltkrieges verifiziert. Hier erwies sich - nach Stalin -, daß andere Staaten unter der Kriegsbelastung zerbrochen wären, und er folgerte daraus, "daß die Sowjetordnung... die stabilste aller Ordnungen"⁽²⁾ sei, und "alle Völker der Sowjetunion...mit Recht diesen Vaterländischen Krieg als gemeinsame Sache aller Werktätigen, ohne Unterschied der Nationalität..."⁽³⁾ betrachteten.

Stalin propagierte für die Nachkriegszeit die Wiederherstellung der Nationalstaaten, die "Vernichtung der Rassenexklusivität, Gleichberechtigung der Nationen und Unantastbarkeit ihrer Territorien; Befreiung der unterjochten Nationen und Wiederherstellung ihrer

(1) ders., Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft, S. 15

(2) ders., Über den großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, S. 22

(3) a.a.O., S. 133

Souveränitätsrechte; (das) Recht jeder Nation, sich nach eigenem Gutdünken einzurichten..."⁽¹⁾. Er forderte entsprechend der von ihm selbst vertretenen Prinzipien nicht die Vernichtung Deutschlands oder der deutschen Nation, sondern lediglich die "Vernichtung des Hitlerregimes".⁽²⁾

1.3. Der Begriff der Nation bei der KPD/SED

1.3.1 KPD und Nation in der Weimarer Republik

Die III., Kommunistische Internationale (KI), wurde 1919 als internationale Arbeitervereinigung gegründet, deren Aktionen den Sturz des Kapitalismus, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und einer internationalen Sowjetrepublik, also die Verwirklichung des Sozialismus zum Ziel haben sollte. Die russische kommunistische Partei erhob ihrerseits den Führungsanspruch innerhalb der Kommunistischen Internationale, über alle kommunistischen Parteien und über das Proletariat schlechthin. Sie begründete dieses Postulat damit, daß sie die fortschrittlichste Partei sei und die Sozialdemokratie künftig keinen Vertretungsanspruch für das Proletariat erheben könne, weil sie in der II. Internationale versagt habe. Die III. Internationale gestaltete sich somit gleichzeitig zur Konkurrenzvereinigung zur II., sozialdemokratischen Internationale.

Nach Lenins Vision sollte die KI zur kommunistischen Weltpartei werden. Er stellte Bedingungen für die Aufnahme in die KI und für deren straffe Organisation

(1) a.a.O., S. 78

(2) a.a.O.

auf, die konsequent eingehalten werden mußten.

Die KPD schloß sich als erste Partei der KI an. Sie akzeptierte den Führungsanspruch Moskaus und wechselte bei Unstimmigkeiten gegebenenfalls die Führung. Die Politik der KPD war in Theorie und Praxis der der KI adäquat. In der Frage der Nation gab es dementsprechend ebenfalls keine Opposition zu den Aussagen und Leitlinien, die Lenin und später Stalin verbindlich getroffen bzw. aufgestellt hatten. Die KPD fälltte auch auf diesem Sektor selbständig keine Grundsatzentscheidungen. Auf der Tagesordnung stand für die KPD seit ihrer Konstituierung im Jahre 1918 die Umwandlung der kapitalistischen deutschen Nation in eine sozialistische. Sie ließ sich dabei in ihrer Taktik von der KI festlegen, die die Sozialdemokratie zu ihrem Hauptfeind erklärte und sie des "Sozialfaschismus" bezichtigte. Das verbaute der KPD weitgehend die Möglichkeit, eine Einheits- oder Volksfront zu etablieren, die von der KI andererseits als taktische Notwendigkeit für die Eroberung der Macht durch das Proletariat und seine jeweilige nationale kommunistische Partei betrachtet wurde. Wegen ihrer Konzentration auf die SPD gab die KPD selbst die Chance aus der Hand, sich mit dem Phänomen des Nationalsozialismus zu beschäftigen und ein entsprechendes Konzept für ihre "nationale Mission" abzuleiten. Ein weiteres Handicap für eine eigenständige nationale Politik war die Fixierung auf die Sowjetunion und deren staatliche Sicherheit, die mit der KPD-Führung unter Thälmann und dem absoluten Leitungsanspruch der SU und der KI unter Stalin ihre größte Intensivierung erfuhr. Schon 1924 erklärte Thälmann

in einer Reichstagsrede: "Die deutsche Arbeiterklasse wird sich mit ihren Leibern...vor die Sowjetunion stellen, um den (möglichen, d. Verf.) Krieg gegen die Sowjetunion in den Bürgerkrieg gegen den Imperialismus zu verwandeln".⁽¹⁾

Diese Ergebenheitsadresse an die Sowjetunion bezeichnete die Prioritätensetzung des Internationalen gegenüber dem nationalen Aspekt der Nation unter Vernachlässigung der nationalen Aufgaben in Deutschland.

Aufgrund der absoluten Bindung der KPD an die KP der Sowjetunion nimmt es nicht wunder, daß Thälmann bei verschiedenen Gelegenheiten lediglich einige wenige Gedanken der Leninschen und Stalinschen Theorie zur Nation herausgriff und unverändert artikuliert. Eine Weiterentwicklung der Theorie der Nation und ihrer Umsetzung in die Praxis seitens der KPD war bis zur Machtergreifung Hitlers nicht zu verzeichnen, wie sie gerade angesichts der Faschisierung des deutschen Volkes über das Hilfsmittel der Weckung nationaler Emotionen vonnöten gewesen wäre. Die nationale Politik der KPD ist während der Weimarer Republik gekennzeichnet durch ihre Defensivgestaltung. - Der Anstoß zur Revision der KPD-Taktik erging ebenfalls von der KI; die Rehabilitierung der SPD und der Versuch zur Errichtung der Aktionseinheit zur Abwehr des Hitlerfaschismus trat auf die Tagesordnung. Während der Zeit des Hitlerregimes nahmen die Fragen des taktischen Vorgehens gegen den nationalsozialistischen Staat und zum Schutz der Sowjetunion naturgemäß breitesten Raum ein und ließen für theoretische

(1) Thälmann, Gegen den Dawesplan!, in: Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 312

Diskussionen zum Thema "Nation" wenig Platz. Erst während des Krieges, mit der Gründung des "Nationalkomitees Freies Deutschland" (NKFD), trat das Problem wieder in den Mittelpunkt.

Das Nationalkomitee operierte mit Begriffen wie "Freiheit und Ehre der deutschen Nation..."⁽¹⁾ und versuchte, mit einer stark national-emotional gefärbten Diktion den Nationalsozialisten ein politisches Hauptkampffeld streitig zu machen. Da die Agitation des NKFD von der Sowjetunion aus betrieben und gesteuert wurde, war von vornherein der Erfolg fraglich. Es stellte sich denn auch heraus, daß die deutsche Kommunistische Partei im Geruch der Moskauhörigkeit stand und vom Großteil der Adressaten des NKFD - den Deutschen an der Front und in der Heimat - für eine deutsch-nationale Interessenvertretung als inkompetent angesehen wurde. Es gelang den sowjetischen KP-Emigranten keineswegs, den außerhalb ihrer Partei Stehenden die dialektische Einheit von nationalen deutschen und sowjetischen Interessen zu verdeutlichen.

Dies blieb ein Problem über den 2. Weltkrieg hinaus, so daß die KPD/SED in den ersten Nachkriegsjahren wiederholt betonen mußte, daß sie keinesfalls "sowjetische" Politik betreibt, dagegen jede Verbindung mit der Sowjetunion die Existenz der deutschen Nation garantiere, ja sie sogar nach dem Krieg erst weiterhin ermöglicht habe. Das heißt, daß die deutsche Nation nach dem Willen und Handeln der KPD/SED seit dem

(1) Manifest des Nationalkomitees "Freies Deutschland" an die Wehrmacht und an das deutsche Volk - in: Freies Deutschland - Organ des Nationalkomitees, Nr. 1, 19.7.1943, S. 1

Bestehen dieser Parteien unabdingbar mit der Sowjetunion verbunden wurde und auch künftig verbunden bleiben wird.

1.3.2 Die nationale Frage während der Besatzungsära

Das NKFD hatte der Idee der Nation wieder Auftrieb gegeben, und in Verbindung mit Stalins Verfechtung der Restaurierung der Nationalstaaten begannen die deutschen Kommunisten - an der Spitze die Emigranten aus der Sowjetunion um Ulbricht - ihr politisches Wiederaufbauwerk unter gesamtationalen Aufgabenstellungen.

Auf dem letzten KPD-Parteitag vor der Verschmelzung der Partei mit der SPD distanzierten sich die Kommunisten inhaltlich von der Leninschen These der Negierung nationaler Bewegungen in den europäischen kapitalistischen Staaten. Nur wenn derartige Bewegungen auch weiterhin allerorten zugrundegelegt wurden, konnte ja die Wiederherstellung der ehemaligen Nationalstaaten realisiert werden. Die Alternativen eines multinationalen osteuropäischen Staatenblocks oder eines späteren Anschlusses Deutschlands an die Sowjetunion standen nicht zur Debatte. Unter Aufrechterhaltung der Leninschen These hätten die Kommunisten a priori die besatzungsgeteilten Nationen Deutschland und Österreich oder zumindest einen Teil dieser beiden Nationen aus ihrem Kalkül ausschließen müssen. Zu jener Zeit verbot sich jede Diskussion darüber.

Zu Gebote stand - mit größeren Erfolgsaussichten als je zuvor - der Übergang der ganzen deutschen

Nation zum Sozialismus. Der unmittelbare Übergang war in Deutschland jedoch versperrt durch gemeinsame Verpflichtungen der Sowjetunion mit den drei westlichen Besatzungsmächten, deren systemimmanente Ziele für Deutschland dessen Systemwechsel ausschloß. Das Hauptanliegen der KPD und später der SED, die in der Besatzungszeit lediglich als Sprachrohr sowjetischer Politik zu verstehen sind, konzentrierte sich deswegen auf den organisatorischen Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD, der sich dann jedoch nur mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Ostzone realisieren ließ. Da aber die Einheit der Arbeiterklasse als Fundament für den späteren Übergang Deutschlands zum Sozialismus betrachtet wurde, stand zumindest die Herstellung der Einheitsfront oder der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in den Westzonen und in ganz Deutschland an. Getreu der marxistisch-leninistisch-stalinistischen Theorie, nach der die nationale Frage nur durch die Arbeiterklasse zu lösen sei, indem sie die Macht ergreife und unter ihrer Herrschaft die Nation zum Sozialismus führe, maß die KPD/SED der Einheit der Arbeiterklasse höchste Bedeutung bei. Nach dem Ende des II. Weltkrieges war dies umso dringlicher erforderlich, als entsprechend dem Dafürhalten der KPD/SED der Übergang der deutschen Nation zum Sozialismus nun historisch notwendig geworden war.

Nachdem die Sozialfaschismus-Theorie der 20er Jahre begraben geblieben war, stellte die Sozialdemokratie variierend einmal mit ihrer Mitgliedschaft, ein anderes mal mit ihrer Führung den Hauptadressaten für alle Unternehmungen dar, die auf die Errichtung der Arbei-

ter-Einheitsfront zielten. Das Mühen um die Aktionseinheit als der schwächsten Form gemeinsamen Vorgehens der Arbeiterklasse führte die SED bis 1966 fort, bis zu jenem fehlgeschlagenen Versuch, mit der SPD einen Redneraustausch zu organisieren. Und ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt wurde auch niemals die Existenz der einen - wenn auch gespaltenen deutschen Nation - in Frage gestellt.

Der erste umfassende Kampf der Kommunisten nach Kriegsende galt also nicht der Errichtung des Sozialismus, sondern der Korrektur der Politik der Besatzungsmächte in den Westzonen. Die SED wollte vor allem die Restaurierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Westzonen verhindern, die die gesamt nationale Entwicklung verbarrikadieren mußte. In der Besatzungs-Phase zielte das Streben in erster Linie auf den Erhalt der Rohstoffquellen des Ruhrgebietes auch für die SBZ und die Ablösung der Reparationsleistungen an die Sowjetunion aus eben diesem Gebiet hin. Dennoch darf keinesfalls außer acht gelassen werden, daß zu den Merkmalen der Nation, wie Stalin sie aufgestellt hatte, auch das der einheitlichen Wirtschaft gehörte. Das Ruhrgebiet stellte keineswegs einen bloß ökonomischen Faktor im Kalkül der SBZ dar.

Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß dieses nationale Merkmal der Wirtschaftseinheit niemals erwähnt worden ist, als es vom Jahre 1970 an um die Ablösung der These der einen deutschen Nation durch die der zwei deutschen Nationen ging. Mit Sicherheit liegt das in der Tatsache begründet, daß der Handel zwischen beiden deutschen Staaten wie seit 1950 noch heute auf der Grundlage eines Interzonenhandelsabkommens abgewickelt wird. Das ist eine der größten Bruchstellen in der derzeitigen Nationen-Theorie der SED.

Die Angriffe der KPD/SED in den ersten Nachkriegsjahren gegen die westlichen Besatzungsmächte sollten in erster Linie die Vereinigten Staaten treffen. Die KPD/SED warf den USA vor, Deutschland spalten und ihre "imperialistische Vorherrschaft" auf die Westzonen und möglichst auf ganz Deutschland ausdehnen zu wollen. Im Laufe dieser Kampagne und der sich gleichzeitig abzeichnenden Westintegration der westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland führten die Kommunisten über mehrere Jahre hinweg eine Auseinandersetzung um die "verderblichen" Ideologien des Nationalismus und Kosmopolitismus unter starker Betonung des Patriotismus als positivem Gegenpol. Sie stellten dabei selbstkritisch fest, daß sie in der Weimarer Republik nicht genügend dazu beigetragen hätten, ein gesundes Nationalbewußtsein zu entwickeln, so daß Nationalismus und letztlich Chauvinismus den echten Nationalstolz und den Patriotismus erstickt hätten. Dies aber habe sich seit 1945 gewandelt; die Kommunisten hätten seitdem den Kampf gegen den nationalen "Nihilismus"⁽¹⁾ geführt und führten ihn weiterhin. Sie wollten damit das Eindringen der "amerikanisch-imperialistischen" Ideologie des Kosmopolitismus in das Bewußtsein der Deutschen verhindern, mit der die Widerstandskraft und die nationale Selbständigkeit der Völker, auch die der deutschen Nation, vernichtet werden sollten.

"Das Wesen der nationalen Frage im Weltmaßstab besteht jetzt darin" - so erkannte die SED 1949 -,

(1) Ackermann, Kampf gegen den Nationalismus - für die Entwicklung eines deutschen Nationalbewußtseins, in: Einheit, 1950, H. 6, S. 492

"den Plänen zur Errichtung einer Weltherrschaft des amerikanischen Imperialismus Widerstand entgegenzusetzen und diese Pläne zu zerschlagen".⁽¹⁾ Die SED mobilisierte angesichts der vermeintlichen Hegemoniebestrebungen der USA ihre Kräfte "...gegen die nationale Unterdrückung der Bevölkerung Westdeutschlands, für die Gleichberechtigung der deutschen Nation, für ihre Souveränität, für die Befreiung Westdeutschlands vom Joche der imperialistischen Besetzung und für die freie und unabhängige Entwicklung der deutschen Nation..."⁽²⁾.

Die Haltung der SED gegenüber den Vereinigten Staaten wandelte sich, sobald die Partei vom Jahre 1952 an ein Wiedererestehen des deutschen "Imperialismus" und "Militarismus" konstatiert hatte. Seitdem galten alle Bemühungen der Ausrottung dieser Kräfte in der Bundesrepublik als dem ärgsten Feind der deutschen Nation. Dies zog zwangsläufig einen Prioritätenwechsel vom deutsch-nationalen zum sozialen Moment der nationalen Frage nach sich. Nicht mehr der "Kolonisierung" der Bundesrepublik galt die konzentrierte Aufmerksamkeit der SED, sondern dem Klassenkampf gegen die "feindlichen", "antinationalen" Kräfte in der eigenen deutschen Nation.

Die SED begann mit der Umgestaltung ihrer Partei zu einer "Partei neuen Typs" im Jahre 1948. Sie wollte im Zusammenhang mit dieser Wandlung manifestieren, daß sie die Abkehr vom "Nationalismus" vollzogen habe.

(1) Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, S. 332

(2) a.a.O., S. 333

Im Zuge dieser Umformung nämlich sollten u. a. die Reste "anti-internationalistischen" (d.h. anti-sowjetischen, d. Verf.) Gedankenguts aus den Reihen der Parteimitgliedschaft insbesondere und aus der DDR-Bevölkerung im allgemeinen ausgerottet werden. Dazu diente eines der Prinzipien dieser "neuen" Partei, das des proletarischen Internationalismus, das den Nationalismus per definitionem verbietet. Der proletarische Internationalismus, so argumentierte die SED, sei niemals antinational gewesen, und er zeige gerade in der sowjetischen Deutschlandpolitik seine wahre nationale Substanz: "Es gibt keine großartigere Bekundung des p r o l e t a r i s c h e n I n t e r n a t i o n a l i s m u s , als die Stalin-sche Politik g e g e n ü b e r d e m d e u t s c h e n V o l k".⁽¹⁾

Die Umgestaltung der Partei geschah realiter jedoch keineswegs in erster Hinsicht in Abwehr nationalistischen Gedankenguts und der stärkeren Orientierung auf die KPdSU und die Sowjetunion, wie es die SED vorgab. Die Wandlung erwies sich vor allem als eine Verpflichtung auf den Stalinismus nach dem Ausbruch Jugoslawiens aus dem sowjetischen Hegemonialbereich. Mit Sicherheit gaben die Differenzen im sozialistischen Lager den Ausschlag für die Umformung der SED, zumal andererseits schon zu jener Zeit die "nationale" Rücksichtnahme auf die Entwicklung in den Westzonen Deutschlands deswegen reduziert werden konnte, als sich die Gründung eines westdeutschen Separatstaates abzeichnete.

Dies war der außenpolitische Aspekt. Für die Innenpolitik brachte die Umwandlung in eine "marxistisch-lenin-

(1) Joseph Winternitz: Stalin und die nationale Frage, S. 101

nistische" Partei vor allem mit sich, daß die SED nun mittels der ideologischen Umorientierung ihren Führungsanspruch in Staat und Gesellschaft auf "wissenschaftlicher" Grundlage durchsetzen konnte. Für den Aufbau der Partei bedeutete diese Umstrukturierung: Das höchste Organ blieb der Parteitag, an dessen Stelle zwischenzeitlich das Zentralkomitee (ZK) trat. Das ZK wählte ein Politisches Büro (Politbüro) "zur kollektiven operativen Führung der Partei"⁽¹⁾ und ein Sekretariat für die tägliche Arbeit und Leitung der Partei.

Die bislang erfolgte paritätische Besetzung der Führungsgremien durch ehemalige SPD- bzw. KPD-Genossen wurde aufgehoben.

Der Marxismus-Leninismus wurde zur alleingültigen theoretischen Grundlage der Partei und zur Richtschnur ihres Handelns.

Die SED machte sich das Prinzip des demokratischen Zentralismus zu eigen. Danach werden die Wahlen aller Parteigremien von unten nach oben durchgeführt; das gewählte Gremium ist dem Wahlgremium rechenschaftspflichtig. Die jeweils höheren bzw. das höchste Parteigremium fassen verbindliche Beschlüsse. Der demokratische Zentralismus verlangt eine straffe Parteidisziplin, die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit.

Die Leitung der SED oblag nun dem Politbüro unter der Führung Piecks, Grotewohls, Ulbrichts und anderer.

(1) Grotewohl, Die Politik der Partei und die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus, in: Auf dem Wege zu einer Partei neuen Typus - I. Parteikonferenz, in: ND, 28.1.1949, S. 5

Eine neu geschaffene Partei-Kontrollkommission garantierte im Zusammenhang mit dem Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus, mit der Einführung des Kandidatenjahres für alle potentiellen Mitglieder und der dadurch gesicherten Selektion, mit der Kritik und Selbstkritik der Genossen, dem Verbot fraktioneller Gruppierungen etc., die Durchsetzung der praktischen und ideologischen Parteilinie, in der Realität derjenigen Linie, die in der Zentrale festgelegt worden war.

Die Wandlung der SED dokumentiert den bedeutendsten Schritt der Zone zur Sowjetisierung. Ausdrücklich wurde mit der Neuerung gleichzeitig die Möglichkeit eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus negiert. Erst als "marxistisch-leninistische" Partei in Anlehnung an Parteien gleichen Typs konnte die SED offenbar den neuen Aufgaben gerecht werden, die sie sich gesetzt hatte, nämlich den Aufbau des Sozialismus vorzubereiten und der Herrschaft der Arbeiterklasse in Form der Diktatur des Proletariats zum endgültigen Durchbruch zu verhelfen.

Mit der Durchsetzung ihres Führungsanspruchs wurden SED- und DDR-Politik mehr und mehr identisch, so daß sich die Untersuchung der DDR oder jedes partiellen DDR-Problems Überwiegend auf eine Betrachtung der SED-Politik reduzieren läßt. Die SED-Politik schälte sich weiterhin als eine Politik der Parteiführung heraus, die über das Instrument des Zentralismus offiziellen, allgemein verbindlichen Charakter erhielt und bis dato erhält. Dies galt und gilt auch für den Standpunkt der DDR/SED zu der Frage der Nation.

1.3.3 Das Problem der Nation in der DDR bis 1961

Umfangreiche Auseinandersetzungen mit dem Problem der Nation im allgemeinen und dem der deutschen Nation im besonderen begannen mit den Konstituierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Die durch die Teilung der einen deutschen Nation in zwei Staaten aufgeworfenen Fragen standen zwangsläufig zur Beantwortung an. Jeder Beitrag zu diesem Thema, der bis zur Mitte der 50er Jahre geliefert wurde, erwies sich nicht zuletzt als eine Interpretation und Übernahme der Stalinschen Theorie von der Nation. Dabei zeigte sich besonders der Verzicht Stalins, für die Nation einen staatlichen Rahmen zu fordern, als dienlicher Hintergrund für die theoretische Klärung der Situation, in die die deutsche Nation geraten war.

Die SED erkannte dagegen die nationale Bewegung als unentbehrlich zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Die Diskutanten der DDR nämlich gaben vor, der deutsche Faschismus und der amerikanische "Imperialismus" hätten "die nationale Frage als eine Hauptfrage der Weltpolitik nicht nur in den Kolonialländern, sondern auch in Europa auf die Tagesordnung gesetzt"⁽¹⁾.

Die SED hielt trotz der Existenz zweier deutscher Staaten bedingungslos an ihrer Auffassung fest, daß die deutsche Nation ungeteilt sei. Nur diese Version ermöglichte ihr, ihren Führungsanspruch auf das westdeutsche Proletariat auszudehnen, dessen Zugehörigkeit zur einheitlichen Arbeiterklasse ebensowenig wie die Einheit der deutschen Nation selbst in Frage gestellt

(1) Winternitz, a.a.O., S. 7

wurde. Den Rahmen der Arbeiterklasse bot aber nicht die staatliche, sondern nur die nationale Form.

Vor dem Hintergrund der marxistisch-leninistischen Theorie, daß alle Nationen - also nicht Nationen-Teile - zwangsläufig zum Sozialismus gelangen, konnte und mußte die SED als "Avantgarde des Proletariats" die bedeutsame Rolle des "Geburtshelfers des Sozialismus" in Deutschland übernehmen. Ihr blieb nach der Theorie keine Wahl, und ihr blieb auch deshalb keine Wahl, weil die Einheit Deutschlands für die Sowjetunion bis zur Mitte der 50er Jahre noch nicht zur Disposition stand.

Der Staat DDR gewann nach seiner Etablierung eminente Bedeutung, weil er als Instrument verstanden wurde, mit dessen Hilfe die Entwicklung der deutschen Nation zum Sozialismus am ehesten vorangetrieben werden konnte. So nimmt es nicht wunder, daß der Staat DDR nach seiner Entstehung gefeiert worden ist: "In Deutschland selbst ist mit der Deutschen Demokratischen Republik ein Staat entstanden, der zur stolzen Festung, zum Leuchtturm der nationalen Freiheit geworden ist...Aber der Turm steht, und sein Licht, immer heller werdend, verschönt die Gegenwart und beleuchtet unseren kommenden Triumph: Das ganze Deutschland wird es sein!"⁽¹⁾

Mit dem beginnenden Aufbau des Sozialismus legten namhafte Vertreter der SED leidenschaftlich Bekenntnis zur deutschen Nation ab. Es blieb vor allem Albert Norden, derzeitiger Pressesprecher der Regierung der DDR, vorbehalten, die historische Entwicklung der deutschen Nation nachzuvollziehen und ihren Bestand an die Existenz der DDR zu binden. Norden ist der bevorzugte Interpret

(1) Norden, Um die Nation, S. 282

aller nationalen Fragen für die SED bis zur jüngsten Vergangenheit.

Deutschland, die deutsche Nation, wurden zu jener Zeit zu einem Begriff mit dessen Hilfe die DDR versuchte, sich einen emotionalen Zugang zu den Deutschen zu eröffnen. Dies Bestreben wurde besonders offenkundig in der Dichtung Bechers. Eines seiner Gedichte, "Am Grenzbaum", endet mit dem Vers:

"Und Deutschland war, wer jenes Trostwort fand:
"Man kann ein Herz nicht in zwei Teile spalten."
Er hielt sein Herz: ein Deutschland in der Hand,
und hat es für uns alle festgehalten."⁽¹⁾

In der Verwendung der Begriffe "Deutschland" oder "deutsche Nation" wurde in der DDR nicht immer exakt und korrekt verfahren. So zielte die nationale Frage bis 1955 - dem Jahr des Beitritts der Bundesrepublik zum Nordatlantikpakt - auch auf die Reparabilität der staatlichen Einheit Deutschlands ab. Naturgemäß war die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten mit unterschiedlicher Staats- und Gesellschaftsordnung, abhängig von Besatzungsmächten unterschiedlicher Systeme, hinderlich bei der Verfechtung der nationalen Politik der SED. Der Spaltung Deutschlands galt denn auch als Hauptmoment der nationalen Besonderheiten jeder Hinweis, der sich mit den Schwierigkeiten der Übergangsphase der DDR zum Sozialismus befaßte. Wegen dieser besonderen nationalen Schwierigkeiten hatte die DDR während der Übergangsphase eine Zwischenstufe zwischen antifaschistisch-demokratischer

(1) Becher, Am Grenzbaum, in: Gesammelte Werke, Bd. 6, S. 48/49

Revolution und sozialistischer Revolution eingeschaltet, die etwa vom Jahre 1948 - dem Beginn der zentralistischen Wirtschaftsplanung - bis zur Mitte des Jahres 1952 datiert wurde. "Die Ursachen für diese Überleitungsstufe...bestanden (nach DDR-Auffassung, d. Verf.) im konkreten Reifegrad des subjektiven Faktors und in der Pflicht der deutschen Kommunisten, alles zu tun, um in ganz Deutschland den Imperialismus und Militarismus zu überwinden".⁽¹⁾

Je mehr die DDR von der Idee der Wiedervereinigung und später der Einheit der Nation abrückte, umso mehr liefen ihre Entwicklungsphasen mit denen anderer Übergangsgesellschaften synchron. Dies wiederum war bzw. ist notwendig, um Politik und Wirtschaft der einzelnen sozialistischen Staaten innerhalb des osteuropäischen Wirtschaftsblocks aufeinander abstimmen zu können.

Mit dem NATO-Beitritt der BRD sah die SED ihre Annahme bestätigt, daß in der Bundesrepublik der "Militarismus" wiedererstanden ist. Sie intendierte daraufhin in die nationale Frage als deren Hauptgehalt mehr als bisher die Sicherung des Friedens. Dies fand vor allem in tagespolitischen Stellungnahmen seinen Niederschlag; die vermeintliche Friedensgefährdung durch die Bundesrepublik blieb über einen langen Zeitraum hinweg das bevorzugte Propagandamittel, um gegen die Bundesrepublik, für die "friedliebende" sozialistische DDR zu votieren.

Aufgrund der Teilnahme der Bundesrepublik am Nordatlantikpakt bedurfte es parallel dazu der Integration der DDR in das sozialistische Verteidigungsbündnis, den

(1) Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte - 1972 -
Teil II, S. 13

"Warschauer Pakt". Wenn aber die DDR gemäß ihrer eigenen Ansicht den positiven Kern der Nation darstellte und sich angeblich gegen die BRD schützen und aufgrund der permanenten "Bedrohung" Mitglied des osteuropäischen Verteidigungsbündnisses werden mußte, dann konnte sie auch folgerichtig erklären, daß sie eben diesen Schritt mit Rücksichtnahme auf die gesamte deutsche Nation vollzogen habe: "Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik ließ sich in Warschau von den nationalen Interessen des gesamten deutschen Volkes leiten. Sie handelte im Interesse der friedlichen Zukunft eines einheitlichen Deutschland".⁽¹⁾

In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, daß die DDR diese ihre Integration in einen sozialistischen Verteidigungspakt ebenso wie jedes andere Ereignis von Rang in Verbindung zur nationalen Frage brachte. Das heißt, es geschah nichts von Bedeutung, ohne daß die DDR dabei gleichzeitig ihre Rücksichtnahme und Verantwortung für das gesamt nationale Interesse demonstriert hätte. Daraus läßt sich ableiten, daß das Nationen-Problem in der DDR einen hohen Stellenwert zugemessen erhielt, selbst wenn die theoretische Beschäftigung mit diesem Problem streckenweise vernachlässigt wurde. Es kann selbstverständlich auch nicht außer acht gelassen werden, daß die DDR als Interessenvertreter der ganzen Nation, der zu sein sie vorgab, diese Interessen niemals - zumindest verbal nicht - vernachlässigen durfte.

Nach der Akzeption der Zwei-Staaten-Theorie 1955 stand die Problematik der deutschen Nation erneut zur Überprüfung an. Die DDR-Theoretiker bemühten sich gemeinsam

(1) Für die Erhaltung und Sicherung des Friedens - Leitartikel, in: Einheit, 1955, H. 6, S. 540

mit den Politikern, die Teilung des deutschen Nationalstaates als Übergangserscheinung zu bezeichnen, in der sich die "einheitliche deutsche Nation"⁽¹⁾ gegenwärtig befinde. Es stand wohlbermerkt die Einheitlichkeit der deutschen Nation auch 1955 noch nicht zur Diskussion, ganz im Gegensatz zu dem augenblicklich gültigen Standpunkt, nach dem die Teilung bereits 1949 vollzogen worden sei.

Eine grundlegende Feststellung in jener Zeit bestand darin, daß die nationale Frage Klasseninhalt habe: "Der Entstehung der nationalen Frage in Deutschland (1946/47) liegen...soziale Motive zugrunde. Sie beruht auf den Klasseninteressen sowohl der deutschen als auch der amerikanischen, britischen und französischen Monopolkapitalisten..."⁽²⁾. - Mit der Erwähnung der ehemaligen Besatzungsmächte erlangte nun keinesfalls die nationale Frage, d.h. die Erhaltung der nationalen deutschen Einheit, wiederum gegenüber der sozialen Priorität. Vielmehr war dies die konsequente Anwendung der marxistisch-leninistischen These, nach der sich das Kapital internationalisiert und antinational wirkt, auch auf die Situation in Deutschland. Die Theorie vom sozialen Gehalt der nationalen Frage hatte im entscheidungsträchtigen Jahr 1955 endgültig auch für die deutsche Nation ihre Gültigkeit erlangt. Mehr noch als dies verwies man in der DDR darauf, daß kein Land derart ausgeprägte Klassengegensätze habe wie Deutschland. Daraus wiederum läßt sich schließen - und die DDR verfuhr künftig in Theorie und Praxis dementsprechend -, daß besonders in Deutschland der sozialen Frage im Zweifelsfall der nationalen gegenüber

(1) Neubert/Voigtländer: Probleme der nationalen Frage in Deutschland, S. 20

(2) ebda., S. 19

der Vorrang eingeräumt werden müsse. Für die DDR selbst wurde daraus die Notwendigkeit abgeleitet, den Sozialismus dort so schnell wie irgend möglich zu realisieren.

Bemerkenswert ist, daß unter diesen besonders prononcierten sozialen Aspekten auch der Hinweis auf die Klassenkämpfe und -gegensätze wieder hervorgehoben wurde. Klassen und Klassenkämpfe traten als nationale Erscheinung auf, wie von höchster politischer Stelle der DDR konstatiert wurde.⁽¹⁾ Anders formuliert: beide Systeme in Deutschland mußten aufeinander einwirken, da einer national-einheitlichen Arbeiterklasse als der entscheidenden Klasse eben nur eine nationale Bourgeoisie als konträre Klasse gegenüberstehen konnte. Da der Entwicklungsprozeß der Nationen nach der marxistisch-leninistischen Lehre von der Entfaltung der Klassenkräfte abhängig ist, ergab sich für die DDR zwingend daraus, sich auf den sozialen, d. h. den Klassenstandpunkt, in der nationalen Frage zu stellen.

1.3.4 Der sukzessive Teilungsprozeß der deutschen Nation nach dem Mauerbau

Diese theoretische Basis erwies sich als besonders hilfreich, nachdem mit dem Berliner Mauerbau 1961 eine weitere tiefe Trennungslinie zwischen den beiden Staaten entstanden war. Selbst der Mauerbau war nach der Darstellung der DDR ein Ausdruck der nationalen Klassenkämpfe, ja sogar deren Kulminationspunkt:

(1) Ulbricht, Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus und ihre Anwendung in Deutschland, S. 27

Am Brandenburger Tor "trat die Arbeiterklasse erneut als nationale Kraft hervor, um der ganzen Nation den Weg der Befreiung aus den Klauen der imperialistischen Kräfte zu zeigen...".⁽¹⁾ So gesehen, war der Mauerbau mehr noch, nämlich ein "Beweis der Gültigkeit und Gesetzmäßigkeit...(der) nationalen Politik"⁽²⁾ der DDR, ein Sieg des Sozialismus über den Imperialismus.

Der Klassenkampf wurde in der Folgezeit stillschweigend "zweigeteilt", so daß zum Ende der 60er Jahre für die DDR der Anspruch erhoben wurde, der Klassenkampf sei "zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten entschieden".⁽³⁾ An die Stelle der antagonistischen Klassen trat die "sozialistische Menschengemeinschaft der DDR". Dieser Standpunkt, der an die Person Ulbrichts gebunden war, wurde nach dessen Rücktritt im Jahre 1971 revidiert; seitdem herrscht jene als gültige Theorie, derzufolge auch in der DDR noch abgeschwächte Klassen und Klassengegensätze vorhanden sind.

In einer der umfassenden Untersuchungen nach dem Mauerbau zur nationalen Frage in Deutschland wurde deren sozialer Inhalt in folgende Fragen gekleidet:

- Welche Klassenkräfte sind Schuld an der Spaltung ?
- Welche Klassen und Schichten sind am meisten betroffen ?

(1) Karl Polak, Sozialismus, Imperialismus und die nationale Frage in Deutschland, in: Einheit, 1961, Heft 11/12, S. 1607

(2) Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und Bändigung des westdeutschen Militarismus - die Lebensfragen unserer Nation - Leitartikel, in: Einheit, 1961, H. 9

(3) Tord Riemann/Wolfgang Weichelt, Der Entwurf der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsverfassung steht zur Diskussion, in: Einheit, 1968, H. 3, S. 280

- Welche Klasse verfügt über die größte revolutionäre Potenz zur Lösung der nationalen Frage ?
- Welche revolutionäre Aufgabe stand bei der Spaltung auf der Tagesordnung ?⁽¹⁾

Das Wesen der nationalen Frage wurde im selben Zusammenhang definiert als:

- Spaltung der deutschen Nation durch in- und ausländische Monopolherren und Militaristen
- Verletzung der Unabhängigkeit der deutschen Nation durch Teilnahme an einem "aggressiven Militärbündnis"
- Gefährdung des Lebens der deutschen Nation durch den deutschen Imperialismus und Militarismus und Verhinderung der Wiedervereinigung.⁽²⁾

Mit der Anführung dieser Fragen und Antworten sollte belegt werden: Auch die nationale Problematik im Zusammenhang mit der Abgrenzung der DDR ist in ihrem Kerngehalt ein soziales Problem und findet ihre Lösung mit der Lösung der sozialen Frage in Deutschland.

Das Resultat der Untersuchung wies den einzigen Weg zur Aufhebung aller Schwierigkeiten: die Nation muß von der Arbeiterklasse auf ihren gesetzmäßigen Weg zum Sozialismus geführt werden.

(1) Neubert/Voigtländer, a.a.O., S. 33

(2) ebda., S. 32

In dieser Abhandlung wurde dem Entwicklungsprozeß zum Sozialismus nur dann eine Chance gegeben, zum Ziel zu gelangen, wenn "die Lösung der nationalen Frage mit der weiteren Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts"⁽¹⁾ verbunden sein würde. Als fortschrittlich galt, was als antifaschistisch, antiimperialistisch und antimilitaristisch charakterisiert werden konnte und was der freien Entfaltung der Arbeiterbewegung zugunsten des Sozialismus diene.

Diese Charakteristika nun wurden der DDR zugeschrieben. Die DDR wies sich demnach den Autoren als fortschrittlicher Staat aus, und ihre Aussagen implizierten den Modellcharakter des sozialistischen Aufbaus der DDR für ganz Deutschland. Folgt man dieser Argumentation der Autoren, so ist auch deren Behauptung nicht abwegig, daß nur durch die Errichtung des "antifaschistischen Schutzwalles" habe verhindert werden können, die Existenz der DDR auszulöschen und somit den Fortschritt der deutschen Nation insgesamt zu annullieren. Dieses nämlich habe der westliche "Imperialismus" beabsichtigt. Daraus folgerten die Autoren der Untersuchung ferner, daß die Auseinandersetzung mit den feindlichen Kräften des Sozialismus verstärkt fortgesetzt werden müßte.

Dieser Untersuchung über die deutsche Nation schlossen sich weitere an, die die Theorie zur nationalen Frage in Deutschland auch variierend behandelten. Als allgemein verbindlich kristallisierte sich seit dem Jahre 1961 heraus, die Einheitlichkeit der Nation als überholt darzustellen. Stattdessen sprach auch die SED offiziell von der zu betreibenden "Wiedergeburt"

(1) a.a.O., S. 52

der deutschen Nation auf sozialistischer Grundlage.

In einer der Erörterungen im Kontext zur nationalen Frage wurde - ein Novum - diese Schlußfolgerung gezogen: In der DDR hat sich bereits die sozialistische Nation entwickelt.⁽¹⁾ Dem wurde hinzugefügt, daß dies aber nicht die Spaltung, sondern der einzige mögliche Weg zur Überwindung der klassenmäßig und staatlich gespaltenen Nation sei. - Es gab zu dieser Zeit auch eine Stimme, die der BRD weder nationalen noch teilnationalen Charakter zugestand; die BRD verkörperte dieser Ansicht gemäß "...keine Nation und keinen Teil der Nation..."⁽²⁾, sondern schlicht deren Untergang.

Diese zuletzt erwähnte Darstellung aus dem Jahre 1961 war die Deutung eines Philosophen, der seine Ausarbeitungen mit der selbstkritischen Feststellung begann, daß die Philosophie die Komplexe Staat und Nation vernachlässigt habe. Der Verfasser zeichnete wohlbemerkt keine SED- bzw. DDR-offizielle Deutung nach. Seine Ansicht blieb eine Einzelerrscheinung. Dieser Standpunkt soll dennoch als Beleg dafür herangezogen werden, daß angesichts der vollzogenen, auf absehbare Dauer nicht reparablen Spaltung Deutschlands die theoretische Aufarbeitung des nationalen Problems erhebliche Schwierigkeiten aufwarf.

Die Kompliziertheit der deutschen nationalen Frage trat in später folgenden theoretischen Publikationen ausgeprägter ans Tageslicht. Die DDR-Theoretiker

(1) s. Eichhorn, Die Moskauer Erklärung und die Arbeit der marxistischen Philosophie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 9. Jg., 1961, H. 3, S. 283

(2) a.a.O., S. 282

besannen sich auf die frühere allgemein verbindliche Version, derzufolge es sich bei der Spaltung der deutschen Nation um eine besondere, vorübergehende Erscheinung handle. Daran nun wollten sie wiederum - und auf diese Basis konnte man sich scheinbar am ehesten verständigen - die Unterordnung der nationalen unter die sozialen Belange binden, nun ausdrücklich unter Einbeziehung der Spaltung: " Diese Dialektik der nationalen Problematik als historischer Sonderfall des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf der ganzen Welt macht sichtbar, daß die Spaltung von Nationen durch den Imperialismus als b e s o n d e r e s nationales Problem dem s o z i a l e n Kern der nationalen Frage untergeordnet ist".⁽¹⁾

Das Besondere wurde als Beweis für das Allgemeine herangezogen. Aufgrund dieser nun abermals abgesicherten "Erkenntnis" ließ sich auch relativ einfach der Standpunkt wiederholen und auf die "gespaltene" Nation beziehen, nach dem der Hauptinhalt der gegenwärtigen Epoche, der Übergang der gesamten Menschheit zum Sozialismus, sich "der Form nach g e s e t z m ä ß i g national..."⁽²⁾ vollziehen müsse.

Übereinstimmend wurde eine These abgelehnt, die außerhalb der DDR aufgestellt wurde und nach der die deutsche Nation bereits zweigeteilt erschien; diese Ansicht wurde als Verfälschung der marxistisch-leninistischen Theorie verurteilt.

(1) Poeggel/Wagner, Die nationale Frage in der gegenwärtigen Epoche, S. 49

(2) a.a.O., S. 23

Die Verfasser der zuletzt mehrfach zitierten Abhandlung lieferten in der nationalen Frage einige neue Ideen. So erkannten sie, daß die Teilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte nicht nur Ausdruck des Verhältnisses "imperialistischer" Nationen zu abhängigen sei, sondern die Division gesetzmäßig die "imperialistischen" Staaten untereinander betreffe. Dadurch verschärfe sich vor allem die ökonomische Situation dieser Länder derart, daß "die nationale Frage im imperialistisch-kapitalistischen Staatensystem...sich damit einerseits in den wechselseitigen Beziehungen zwischen den bürgerlichen Nationen als Zuspitzung der Frage der staatlichen Souveränität (zeige), andererseits in einer Verschärfung der Bedrohung der Nationen durch die Monopole und damit zugleich als eine Frage nach den Entwicklungsbedingungen der Nationen in der imperialistischen Welt."⁽¹⁾ Dies nannten die Verfasser die "historisch neu auftauchende nationale Frage im imperialistisch-kapitalistischen Staatensystem".⁽²⁾

In der "Einheit", dem theoretischen Organ des Zentralkomitees der SED, erschien zur selben Zeit, 1962, ein Aufsatz, in dem die Nationen-Theorie einen entschiedenen Schritt weiterentwickelt wurde. Dort wurde erstmals die Stalinsche Nationen-Definition als nicht ausreichend, d. h. falsch, kritisiert, da sie nur eine Aufzählung einer Summe von Merkmalen sei. Diese Charakterisierung genüge aber nicht: "Sie (die Interpretation, d. Verf.) reduziert die Nation auf eine Zusammenfassung von Merkmalen, berücksichtigt aber nicht die Rolle der Nation im gesellschaftlichen Leben, klärt nicht die Entwicklungsgesetze der Nation und zeigt vor

(1) a.a.O., S. 44

(2) ebda.

allem nicht die Wandlung der Nation unter Führung der Arbeiterklasse zur sozialistischen Nation. Die Nation ist eine gesellschaftliche Realität, die in einem langwierigen historischen Prozeß mit Notwendigkeit aus einem bestimmten Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse hervorgeht und als gesetzmäßige S t r u k t u r- und E n t w i c k l u n g s f o r m der menschlichen Gesellschaft in einem langen Zeitraum, nämlich im Kapitalismus, im Sozialismus und im beginnenden Kommunismus, eine notwendige Funktion erfüllt".⁽¹⁾

Hier wurde noch einmal der Versuch unternommen nachzuweisen, daß die Nationen und nur sie vom historischen Übergangsprozeß zum Sozialismus erfaßt werden könnten und immer mehr in den Sog der sozialistischen Entwicklung gerieten. Darin bildete gemäß der Aussage des Verfassers auch die deutsche Nation keine Ausnahme, wobei er sich ausdrücklich auf die lange gemeinsame Geschichte Deutschlands berief. Der Auffassung über die Abepaltung von Teilen der Nation wurde hier entschieden widersprochen, da dies nur in der Entstehungsperiode der (bürgerlichen) Nationen eintreten könne. Die ganze Nation müsse hingegen "aus ihren historischen Erfahrungen dieselben Lehren ziehen, um eine neue nationale Katastrophe zu verhüten...Die deutsche Arbeiterklasse, die dazu berufen (sei), die ganze Nation zu führen, (habe) die gleichen grundlegenden Interessen und (sei) durch große Gemeinsamkeiten verbunden..."⁽²⁾

(1)

Kosing, Illusion und Wirklichkeit in der nationalen Frage, in: Einheit, 1962, H. 5, S. 16

(2) ebda., S. 19

Die ganze deutsche Nation befinde sich somit
"-historisch gesehen - in einem Übergangestadium,
das seinen Abschluß finde(t), wenn die sozialen
Existenzgrundlagen der Nation in ganz Deutschland
erneuert (seien) und sich die einheitliche sozial-
istische deutsche Nation herausgebildet" habe.⁽¹⁾
Die deutsche Besonderheit - also der historische
Vorsprung eines Teiles der Nation in der DDR - kön-
ne nicht verabsolutiert werden und zu einer "Grund-
lage einer Theorie der zwei deutschen Nationen..."⁽²⁾
gersichen.

Diese Behauptung erfuhr schon zwei Jahre darauf ihre
Umkehrung. In einer umfassenden Untersuchung wurde
jene Theorie aufgestellt, die bis heute - von einer
abermaligen Verkehrung abgesehen (s.u.) - ihre Durch-
setzungskraft bewiesen hat: Der Sozialismus siegt
auch in einer geteilten Nation wie der deutschen.
Es sei "m ö g l i c h u n d n o t w e n d i g, in
den vom Imperialismus gespaltenen Ländern (Deutsch-
land, Korea, Vietnam) zunächst einen Teil des Landes
und der Nation zum Sieg des Sozialismus zu führen,
um so die Grundlage zu schaffen, daß sich der gesell-
schaftliche Fortschritt zu Demokratie und Sozialismus
auch in den vom Imperialismus abgespaltenen nationalen
Gebieten durchsetzen (könne) und im Prozeß der weite-
ren Entfaltung der sozialistischen Weltrevolution die
Einheit dieser Nationen auf neuer sozialer Grundlage
wiederhergestellt und damit die nationale Frage end-
gültig gelöst werden (könne)."⁽³⁾

(1) Kosing, Illusion und Wirklichkeit..., a.a.O., S. 20

(2) ebda.

(3) Poeggel/Wagner, Die deutsche Konföderation, S. 25

Die Diskussionen um die Funktionen der Nation, das Wesen der Nation, vor allem um die Frage, was denn das Charakteristikum der sozialistischen oder Übergangsnationen sei, wurden fortgesetzt. Gerade die Beschreibung der sozialistischen bzw. Übergangsnation wurde umso dringlicher erforderlich, als nach DDR-Ansicht nun feststand, "daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft (sei), sondern eine relativ selbständige, sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab".⁽¹⁾

Die Grundlage für verschiedene weitergehende Betrachtungen zur Nationen-Problematik wurde verbindlich mit dem Lehrbuch "Marxistische Philosophie", erschienen im Jahre 1967, geliefert, das die Eigentümlichkeiten einer jeden Nation gegenüber anderen wie folgt kennzeichnete: Es seien dies die Besonderheiten des Wirtschaftslebens, es betreffe ferner die "eigentümliche(n) Traditionen und geschichtlich gewordene besondere Fähigkeiten eines Volkes hinsichtlich der progressiven Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Kunst, insbesondere aber auch hinsichtlich des politischen Kampfes, hinsichtlich der politischen Bewußtheit und Organisiertheit der werktätigen Massen im Kampf für Fortschritt und Demokratie", es handele sich ferner um die Besonderheiten der Kultur.⁽²⁾ Die Quintessenz der Wesenszüge einer Nation, wie sie das Lehrbuch faßte, ergab: "Die relativ stabile Gemeinschaft

(1) Ulbricht, Die Bedeutung des Werkes Das Kapital, S. 38, zitiert nach: Benser, Grundzüge des revolutionären Übergangsprozesses vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Studien über die Revolution, S. 473

(2) Marxistische Philosophie, Lehrbuch, S. 257

von Menschen, die sich auf der Grundlage dieser gemeinschaftlichen Merkmale herausgebildet und entwickelt, wird als Nation bezeichnet".⁽¹⁾

In diesem marxistischen Lehrbuch wurde erstmals die Feststellung getroffen, daß es sich bei der Gemeinschaft der Völker des sozialistischen Weltsystems bereits um eine neue historische Gemeinschaft internationalen Charakters handele, die bereits mit der Verschmelzung der sozialistischen Nationen begonnen habe.⁽²⁾

Spätere Darlegungen orientierten sich an der Theorie, wie sie in diesem Lehrbuch niedergelegt worden war. Die nationale Frage wurde weiterhin aus verschiedenen Perspektiven behandelt. Vor allem die Integration der DDR in das sozialistische Staatenbündnis bildete immer wieder einen der Kernpunkte, um den die Untersuchungen kreisten. Ausdrücklich wurde die Zugehörigkeit zu diesem Staatensystem nicht als Widerspruch für "die unausbleibliche Vereinigung der beiden Teile unserer Nation im Sozialismus" angesehen, obwohl sich auch nach Ansicht derjenigen, die sich intensiv mit dieser Problematik befaßten, die Tendenz zu verstärktem Auseinanderleben bemerkbar machte.

Die Theorie von der Nation der Übergangsphase zwischen Sozialismus und Kommunismus, in der die Nation einige Zeit lang als "Nation sozialen Typenwandels" bezeichnet wurde, sollte auch auf die deutsche Nation Anwendung finden. Dieser Übergang nämlich - so wurde

(1) Marxistische Philosophie, Lehrbuch, S. 257

(2) a.a.O., S. 260

in abermaliger Umkehrung eines gültigen Standpunktes (s.o.) erläutert - könne sich in ganzen Nationen vollziehen oder "als abgetrennter und sich asynchron vollziehender Übergang von Teilen historisch gewachsener Nationen zu solchen sozialistischen Typs...In beiden Fällen ist der soziale Typenwandel der Gesamtnation in Gang gesetzt..."⁽¹⁾.

Die Theorie eines partiellen Übergangs einer Nation zum Sozialismus war auch zu jener Zeit - 1969 - noch nicht abberufen worden. Begriff und Definition der Nation als der eines "sozialen Typenwandels" hatten allerdings nur akademischen Bestand.

In derselben Abhandlung, die den Begriff der "Nation sozialen Typenwandels" definierte, wurde festgehalten, daß von den Stalinschen Merkmalen für eine Nation keines mehr gelte; allein die deutsche Sprache sei national-einheitlich geblieben. Die faktischen Gegebenheiten rechtfertigten jedoch die Anwendung allgemein verbindlicher Aussagen zur Nation, weil es sich in beiden deutschen Staaten um einen "objektiven Zusammenhang"⁽²⁾ zwischen den beiden Arbeiterklassen handele.

Die Suche nach brauchbaren Begriffsbestimmungen für die Nation wurde fortgesetzt. Symptomatisch für die Unsicherheit aller Forscher, die mit der nationalen Problematik befaßt waren, war u. a. dieser Passus aus einer derartigen Untersuchung: Es sei müßig, sich

(1) Studien über die Revolution, S. 478

(2) a.a.O., S. 483

über die Stalinsche Definition zu streiten "oder unter Vorwegnahme notwendiger Forschungen zu neuen Definitionen kommen zu wollen. Das würde die Diskussion über diese Frage nur einengen oder sogar von den aktuellen Fragen ablenken".⁽¹⁾

In einem offiziellen Lehrbuch der DDR, in "Politisches Grundwissen",⁽²⁾ erschienen 1970, wurde mit allen bisherigen Vorstellungen zur Übergangsgestaltung der deutschen Nation aufgeräumt, und die neuerliche Behauptung erhielt Gültigkeit, daß "mit dem Aufbau des Sozialismus das Wesen der nationalen Frage endgültig gelöst wurde..."⁽³⁾. Diese Erscheinung wirkte, von der DDR ausgehend, auf die ganze Nation aus. In dieser Darstellung wurde auch verbindlich der proletarische Internationalismus zum Hauptinhalt der nationalen Frage der DDR erklärt. - Zumindest in diesem Teilbereich ist die Nationen-Theorie der DDR konstant geblieben.

Nach einigen Jahren, die durch die Abstinenz von wissenschaftlichen Untersuchungen zur nationalen Frage gekennzeichnet sind, wurde der Versuch unternommen, die politische Entscheidung theoretisch aufzuarbeiten, nach der es zwei voneinander unabhängige deutsche Nationen gebe.

(1) Hühne, Heimat - Vaterland - Nation, S. 85

(2) Die Erstausgabe des "Politischen Grundwissens" verbreitete die Verfechtung der Einheit der Nation, die seit Beginn des Jahres 1970 nicht mehr opportun war. In der 2. Auflage, 1972, fehlen alle diesbezüglichen Passagen, stattdessen wird die nationale Frage nur noch als eine soziale, eine Klassenfrage gekennzeichnet. (Lt.: Die deutsche Nation - von der Geschichte überholt oder geschichtlicher Auftrag - die nationale Frage und die beiden deutschen Staaten, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 34-36. Die 2. Auflage lag dem Verfasser nicht vor).

(3) Politisches Grundwissen, S. 412

Eine erste Analyse wurde in einem Aufsatz der "Einheit" vorgenommen, nach der der Zerstörungsprozeß der Einheit der Nation sukzessiv vollzogen worden sei, beginnend mit der Gründung der BRD und endend bereits mit deren Beitritt zur NATO. Inhalt und Charakter einer Nation wurden hier formuliert "als eine(r) Entwicklungsform der Gesellschaft, als Gemeinschaft von Menschen, die durch nationale Bindungen auf einem bestimmten Territorium zusammengeschlossen sind... (Ihren Wesensgehalt) bestimmen nicht in erster Linie gewisse ethnische, sprachliche und sozialpsychologische Momente, sondern die jeweiligen ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft,..."⁽¹⁾ Die DDR-Nation, nun eine der beiden deutschen Nationen, die sozialistische deutsche Nation, galt als "durch den Sozialismus, durch die sozialistischen Produktionsverhältnisse, durch die politische Macht der Arbeiterklasse, unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei, durch die Herrschaft der Ideologie..."⁽²⁾ und eben durch den Internationalismus determiniert. Entsprechend der Interpretationen in diesem Aufsatz blieben zwar noch bestimmte ethnische Gemeinsamkeiten derzeit gültig, sie waren demnach aber tendenziell abnehmend.

Wenn man diesen Gedanken weiter verfolgt, kann daraus konsequenterweise nur resultieren, daß eine sozialistische, einheitliche deutsche Nation für alle Zeiten ausgeschlossen bleibt, sondern erst "in ferner Zukunft"⁽³⁾ die deutschen mit allen anderen Nationen wieder zu einer Einheit in Form einer Weltnation verschmelzen. Für diese These gibt es bis dato in der DDR-Literatur keinen Beleg.

(1) Kosing/Schmidt, Zur Herausbildung der sozialistischen Nation in der DDR, in: Einheit, 1974, H. 2, S. 182/183

(2) a.a.O., S. 183

(3) Axen, Zur Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR, S. 14

2. Die Haltung der KPD gegenüber dem Problem der deutschen Nation - 1918 bis 1946

2.1. KPD und Nation in der Weimarer Republik

Während der Dauer der Weimarer Republik stellten die Versuche der KPD, die Einheitsfront der Arbeiterklasse herzustellen, einen Teil der Strategie zur Eroberung der politischen Macht im Staat dar. Dies letztere wiederum galt für die Kommunisten als Prämisse zur Errichtung des Sozialismus. Hauptadressat für die Bildung einer Einheitsfront war die Sozialdemokratie. Innerhalb der Einheitsfront wollte die KPD als sich selbst so deklarierende wahrhaftige Vertreterin der nationalen Interessen die Führung übernehmen. Diesen Anspruch erhob sie für die "Einheitsfront von unten", die aus dem Versuch zur Gewinnung der Mitglieder der SPD durch Spaltung von ihrer Parteileitung in den "ultralinken" Phasen der KPD-Politik (1924 bis 1925, 1929 bis 1935) hervorgehen sollte, ebenso, wie für die "Einheitsfront von oben", einer angestrebten Form der Zusammenarbeit mit der SPD-Führung, diese ebenfalls mit dem Ziel, die Arbeiter für die KPD-Politik zu gewinnen.

Lediglich die Einheitsfront von oben zeitigte vorübergehende Erfolge, so bei der Kampagne zur Fürstenenteignung 1926 oder zuvor, 1923, während der Ausübung gemeinsamer Regierungen von KPD und SPD in Sachsen und Thüringen.

Arbeiterregierungen stellten ein Spezifikum der KPD-Politik in der Epoche der Weimarer Republik dar. Für die KPD bildete eine derartige Regierung nur eine mögliche Stufe zur Erreichung des "Klassenziel(s) des Proletariats, die Eroberung der politischen Macht".⁽¹⁾ Sie verkörperte

(1) Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung, in: Rote Fahne, Nr. 30, 6.2.1923, Beilage

jedoch keinesfalls die Diktatur des Proletariats, sondern stellte lediglich einen "Versuch der Arbeiterklasse (dar)..., Arbeiterpolitik zu treiben...".⁽¹⁾

Vom Jahre 1929 an wurden die Sozialdemokraten von der Kommunistischen Internationale als "Sozialfaschisten" denunziert, die für die Machtergreifung der Nationalsozialisten verantwortlich gemacht wurden und denen daher der Hauptkampf gelten mußte. Erst auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 wurde diese Linie revidiert und "die Herstellung der Einheitskampffront der Arbeiterklasse (zur) wichtigste(n), nächstliegende(n) Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung..."⁽²⁾ erklärt.

Auf dem folgenden "Brüsseler" Parteitag der KPD avisierte die Partei bereits die Schaffung einer antifaschistischen Volksfront, die auf der Grundlage einer bis dahin zu gestaltenden Einheitsfront aufgebaut werden sollte. Darüber hinaus stand die Gründung einer proletarischen Einheitspartei zur Diskussion, die allerdings die Forderungen nach Errichtung der Diktatur des Proletariats und dem demokratischen Zentralismus als Prinzip des Parteaufbaus einschloß. In späteren Bemühungen um Bildung einer Volksfront wurde das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats nicht mehr zur unabdingbaren Voraussetzung erhoben, da die KPD inzwischen vorgeblich zu der Erkenntnis gelangt war, daß es "Selbstbetrug" wäre, "anzunehmen, daß die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, der Mittelstand und die Bauernschaft schon bereit wären, für die Sowjetmacht zu kämpfen".⁽³⁾ Vielmehr sollte offiziellen

(1) Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung, in: Rote Fahne, Nr. 30, 6.2.1923, Beilage

(2) Pieck, Dimitroff, Togliatti: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus, S. 275

(3) Pieck: Im Kampf um die Arbeitereinheit und die deutsche Volksfront, S. 47

Verlautbarungen zufolge die demokratische Republik erstrebt werden⁽¹⁾.

Noch vor Beginn des Weltkrieges betrachtete die KPD alle Hitlergegner als ihre potentiellen Verbündeten; sie versuchte, die Deutschen auf eine nationale Anti-Hitler-Front zu verpflichten. 1939 "erklärt(e) die Berner Konferenz der KPD, daß der Kampf gegen den Krieg, für den Sturz des Kriegstreibers Hitler, die höchste nationale Aufgabe aller Deutschen" sei.⁽²⁾ Mit einer Resolution als Willensäußerung der Konferenzteilnehmer versuchte die KPD davon zu überzeugen, "daß die Rettung Deutschlands vor der Katastrophenpolitik des Hitlerregimes die Unterordnung der Sonderinteressen aller Hitlergegner unter das Gesamtinteresse der deutschen Nation erheischt".⁽³⁾ In der Republik, die nach dem Sturz Hitlers zu gestalten sein würde, sollten gemäß den Vorstellungen der Berner Parteitage delegierten die Wurzeln des Faschismus ausgerottet, das Trustkapital enteignet werden; Arbeiterklasse, Bauern, Mittelstand und Intelligenz sollten dann das Schicksal des Landes bestimmen. Die Resolution der Konferenz enthielt jedoch eine weitergehende Aussage, nach der in einem "Volksfrontdeutschland die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter und ihre Organisationen die volle Freiheit haben (sollten), die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel zu gewinnen".⁽⁴⁾ Das spezifisch kommunistische Ziel, die Errichtung der Sowjetmacht mittels der proletarischen Diktatur, war bis zum Kriegeende niemals ausdrücklich aufgegeben worden.

(1) s. dazu: "Aus den Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform für die deutsche Volksfront", beschlossen vom Politbüro des ZK der KPD, 16. Juni 1936, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 482

(2) Der Weg zum Sturz Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik (Resolution der Berner Konferenz der KPD), in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 165

(3) a.a.O., S. 174

(4) a.a.O., S. 180

Die KPD hat mehrmals national gesinnte Kreise für sich zu gewinnen versucht, wie z. B. in der Phase des sogenannten "Schlageter Kurses" 1923. Schlageter, ein Nationalsozialist, war während der Kämpfe zur Zeit der Ruhrbesetzung gefallen. Er war nach dem Dafürhalten der KPD einer aus der irregeleiteten, suchenden Masse nationalgesinnter Deutscher, zu denen sich die KPD einen Weg bahnen wollte. Die KPD glaubte, daß die Mehrheit der Deutschen angesichts der immensen Kriegsfolgelasten der nationalsozialistischen Propagandawirkung ausgeliefert sein würde, "wenn sich die patriotischen Kreise Deutschlands nicht ...(entschieden), die Sache dieser Mehrheit der Nation zu der ihrigen zu machen...". Die KPD prognostizierte, daß Deutschland ohne ihr Dazutun "angesichts ... der dauernden Gefahr seitens der Sieger zum Felde blutiger innerer Kämpfe... (würde), und es... dem Feinde ein leichtes sein (würde), es zu zerschlagen und zu zerstückeln".⁽¹⁾

Die KPD lehnte den Versailler Vertrag wie auch die Besetzung des Ruhrgebietes ab und ebenso den Dawes- und den Young-Plan, die beiden von den alliierten Kriegsgegnern Deutschlands aufgestellten Reparationspläne. Sie begründete ihre Haltung damit, daß all diese Kriegsfolgemassnahmen der nationalen Unterordnung Deutschlands unter das imperialistische Ausland Vorschub leisteten und eine Gefahr für die selbständige Existenz der deutschen Nation sowie ihre spätere Kolonisierung signalisierten. Die KPD legte hierbei Wert auf die Klarstellung, daß die Bekämpfung dieser Politik der Kriegsgewinner nicht nationalistisch motiviert sei, da für die Kommunistische Partei "die nationale Befreiung des deutschen Volkes von der Knechtung durch den ausländischen Imperialismus stets mit der Entlarvung und entschiedenen Bekämpfung des

(1) Radek: Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts, in: Rote Fahne, Nr. 144, 26.6.1923, S. 1

deutschen Chauvinismus, mit dem Sturz der Herrschaft des Monopolkapitals in Deutschland verbunden" gewesen sei.⁽¹⁾

Mit einer Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes unternahm die KPD nochmals einen Versuch, unter der Anhängerschaft des Nationalsozialismus für den "kommunistischen Patriotismus" zu werben. Die KPD verkündete, daß "nur der Hammer der proletarischen Diktatur...die nationale Unterdrückung zerschlagen...(könne). Nur die soziale Revolution der Arbeiterklasse...(könne) die nationale Frage Deutschlands lösen".⁽²⁾ Die Massen wurden darum zur Erkämpfung der deutschen Sowjetmacht aufgerufen. Die Kommunisten wandten sich in dieser Erklärung gegen jede gewaltsame Angliederung eines Gebietes an ein fremdes Staatsgebilde und schlossen ausdrücklich auch die Expansion Deutschlands durch außerstaatliche Territorien aus. Die KPD wollte damit strikt die Leninschen Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Nationen befolgen, mit dem sie andererseits aber ebenso gut "denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern...(würden), die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland sichern" wollte.⁽³⁾ Hierin lag ein partielles Zugeständnis an die nationalsozialistische Forderung nach "Lebensraum", mit dem vermutlich die propagandistische Wirkung des KP-Programms erhöht werden sollte.

Bis zum Kriegsbeginn 1939 konnte die KPD keinen nennenswerten Einbruch in nationalsozialistische und auch nicht - zumindest nicht nachweisbar - in sozialdemokratische Kreise verzeichnen. Einheits- und Volksfrontkonzeptionen waren hinfällig geworden; nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion wurde deren Unterstützung allen national-proletarischen Interessen untergeordnet.

(1) Hortschansky, Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren während des Ruhrkampfes 1923, S. 40

(2) Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 127

(3) a.a.O.. S. 124

2.2. Das Nationalkomitee "Freies Deutschland"

Die Idee der Volksfront wurde erst während des Krieges im "Nationalkomitee Freies Deutschland" realisiert. Auf Initiative der Spitzenfunktionäre der KPD, die inzwischen in die Sowjetunion emigriert waren, war im September 1943 das Nationalkomitee in einem Kriegsgefangenenlager in der Nähe Moskaus gegründet worden. Dem Nationalkomitee gehörten Vertreter verschiedener Schichten, Klassen, Weltanschauungen und Religionen an.

Die KPD ließ sich in keiner Phase der Bewegung deren Leitung streitig machen. In der Retrospektive schälte die KPD u. a. unter Hinweis auf diese ihre führende Rolle ihren Anspruch heraus, ohne Unterbrechung im Dienst für die deutsche Nation tätig gewesen zu sein: "Von den Brüsseler und Berner Parteikonferenzen der KPD bis zur Gründung des Nationalkomitees "Freies Deutschland" führte der gerade Weg des konsequenten Kampfes der KPD für die nationalen und sozialen Interessen des deutschen Volkes. Das war ein großer Sieg der Strategie und Taktik des Volksfrontgedankens der KPD..."⁽¹⁾

Das nationale Moment des Komitees wurde in all seinen Verlautbarungen betont. Symbol seines Anspruchs auf Identifikation mit der deutschen Nation waren seine Farben: schwarz-weiß-rot. Die für die Frontarbeit ausgewählten Delegierten leisteten einen Schwur des Inhalts, daß sie sich verpflichteten, "aus Treue zur deutschen Nation mit dem Nationalkomitee "Freies Deutschland" zu kämpfen".⁽²⁾

"D e u t s c h l a n d d a r f n i c h t s t e r -
b e n ! " hieß es in dem Gründungsmanifest des Nationalkomitees.

(1) Matern, die führende Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands in der antifaschistischen Bewegung "Freies Deutschland", in: Einheit, Nr. 5, 1963, S. 26

(2) Weinert, Das Nationalkomitee "Freies Deutschland", S. 42

Von seinen Mitgliedern wurde verlangt, für die Nation "Leben und Ehre" einzusetzen, "um das Vaterland von seiner tiefsten Schande zu erretten".⁽¹⁾

Die Komiteeleitung glaubte anfangs, daß das deutsche Volk aus eigener Anstrengung das Hitlerregime beseitigen könnte. Nach dem Sturz Hitlers sollte dann eine "w a h r h a f t d e u t s c h e(n) R e g i e r u n g"... aus dem "Freiheitskampf aller Volksschichten hervorgehen".⁽²⁾ Das neue Deutschland sollte nach den Vorstellungen des NKFD gemeinsam von allen antifaschistischen, demokratischen, nationalen Kräften errichtet werden. - Deutlich zeichneten sich hier bereits die gedanklichen Umrisse der Bündnispolitik der KPD/SED ab, wie sie später in der SBZ/DDR realisiert worden ist.

In dem Manifest versuchten die Gründungsmitglieder des NKFD bereits, der Furcht hinsichtlich einer eventuellen Bolschewisierung Deutschlands entgegenzuwirken. Dies war u. a. deswegen angeraten, weil der Antibolschewismus ein entscheidendes, integrierendes Moment der nationalsozialistischen Propaganda bildete. In dem Manifest nun wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, "daß der Bolschewismus einem Volk, das ihn nicht will, weder aufgezwungen werden kann noch aufgezwungen werden darf..."⁽³⁾ Da aber das deutsche Volk nach Meinung des Komitees mitschuldig am Krieg zeichnete und zumindest materiell zur Entschädigung herangezogen werden mußte, erhob das Nationalkomitee die Wiedergutmachung für die Sowjetunion zur "nationalen Pflicht jedes Deutschen".⁽⁴⁾

(1) "Freies Deutschland" - Organ des Nationalkomitees, Nr. 1, 19.7.1943, S. 1

(2) ebda.

(3) a.a.O., Nr. 10, 5.3.1944, S. 1

(4) Weinert, a. a. O., S. 62

Die KPD legte hiermit wiederum Zeugnis ab für ihr besonders enges Verhältnis zur Sowjetunion, wenn man zugrunde legt, daß die Politik des NKFD letztlich Willensäußerungen der KPD gewesen sind.

Das NKFD war einer der Bausteine, aus dem später die Freundschaft zwischen der Sowjetunion und der DDR hervorging, die zum nationalen Prinzip der DDR erhoben wurde. Begünstigt wurde diese Entwicklung vor allem durch die personelle Identität zwischen NKFD- und KPD- bzw. SED-Führung.

"Komitees der Bewegung Freies Deutschland" wirkten u. a. bei der Reorganisierung des öffentlichen Lebens in der sowjetisch besetzten Zone mit, bis sie durch die wieder zugelassenen Parteien eliminiert wurden. Das Nationalkomitee erklärte seine Auflösung im November 1945 in der Gewißheit, daß sein Wirken in der SBZ weiterhin ausstrahle und "die von ihm geschaffene Bewegung... in der demokratischen Volksfront der Heimat ihre Fortsetzung gefunden hatte".⁽¹⁾

2.3 Die Wiedergründung der KPD

Das politische Leben in der SBZ wurde bereits wenige Wochen nach Kriegsende reaktiviert. Der Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration gab den Weg frei zur Wiedergründung von Parteien und Organisationen, "die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und der Entwicklung der Initiative und Selbstbestätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen".⁽²⁾

(1) "Freies Deutschland", Nr. 44, 3. November 1945, S. 1

(2) Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Dokumente aus den Jahren 1945 - 1949, S. 54

Als erstes wurde die Kommunistische Partei wieder zugelassen. In ihrem Gründungsauftrag an das deutsche Volk wiederholte sie die Auffassung aus dem Gründungsmanifest des Nationalkomitees, "daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg... (entspreche) nicht den Entwicklungsbedingungen in Deutschland".⁽¹⁾ Das Programm war eindeutig auf Errichtung einer parlamentarisch-demokratischen Republik, nicht eines sozialistischen Staates, ausgerichtet, allerdings erklärtermaßen bezogen auf die damalige Situation.

Als ihr erstes politisches Ziel proklamierte die KPD die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848. Die KPD rief die Bevölkerung auf, einen neuen Weg unter Vermeidung der Fehler der Weimarer Republik - vor allem der Zersplitterung der antifaschistischen, demokratischen Kräfte - zu beschreiten. Die Partei bekannte sich mitschuldig am Hitlerfaschismus, da sie es nicht vermocht habe, die Arbeiterklasse mit den Bauern und der Intelligenz zu vereinen; sie übertrug dem ganzen deutschen Volk die Mitverantwortung wegen seiner passiven Haltung gegenüber dem Hitlerregime. Die KPD hob die Verdienste der Sowjetarmee an der Zerschlagung des faschistischen Deutschland hervor und versprach Reparationen für alle geschädigten Völker.

Dieses Aktionsprogramm sollte auch als Grundlage für einen später zu formierenden antifaschistisch-demokratischen Parteiblock dienen. Der Block sollte die Basis für eine parlamentarisch-demokratische Regierung bilden. Er wurde als Einheitsfront oder auch als Volksfront verstanden.⁽²⁾

(1) a.a.O., S. 60

(2) s. dazu: Communiqué über die Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien am 14. Juli 1945, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, S. 60
Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, 1. Halbbd., S. 124 - Benser, Der friedliche, demokratische Weg zum Sozialismus in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, Sonderheft, 1965 - Zum XII. Internationalen Historikerkongreß 1965 in Wien, S. 214

Anhand der Etablierung des Parteiblocks wurde sichtbar, daß die Maxime der Brüsseler und Berner Konferenzen, die Bildung einer proletarischen Einheitsfront in der Zusammensetzung der Anhängerschaft von KPD und SPD, vorerst verworfen worden war.

Die Blockpolitik auf der Grundlage auch eines organisatorischen Zusammenschlusses aller vier derzeitigen Parteien der SBZ⁽¹⁾, ohne daß es zwischen der SPD und der KPD zuvor zu mehr als einer Aktionseinheit gekommen war, bildete ein Novum in der Taktik einer kommunistischen Partei. Besondere Bedeutung wurde dem Block deswegen beigemessen, weil die "Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte... auf der tiefen Überzeugung (der KPD beruhte, d. Verf.), daß sie die Voraussetzung für die Erhaltung der Einheit Deutschlands und den Bestand der Nation" sei.⁽²⁾

Die KPD offerierte sich als "wahrhaft nationale" und damit inter-zonale Partei, da sie "um die Beseitigung des Unglücks der Nation" kämpfe,⁽³⁾ das heißt um die Beseitigung aller faschistischen Relikte. Das KPD-Programm sollte nach der Intention seiner Initiatoren nicht auf die SBZ allein beschränkt bleiben, sondern die "Einigung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte in allen vier Zonen Deutschlands"⁽⁴⁾ ermöglichen, wie in später folgenden Interpretationen ausgeführt wurde.

(1) Dem Block gehörten außer der KPD und der SPD die CDU und LDPD an. Später kamen der DBD (Demokratischer Bauernbund Deutschland), die NDPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) und die Massenorganisationen (Freie Deutsche Jugend, Gewerkschaftsbund, Frauenbund, Kulturbund) hinzu.

(2) Pieck, Die Einheit der Arbeiterklasse und die Einheit der Nation, in: Einheit, Heft 1, Februar 1946, S. 2

(3) Programmatistische Rede des Genossen Ulbricht, in: Deutsche Volkszeitung, Nr. 13, 27.6.1945, S. 2

(4) Ulbricht, Das Aktionsprogramm der KPD in Durchführung - Rede auf der Groß-Berliner Funktionärskonferenz, 12. Oktober 1945, in: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 506

Die beständige Übereinstimmung der KPD-Politik mit den nationalen Interessen Deutschlands, der Wille der Partei zur Wahrung der Einheit der Nation wurde immer wieder hervorgehoben, besonders in Distanzierung zu anderen Parteien. Die KPD/SED leitete aus dieser als kontinuierlich dargestellten Politik ihre Legitimation zur Führung der Nation ab, zumal sie sich vorgeblich außerdem mit den objektiven Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft im Einklang befand.

Der Gründungsaufwurf der KPD blieb die programmatische Grundlage für die KPD und SED, bis auf dem VI. Parteitag der SED ihr erstes Parteiprogramm verabschiedet wurde.

3. Die SBZ 1945 - 1949

3.1 Der Zusammenschluß von SPD und KPD

Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus war in der SBZ/DDR nach der Selbstdarstellung der DDR ein gesetzmäßiger Vorgang. Ebenso zwangsläufig mußte nach dieser Auffassung der Zusammenschluß der Arbeiterklasse erfolgen.

Trotz dieses determinierten Geschichtsablaufs, wie ihn die SED versteht, bedurfte es nach ihrer Meinung der politischen Organisationsform der Arbeiterklasse, der Partei. Nur so glaubte die SED, den revolutionären Prozeß beschleunigen und lenken zu können. Die Gründung der SED wurde darum als überraschendes Ereignis und als Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und Europas gefeiert, weil "ohne die Gründung der SED... die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik... nicht möglich gewesen" wäre.⁽¹⁾

(1) Dokumente und Materialien, a.a.O., S. 47

Der DDR wiederum wurde die Friedenssicherung in Deutschland und Europa und nur auf dieser Basis die Garantie für die weitere Existenz der deutschen Nation zugeschrieben. Die KPD war zur organisatorischen Vereinigung der Arbeiterklasse erst einige Monate nach ihrer Wiedenzulassung und später als die SPD bereit. Die KPD begründete ihr Zögern damit, daß die beiden Arbeiterparteien vorab Grundsätze für den Aufbau Deutschlands und gemeinsame Leitsätze für die künftige Parteiarbeit aufstellen und vor allem ideologische Fragen klären müßten. Die KPD stellte die Ideologie-Diskussion in den Vordergrund, weil sich die SPD im Laufe der Auseinandersetzung den Standpunkt der KPD zu eigen machen sollte, der beinhaltete, daß "nur als marxistische Partei... die Sozialistische Einheitspartei die nationale Führung in Deutschland übernehmen"⁽¹⁾ könne.

Bis zur Verschmelzung der Parteien arbeiteten gemeinsame Ausschüsse, gemeinsame Konferenzen wurden abgehalten. Die SED bezeichnete später als Charakteristikum dieser Phase der Entwicklung "die(ee) gemeinsamen Versammlungen, die brüderliche Zusammenarbeit, die gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung der Folgen des Krieges und zur Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung".⁽²⁾

Im Februar 1946 fiel die Entscheidung zugunsten der Vereinigung von SPD und KPD in der Ostzone.⁽³⁾ Die Ablehnung der Westmächte und der Westzonen-SPD machte derzeitig eine alle Zonen umfassende Verschmelzung illusorisch. Die KPD konzentrierte ihre Anstrengungen entsprechend ihrer

(1) Benser, Vereint sind wir unbesiegbar, S. 96

(2) Ulbricht, Der Plan des demokratischen Neuaufbaus - Rede auf der 1. Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands in Berlin, 2. u.3. März 1946, in: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 558

(3) nach Mattedi, Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 68

Feststellung über die "Ungleichmäßigkeit der gegenwärtigen Entwicklung in den verschiedenen Teilen Deutschlands"⁽¹⁾ gezwungenermaßen auf die SBZ, ohne die gesamt nationale Parteikonzeption aufzugeben. Die KPD stellte die dialektische Verbindung zwischen der organisatorischen Vereinigung der Arbeiterklasse als notwendige Voraussetzung für den Bestand der einheitlichen Nation her und behauptete, daß "...jede Zerklüftung in (den) Reihen (der Arbeiterklasse) die Aufspaltung Deutschlands begünstigen müßte, ...jeder weitere Schritt zur Festigung der Arbeitereinheit die Stärkung der Einheit Deutschlands"⁽²⁾ bedeuten würde. - Die letzte KPD-Parteikonferenz in der SBZ tagte unter dem Motto: "Die Einheit der Arbeiterklasse ist die Grundlage für die Einheit Deutschlands".

Die Bestimmung von Inhalt und Tempo des Vereinigungsprozesses lag im letzten Halbjahr bei der KPD. Die nun rasch vorangetriebene Vorbereitung zur organisatorischen Vereinigung von SPD und KPD begründeten die Kommunisten damit, daß die Reaktion in Westdeutschland wieder erstärke und Pläne der Besatzungsmächte der Westzonen auf die Spaltung Deutschlands abzielten. Nur die einheitliche Arbeiterklasse könne diesem Streben Einhalt gebieten.

Vereinzelte stellten Mitglieder der KPD selbstkritisch fest, daß einer der Kardinalfehler der Partei in der Weimarer Zeit die Unterschätzung der nationalen Frage gewesen sei. Allgemein wurde aber auch nach der Wiederzulassung der Kommunistischen Partei vorzugewiese auf ihre Verdienste um die Verfechtung nationaler Belange verwiesen.

(1) Ulbricht in "Deutsche Volkszeitung, 19.12.1945 nach Thomas, Entscheidung in Berlin, S. 167

(2) Beschlüsse der Konferenz des Zentralkomitees der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Bezirksvertretern der beiden Parteien vom 20. u. 21. Dezember 1945 in Berlin, in: Dokumente und Materialien... a.a.O., S. 353

So schrieb z. B. Wilhelm Pieck, der Parteivorsitzende der KPD, es sei ein "...Irrtum, wenn der Kommunistischen Partei unterstellt werde, daß sie sich in der Vergangenheit nur auf die Sowjetunion orientierte und keine den nationalen Interessen des Volkes entsprechende Politik getrieben habe. Und er fuhr fort: "Unsere politische Orientierung war immer auf Deutschland, auf die nationalen Interessen unseres Volkes gerichtet... Nur so können wir zur Partei des deutschen Volkes werden... So lassen wir uns an nationaler Gesinnung und Betätigung von niemandem übertreffen". Pieck stellte "das Vaterland über alles".⁽¹⁾

Mit Sicherheit aber hat die Erfahrung aus der Weimarer Zeit die SED bzw. zuvor die KPD insoweit beeinflusst, als sie dem nationalen Aspekt der Deutschlandfrage nun größere Beachtung schenkte. Auf dem Vereinigungsparteitag z. B. versuchte sich die SED als betont deutsche Partei darzustellen und allen diesbezüglich noch vorhandenen Zweifeln dadurch zu begegnen, daß sie immer wieder auf den patriotischen Gehalt ihrer Politik verwies. Auch die "Grundsätze und Ziele",⁽²⁾ die auf dem Parteitag verabschiedet wurden, gaben Aufschluß darüber; es lautete darin u. a.: "Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als unabhängige Partei in ihrem Lande für die wahren nationalen Interessen ihres Volkes".⁽³⁾ Die Parteigründung der SED selbst wurde als ein Werk von größter Bedeutung für Deutschlands Zukunft gefeiert.

Die SED betrachtete sich als Inkarnation der Einheit der deutschen Nation und als den künftigen Garanten dieser

(1) Pieck, Um die Einheit der deutschen Nation, in: Deutsche Volkszeitung, Nr. 26, 1.2.1946, S. 3

(2) Auf dem Parteitag wurden "Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", ein Parteistatut und ein "Manifest an das deutsche Volk" verabschiedet.

(3) Grundsätze und Ziele..., in: Dokumente der Einheit, S. 8

Einheit. Wilhelm Pieck verlieh dieser hohen Selbsteinschätzung der entstehenden Einheitspartei Ausdruck mit den Worten: "Auf uns blickt das deutsche Volk, das sich heute wieder in seiner nationalen Einheit bedroht fühlt. Von uns erwartet es die Sicherung der nationalen Einheit, die Sicherung des Friedens".⁽¹⁾

Die Hoffnungen der SED auf Mitstreiter beim Kampf um die deutsche Einheit konzentrierten sich in erster Linie auf die Arbeiterklasse, und zwar die deutsche Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. Die Partei legte in ihren Gründungsleitsätzen ihre Überzeugung nieder, daß "der Wille der Arbeiterklasse zum Zusammenarbeiten, der Wille zur Zusammengehörigkeit...so unwiderstehlich stark und groß sei, daß er an der Elbe niemals haltmachen, sondern ganz Deutschland umfassen"⁽²⁾ werde.

Die SED maß der Arbeiterklasse und deren Einheit deshalb so überragende Bedeutung bei, weil es nach ihrer Ansicht außer der Arbeiterklasse und ihrer Partei keine Kraft gab, die der Nation noch einen Wert beimaß und die Nation erhalten wollte. Das deutsche Bürgertum nämlich habe begriffen, daß es keine eigenständige imperialistische Politik mehr betreiben könne, und es verspreche sich deshalb großteils nichts mehr von der Idee der Nation. "Die Dinge haben sich so gewandelt, daß der deutsche Nationalstaat heute keine bürgerliche, sondern überwiegend eine sozialistisch-proletarische Angelegenheit geworden ist",⁽³⁾ formulierte Grotewohl die Ansicht der SED auf ihrem I. Parteitag.

Den SED-Politikern wurde zur Zeit des Vereinigungsparteitages das Insistieren auf der deutschen Einheit insofern erleichtert, als sie sich auf die Potsdamer Beschlüsse der Siegermächte als Garanten eben dieser Einheit berufen konnten. Die Beschlüsse von Potsdam lieferten nämlich

(1) Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD, S. 100

(2) a.a.O., S. 163

der SED zusätzliche Argumente für den als notwendig erachteten einheitlichen Bestand Deutschlands und stellten somit eine positive Ergänzung zu den Aufrufen von SPD und KPD bei ihrer Wiederzulassung dar, die bereits vor der Potsdamer Konferenz ergangen waren. Mit den Hinweisen auf die Potsdamer Beschlüsse wollte die SED lediglich hervorkehren, daß sie auch im Sinne der Besatzungsmächte gesamtdeutsche politische Aktivitäten betrieb. Den Bestand Deutschlands und der deutschen Nation aber wollte die SED letztlich ausschließlich an Existenz und Wirken ihrer Partei gebunden sehen.

In den "Grundsätzen und Zielen" der SED wurden Gegenwartsforderungen aufgestellt, die in erster Linie die Beseitigung des vom Faschismus hinterlassenen Chaos betrafen. Breiter Raum wurde ferner der Notwendigkeit gewidmet, das Wiederaufleben der Reaktion zu verhindern und die antifaschistisch-demokratische Ordnung aufzubauen. Diese Forderungen wurden als Minimum dessen bezeichnet, was in dem Rahmen der Möglichkeiten realisiert werden sollte, die einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung zu Gebote stünden. Erst nach deren Verwirklichung sollte das Maximalziel, der Sozialismus, angestrebt werden, mit dessen Durchführung allein "die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes...erreicht werden"⁽¹⁾ könnte.

Grotewohl - einer der Parteivorsitzenden - beschrieb auf dem Vereinigungsparteitag die Gestalt der Demokratie, von der er meinte, daß sie zur Durchsetzung der Gegenwartsforderungen notwendig sei. Es ging ihm hierbei nicht um die formale Demokratie der bürgerlich-demokratischen Staaten, sondern die "reale", "soziale" oder "echte Demokratie",⁽²⁾ die die formale Gleichheit aller vor dem Gesetz durch die reale Gleichheit aller nach Beseitigung unterschiedlicher Besitzverhältnisse ergänzen sollte. Nur auf diese Weise, so führte Grotewohl aus, könne das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen erwirkt werden.

(1) a.a.O., S. 178

(2) a.a.O., S. 128

Darüber hinaus würde in dieser so praktizierten Demokratie auch das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker ebenso geachtet werden wie das der eigenen Nation.

Grotewohl umschrieb damit, daß es sich nach dem Willen der SED bei dem zukünftigen Deutschland um nichts anderes als einen friedfertigen Staat handeln könne.

In den "Grundsätzen und Zielen" wurde u. a. die Forderung nach "Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistisch-parlamentarisch-demokratische(r) Republik"⁽¹⁾ aufgestellt. Pieck - gleichberechtigter Vorsitzender neben Grotewohl - gab in diesem Kontext eine weitere Definition der Demokratie, die aber den Führungsanspruch der SED in Staat und Gesellschaft der künftigen Republik bereits implizierte: "Der demokratische Weg besteht darin, daß die Arbeiterklasse unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands es versteht, im Bunde mit den übrigen werktätigen Massen, ihren Einfluß in der Wirtschaft und im Staatsleben immer mehr zu steigern und durch die Entfaltung einer wahrhaft kämpferischen Demokratie die Entscheidung über alle wichtigen Lebensfragen des deutschen Volkes in ihre Hand zu bekommen".⁽²⁾

Die Etappen zur Verwirklichung des Sozialismus bzw. zunächst der parlamentarisch-demokratischen Ordnung sollten in friedlicher Form gestaltet werden und einander ablösen, wenn nicht die kapitalistische Klasse der Umwälzung Widerstand entgegensetzen und damit zur Wahl gewaltsamer revolutionärer Mittel zwingen würde. - Dem friedlichen Übergang zum Sozialismus wurde von Pieck noch einmal ausdrücklich der Vorzug gegeben.

Der Bestand der Wirtschaftseinheit Deutschlands hatte in den gesamtdeutschen Vorstellungen der KPD/SED einen hervorragenden Stellenwert inne. Die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter wurden mit ihren Überlebensinteressen gleichgesetzt. Zum Überleben wiederum bedurfte es

(1) a.a.O., S. 177

(2) a.a.O., S. 88

nach Ansicht der Partei unbedingt der Wirtschaftseinheit. Mit dem Drängen auf Erhalt der wirtschaftlichen Einheit zielte die SED vor allem auf den Verbleib des Ruhrgebietes im deutschen Wirtschaftsverband ab. Ein entsprechender Hinweis fehlte derzeit in keiner Rede, in keiner Veröffentlichung. Er war u. a. recht deutlich formuliert in einer Ansprache Ulbrichts, in der es hieß: Die antifaschistisch-demokratischen Kräfte werden alles tun, "damit das Ruhrgebiet bei Deutschland bleibt, weil Deutschland ohne das Ruhrgebiet nicht leben kann".⁽¹⁾

Zu der Ostgrenze gab es derart exakt-einheitliche Aussagen nicht. Ulbricht gehörte von Anfang an zu denjenigen SBZ-Politikern, die die Irreversibilität der Oder-Neiße-Grenze als Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen der deutschen Politik zugrunde gelegt wissen wollten. Selbst unter führenden SED-Politikern wurden kontroverse Standpunkte zu dieser Frage vertreten. Max Fechner zum Beispiel, derzeit 2. Vorsitzender der SED, erklärte zur Ostgrenze, "daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sich jeder Verkleinerung deutschen Gebietes entgegenstellen...(werde). Die Ostgrenze...(sei) nur provisorisch und... (könne) erst bei der Friedenskonferenz unter Mitwirkung aller großen Siegerstaaten festgelegt werden".⁽²⁾ In dieselbe Richtung tendierte ein Passus in der Rede Grotewohls auf dem Vereinigungsparteitag, nämlich, daß "...die deutschen Grenzen (noch) nicht endgültig festgesetzt"⁽³⁾ seien.

In einem Bericht über eine Sitzung des Verfassungsausschusses des Volkerrates im Jahre 1948 wurde niedergelegt: Deutschland war auf den Territorialbestand vom 31.12.1937 reduziert worden. Der "Kernbestand des deutschen Volkes

(1) Ulbricht, Der Plan des demokratischen Neuaufbaus, a.a.O., S. 565

(2) Fechner, Klarheit in der Ostfrage! - Die SED zeigt den Weg der wahren rationalen Lösung, in: ND, 14.9.1946, S. 1

(3) Protokoll des Vereinigungsparteitages... a.a.O., S. 115

jenseits der auf der Berliner Konferenz zur Diskussion gestellten Gebiete" steht nicht mehr zur Diskussion, wenn auch "die teils juristisch endgültigen, teils noch juristisch schwebenden Veränderungen unserer Grenzen auch innerhalb des (oben erwähnten, d. Verf.) Territorialbestandes... im Osten und im Westen unseres Landes..."⁽¹⁾ noch bevorstehen.

Das Studium dieser Texte läßt die Schlußfolgerung zu, daß auch die Revision der Ostgrenze in der SBZ zumindest bis 1948 noch möglich erschien.

Die Oder-Neiße-Grenze wurde als Staatsgrenze zwischen der DDR und Polen in einem Abkommen vom Juni 1950 endgültig sanktioniert. Hierbei muß beachtet werden, daß die SED vorgab, auch mit diesem Akt im Interesse des ganzen deutschen Volkes gehandelt zu haben; der deutsch-polnischen Grenze wurde mit der Bezeichnung "Friedensgrenze" besonderer Wert beigemessen.

3.2 Ackermanns These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus

In den Gründungsdokumenten der KPD und der SED war die Übernahme des sowjetischen Weges zum Kommunismus ausgeschlossen. Stattdessen setzte die Diskussion um den spezifischen deutschen Weg ein. Unter den Diskutanten trat Anton Ackermann, Mitglied des ZK der KPD, mit einem Beitrag hervor, in dem er den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus bejahte. Er veröffentlichte im Februar 1946 einen diesbezüglichen Artikel in der "Einheit", einer Monatszeitschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei.

(1) Steiniger, Hat das deutsche Volk ein Recht auf Selbstbestimmung seiner Verfassung? (Verfassungsausschuß des Deutschen Volkerates, Sitzung vom 25.5. 1948, S. 7

Ackermanns These von der Möglichkeit des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus basierte auf verschiedenen Veröffentlichungen von Marx, Engels und Lenin zur gewaltsamen Machtübernahme des Proletariats, zum Aufbau des Sozialismus mit Hilfe der Staatsmacht in Form der Diktatur des Proletariats als dem Regelfall und des Verzichts auf revolutionäre Gewaltanwendung in der Ausnahme. Die zweite Variante war danach nur statthaft unter der Voraussetzung, daß sich die noch herrschende Bourgeoisie im Streben, ihre Macht zu erhalten, nicht auf das Militär und einen reaktionären Staatsapparat stützen könne.

Deutschlands derzeitige Lage war nach Ackermanns Ausführungen insbesondere durch die Besetzung gekennzeichnet. Die Form des Übergangs zum Sozialismus war daher in dieser Phase auch von Faktoren außerhalb der Einflußsphäre der deutschen Arbeiterbewegung abhängig. Zu den positiven Momenten der Situation Deutschlands zählte Ackermann, daß die "reaktionäre Staatsmaschinerie"⁽¹⁾ weitgehend zerschlagen sei und die Möglichkeit eines demokratischen Neuaufbaus in Deutschland entsprechend den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz zugesichert sei. Unter der Voraussetzung einer weitgehenden Nichteinmischung der Besatzungsmächte in innerdeutsche Angelegenheiten konnte dies, nach Ackermann, als günstiger Ausgangspunkt einer künftigen Entwicklung gewertet werden. Vor diesem Hintergrund erschien die Frage des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus dann als eine der praktischen Politik, nämlich dahingehend, "...ob die deutsche Arbeiterschaft im Bunde mit allen fortschrittlichen Schichten des schaffenden Volkes den entscheidenden Einfluß auf die demokratische Neugestaltung Deutschlands gewinnt oder nicht".⁽²⁾

(1) Ackermann, Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, in: Einheit, H. 1, Febr. 1946, S. 30

(2) ebda.

Ackermann wollte vor allem nachweisen, "daß auf gar keinen Fall das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus..., die Beschränkung nur auf die Mittel des allgemeinen Wahlrechts den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus darstellen".⁽¹⁾ Dieser Hinweis wurde als Absage an den Reformismus aufgefaßt und richtete sich gegen die SPD. Zugleich aber mahnte Ackermann - und diese Mahnung erging an die Adresse der Dogmatiker in der KPD - vor einer Verallgemeinerung sowjetischer Erfahrungen. Er tat dies zunächst unter Verweis auf die Fehler der KPD vor 1933, deren Hauptwurzeln er "in einer Unterschätzung der nationalen Besonderheiten Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung... und in dem Versuch einer schematischen Übertragung der Erfahrungen der großen russischen Revolution auf Deutschland"⁽²⁾ sah.

Ackermann ging es in seinen Thesen in erster Linie darum, einen Beitrag für den Aufbau eines Sozialismus zu leisten, der die Fehler der Nachahmung und des bloßen Kopierens vermied. Insofern sind die Worte "deutscher Sozialismus" für ihn mehr als lediglich eine Formel.⁽³⁾

Nun befanden sich die Thesen Ackermanns damals durchaus auf der "Linie" der entstehenden SED. Erste Äußerungen

(1) a.a.O., S. 29

(2) Ackermann, Fragen und Antworten, in: Einheit, Nr. 6, Nov. 1946, S. 28

(3) Prononciert lehnte Ackermann lt. Gniffke im internen Kreis den russischen Weg ab: "Wir in Deutschland können nicht von einem besonderen Weg zum Sozialismus reden, wenn wir papageienhaft Aussprüche von Lenin und Stalin übernehmen und zitieren. Wir müssen aus den Gegebenheiten der deutschen Situation heraus notfalls auch den Mut zu neuer Erkenntnis haben, die mit einer althergebrachten, zum Dogma erstarrten Theorie nicht... in Einklang gebracht werden können". In: Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 192

Ulbrichts über mögliche Besonderheiten im revolutionären Prozeß der deutschen Nation lagen bereits im Juni 1945 vor. Er legte seine Auffassung während der Interpretation des KP-Gründungsaufufes vor: "Wir müssen in Deutschland den Weg gehen, der den Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspricht, und das wird nicht genau der gleiche Weg sein wie in anderen Ländern".⁽¹⁾

Die Verbindlichkeit der Ackermannschen Thesen wurde besonders deutlich in jenem Passus im "Manifest an das deutsche Volk", in dem es über die SED hieß: "Sie ist eine unabhängige Partei, die ihre Wurzeln tief im schaffenden deutschen Volk geschlagen hat, sich von allen fremden Einflüssen freihält... Unser Weg und Programm entsprechen den Interessen des deutschen Volkes, den Besonderheiten der deutschen Wirtschaft, Politik und Kultur...".⁽²⁾

Als ein Element des spezifischen Weges der ostzonalen Arbeiterparteien galt seinerzeit die Bildung des Blocks der antifaschistisch-Demokratischen Ordnung, dem sich auch die bürgerlichen Parteien angeschlossen hatten. Eine weitere Besonderheit des Deutschen Weges zum Sozialismus wurde in dem Bestreben "zur Sicherung der Herrschaft der Mehrheit der Bevölkerung, unter Beibehaltung der Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung"⁽³⁾ gesehen, was allerdings die Liquidierung der Macht der Kriegsverbrecher, der Monopole, der Großbanken, der Überreste des Faschismus im Staatsapparat ebenso einschloß wie die Durchführung einer Bodenreform im Zusammenhang mit der Auflösung des Großgrundbesitzes.

(1) Ulbricht, Zum Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung (25.6.1945), in: Zur Geschichte... a.a.O., Bd. II, S. 437

(2) Protokoll des Vereinigungsparteitages..., S. 202

(3) Gellssner, Was ist Demokratie ? in: Einheit, Nr. 4, 1946, S. 28

Es gilt festzuhalten, daß sich die SED mit diesem Konzept in Übereinstimmung mit der Diskussion zur Problematik der Übergangsgesellschaften in anderen osteuropäischen Staaten bewegte, für die später die Bezeichnung "Volksdemokratie"⁽¹⁾ gefunden wurde. In allen Staaten Osteuropas, die sich im Umwälzungsprozeß befanden, blieb diese "Demokratie neuen Typs"⁽²⁾ vorerst nur recht vage bestimmt. Für die sowjetische Besatzungszone kristallisierte sich in den Diskussionen der folgenden Jahre die These heraus, daß die SBZ allein nicht zu einer Volksdemokratie umgestaltet werden könne. Hierfür sei eine Wiedervereinigung Deutschlands die Voraussetzung, sofern die fortschrittlichen Errungenschaften der SBZ auf die westlichen Besatzungszonen übertragen sein würden. Daß dies eine unausweichliche Folge des historischen Prozesses sein müßte, darüber allerdings gab es kaum Diskussionen. Im Zuge der Sowjetisierung der Volksdemokratien, die eine Folge des Konfliktes zwischen der UdSSR und Jugoslawien war, mußten die nationalen Besonderheiten gegenüber den sowjetischen Erfahrungen zurücktreten, die nun zur allgemein verbindlichen Richtschnur wurden. Die bisherigen Ergebnisse in den Volksdemokratien deckten zudem angeblich auf, daß es einen besonderen "europäischen

(1) + (2) Unter dieser neuen Demokratie wurden solche Verhältnisse in einem Lande verstanden, "in dem die Reste des Feudalismus - des gutsherrlichen Großgrundbesitzes - beseitigt sind, in dem das System des Privateigentums an den Produktionsmitteln fortbesteht, jedoch die Großunternehmer auf dem Gebiet der Industrie, des Transport- und des Kreditwesens dem Staat gehören und der Machtapparat des Staates nicht mehr der monopolistischen Bourgeoisie, sondern den werktätigen Massen von Stadt und Land dienen", E. Wurga: Demokratie neuer Art, in: Neue Welt, H. 11, 1947, S. 33, und Appelt, Ein neuer Typus der Demokratie. Die Volksdemokratien Ost- und Südosteuropas, in: Einheit, H. 6, 1946, S. 341

Weg, der sich vom russischen unterscheidet", ⁽¹⁾ nicht geben könne: "Bei aller erstrangiger Bedeutung der nationalen Frage, sowohl im Prozeß der Revolution selbst als auch während der Periode der Festigung des Kampfes um die Souveränität, ist die tiefste Grundlage des Prozesses, sein historischer Inhalt - der Kampf für den Triumph der Klassenziele des Proletariats, der Kampf um den Sozialismus". ⁽²⁾

Dieser Diskussionsstand kennzeichnete die Situation von 1948. Bereits zu diesem Zeitpunkt galten die Thesen von Ackermann als überholt, und Ackermann übte Selbstkritik. Er stimmte nunmehr aus "ehrlicher Überzeugung" jenen Feststellungen zu, nach denen auch der deutsche Weg zum Sozialismus als ein revolutionärer Prozeß aufzufassen sei und wie in jedem anderen Staat nur durch den "revolutionären Massenkampf" gewonnen werden könne. Ackermann bezeichnete nun seine Theorie vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus als "u n b e d i n g t f a l s c h u n d g e f ä h r l i c h", weil sie den Antibolschewismus begünstige und den Nationalismus fördere. ⁽³⁾

Damit war entschieden, daß der Übergang zum Sozialismus auch in der Ostzone dem sowjetischen Modell zu folgen habe. Dennoch wurde die Identifizierung der SBZ/DDR als Volksdemokratie im Gegensatz zu den osteuropäischen Staaten weiterhin abgelehnt.

(1) Perling, Die Entstehung der Volksdemokratie, in: Neue Welt, H. 9, 1948, S. 51

(2) a.a.O., S. 50

(3) Ackermann, Über den einzig möglichen Weg zum Sozialismus, in: ND, 25.9.1948, S. 2

3.3 Die deutsche Volkskongreßbewegung

Zum Beginn der Volkskongreßbewegung war nicht nur die SED auf den Sowjetzonenbereich beschränkt geblieben, die Spaltung Deutschlands nahm auch ganz offensichtlich ihren Fortlauf mit der Einbeziehung der Westzonen in das europäische Wiederaufbauprogramm durch Marshall-Plan-Kredite, mit der Bildung der Bizone, mit dem Scheitern der Ministerpräsidentenkonferenz in München im Juli 1947. Die SED versuchte ständig, mit Resolutionen und Aufrufen Einfluß auf diese Entwicklung zu nehmen; der II. Parteitag der SED im September 1947 erklärte den "Kampf um die Einheit Deutschlands" zur Hauptaufgabe für die Partei und zur "d r i n g e n d s t e(n) A u f g a b e d e s d e u t s c h e n V o l k e s".⁽¹⁾

Während einer außerordentlichen Sitzung des Parteivorstandes analysierte Grotewohl, der stets als Sprecher der SED in gesamtdeutschen Belangen fungierte, die Situation in Deutschland. Er stellte fest, daß nach vergeblichen Versuchen, mit der SPD gemeinsame Aktionen durchzuführen, und gescheitertem Bemühen um gemeinsame Willensäußerungen der Blockparteien der SBZ⁽²⁾ nun die SED die Führung des Volkes zwangsläufig übernehmen müsse. Grotewohl schlug vor dem Hintergrund dieser Entwicklung vor, einen Volkskongreß als "Aktion in letzter Stunde"⁽³⁾ einzuberufen, auf dem Delegierte aus allen Teilen Deutschlands an Stelle des gesamten deutschen Volkes folgendes

(1) Entschließung des II. Parteitages zur politischen Lage, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I, S. 219

(2) Dies scheiterte vor allem an dem Widerstand der CDU, die sich nicht auf eine gemeinsame Linie mit der SED festlegen wollte.

(3) Grotewohl, Die Sozialistische Einheitspartei lädt ein zu einem Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden - Ausführungen in der außerordentlichen Sitzung des Parteivorstandes, 26. November 1947, in: Im Kampf um die eine deutsche demokratische Republik, Bd. I, S. 149

"zum Ausdruck bringen (sollten): Die Arbeiterklasse nimmt die nationalen Interessen Deutschlands auf, um sie für das deutsche Volk zu realisieren und ein neues demokratisches Deutschland zu schaffen".⁽¹⁾ Wenn aber die Arbeiterklasse die nationalen Interessen Deutschlands aufnehmen sollte, so bedeutete dies zu jener Zeit erst einmal, daß die SED dies stellvertretend für die Arbeiterklasse tun mußte. Dies war eine Umschreibung für den Anspruch der SED, die Führung des Proletariats zu übernehmen, als dessen Avantgarde die Partei sich verstand und auch weiterhin versteht. Nationales und Arbeiterinteresse aber sind per definitionem identisch. Der Führungsauftrag der SED fand nach ihrer Selbstdarstellung einen Ausdruck in der Einberufung des Volkskongresses durch die Partei. Die Leitung und Organisation der Volkskongreßbewegung konnte nach Ansicht der SED wiederum nur der Partei obliegen, da sie sich die stärkste Partei Deutschlands dünkte und "...weil durch die Arbeitgemeinschaft SED-KPD ihr Organisationsnetz über ganz Deutschland" reiche.⁽²⁾

In der Eröffnungsansprache des Kongresses erklärte Wilhelm Pieck hingegen, daß man angesichts ihrer Zusammensetzung die Versammlung nicht als bloße SED-Versammlung diskreditieren könne⁽³⁾. (Von den 2215 anwesenden Delegierten sollen 664 aus den Westzonen entsandt worden sein, neben den SBZ-Blockparteien auch SPD und KPD vertreten gewesen sein.)⁽⁴⁾ Grotewohl verwahrte die SED

(1) ebda., S. 151

(2) Ulbricht, Der Sinn des Volkskongresses - Rundfunkinterview mit Walter Ulbricht am 3. Dezember 1947, in: Zur Geschichte..., a.a.O., Bd. III, S. 194

(3) Eröffnungsansprache Wilhelm Piecks auf dem 1. Deutschen Volkskongreß am 6. Dezember 1947, in: Neef, Der Freiheit Morgenrot, S. 268

(4) a.a.O., S. 190

in seiner Rede ebenfalls gegen den Vorwurf eines Parteimanövers, wie er in den Westzonen erhoben worden war: "In diesen für Deutschland sorgenvollen Wochen erhebt sich unsere Überparteilichkeit zu einer einzigen Partei, zu der wir alle gehören, und diese Partei heißt: D e u t s c h l a n d !" ⁽¹⁾ - Retrospektivisch wird die SED in DDR-Publikationen jedoch wieder als diejenige Kraft dargestellt, die allein auch in dieser Periode gesamtdeutsche Politik betrieb und nationale Belange vertrat. ⁽²⁾

Aktueller Anlaß zur Einberufung des 1. Volkskongresses war die in London tagende Konferenz der Außenminister der Besatzungsmächte gewesen, auf deren Tagesordnung unter anderem die Beratung der Deutschlandfrage stand. Den Konferenzteilnehmern sollte eine Entschlieûung des Volkskongresses überreicht werden, als deren Überbringer eine eigens vom Volkskongreß gewählte Delegation fungieren sollte. ⁽³⁾ In dieser Resolution wurde der Volkskongreß als der "l e b e n d i g e W i l l e n s a u s - d r u c k d e s d e u t s c h e n V o l k e s für einen baldigen und gerechten und demokratischen Frieden..." ⁽⁴⁾ vorgestellt. Ferner wurde darin die Durchführung einer Volksabstimmung über die Gründung eines Einheitsstaates vorgeschlagen. Die Entschlieûung wies aber auch das zentrale Anliegen dieses Unterfangens aus: "Eine A u f t e i l u n g Deutschlands in Staaten oder Zonengebiete würde den Aufbau der deutschen Wirtschaft... gefährden..." ⁽⁵⁾

(1) Grotewohl: Für Einheit und gerechten Frieden - Rede auf dem 1. Deutschen Volkskongreß - 7. Dez. 1947, in: Im Kampf für... a.a.O., Bd. I, S. 154

(2) s. Neef, a.a.O., S. 188

(3) Die Delegation bekam kein Einreisevisum für Großbritannien.

(4) Gesamtdeutsche Forderungen an die Londoner Außenminister-Konferenz - 6./7.12.1947, in: Die Nationale Front - Kleine Dokumentensammlung, S. 33

(5) a.a.O., S. 34

Die eminente Bedeutung des wirtschaftlichen Aspektes der Volkskongreß-Bewegung wurde noch mehrmals während des 1. Kongresses augenscheinlich. So bezeichnete z. B. Reimann, Vertreter der KP Westdeutschlands, das Rhein-Ruhr-Kohlengebiet als "unantastbares nationales Eigentum des deutschen Volkes". Er verglich die Wirtschaft mit einem Zahngetriebe, aus dem kein Teil entfernt werden könne. Nur die nationale Einheit Deutschlands sichere den Aufbau einer gesamtdeutschen unabhängigen Wirtschaft.⁽¹⁾

Während des 2. Volkskongresses, der im März 1948 abgehalten wurde, konzentrierten sich die Delegierten noch stärker auf die wirtschaftliche Frage. Als einer der Hauptprobleme des Kongresses stand "Der demokratische Neuaufbau der deutschen Wirtschaft" zur Debatte, der die Grundforderung nach wirtschaftlicher Einheit einschloß. Der Deutsche Volkerat, ein von dem 2. Kongreß gewähltes Organ des Volkskongresses, führte den Kampf vor allem um das Ruhrgebiet fort. Das Präsidium des Volkerates protestierte 1948 gegen das Ruhrstatut, das das Ruhrrevier und die Verteilung seiner Ressourcen internationaler Kontrolle unterstellte; es rief "die ganze deutsche Nation auf, angesichts der katastrophalen Gefahr für den Bestand des deutschen Volkes den Widerstand gegen die Spalter und die Kräfte des Krieges zu verstärken".⁽²⁾ Ein Sprecher des Wirtschaftsausschusses des Volkerates nannte es "ein V e r b r e - c h e n an der deutschen Wirtschaft, (Ostdeutschland) von den eigenen Rohstoffquellen (denen des Ruhrgebietes, d. Verf.) abzuschließen".⁽³⁾

-
- (1) Das Ruhrgebiet und der gerechte Friede - Referat Max Reimanns auf dem 1. Deutschen Volkskongreß am 6. Dezember 1947, in: Neef, a.a.O., S. 285
 - (2) Protestaufruf des Präsidium des Deutschen Volkerates gegen das Ruhrstatut - 29.12.1948, in: Deutscher Volkerat - Informationsdienst, Nr. 2, 1949, S. 33
 - (3) Josef Orlopp: Unsere Zonengrenze bleibt offen, in: Deutscher Volkerat..., 10. u. 11. Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volkerates, Nr. 3, S. 30

An der fortschreitenden Spaltung Deutschlands bestand nach der gescheiterten Londoner Konferenz und dem Zerfall des Alliierten Kontrollrates im März 1948 kein Zweifel mehr. Für die SED herrschte angesichts des Zerwürfnisses der ehemaligen Kriegsalliierten nun "Klarheit darüber, daß die Herstellung der deutschen Einheit keineswegs eine Selbstverständlichkeit, sondern nur das Ergebnis eines entschlossenen demokratischen Kampfes" sein werde.⁽¹⁾

Unter den Losungen der Beseitigung des "nationalen Notstandes" durch "nationale Selbsthilfe" setzte die Kongreßbewegung ihre Aktivitäten fort. Entsprechend diesen Parolen forderten die Delegierten des 2. Kongresses eine Volksbefragung zur Durchführung einer Volksabstimmung über einen deutschen Einheitsstaat. Dem Deutschen Volksrat sollte die Vorbereitung der Abstimmung obliegen. In diesem Zusammenhang sprach Grotewohl die Erwartung aus, daß das ganze deutsche Volk "sich durch die Schaffung eines westdeutschen Rumpfstaates niemals in seinem Zusammengehörigkeitsgefühl, in seinem Kampf für ein einheitliches friedliches Deutschland erschüttern"⁽²⁾ lassen möge.

Das Präsidium des Volksrates schlug den entscheidungsbefugten Regierungen der Besatzungsmächte vor, Deutschland die administrative, wirtschaftliche und Währungseinheit zuzubilligen und zu diesem Zweck die Einsetzung einer vorläufigen, zentralen Regierung zuzulassen. - Der Volksrat gab auf diese Weise die Einsicht in die Abhängigkeit auch von den Westmächten zu erkennen, bei denen die Volksbewegung zwar um Gehör nachsuchen konnte, von denen aber Entscheidungen weder abzutrotzen noch zu erzwingen waren. - Die westlichen Besatzungsmächte nahmen

(1) Grotewohl, Warum wir ein Volksbegehren für die deutsche Einheit durchführen, in: Im Kampf..., a.a.O., Bd. I, S. 216/217

(2) ders., Aufruf zur nationalen Selbsthilfe - Aus der Rede auf dem Deutschen Volkskongreß in Berlin, 17.3.1948, in: Im Kampf..., a.a.O., Bd. I, S. 167

von den Vorschlägen des Volkerates keine Notiz.

Die Volkskongreßbewegung war von Beginn an als gesamtdeutsche Bewegung konzipiert worden. An ihren Aktivitäten beteiligten sich in der Tat auch einzelne westdeutsche Personen oder Personengruppen, sie erfaßte jedoch zu keiner Zeit größere Organisationen oder gar die Masse der Westzonen-Bevölkerung. Im Rückblick wurde gerade dieses Handicap als "die Hauptschwäche der deutschen Volkskongreßbewegung (gewertet), was sich auch auf ihre (gesamte) Entwicklung"⁽¹⁾ ausgewirkt habe. Die Hauptakteure der Bewegung täuschten allerdings zunächst mit positiven Berichten über den Fehlschlag ihrer Bemühungen hinweg, die Westdeutschen in ihre Bewegung einzubeziehen. Sie wiesen auf Behinderungen in den Westzonen durch die Besatzungsmächte und die Westzonen-Parteien hin und vermieden es auf diese Weise, die Frage nach dem Erfolg ihrer Werbung selbstkritisch stellen und beantworten zu müssen.

In Westdeutschland bildeten sich verschiedene Gruppierungen, die der Bewegung nahestanden oder adäquate Ziele verfochten. In Bremen z. B. wurde im Januar 1948 ein Volkskongreß abgehalten, der in der SBZ besondere Würdigung erfuhr und dessen Schwur in alle wichtigen Publikationen aufgenommen wurde. Der Schwur lautete: "Ich bekenne mich zur Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden und gelobe in der Stunde größter deutscher Not, Deutschland die Treue zu halten".⁽²⁾

Die westdeutsche Bewegung wurde in erster Linie von der KPD organisiert und geleitet. Es gab darüber hinaus u. a. ferner den "Naunheimer Kreis", dem sich bürgerliche Wissenschaftler und Politiker anschlossen. Dieser Kreis

(1) Goroschkowa: Die deutsche Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden - 1947 - 1949, S. 49

(2) "Deutschlands Stimme", Nr. 4, 1948, zitiert nach: Goroschkowa, a.a.O., S. 60

sprach sich bereits 1948 für die Neutralisierung Deutschlands aus. Es existierte der "Heidelberger Kreis", der sich als Aktionsgemeinschaft für die Einheit Deutschlands verstand. Daneben hatte sich eine "Aktionsgemeinschaft der Jugend für ein einiges Deutschland", die "Deutsche Friedensgesellschaft", der Karlsruher Kreis zur Wahrung der Einheit Deutschlands⁽¹⁾ konstituiert. Ferner bestanden "Verbindungsbüros zum deutschen Volkskongreß"⁽²⁾ u. a. in Bielefeld und Münster. Der Aktionsradius aller westdeutschen Vereinigungen war jedoch begrenzt und ihre Wirkung dementsprechend gering. Die Idee einer gesamtdeutschen Repräsentation, die der Bewegung zugrunde lag, konnte nicht realisiert werden, und das Wirkungsfeld der Akteure reduzierte sich fortan fast ausschließlich auf die Ostzone.

Der Versuch, zwischen den mit der Ausarbeitung je einer Verfassung beauftragten Organe - dem Parlamentarischen Rat im Westen Deutschlands und dem Deutschen Volksrat in der SBZ - Besprechungen in die Wege zu leiten, mißlang. Ebenso scheiterte eine geplante Kontaktaufnahme seitens der SBZ zwischen den Wirtschaftsorganen der beiden Teile Deutschlands. In Westdeutschland wurden diesbezügliche Vorschläge ignoriert.

Zu Beginn des Jahres 1949 war die Gründung zweier deutscher Staaten weitgehend vorbereitet, die jeweilige Verfassung lag in Ost- bzw. Westdeutschland zur Verabschiedung bereit. Eine Zusammenlegung der SBZ mit den Westzonen in Form eines Anschlusses lehnte Grotewohl in seiner Funktion als Politbüro-Mitglied der SED und als Vorsitzender des Verfassungsausschusses des Deutschen Volksrates kategorisch ab: "Den Weg des Anschlusses an die Westzonen

(1) s. dazu: Nationale Front des demokratischen Deutschland - Informationsdienst - Nr. 7/1949, S. 19

(2) s. dazu: Neef, Der Freiheit Morgenrot, S. 169

können wir nicht gehen, weil er zum Verlust unserer unabhängigen nationalen Existenz führen müßte".⁽¹⁾ - Zu dieser Zeit besaß bereits die These für die SED Gültigkeit, nach der Westdeutschland zu einer Kolonie der westlichen imperialistischen Staaten, besonders des US-Imperialismus, degradiert werden sollte. Aus diesem vermeintlich gefährvollen Zustand für den westlichen Teil der Nation leitete die SED den Anspruch ab, daß das nationale deutsche Interesse nur noch durch die SBZ/DDR wahrgenommen werde.

Im Mai 1949 wurden Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß durchgeführt, die den Kongreß als Volksvertretung des zu bildenden ostdeutschen Staates legitimieren und ihn als Sprecher des ganzen deutschen Volkes ausweisen sollten. Die Wahlen wurden nach Einheitslisten des "Demokratischen Blocks" der Parteien und Massenorganisationen durchgeführt. Mit der Wahl der Kongreß-Delegierten wurde die Frage nach Zustimmung bzw. Ablehnung der Einheit Deutschlands und eines Friedensvertrages kombiniert. Das Ergebnis beider Abstimmungen belief sich auf 66,1 % Ja-Stimmen und 33,9 % Nein-Stimmen.⁽²⁾ Das Wahlergebnis wurde von Ulbricht als Beweis dafür gewertet, "daß der Volkskongreß in der Tat der Repräsentant des deutschen Volkes... (sei) und daß die Mehrheit der Bevölkerung hinter dem Deutschen Volkerat... (stehe),... daß die Mehrheit... (des) Volkes gegen das westliche Besatzungsstatut und gegen die vierzigjährige Besatzungszeit... (sei), daß sie einen Friedensvertrag und baldige Her-

(1) Grotewohl, Nationale Front und Pariser Konferenz, in: Deutscher Volkerat - Informationsdienst, Nr. 6, 1949, S. 7

(2) s. Weber, Von der SBZ zur 'DDR', Bd. 1, S. 51

stellung der Einheit Deutschlands und den Abzug der Besatzungstruppen" wolle.⁽¹⁾

Von der Tribüne des 3. Volkskongresses aus wurde die westdeutsche Bevölkerung aufgerufen, den Kampf um die Einheit als Kampf um den Frieden zu intensivieren: "Wir können und dürfen nicht auf die Einheit Deutschlands verzichten, weil davon die nationale Existenz unseres Volkes abhängt und noch mehr die Erhaltung des Friedens in Europa. Ein gespaltenes Deutschland ist ein schwelender Kriegsherd..."⁽²⁾ - Die Verknüpfung der Forderungen nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands und der Erhaltung des Friedens sollte noch längere Zeit die Argumentation der Politiker der SBZ/DDR bestimmen.

Aus der Sicht eines Sprechers der westdeutschen KP gestaltete sich der 3. Volkskongreß zum sichtbaren Ausdruck der Gewähr der nationalen Zukunft Deutschlands, und das schon deswegen, weil wiederum eine westdeutsche Delegation dort vertreten war.⁽³⁾ Er ließ dabei unberücksichtigt, daß die Wahlen zum Volkskongreß auf das Gebiet der Ostzone beschränkt geblieben waren und die vom Volkskongreß in den Volksrat entsandten Vertreter ausschließlich Mitglieder von Parteien und Massenorganisationen der Ostzone waren. Vertreter westdeutscher Organisationen oder Parteien wurden nicht in den Volksrat delegiert.

Die Hauptaufgabe des 3. Deutschen Volkskongresses bestand in der Verabschiedung der Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik, nach der sich am 7. Oktober 1949 der Deutsche Volksrat zur Provisorischen Volkskammer der DDR konstituierte. Damit war die Staatsgründung erfolgt.

-
- (1) Ulbricht, Warum Nationale Front des demokratischen Deutschland ? - Referat auf der Parteiarbeiterkonferenz der SED, Groß-Berlin, 17.5.1949, in: Zur Geschichte...a.a.O., Bd. III, S. 449
- (2) Wilhelm Pieck eröffnet den 3. Volkskongreß, in: Deutscher Volksrat - ..., Nr. 4/5, S. 4
- (3) s. Josef Ledwohn, a.a.O., S. 12/13

Wilhelm Pieck begründete als Sprecher des Volkerates diesen Schritt mit der "u n e r h ö r t e n N o t - l a g e"⁽¹⁾ des deutschen Volkes. Er bezeichnete es als eine der wichtigsten Aufgaben der Provisorischen Volkskammer, die Interessen des ganzen deutschen Volkes zu wahren und versicherte, daß es keine isolierte DDR-Politik geben werde, sondern daß die Politik der DDR vielmehr an der Gemeinschaft aller Deutschen orientiert bleiben werde und daß es darum gehe, von der Tribüne des DDR-Parlamentes aus um Verständnis und Anhänger für diese Ziele zu werben: "W i r w o l l e n ü b e r a l l e s o n s t i g e n I n t e r e s s e n g e g e n s ä t z e h i n w e g d i e v e r s c h i e d e n s t e n B e v ö l k e r u n g s k r e i s e i n W e s t d e u t s c h l a n d , v o m A r b e i t e r b i s z u m U n t e r n e h m e r , u n d a u c h d i e , d i e i n d e n v e r g a n g e n e n J a h - r e n H i t l e r b l i n d l i n g s g e f o l g t s i n d , e i n g l i m d e r n i n d i e s e G e - m e i n s c h a f t f ü r d i e V e r t e i d i - g u n g d e r n a t i o n a l e n I n t e r e s s e n u n s e r e s V o l k e s".⁽²⁾

(1) Wilhelm Pieck eröffnet die Aussprache über die politische Lage - 9. Tagung des Deutschen Volksrates am 7. Oktober 1949 in Berlin, in: Nationale Front..., a.a.O., Nr. 7/1949, S. 9

(2) a.a.O., S. 10

4. Die DDR

4.1 Der Vorrang der nationalstaatlichen Lösung 1949 - 1956

4.1.1 Die Gründung der DDR

Die Gründung der DDR erfolgte am 7. Oktober 1949 nach der Konstituierung der Bundesrepublik im September 1949. Die politischen Vertreter der SBZ/DDR begründeten diesen Schritt damit, daß ein Akt der "Notwehr" gegen die Bildung der Bundesrepublik zwangsweise vollzogen werden mußte, da die BRD in ihren Augen ein Separatstaat war, der in Folge des Bruchs des Potsdamer Abkommens⁽¹⁾ und der "Spalterpolitik" der Westalliierten entstanden sei. DDR-Politiker klagten in diesem Zusammenhang die westdeutschen Parteien des "nationalen Verrats"⁽²⁾ an, da sie sich einer Abspaltung Westdeutschlands vom deutschen Gesamtstaat nicht widersetzt hätten und somit zu Vollzugegehilfen restaurativer Kräfte im In- und Ausland geworden seien. Das Volk habe an dieser Entscheidung nicht partizipiert; ihm sei der Teilstaat oktroyiert worden, weil in ihm die westlichen imperialistischen Kreise die Macht der deutschen Imperialisten um jeden Preis wieder auferstehen lassen wollten.

Politische Reden in der DDR hatten zu dieser Zeit vornehmlich eine Auseinandersetzung mit dem westdeutschen, "antinationalen", "antidemokratischen" Gebilde, das zur Kolonisierung verurteilt sei, zum Inhalt. Ulbricht brachte diese vehemente Kritik in die alternierende Formel: "Es geht nicht um die Frage: Westdeutschland

(1) Die drei Signatar-Staaten des Abkommens postulierten die Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschland.

(2) Norden, Sechs Monate DDR - sechs Monate Aufstieg zu Frieden und Wohlstand, in: Die deutsche Nation und wir, Bd. I, S. 471

oder Ostdeutschland, sondern: nationale Einheit und Demokratisierung oder Kolonisierung Westdeutschlands".⁽¹⁾ Ein Anschluß an die so charakterisierte Bundesrepublik oder ein Zusammenschluß mit ihr erübrigte sich zwangsläufig von selbst.

Die SED ließ von Anfang an keinen Zweifel daran, daß sie den Staat DDR als rechtmäßigen, "demokratischen deutschen Kernstaat" ansah, der "ganz Deutschland durch die Überzeugenden Argumente" seiner "demokratischen" Errungenschaften der Arbeit und des Wohlstandes für das Volk überzeugen und auf friedlichem Wege die ganze Nation um (sich) sammeln würde.⁽²⁾

Die Regierung der DDR schloß sich der Argumentation der SED an. Dies ist erklärlich auch unter Berücksichtigung dessen, daß Regierungs- und Parteispitze teils personell identisch waren. SED- und Regierungspolitik liefen immer synchron. Auf die nationale Ebene übertragen bedeutete dies, daß es nun neben der Partei eine zusätzliche Kraft gab, den Staat DDR, der sich bevorzugt nationaler und gesamtstaatlicher Belange annehmen wollte.

Grotewohl, der neben seinen Parteifunktionen nun zusätzlich das Amt des Ministerpräsidenten innehatte, brachte in seiner Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949 seine absolute Sicherheit darüber zum Ausdruck, daß auch in Westdeutschland der Weg der DDR Nachahmung finden würde. Die demokratischen Kräfte Deutschlands könnten sich nicht mit der "Versklavung seiner westlichen Teile ab(zu)finden, sondern (müßten)...beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage... führen",⁽³⁾ verlangte Grotewohl.

(1) Ulbricht, Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates, 1945-1958, S. 157

(2) Norden, a.a.O., S. 483

(3) Grotewohl, Regierungserklärung, in: Im Kampf..., Bd. I, S. 510

Der Deutsche Volksrat und somit die derzeitige Regierung der DDR verstanden sich als "Repräsentant (en) des ganzen deutschen Volkes".⁽¹⁾ Auch Pieck vertrat dezidiert diesen Standpunkt bezüglich der gesamtdeutschen Vertretung in seiner Antrittsrede, die er in seiner neuen Staatsfunktion als Präsident der Volkskammer vor diesem Gremium hielt: "Ich werde mich stets als Sachwalter der Interessen des ganzen deutschen Volkes betrachten...".⁽²⁾

Besondere Beachtung verdient eine Äußerung Piecks, die er in der erwähnten Rede verlauten ließ und die gleichfalls die offizielle Ansicht der DDR wiedergab. Es gehe nicht darum, so sagte er, "ob die westdeutsche Bundesregierung und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich gegenseitig anerkennen, sondern darum, gemeinsam oder nebeneinander den nationalen Interessen des deutschen Volkes zu dienen und den Kampf um die Einheit Deutschlands, um den Friedensvertrag und um die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes zu führen".⁽³⁾

- Dieser Standpunkt ist deshalb interessant, weil er im eklatanten Widerspruch zu dem Streben der DDR nach gegenseitiger Anerkennung der beiden deutschen Staaten steht, das nach 1955 einsetzte und mit der De-jure-Anerkennung im Jahre 1974 endete.

Die DDR-Nachrichtenagentur lieferte zur Staatsgründung eine Meldung des Inhalts, daß in Berlin "die Grundlage eines neuen, unabhängigen und freien gesamtdeutschen Staates geschaffen..."⁽⁴⁾ worden sei. Die Proklamierung Berlins als Hauptstadt indizierte zusätzlich gesamtdeutsche Ambitionen der DDR.

(1) Doernberg, Kurze Geschichte der DDR, S. 147

(2) Antrittsrede des Präsidenten Wilhelm Pieck..., S. 5

(3) Walter Bartel u.a., Mitteilung über DDR-Gründung durch ADN, 7.10.49, in: Die Deutsche Demokratische Republik auf dem Wege zum Sozialismus, Teil 1, 1945 - 1949 - Dokumente und Materialien, S. 182

(4) Antrittsrede..., a.a.O., S. 13

Legalität und Legitimität beanspruchte die SED ausschließlich für den ostdeutschen Teilstaat. Die Rechtmäßigkeit der DDR war nach Ansicht der SED durch die Ausführung der Potsdamer Beschlüsse - z. B. die Entfernung von Verbrechern des Nationalsozialismus aus ihren Staats- und Wirtschaftsfunktionen - und mit der Volkskongreßbewegung als demokratisch-organisatorischer Fundierung des Staates gegeben. Die Legitimität der DDR leitete die SED aus der angeblich praktizierten Machtausübung durch das Volk ab. - Die nie gänzlich erloschene Rechtfertigungsideologie des Staates DDR wurde mit seiner Gründung ins Leben gerufen.

Die Staatlichkeit war der DDR durch die Besatzungsmacht Sowjetunion verliehen worden. Anschließend wurden die ersten außenpolitischen Beziehungen zur Sowjetunion geknüpft. Die DDR erhielt derzeit nicht die volle Souveränität. Dies wertete sie jedoch stets als zweitrangig, da "innerhalb des sozialistischen Lagers... die Frage der Unabhängigkeit und der Souveränität prinzipiell anders (stehe), denn in der Sowjetunion und in allen sozialistischen Staaten (seien) die Kräfte, die an der Ausbeutung und nationalen Unterdrückung anderer Völker interessiert (seien), vernichtet. Eine "nationale Frage" in diesem Sinne innerhalb des sozialistischen Lagers...(gebe) es deshalb nicht".⁽¹⁾

Im Gegensatz dazu wurde der Bundesrepublik die Souveränität von vornherein abgesprochen. Jeder geplanten oder vollzogenen politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Integration der BRD in eine internationale Organisation wurden Aggressionsabsichten zugeschrieben, die sich angeblich vorrangig gegen die DDR und die UdSSR richteten. Angesichts dieser permanenten Angriffsgefahr aus der Bundesrepublik wollte die DDR ihre Staatsgründung nicht nur als einen Wendepunkt in der Geschichte

(1) Horn, Der Kampf der SED um die Festigung der DDR..., S. 25

des deutschen Volkes, sondern als historischen Schritt für alle Völker Europas verstanden wissen, weil sie nämlich in ihrem Teil Deutschlands den Militarismus und die Kriegsgefahr ausgeschaltet habe, die in Westdeutschland wieder zu neuem Leben erwachten.⁽¹⁾ Die schon bald nach der Gründung der Bundesrepublik begonnene Diskussion um einen westdeutschen militärischen Verteidigungsbeitrag zu einem westlichen Bündnis-system lieferte der DDR ein zusätzliches Argument für den Anspruch, einzig rechtmäßiger deutscher Staat zu sein, nämlich ein "Hort des Friedens" und der "Völker-verständigung".⁽²⁾

Am Tage der Staatsgründung trat die Verfassung der DDR in kraft. Sie war für den Geltungsbereich ganz Deutschlands konzipiert und sollte für die Gesamtheit des deutschen Volkes verbindlich werden. Die Verfassung knüpfte an die parlamentarisch-demokratische Ordnung der Weimarer Republik an. Ihr Normengehalt wurde jedoch nur als Ausgangspunkt akzeptiert. Die Verfassung sollte im übrigen dazu dienen, "einer reaktionären Veränderung der Lage möglichst große Hindernisse zu bereiten, einer Veränderung in fortschrittlicher Richtung möglichst jedes Hemmnis aus dem Wege zu räumen".⁽³⁾

Die Geltungsdauer der Verfassung war nicht begrenzt, die Verfassung selbst galt aber schon zum Zeitpunkt ihrer Inkraftsetzung wegen des erwähnten Tendenzgehaltes als nicht irreversibel. SED-Vertreter äußerten in diesem Zusammenhang ihre Meinung dahingehend, "daß die künftige Gestalt der demokratischen Ordnung durch das deutsche Volk entschieden werden (müsse), nachdem die Einheit

(1) Grotewohl, a.a.O., S. 512

(2) s. Doernberg, a.a.O., S. 155

(3) Zweiling, Was ist "Parlamentarismus ?", in: Einheit, H. 1, 1947, S. 76

Deutschlands hergestellt" sei.⁽¹⁾ - Die künftige Aus- bzw. Umformung der Verfassung sowohl bei einer späteren Anwendung auch in Westdeutschland wie auch als Instrument zur Errichtung des Sozialismus betrachteten die Interpreten in der SED als verfassungsimmanent. Die für das einheitliche Deutschland relevanten Passagen wurden nie realisiert; Artikel 1 und 2 hatten folgenden Wortlaut:

"Artikel 1: Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. Die Republik entscheidet alle Angelegenheiten, die für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlich sind;...

Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.

Artikel 2: ... Die Hauptstadt der Republik ist Berlin".⁽²⁾

Die Deutschland-Politik der DDR gestaltete sich nach der Staatsgründung zweigleisig. Wenngleich sich die DDR als Interimsstaat klassifizierte, so zielte sie doch auf die Stärkung der "Arbeiter- und Bauernmacht" ab, die sich in diesem Provisorium etabliert hatte und unter der Führung der SED ausgeübt wurde. Die Herbeiführung der Einheit Deutschlands blieb andererseits trotz bevorzugter Festigung des eigenen Staates das Primat der Politik der DDR.

Einer der Interessenschwerpunkte der DDR-Politik gegenüber Westdeutschland mit der Blickrichtung auf ein zu errichtendes Gesamtdeutschland galt dem Vorhaben, die "antiimperialistische" nationale Volksbewegung zu stärken. Als gesellschaftliche Massenbasis in der DDR und

(1) Ulbricht, Die Entwicklung..., a.a.O., S. 158

(2) Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7.10.1949, in: Mampel, Die volkdemokratische Ordnung in Mitteldeutschland, S. 68

als Instrument, mit dem die Bevölkerung der Bundesrepublik für den Weg der DDR gewonnen werden sollte, wurde die "Nationale Front des demokratischen Deutschland" ins Leben gerufen.

4.1.2 Die Nationale Front - ihr Auftrag in der DDR und für die BRD

Die Nationale Front steckte sich mit ihrer Gründung hohe Ziele und erweckte große Erwartungen vor allem im Hinblick auf ihren Beitrag, der dem Erhalt der einheitlichen deutschen Nation galt. Gemäß einer ihrer ersten Selbstdefinitionen verkörperte sie "die geschichtlich tausendfach erhärtete Einheit von Arbeiterinteressen und nationalen Interessen und... zugleich die breiteste, stabilste und zielklarste nationale Bewegung der deutschen Geschichte, die unter Führung der Arbeiterklasse die nationale mit der sozialen Befreiung verbindet".⁽¹⁾ Dieser Selbstdarstellung wollte sie in Zusammenarbeit mit der SED und durch die Erfüllung ihres Programms gerecht werden.

Die SED veröffentlichte wenige Tage vor Gründung der Deutschen Demokratischen Republik einen Aufruf zur Errichtung der Nationalen Front, dem am Gründungstag selbst ein Manifest des Deutschen Volksrates folgte. Das Manifest schloß sich ebenso wie das bald darauf verabschiedete Programm der Nationalen Front - die sogenannte "Magna Charta der deutschen Nation im großen Befreiungskampf um Einheit und Frieden"⁽²⁾ - vollinhaltlich dem Aufruf der SED an. Mittels dieser Dokumente wollten Nationale Front und SED begründen, daß jetzt

(1) Nationale Front des demokratischen Deutschland - sozialistische Volksbewegung, S. 8

(2) Nationale Front des demokratischen Deutschland - Informationsdienst, H. 10, S. 7

die Nationale Front des demokratischen Deutschland zur "Achse des politischen Lebens"⁽¹⁾ in Deutschland geworden sei.

Der Inhalt der Dokumente besagte, daß die Existenzgrundlage für einen einheitlichen deutschen Nationalstaat erschüttert sei. Jeder Deutsche sei nun der Pflicht unterworfen, sich über die Ursachen des "nationalen Notstandes und der nationalen Unterdrückung Westdeutschlands"⁽²⁾ Rechenschaft abzulegen und zur Überwindung dieses Notstandes innerhalb einer breiten demokratischen Volksbewegung beizutragen. Die Rettung der Nation vor dem amerikanischen "Imperialismus" und dem wiedererstehenden westdeutschen "Imperialismus und Militarismus" sollten das einigende Motiv aller "aufrechten Patrioten" sein. Die wesentlichsten Forderungen, für die sich die Bürger in Ost- und Westdeutschland engagieren sollten, waren auf folgende Ziele gerichtet: Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands; Beseitigung des Besatzungsstatuts; Bildung einer einheitlichen Regierung in einer unteilbaren deutschen demokratischen Republik; Ausarbeitung eines Friedensvertrages und Abzug der Besatzungstruppen; Einbeziehung des Ruhrgebietes in den deutschen Wirtschaftsverband.⁽³⁾

Zu Beginn des Jahres 1950 nahm die Nationale Front organisierte Gestalt an. Die Volksausschüsse der Volkskongreßbewegung wurden in Ausschüsse der Nationalen Front umgewandelt. Das Sekretariat der Volkskongreßbewegung wurde von der Nationalen Front übernommen; der Nationalrat konstituierte sich als ihr Führungsorgan. Die leitenden

(1) Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, S. 342

(2) a.a.O., S. 327

(3) a.a.O., S. 338 f.

Gremien erfuhren ihre demokratische Legitimation durch Wahlen auf vierjährig stattfindenden Nationalkongressen.

Die Nationale Front blieb eine "Komiteebewegung", offen für die "freiwillige patriotische Mitarbeit"⁽¹⁾ aller in Ost- und Westdeutschland. Auf diese Weise wollte die Nationale Front eine wirkungsvollere Massenmobilisierung anstreben, als es etwa Parteien oder Organisationen möglich gewesen wäre. Die Mitarbeit war weder an eine Parteizugehörigkeit noch eine politische, religiöse oder weltanschauliche Überzeugung gebunden. Als Kriterien wurden allein der Wille zum Erhalt der deutschen Nation und ihrer Einheit sowie die Bereitschaft zur Bekämpfung ihrer Widersacher zugrunde gelegt. Um die Resonanz so breit wie möglich zu streuen, wurde die Mitwirkung aller Schichten der Bevölkerung einschließlich patriotischer Kreise der Bourgeoisie willkommen geheißen; auch die Einbeziehung ehemaliger, nicht straffällig gewordener Mitglieder der NSDAP war erwünscht.

Innerhalb dieser breiten Volksbewegung m u ß t e (Hervorhebung vom Verf.) die Arbeiterklasse die führende Rolle übernehmen, da die Bewegung ebenso am marxistisch-leninistischen Selbstverständnis orientiert war wie der Vorläufer der Nationalen Front, die Volkskongressbewegung. Das Proletariat sollte damit seinen festen Willen dokumentieren, seinem "historischen Führungsauftrag" gegenüber der Nation gerecht zu werden. Das Proletariat wiederum war auf der organisatorischen Ebene - in der Leitung der Nationalen Front - durch die SED vertreten, die diese Position als "Avantgarde des Proletariats", als die sie die Partei ausgab, ebenso zwangsläufig für sich beanspruchen mußte.

(1) Felsen, Rolle und Aufgaben der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, in: Einheit, 1956, Heft 7, S. 679

Der Realisierung dieses Anspruches auch in Westdeutschland standen von vornherein Barrieren im Weg. Ein Verzicht auf jedwede Betätigung in der Bundesrepublik verbot sich angesichts der gesamtnationalen Aufgabenstellung der Nationalen Front von selbst, so daß sie sich einer konspirativen Vorgehensweise bedienen mußte.

Die Nationale Front sah sich - zumindest in ihrer Gründungsphase - von der DDR in die Pflicht genommen, als Hilfesinstrument bei der Herstellung eines einheitlichen Deutschland zu fungieren. Dies erschien angesichts der "Kolonisierung" Westdeutschlands zwingend notwendig und bedeutete in der Praxis, daß die "nationale Befreiung" der westdeutschen werktätigen Massen vom "USA-Imperialismus" auf der Tagesordnung stand und der Befreiungskampf seine Hauptstoßrichtung auf diese dominierende "Kolonialmacht" richten mußte. Ausgehend von diesem "Erfordernis" wurde die westdeutsche Bevölkerung vorwiegend auf "das Bekenntnis zu Deutschland und zum Kampf gegen den Hauptfeind Deutschlands"⁽¹⁾, die USA, eingeschworen.

In der Bundesrepublik waren den "Friedenskräften" zur Erleichterung ihrer Arbeit die Wahl verschiedener Organisationsformen mit unterschiedlicher Bezeichnung im Rahmen der Nationalen Front anheimgestellt worden. Allerdings kam sehr bald aus der DDR die Aufforderung, alle westdeutschen Freundeskreise der Nationalen Front zu vereinen.

Die Nationale Front wurde vom Gebiet der DDR aus auf dem Boden der Bundesrepublik durch Entsendung von Agitatoren und Referenten in ausgewählte territoriale Schwerpunkte der BRD aktiv. Ein weiteres Mittel zur Propagierung der Aufgaben und Ziele der Nationalen Front bestand in der Entsendung von Briefen entsprechend ausgewählten Inhalts von DDR-Bewohnern an Bundesbürger.

(1) Norden, Nationale Front - gegen wen ?, in: Die Nation und wir, S. 442

Aus allen Aktivitäten kann der "historische Auftrag" der Nationalen Front eliminiert werden, sowohl der DDR- als auch der BRD-Bevölkerung zu verdeutlichen, daß von Westdeutschland eine ständige Kriegsgefahr ausgehe. Von dieser angeblichen Gefahr eines militärischen Konfliktes wurde wiederum - wie z. B. bei der Gründung der DDR - die Notwendigkeit abgeleitet, die Stärkung der DDR voranzutreiben, um so der Sicherung des Friedens und dem Erhalt der Nation zu dienen.

Der jahrelang propagierte Optimismus, daß die Gegenüberstellung von Ost- und Westdeutschland immer mehr zugunsten der DDR ausfallen müsse, wich hinsichtlich der geringen Erfolge der Nationalen Front in der Bundesrepublik Unmutsäußerungen dahingehend, daß die "sektiererische" KPD den nationalen Belangen nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet hätte. Weitere Kritik traf die SPD, die wie bisher mit den antinationalen Kräften paktiert und das Interesse der Arbeiterklasse vernachlässigt habe. So fehle den westdeutschen Arbeitern - ohne die erforderliche Bewußtseinsbildung mit Hilfe ihrer Parteien - noch die Einsicht, daß nur nach erfolgreichem Zusammenschluß ihrer Klasse im Westen Deutschlands und der dann zu realisierenden Aktionseinheit der ganzen deutschen Arbeiterklasse die Lebensfragen der Nation zu lösen seien.

Die Nationale Front befand sich nach Aussagen relevanter Interpreten in der DDR weder gemessen an ihrer Organisationsform noch an ihren Aktivitäten jemals im Widerspruch zum Internationalismus, auch nicht im Widerspruch zur Eingliederung der DDR in das sozialistische Lager. Die Nationale Front bzw. ihre Fürsprecher sahen sich gezwungen, dies zu betonen, da die Front aus ihrer gesamtdeutschen Aufgabenstellung heraus das nationale und patriotische Moment ihrer Bewegung besonders hervorhob. Dies hatte u. a. zur Folge, daß SED respektive

Nationale Front in den ersten Jahren ihrer Existenz streng darauf achten mußte, daß sich nationaler Patriotismus nicht in Nationalismus und Chauvinismus verkehrten. Selbst in den Reihen der SED sah man sich veranlaßt, der nationalen Überheblichkeit vor allem der Sowjetunion gegenüber zu begegnen, indem in Form einer Aufklärungskampagne der dortige Aufbau des Sozialismus und die errungenen Fortschritte gewürdigt wurden.

Hier eröffnete sich ein weiteres Betätigungsfeld für die Nationale Front, das deshalb umso gründlicher bearbeitet werden mußte, als auch der Bestand der Nationalen Front an die Sowjetunion gekoppelt wurde: "Wenn also eine breite Nationale Front entstehen soll", so sagte Ulbricht schon 1949, "so muß man erkennen, daß sie nur zum Siege führen kann, wenn sich die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte und friedliebenden Kräfte in Deutschland fest verbinden mit der Sowjetunion, (und) mit den volksdemokratischen Ländern..."⁽¹⁾

- Die Propagierung der Freundschaft mit der Sowjetunion ist seither fester Bestandteil im Aufgabenkatalog der Nationalen Front.

Die Nationale Front wuchs von den Jahren 1954/55 an allmählich aus einer antifaschistisch-demokratischen Bewegung in eine sozialistische hinüber. Der Übergang war zeitlich und inhaltlich eng verbunden mit dem Beitritt der BRD zur NATO, durch den nach Meinung der Nationalen Front eine neue Etappe um die Lebensfrage der Nation begonnen hatte. Die Wiedervereinigung war nicht mehr unmittelbares Ziel der DDR; das Nebeneinanderbestehen zweier deutscher Staaten wurde nun als

(1) Ulbricht, Warum Nationale Front des demokratischen Deutschland, in: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S. 466

Realität für unbestimmte Zeit betrachtet. Zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage wurde seitdem die Friedenssicherung und die Konzentration auf die Stärkung der DDR und den Aufbau des Sozialismus deklariert: "Die Nationale Front des demokratischen Deutschland (sah nun) ihre verpflichtende Aufgabe in der Erziehung aller Bürger zum sozialistischen Patriotismus..., (zur) Liebe zum sozialistischen Vaterland".⁽¹⁾

Die Hilfe beim Aufbau des Sozialismus blieb auch in den späteren Jahren für die Nationale Front unabdingbar "erste Aufgabe...in der Deutschen Demokratischen Republik",⁽²⁾ unabhängig von ihrer nach wie vor gegebenen gesamtdeutschen Aufgabenstellung.

Die SED war sich sehr wohl der Bedeutung des Lebensstandards in der DDR für das Wirken der Nationalen Front in Westdeutschland bewußt. Sie koppelte daher stets die Forderung nach der Einheit Deutschlands mit Hinweisen auf die Erhöhung des Wohlstandes in der DDR zum einen und der "Aufklärung" über die schlechte wirtschaftliche Situation und die "Verelendung" der Arbeitermassen in Westdeutschland zum anderen. Im Laufe der sozialistischen Umgestaltung in der DDR traten ökonomische Fragen in den Vordergrund, die sich immer mehr auf die Wirtschaftsprobleme des eigenen Staates reduzierten. Zu einer Hauptaufgabe der Nationalen Front wurde die breite Diskussion über die Wirtschaftspläne in der Bevölkerung, die Mobilisierung aller Reserven zur Erfüllung und Übererfüllung der Pläne.

Die Tätigkeit der Nationalen Front in und für Westdeutschland wandelte sich zwangsläufig nach dem erwähnten Beitritt zur NATO, zumal seitens der DDR und des

(1) Rogowski, Nationale Front zum Schutz des sozialistischen Vaterlandes, in: Schriftenreihe zu Fragen der Militärpolitik, Heft 19, 1961, S. 57

(2) Nationale Front des demokratischen Deutschland, S. 31

gesamten osteuropäisch-sozialistischen Lagers eine Revision der Deutschland-Politik erfolgt war. Die Nationale Front bildete nun in erster Linie das Sprachrohr, mit dem Verbal-Angriffe gegen den Staat BRD und die ihn tragenden Kräfte geführt wurden. Dazu bediente sich die Nationale Front vor allem internationaler Pressekonferenzen, der Veröffentlichung von sogenannten "Weiß-" und "Braunbüchern" über angebliche Kriegspläne der BRD, über deren "Refaschisierung" und anderes mehr. Die Nationale Front hielt sich zugute, daß sie angeblich die Pläne bundesdeutscher Regierungen zur "Remilitarisierung" der Bundesrepublik aus der Geheimsphäre an das Licht der Öffentlichkeit katapultiert habe.

Fragen der Ost-West-Entspannung, Probleme der kollektiven Sicherheit in Europa und die Aufklärung über Staat und Gesellschaft der DDR waren die Themen, zu der die Nationale Front Besucher aus Westdeutschland während ihres Aufenthaltes in der DDR einlud. Die Nationale Front konstatierte, daß vor allem Gespräche mit westdeutschen Arbeitern immer wieder die Gemeinsamkeiten der Arbeiterklasse beider Teile Deutschlands reflektierten. Die Nationale Front versuchte gleichzeitig, in der DDR-Bevölkerung selbst westdeutschen Einflüssen entgegenzuwirken, denen sie durch die bundesrepublikanischen Besucher und vor allem über den Empfang westlicher Massenmedien ausgesetzt war.

Die gesamtdeutsche Arbeit der Nationalen Front fand notwendigerweise vorwiegend im Bereich der DDR statt und lief auf eine Werbung für die sozialistische DDR und eine "Aufklärung" über angebliche Kriegsgefahren seitens der BRD hinaus.

An der Entwicklung der "Nationalen Front des demokratischen Deutschland" läßt sich exemplarisch die Gestaltung der nationalen und staatlichen Frage Deutschlands

durch die DDR ablesen, beginnend mit dem Anspruch, die westdeutsche Bevölkerung vor der "Versklavung" zu bewahren und die "bedrohten Gebiete Westdeutschlands für Deutschland zu erhalten",⁽¹⁾ bis hin zur Verfassung von 1963, die in ihrem Artikel 3 besagt: "In der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinigen die Parteien und Massenorganisationen alle Kräfte des Volkes zum gemeinsamen Handeln für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft..."⁽²⁾ der DDR.

Die Nationale Front, die für den Kampf zur Erhaltung der gesamtdeutschen Nation angetreten war, war zur Nationalen Front der DDR zusammengeschmolzen. In der Namensgebung fand dieser Prozeß erst 1972 seinen Ausdruck; die Nationale Front bezeichnet sich seitdem als "Nationale Front der Deutschen Demokratischen Republik". In dieser Form fand die Bezeichnung Eingang in die geänderte Verfassung von 1974.

4.1.3 Die sowjetische Deutschland-Note 1952 und der "Aufbau des Sozialismus" in der DDR

Die Sowjetunion leitete mit der Regierungsnote im März 1952 eine Deutschland-Offensive ein. Sie bot in der Note den drei Westmächten Verhandlungen über die Vereinigung der beiden deutschen Staaten an. - Beweggründe zu dieser Initiative sind in der 1949 erfolgten Gründung der NATO zu suchen, ferner in dem 1952 fertiggestellten Generalvertrag der drei westlichen Siegermächte mit der Bundesrepublik, der die Beendigung des Besatzungsregimes vorsah und u. a. die Integration der BRD in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zugelassen hätte.

(1) Nordson, Nationale Front - gegen wen ?, in: Die Nation und wir, S. 439

(2) Artikel 3, (2), zitiert nach: Ulbrichts Grundgesetz, Die sozialistische Verfassung der DDR, S. 70

Die EVG, an der mit insgesamt sechs westeuropäischen Teilnehmerstaaten auch die wichtigsten europäischen Mächte vertreten sein sollten, mußte der Sowjetunion umso bedrohlicher erscheinen, als diese Gemeinschaft eng mit der NATO kooperieren sollte. Die Bundesregierung hatte bereits ihr starkes Interesse an einer EVG-Mitgliedschaft zum Ausdruck gebracht, als die sogenannte "Stalin-Note" an die Westmächte gerichtet wurde. (1)

Der Versuch der Sowjetunion, die Aufstellung einer westdeutschen Armee und deren Westintegration zu verhindern, fand seinen sichtbaren Ausdruck in der Forderung nach der Neutralität des künftigen Deutschland. Dagegen sollten, dem Gehalt der Note entsprechend, nationale Streitkräfte zugestanden werden. Deutschland sollte als einheitlicher Staat wiederhergestellt werden, in dem der Bevölkerung die Möglichkeit zu unabhängiger, demokratischer, friedliebender Entwicklung eröffnet werden sollte. Eine bestimmte Gesellschafts-, Staats- oder Wirtschaftsordnung wurde nicht verlangt. Der territoriale Bestand Deutschlands sollte entsprechend den Potsdamer Beschlüssen erhalten bleiben (d. h. in sowjetischer Version: Beibehaltung der Oder-Neiße-Grenze und voller Anschluß des Ruhr- und Saargebietes). Nach Vorstellungen der Sowjetunion, wie sie sich in der März-Note niederschlugen, sollte auf einer internationalen Konferenz unter Leitung der vier Siegermächte und bei Beteiligung Deutschlands durch eine gesamtdeutsche Regierung ein Friedensvertrag ausgearbeitet werden.

Die Sowjetunion stellte mit dieser Note den Staat DDR zur Disposition. Aller Voraussicht nach hätte ein Ergebnis von Verhandlungen - wären sie zustande gekommen - die Kommunisten der DDR ihrer staatlichen Machtbasis

(1) Die EVG scheiterte 1954 am Widerstand Frankreichs.

beraubt. Dennoch - und dies zeigt besonders deutlich die Verbindlichkeit sowjetischer Politik für die DDR - wähnte sich die DDR zu unerschütterlichem Glauben und Dank an die UdSSR verpflichtet. Konkreter Ausdruck der "brüderlichen Zusammenarbeit" zwischen den beiden Staaten war indessen lediglich, daß der sowjetischen Note als Präludium eine Note der DDR-Regierung vorausgegangen war. Dieses Schreiben war an die vier Besatzungsmächte gerichtet, und mit ihr wollte die DDR auf schnelle Ausarbeitung eines Friedensvertrages drängen.

Die DDR stimmte der Note der Sowjetunion vollinhaltlich zu. Die Volkskammer sandte wenige Tage nach Veröffentlichung der Note ein Telegramm an Stalin, worin sie ihren "heißen Dank" dafür zum Ausdruck brachte, daß die Sowjets "vollständig den nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes"⁽¹⁾ entsprochen hätten.

Die Volkskammer ließ es sich in diesem Zusammenhang nicht nehmen, darauf hinzuweisen, daß nur sie im innerdeutschen Rahmen gesamt nationale Interessen vertritt. In einem Beschluß der Volkskammer hieß es dazu, daß sie sich zum "Sprecher der ganzen Nation" mache, die den Abschluß eines Friedensvertrages und ein einheitliches, demokratisches, unabhängiges Deutschland wolle.⁽²⁾

Im Gegensatz zu den ersten Reaktionen wurde die Note der UdSSR in späteren DDR-Publikationen auffallend kurz kommentiert. Es steht zu vermuten, daß die vorgeschlagene Neutralität für Deutschland nicht den Intentionen der DDR entsprach, zumal sich z. B. Ulbricht, derzeitiger stellvertretender Vorsitzende der SED, zuvor gegen eine neutrale Position ausgesprochen hatte:

(1) Telegramm der Volkskammer, in: Tägliche Rundschau, 15.3.1952, S. 1

(2) ebda., S. 1

"Es wird eine Aggression vorbereitet von westlicher Seite aus. Und wenn Sie an uns die Frage nach der Neutralität stellen, so werden wir im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung auf der Seite derjenigen stehen, die die Einheit Deutschlands wollen und die gegen die Spaltung Deutschlands sind".⁽¹⁾

Das Zentralkomitee der SED erließ nach der Ablehnung der sowjetischen Noten-Vorschläge im Herbst 1952 einen Beschluß zur Ausrottung pazifistischer Stimmungen. Damit verbreitete sie ihre Überzeugung, daß "ohne die patriotische Erziehung der Bevölkerung, ohne die entschlossene Liquidierung pazifistischer Stimmungen, die noch in den Köpfen mancher Werktätiger spuken,... die Schaffung bewaffneter Streitkräfte der Republik und die Sicherung des Friedens nicht möglich"⁽²⁾ seien. - Beide Willensbekundungen seitens der SED scheinen die interne Haltung der Partei widerzuspiegeln und untermauern die Behauptung des Verfassers, daß eine Neutralität Deutschlands nicht im Sinne der SED lag.

Nach dem erfolglosen deutschlandpolitischen Vorprellen der UdSSR wurde auf der II. Parteikonferenz der SED der programmatische Aufbau des Sozialismus beschlossen. Diese Entscheidung oblag entgegen anderslautenden Verkündungen offensichtlich der UdSSR. Sie stand im Widerspruch zu einer Erklärung Ulbrichts, die zur Zeit der Konferenz gerade ein halbes Jahr zurücklag und besagte, daß "in der Deutschen Demokratischen Republik nicht der Aufbau des Sozialismus auf der Tagesordnung steh(e), sondern der Kampf um die Einheit eines demokratischen Deutschland..."⁽³⁾ Die zitierte Äußerung Ulbrichts bezüglich eines neutralen Gesamtdeutschland wie auch die

(1) Die Neutralitätslehre des Naunheimer Kreises und der geistige Hintergrund des West-Ost-Gesprächs in Deutschland, in: Europa-Archiv, 5.6.1950, S. 3081

(2) Beschluß des Zentralkomitees vom 9.9.1952, in: Dokumente... Bd. S. 63

(3) Ulbricht, Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen, in: Neue Welt, H. 22, 1951, S. 36

II. Parteikonferenz der SED bieten Indizien dafür, daß die SED wegen der Deutschland-Initiativen der Sowjetunion nicht einmal rechtzeitig konsultiert worden war.

Die II. Parteikonferenz wurde eigens einberufen, um den sozialistischen Aufbau in der DDR zu verkünden. Ulbricht war inzwischen zum Generalsekretär des ZK der SED avanciert und trat auf der Parteikonferenz als deren Hauptredner auf. Er legte wert auf den Verweis, daß die Anstöße zum Sozialismusaufbau aus der Bevölkerung der DDR selbst gekommen seien: "In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft und aus anderen Kreisen der Werktätigen..."⁽¹⁾ schlage nun das ZK der SED den planmäßigen Aufbau des Sozialismus vor.

Diese Begründung entsprach den Bemühungen der SED, die Entwicklungen in der SBZ/DDR in die "objektiven historischen Gesetzmäßigkeiten" des Überganges einer Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus eingliedern zu können, und in diese "Gesetzmäßigkeiten" gehörte bzw. gehört auch die führende Rolle der Arbeiterklasse im revolutionären Prozeß einschließlich der Festlegung der Abfolge seiner verschiedenen Stufen. Doch dies war nur eine der Erklärungen. Grotewohl z. B. rechtfertigte auf der Parteikonferenz das Sozialismusprogramm folgendermaßen: "An dem Tage, an dem Adenauer das Ja zum Generalvertrag, d. h. zur Spaltung Deutschlands forderte, forderte das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom Parlament der deutschen Arbeiterklasse das Ja zum Sozialismus."⁽²⁾

Der Anspruch der SED/DDR an die eigene Geschichte und die realen historischen Gegebenheiten differierten in dieser Epoche der DDR ganz augenscheinlich. Die DDR

(1) Protokoll der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, S. 58

hatte unmittelbar nach der Unterzeichnung der EVG-Verträge und des Generalvertrages durch die Bundesrepublik ihre Grenze zur BRD zur Staatsgrenze erklärt, der Reiseverkehr in Richtung Westdeutschland wurde stark eingeschränkt; die Abriegelung gegen die BRD wurde verstärkt. Dennoch sollte die sozialistische Ordnung der DDR, die sich nun in ihrer ersten Aufbauphase befand, keineswegs dem Ziel der Wiedervereinigung hinderlich sein; auf diese Feststellung legten alle Repräsentanten der SED bzw. der DDR wert. Im Gegenteil wurden mit dem Beginn des erklärten sozialistischen Aufbaus der Kampf um die Einheit Deutschlands und um den Sozialismus in ihrer dialektischen Verbindung gesehen und dementsprechend propagiert. Der Aufbau des Sozialismus wurde gar als der "entscheidende Beitrag zur Wiederherstellung eines einheitlichen, demokratischen Deutschland und zur Sicherung des Friedens"⁽¹⁾ deklariert.

Dies wird erklärlich unter Berücksichtigung dessen, daß die DDR die Westintegration der Bundesrepublik als "nationale Versklavung"⁽²⁾ verstand. Angesichts dieser Entwicklung falle nun der DDR die Doppelrolle zu - so zumindest stellten sich der SED die Funktionen der DDR dar -, einmal "das Bollwerk des nationalen Befreiungskampfes des deutschen Volkes gegen den Imperialismus und... gleichzeitig das Fundament des Kampfes für ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland"⁽³⁾ zu sein. Die Generallinie der Partei hatte entsprechend den Parteitagebeschlüssen wie zuvor an hervorragender Stelle "die Herbeiführung des Friedensvertrages und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands" zum Inhalt und, daraus abgeleitet, die Notwendigkeit zur

(1) Horn, Der Kampf der SED um den Aufbau..., S. 15

(2) Protokoll der II. Parteikonferenz..., a.a.O., S. 32

(3) ebda.

"Stärkung der Staatsmacht, (zum) Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und die Schaffung einer Volksarmee zur Verteidigung der Heimat."⁽¹⁾

Der "Nationalen Volksarmee", wie sie später bezeichnet wurde, schrieb die SED a priori eine friedenssichernde Funktion zu, wohingegen die erwartete westdeutsche Armee als "Söldnerheer des Imperialismus" zur Vernichtung der "Errungenschaften des Sozialismus" in der DDR bestimmt sei. Ausgerichtet am Auftrag des Staates, würden auch die nationalen DDR-Streitkräfte "erfüllt sein vom Willen zur Wiederherstellung der Einheit...(des) Vaterlandes,"⁽²⁾ versprach Ulbricht lange vor der Rekrutierung der Soldaten. Um die prinzipielle Andersartigkeit zwischen den avisierten deutschen Armeen zum Ausdruck zu bringen, wurde der Volksarmee ein "nationaler Charakter"⁽³⁾ zugebilligt; dies sollte bereits durch die Namensgebung angezeigt werden.

Die Streitkräfte wurden von vornherein als dessen notwendiger Bestandteil in den Aufbau des Sozialismus einbezogen. Als Teil des Sozialismus aber dienten auch sie - wie der Sozialismus insgesamt - den Darstellungen der DDR zufolge dem Frieden in doppelter, nämlich in innen- und außenpolitischer Hinsicht: Zum einen änderte die DDR die Produktionsverhältnisse grundlegend und damit auch den Gegensatz der Klassen zueinander. Gleichzeitig entfernte sie somit den Sprengstoff, den der soziale Gehalt der nationalen Frage in sich berge. - Mit dem Abbau der Klassengegensätze aber beginnt per definitionem auch der Abbau der Differenzen der Nationen untereinander, so daß - folgt man der Argumentation der DDR - der Sozialismusaufbau

(1) a.a.O., S. 129

(2) Ulbricht, Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED, in: Einheit, 1952, H. 8, S. 745

(3) Munschke: Über die nationale Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik, in: Einheit, 1956, H. 2, S. 108

der DDR einschließlich der Rekrutierung der Armee positive, friedenssichernde Auswirkungen auch nach außen zeitigen mußte.

Die SED war sich der kurzfristigen Auswirkungen der sozialistischen Umgestaltung in der DDR für das Klassengefüge Deutschlands bewußt. Sie erwartete nicht nur im nationalen Rahmen eine Verstärkung der Klassenkämpfe, sondern eine besonders krasse Entwicklung im eigenen Staat. Daraus folgerte die SED, daß sie den Sozialismusaufbau so schnell wie möglich vorantreiben müsse.⁽¹⁾

Die SED war inzwischen von allen Parteien und Massenorganisationen als führende Kraft anerkannt worden und konnte deshalb auf breite Unterstützung oder zumindest Tolerierung ihrer Politik rechnen; aber unter den Großkapitalisten und -agrariern machte sich erheblicher Widerstand bemerkbar, den die SED brechen mußte, wenn die sozialistische Revolution nicht in ihren Anfängen steckenbleiben sollte. Festigung und Ausbau der Staatsmacht wurden deshalb zum wichtigsten Instrument für den Aufbau des Sozialismus und die Liquidierung seiner Widersacher erklärt.

Die innenpolitischen Probleme der DDR wurden trotz ihrer Aktualität dem "Grundwiderspruch in Deutschland...untergeordnet", das heißt dem "Kampf um die Herstellung eines einheitlichen, demokratischen Deutschland durch Beseitigung der Macht des Imperialismus und Militarismus in der Westzone".⁽²⁾

Für diesen Kampf im gesamtdeutschen Rahmen blieb weiterhin die strategische Orientierung der Brüsseler Konferenz von 1935 maßgebend, also die Mobilisierung aller

(1) Die stalinsche These von der Verschärfung des Klassenkampfes in einer Übergangsgesellschaft wurde nach dem XX. Parteitag der KPdSU auch von der SED als falsch verworfen.

(2) Horn, a.a.O., S. 22

patriotischen Kräfte in Ost- und Westdeutschland gegen die "imperialistische Bourgeoisie" auf der Basis der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Dazu waren erneute Kontaktaufnahmen mit der SPD Voraussetzung.⁽¹⁾ Die SPD-Führung aber wies Verhandlungsangebote seitens der SED wiederum zurück. Die SED klagte daraufhin die Führer der SPD an, der imperialistischen Reaktion dienlich zu sein: "Sie (die SPD, der Verf.) opferte dem Antikommunismus die Einheit der Nation".⁽²⁾

Nach dem abermaligen Fehlschlag bei dem Versuch, eine Einheitsfront von oben zu bilden, versuchte die SED die Realisierung ihrer Politik mit der Alternative in Form der Einheitsfront von unten. Das ZK der SED sandte zu diesem Zweck an die westdeutschen Arbeiter den "Ruf an die Nation",⁽³⁾ in dem sie unter anderem zu gewerkschaftlicher Organisation mit dem Ziel des Generalstreiks aufrief. In der DDR erhoffte man sich Resonanz in der westdeutschen Arbeiterschaft u. a. deshalb, weil man auf die Verelendung der Arbeitermassen und auf deren Arbeitslosigkeit spekulierte, vornehmlich aber auch auf ihre Einsicht in die "ausweglose Lage", in die der "Imperialismus" der westlichen Staaten die Bundesrepublik nach Inkrafttreten der Deutschland-Verträge bringen werde. Die SED mutete den "patriotischen Kräften" Deutschlands die Kraft zu, den "nationalen Befreiungskampf zum Siege zu führen".⁽⁴⁾ Ihre größten Hoffnungen setzte die SED darauf, mit Hilfe des sozialistischen Aufbaus in der DDR genügend Anziehungskraft auf die

(1) Für die Wiederherstellung der deutschen Einheit - An den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn, 24.3.52, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, S. 13

(2) Doernberg, Kurze Geschichte der DDR, S. 195

(3) s. Dokumente..., a.a.O., Bd. IV, S. 22 ff.

(4) Erklärung des Zentralkomitees zum Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands, in: Dokumente, a.a.O., S. 190

westdeutsche Arbeiterschaft ausüben zu können und das Beispiel der DDR so attraktiv zu machen, daß sie ihm in der BRD nacheifere.

Vor diesem Hintergrund ist das Bestreben der DDR zu verstehen, mittels ihres Fünf-Jahr-Planes den Lebensstandard westlich-kapitalistischer Staaten bis zum Jahre 1955 zu erreichen.

Die SED scheiterte mit ihrer gesamtdeutschen bzw. gesamt-nationalen Politik in dieser Phase unter anderem deshalb, weil ihre Einschätzung der Situation in Westdeutschland vor allem auf Daten basierte, die ihr die KPD übermittelte. Die KPD, das westdeutsche Pendant der SED, der zunehmend die Agitation in der westdeutschen Arbeiterbewegung überlassen werden mußte, war ihrerseits bemüht, möglichst Erfolgsmeldungen über ihre eigene politische Tätigkeit in die DDR zu überbringen. Der Realität entsprachen sie nicht unbedingt.

Es gilt festzuhalten, daß die Deutschlandpolitik der DDR nach der Offensive der Sowjetunion differenzierter gestaltet wurde als zuvor. Das ambivalente Verhältnis der DDR zur staatlichen Einheit Deutschlands war bereits auf der II. Parteikonferenz offen zutage getreten, auf der sich die SED zwei Hauptaufgaben gestellt hatte. Eine Aufgabe verpflichtete zum nationalen Befreiungskampf von den westlichen "Okkupanten" und den Sturz der Bonner CDU-Regierung, die zweite Hauptaufgabe hatte den Sozialismus-Aufbau zum Ziel. Auch der bereits erwähnte "Ruf an die Nation" beinhaltete streckenweise lediglich einen Appell an die eigene Bevölkerung zur Stärkung der DDR. Besonders aber die Forderung nach DDR-Streitkräften mit der ausdrücklichen Begründung, damit der "Verteidigung der Errungenschaften unserer Republik..."⁽¹⁾ zu dienen, scheint ein deutliches Indiz dafür zu sein, daß sich die SED trotz aller gegenteiligen offiziellen Beteuerungen in erster Linie auf die Erhaltung ihres Besitz-

(1) Protokoll..., a.a.O., S. 211

standes konzentrierte. In diesen Kontext reiht sich auch die neue Verhandlungsparole ein, die die SED nach den gescheiterten Bemühungen um Beratungen für ein neutrales Deutschland herausgab: Das deutsche Volk muß allein seinen Weg zur Einheit suchen !

Die DDR wählte sich seit dem Beginn ihres sozialistischen Aufbaus in ihrer historischen Entwicklung gegenüber der Bundesrepublik eine vollständige Etappe voraus; die Wiedervereinigung wurde bereits als ein sich allmählich vollziehender Prozeß, nicht mehr als ein automatischer Vollzug - beispielsweise als das Ergebnis einer Konferenz der Siegermächte - beschrieben.

4.1.4 Der "Neue Kurs" und der 17. Juni 1953

Die Schwierigkeiten, die der Aufbau des Sozialismus in der DDR auslöste, waren der SED-Führung lange vor der Arbeitererhebung am 17. Juni 1953 bekannt. Zeugnis davon legt ein Brief des ZK der SED an die SPD-Mitgliedschaft ab, in dem die Partei zugab, auch Fehler zu begehen, zugleich aber versprach: "Wir wollen so arbeiten, daß wir die deutschen Werktätigen niemals enttäuschen - nicht nur nicht die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch die Werktätigen Westdeutschlands, denen wir uns verantwortlich fühlen, auch wenn sie unsere Politik noch nicht begreifen, ja selbst, wenn sie uns heute noch schmähen".⁽¹⁾

Es fehlte auch nicht an Stimmen, die frühzeitig zur Korrektur der Fehler mahnten, unter ihnen die Wilhelm Piecks, der besonders um die deutsche Einheit besorgt war. Er sah "mit Sorge, wie sich die Kluft zwischen Ost und West vertiefte. Darum ist er auch entschieden für

(1) Offener Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - An die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: Einheit, H. 4, April 1953, S. 529

eine sofortige Berichtigung der Fehler eingetreten, die zur Verschlechterung der Lage in der Republik führten". So zumindest beschrieben Mitarbeiter Piecks die Perspektive, aus der dieser die politische Lage betrachtete.⁽¹⁾

Der "Neue Kurs" wurde mit den Beschlüssen des Politbüros am 9. Juni eingeleitet. Ausgehend vom Einverständnis einer Reihe von Fehlern beschloß das Politbüro vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter. Das Bemühen der SED galt primär der Hebung des Lebensstandards der Werktätigen der DDR. Im innerdeutschen Bereich waren Erleichterungen für Kontakte zwischen Ost- und Westdeutschen vorgesehen. Dazu äußerte sich das SED-Politbüro in seiner Juni-Resolution und in späteren Verlautbarungen. Die SED betonte in allen derzeitigen Entschlüssen ihre Verantwortung für ganz Deutschland: "Das Politbüro hat bei seinen Beschlüssen das große Ziel der Herstellung der Einheit Deutschlands im Auge, welches von beiden Seiten Maßnahmen erfordert, die die Annäherung der beiden Teile Deutschlands konkret erleichtern"⁽²⁾, hieß es z. B. im Kommuniqué der Politbüro-Sitzung vom 9. Juni.

Auffällig ist in diesen Stellungnahmen, daß eine Mahnung des obersten Parteigremiums auch an die eigene Adresse erging, eine ganz Deutschland adäquate Politik zu betreiben. Mit der Selbstkritik leitete die SED schließlich die Korrektur der politischen Linie ein, die notwendig

(1) Otto Winzer, Chef der Privatkanzlei Piecks, erklärte dies, nachdem er Pieck in der Sowjetunion besucht hatte, wo dieser sich z. Z. des 17. Juni und zuvor aufhielt, lt. Jänicke, Der dritte Weg, S. 37

(2) Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, S. 428

geworden sei, weil die bisherige Handhabung der deutschen Frage "dem gesamtdeutschen Kampf um Einheit und Frieden nicht" entsprochen habe.⁽¹⁾

Die SED mußte konzedieren, daß zwar die Attraktivität der Bundesrepublik seit Beginn der sozialistischen Aufbauphase der DDR zugenommen hatte, wie sie es aus den steigenden Flüchtlingszahlen ablesen konnte; sie mußte aber andererseits feststellen, daß die DDR für die westdeutsche Bevölkerung keineswegs die Anziehungskraft gewonnen hatte, die die Partei ihr bisher offiziell zugeschrieben hatte. Die Reaktionen in der Arbeiterklasse der BRD galten aber immer noch als wichtiges Indiz für die Verifizierung oder Falsifizierung der Politik der SED.

Der Aufruhr in Ostberlin begann an den Tage, an dem das Politbüro die Normenanhebung für die industrielle Produktion rückgängig gemacht hatte, die einer der auslösenden Faktoren der Demonstrationen und Streiks gewesen war, deren Rücknahme aber offenbar den Arbeitern nicht rechtzeitig bekannt geworden war. Dies wog umso schwerer, als die Arbeiter in erster Linie Verbesserungen ihres engeren Arbeits- und Lebensbereiches im Auge hatten; vordergründige gesamtdeutsche Ambitionen sind nicht feststellbar.

Der Aufstand des 17. Juni, der die SED-Führung zugeständenermaßen überraschte, löste fieberhafte Aktivitäten, vor allem auf der Suche nach Schuldigen, aus. Auf dem ersten ZK-Plenum nach der Erhebung wurde vor allem amerikanischen und westdeutschen "Kriegstreibern" die Verantwortung zugeschrieben, denen die Gefahr der Ausstrahlungen des neuen Kurses auf Westdeutschland bewußt geworden sei,

(1) Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei - Beschluß des Zentralkomitees vom 21. Juni 1953, in: Dokumente..., Bd. IV, S. 436

zumal dieser Kurs der nationalen Einheit förderlich sei. Eine der daraufhin beschlossenen Maßnahmen habe zur "Ansetzung des Tages X (geführt), an dem sie (die Westmächte, d. Verf.) von Berlin aus die Deutsche Demokratische Republik aufrollen wollten, auf den 17. Juni 1953".⁽¹⁾ Der Aufstand war nach der Definition der SED ein Werk "faschistischer Provokateure", die sich der unzufriedenen, bewußtseinsmäßig noch nicht gefestigten Arbeiter bedient hätten.

In diesem Zusammenhang ist eine selbstkritische Zensur der SED für ihre Mißerfolge bei der Erziehung der Werktätigen zu sozialistischem Bewußtsein zu verzeichnen. Die Partei führte die gerechtfertigte Unzufriedenheit der Arbeiter überdies auch darauf zurück, daß der Aufbau des Sozialismus fehlerhaft und übereilt betrieben worden sei und außerdem die "Formen und Methoden der Arbeit in der Sowjetunion auf die Deutsche Demokratische Republik" schablonenhaft übertragen worden seien, "ohne Berücksichtigung der... Besonderheiten der Entwicklung in der DDR und schließlich in ganz Deutschland".⁽²⁾

Dem Fehlverhalten der SED kam allerdings bei allen Forschungen nach den Ursachen des Aufstandes mindere Bedeutung gegenüber den "Provokationen" von außen zu. In späteren Deutungsversuchen wurden vor allem fehlende Erfahrungen in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in einem gespaltenen Land als Hauptfaktor zur Auslösung des Aufstandes angeführt.⁽³⁾

(1) a.a.O., S. 437

(2) Ulbricht, Die gegenwärtige Lage und der neue Kurs der Partei, in: Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei, S. 63

(3) Horn, Der Kampf der SED..., S. 39

Nach Überwindung des ersten Schocks besann sich die Partei wieder auf ihre Führungsrolle und zog gegen die "Fehlerideologie" zu Felde. Besonders hartnäckig beharrte sie auf der Feststellung, daß sie in den "Hauptfragen der Nation: Frieden und Einheit"⁽¹⁾ die richtige Politik betrieben habe. Der Fehler habe lediglich in der Unterschätzung der nationalen Frage gelegen. Unter "nationaler Frage" wurde in diesem Zusammenhang das Anwachsen der "Friedenskräfte" in Westdeutschland auf der einen Seite und die entsprechende Reaktion der "Imperialisten" auf der anderen Seite verstanden. Um auf diese Entwicklung und ihre möglichen Auswirkungen in Zukunft besser reagieren zu können, wolle die Partei ihr Hauptaugenmerk nun auf die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse legen und im übrigen wie bisher unter der Parole "Deutsche an einen Tisch !" kämpfen.⁽²⁾

Die Feststellung in puncto Deutschlandpolitik war gleichzeitig als Abrechnung mit der etwa 1 Jahr lang massiv auftretenden Anti-Ulbricht-Fraktion zu verstehen, die u. a. in der Deutschlandfrage eine konziliantere Haltung vertreten wissen wollte und die den Befürwortern des sogenannten "Dritten Weges"⁽³⁾ zuzuordnen ist.

-
- (1) Grotewohl, Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei, in: Der neue Kurs, S. 8
- (2) Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei - EntschlieÙung der 15. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 24. bis 26. Juli 1953, in: Der neue Kurs..., S. 123
- (3) "Dritter Weg" bedeutet: "Der antistalinistischen Ablehnung von östlichem Totalitarismus und westlichem "Kapitalismus" entspricht hier der auf den verschiedensten Gebieten unternommene Versuch, positive Elemente beider Systeme zu einer Synthese zu bringen, eine "mittlere Länie" zu finden, den Sozialismus zu demokratisieren und mit freiheitlichen Gehalten zu erfüllen. Die SED bedient sich des Begriffes "Dritter Weg" zur negativen Charakterisierung einer Vielzahl unterschiedlicher Tendenzen". In: Jänicke, Der dritte Weg, S. 10

Diese Fraktion, die sich um die sogenannte "revisionistische Gruppe Zaisser-Herrnstatt" geschart hatte, trat nach der offiziellen Geschichtsschreibung der SED zur Zeit des "konterrevolutionären Putsches" 1953 mit einer "antimarxistischen Plattform"⁽¹⁾ auf.

Die Haltung der Gruppe Zaisser-Herrnstatt (wie auch später die der Schirdewan, Wollweber und anderer, dazu s. u.) zur gesamtdeutschen Frage läßt sich nur aus den Anklagen eruieren, die seitens der SED gegen sie erhoben worden sind; ihre Forderungen in Form einer Plattform lagen dem Verfasser nicht vor.

Die Gruppe wollte angeblich "den Aufbau des Sozialismus in der DDR hinauszögern, was zur Kapitulation vor den deutschen Imperialisten geführt hätte"⁽²⁾. Hierbei ging es der Gruppe offensichtlich um die Verlangsamung des sozialistischen Aufbaus, einer Forderung, die sich die SED offiziell später selbst zu eigen gemacht hat. Die Partei aber betrachtete Gehalt und Ziele der politischen Plattform der Zaisser-Herrnstatt-Fraktion als insgesamt gegen die SED und DDR gerichtet; nach Zaisers Vorstellungen habe sich die DDR sogar "in eine bürger-

(1) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, S. 236/237

"Revisionismus" und "Sozialdemokratismus" entsprachen in der SED-Terminologie in den Jahren 1953/1956, 1958 einander weitgehend. Sozialdemokratismus hatte demnach folgende Formen: Forderung nach freien Wahlen oder Zulassung einer sozialdemokratischen Fraktion in der SED - Ablehnung des demokratischen Zentralismus - Tendenzen eines "dritten Weges" in der Frage der Wiedervereinigung und damit verbunden Forderungen nach Absetzung von SED-Führern - Konfrontation von Marx und Lenin - Mangelndes Vertrauen zur Sowjetunion - Unterschätzung der Kollektivierung der Landwirtschaft u. a. m. Wilhelm Zaisser war Minister für Staatssicherheit, Rudolf Herrnstatt Chefredakteur des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland".

(2) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, S. 237

liche Republik verwandeln"⁽¹⁾ können, wurde der Gruppe vorgeworfen. Zaisser und Herrnstatt hätten dazu als vordringlichste Aufgabe die "Erneuerung" der SED durch Verwandlung in eine Volkspartei verlangt. Das aber negiere den Klassenkampf und vertrete den sozialdemokratischen Standpunkt der Klassenharmonie,⁽²⁾ sei somit vollkommen indiskutabel.

Zaisser und Herrnstatt wurden Anfang 1954 aus der Partei ausgeschlossen. Diese Exilierung wurde in historischer Würdigung der SED als Sieg der Arbeiterklasse gefeiert, weil es "den weiteren Vormarsch des Sozialismus in Deutschland und die friedliche Zukunft der deutschen Nation"⁽³⁾ gesichert habe.

Die SED hielt auch nach der Niederwerfung des Juni-Aufstandes an ihrem Ziel fest, den Sozialismus zu errichten; das Aufbautempo wurde lediglich verlangsamt. Zu agitatorischen Zwecken wurde allen Parteimitgliedern die Pflicht auferlegt, die Politik der SED zu verdeutlichen, besonders den neuen Kurs zu erklären, die Arbeiterklasse zu überzeugen und für die Linie der Partei zu gewinnen. Auch die westdeutschen Arbeiter blieben weiterhin im Blickfeld der SED: "Wir können... unseren Aufbau besonnen auf eine solche Weise durchführen, daß unser Aufbauwerk zu einem anziehenden Beispiel für die Arbeiter und alle Werktätigen in Westdeutschland wird..."⁽⁴⁾, verkündete Ulbricht schon wenige Wochen nach dem Aufstand.

(1) Über die sozialdemokratische Ideologie der Gruppe Zaisser-Herrnstatt, in: ND, 22.8.1953, S. 3

(2) ebda.

(3) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, S. 237

(4) Ulbricht, Die gegenwärtige Lage..., a.a.O., S. 65

Mit der zurückkehrenden Selbstsicherheit der SED-Führung änderten sich auch die Stellungnahmen zu der vorübergehend verfolgten gesamtdeutschen Politik wieder. Es war nicht mehr von eigenen Fehlern, sondern nur noch von gemeinsamen Anstrengungen west- und ostdeutscher Friedenskräfte für die Erlangung eines einheitlichen Deutschland und von dem Verzicht auf die Verträge die Rede, die die Bundesregierung zu unterzeichnen sich anschickte. Die SED sprach von der Durchführung notwendiger Reformen in Westdeutschland und von dem unabwendbaren Sturz der Adenauer-Regierung.

Mit den Agitationen gegen die Regierung Adenauer verband die SED die Erwartung, die anstehenden Bundestagswahlen dahingehend beeinflussen zu können, daß die sozialdemokratischen und kommunistischen Kräfte im Parlament gestärkt werden würden und möglicherweise eine SPD-Regierung gebildet werden könne. Hiervon erhoffte sich die SED eine größere Wirkungsbreite ihrer Politik, die über eine SPD-Regierung nach den Vorstellungen der SED auch auf die staatliche Ebene der Bundesrepublik übertragen werden würde. Der Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Institutionen der BRD und der DDR widmete die SED zunehmend ihre Aufmerksamkeit. Ihr schwebten vor allem Beratungen auf interparlamentarischer Ebene sowie die Konstituierung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung zur Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher Wahlen vor, die das Ziel der Wiedervereinigung näherbringen sollten.

Im gesellschaftlichen Bereich glaubte die SED sich offensichtlich eher als im staatlichen einer Basis in Westdeutschland versichern zu können. Diese Ansicht spiegelt zumindest die Aussage des Generalsekretärs der SED wider, der die "Erfahrungen" bei der Niederschlagung des Juni-Aufstandes dahingehend verallgemeinerte, daß nach seinem Dafürhalten "das deutsche

Volk" (in seiner Gesamtheit also, d. V.) niemals "die großen demokratischen Errungenschaften in der Deutschen Demokratischen Republik aufgeben..."⁽¹⁾ würde. Dieser Standpunkt, auch wenn er in eklatantem Widerspruch zu der Tatsache steht, daß die sowjetische Besatzungsmacht den Aufstand niedergeschlagen hat, und auch wenn er nicht Allgemeingut der SED gewesen ist, bringt doch mit großer Deutlichkeit zum Ausdruck, wie sehr sich die Führung der SED mit dem Volk, den Arbeitern, und zwar ausnahmslos mit allen deutschen Arbeitern, zu identifizieren suchte, deren fortschrittlichster Teil zu sein und in deren Interesse ausschließlich zu handeln sie vorgab.

Die DDR gab sich wie bisher als Vorbild für West- und Gesamtdeutschland aus. Mit der Stabilisierung der innenpolitischen Lage der DDR ging es der SED nicht mehr darum, die Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland nicht zu vergrößern, sondern im Gegenteil darum, sie möglichst auffällig zu vertiefen, um dadurch die Distanz der "fortschrittlichen DDR" zu der "historisch zurückgebliebenen BRD" augenfällig zu erhöhen.

Das sukzessive Abrücken vom neuen Kurs setzte zu Beginn des Jahres 1954 ein, bis er Anfang 1955 vom ZK der SED offiziell zurückgenommen wurde. Doch damit war die Auseinandersetzung um die richtige Linie der Politik, auch insbesondere soweit sie die deutsche Frage tangierte, nicht beendet.

(1) Ulbricht, Der Weg zu Frieden, Einheit und Wohlstand - 16. Tagung des ZK der SED, 17. - 19. September 1953, S. 10

4.1.5 Nach der militärischen Westintegration
der BRD: Die Wiedervereinigung ist nicht
mehr vordringlichste Aufgabe

Die Unterzeichnung des Generalvertrages und der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO im Jahre 1955 bewirkten eine Zäsur in der Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Die Phase der Disponibilität der DDR war endgültig abgeschlossen. Nach der Erweiterung der Souveränitätsrechte 1954 verlieh die Sowjetunion der DDR 1955 die volle Souveränität "einschließlich der Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik..."⁽¹⁾ 1956 wurde die DDR Mitglied des Warschauer Paktes, was die DDR als Zeichen der festen Einbettung des Staates in die sozialistische Gemeinschaft begrüßte. Überdies kennzeichnete nach Feststellung der DDR die Herausbildung eines starken sozialistischen Lagers die internationale Lage.

Da die DDR jetzt souveränes und gleichgewichtiges Mitglied der Gemeinschaft der Warschauer-Pakt-Staaten geworden war, bezeichnete sie sich nunmehr analog zu anderen sozialistischen Staaten als "Volksdemokratie". Während dieser wichtigen Etappen, die den status quo Deutschlands zementierten, verlor die Herstellung Gesamtdeutschlands für die DDR an Aktualität.

Den Komplex der Wiedervereinigung teilte die DDR nun in einen inneren und einen äußeren Bereich auf. Der äußere Komplex betraf die Aktivitäten der vier Siegermächte, die die DDR auf die Herstellung günstiger außenpolitischer Rahmenbedingungen für innerdeutsche Verhandlungen beschränkt sehen wollte. In keinem Falle

(1) Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, in: Einheit, 1955, H. 10, S. 954

konnte demnach eine internationale Konferenz die Wiedervereinigung ohne die Beteiligung der beiden deutschen Staaten "beschließen". Der äußere Komplex bezog als Hauptmoment das Postulat nach Abschluß eines Vertrages für die kollektive Sicherheit in Europa ein. Den fruchtbaren Boden für die Vertragsverhandlungen sollte gemäß den Vorstellungen der DDR die Praktizierung der "Friedlichen Koexistenz"(1) liefern.

Die friedliche Koexistenz wurde als prinzipielle Gestaltungsmöglichkeit außenpolitischer Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Frühjahr 1956 in den Vordergrund gestellt. Beachtenswerterweise erkannte die DDR dieses Prinzip zwar g e n e r e l l bedingungslos an, sie verneinte jedoch ausdrücklich seine Praktikabilität für die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten. Sie begründete dies folgendermaßen: "Das Wesen der Beziehungen, die zwischen den beiden deutschen Staaten

-
- (1) Die Politik der "Friedlichen Koexistenz" basiert auf der Erkenntnis der Kommunisten, daß der Sozialismus nicht gleichzeitig im Weltmaßstab durchsetzbar ist. Da der ungestörte Aufbau von Sozialismus und Kommunismus aber den Frieden voraussetze, müsse eine Form des Nebeneinanderlebens von Staaten verschiedenen sozialen Typus möglich sein, die den Krieg ausschließt. Diese sogenannte "Friedliche Koexistenz" beinhaltet nach der offiziellen Definition der DDR "den objektiv-realen Zustand des Nebeneinanderbestehens von Staaten mit gegensätzlich sozial-ökonomischen Verhältnissen und einer entsprechenden Politik als Widerspiegelung der objektiven Erfordernisse, deren Erfüllung die Voraussetzung dafür bildet, daß das Verhältnis zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten die Form friedlichen Nebeneinanders annimmt". (zitiert nach: Philosophisches Wörterbuch, S. 205). Die friedliche Koexistenz verkörpert einen Kompromiß zwischen eben diesen Staaten auf ökonomischem und politischem Gebiet, im ideologischen Bereich dagegen stellt sie sich in Form härtesten Klassenkampfes dar. Die friedliche Koexistenz schließt die ideologische Koexistenz kategorisch aus.

entwickelt werden müssen, liegt vor allem darin, daß sie zu einer Annäherung der beiden Staaten und auf diesem Weg zur Herstellung eines einheitlichen und demokratischen Deutschland führen müssen. Auf Grund der Tatsache, daß es sich in Deutschland um eine Nation handelt, daß die nationale Frage auf demokratischer Grundlage zu lösen ist, besteht das Wesen der Frage (des Prinzips der friedlichen Koexistenz, d. Verf.) darin, daß ein einheitliches demokratisches Deutschland mit Hilfe von Verhandlungen und den vielfältigsten friedlichen Beziehungen zustande kommt".⁽¹⁾

Der innere Teil des Komplexes Wiedervereinigung - oder Vereinigung der beiden deutschen Staaten, wie es nun häufiger bezeichnet wurde - konnte nach DDR-Meinung nur noch durch schrittweise Annäherung beider Staaten und die Überwindung der Pariser Verträge durch den Abschluß eines Paktes der kollektiven Sicherheit in Europa erzielt werden. Die Vereinigung sollte möglich werden auf der Basis der Verständigung und von Übereinkünften zwischen beiden Teilen Deutschlands. - Gerade in diesen hartnäckig vorgetragenen Postulaten kam zum Ausdruck, daß die Übertragung der Rechte, die die Gestaltung der Beziehungen zur Bundesrepublik betrafen, für die DDR von immenser Bedeutung war.

Noch immer wurde die Parole ausgegeben: "Deutsche an einen Tisch !" Für die staatliche Ebene wurde damit vor allem der Wunsch nach Verhandlungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, nach der Bildung eines Gesamtdeutschen Rates, zusammengesetzt aus Vertretern der beiden deutschen Parlamente, zum Ausdruck gebracht. Die gegenseitige Anerkennung der Staaten wurde aber zu dieser

(1) Reinhold, Das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz und die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, in: Einheit 1956, H. 5, S. 439

Zeit bereits als "ein entscheidender, wenn nicht überhaupt der entscheidende Schritt auf staatlicher Ebene zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands"⁽¹⁾ bezeichnet.

Die Vorstellungen für die Unternehmungen auf staatlicher Ebene füllten aber nicht allein den inneren Komplex der Wiedervereinigung aus. Den zweiten Teil deckten die Ansichten über die gesellschaftlichen Kräfte und deren Kämpfe ab. Für beide Bereiche beanspruchte die SED Ausschließlichkeit. Dieser Widerspruch ist nicht auflösbar, bietet aber einen weiteren Hinweis auf die Zweigleisigkeit der Deutschland-Politik der DDR.

Ein zweiter, wesentlicher Teil also der Äußerungen der SED zu Fragen der Wiedervereinigung bestand aus dem Verweis darauf, daß die Wiedervereinigung in einen Kampf gegen den westdeutschen "Militarismus" münden müsse. Aus Sicherheitserwägungen heraus wollte die DDR die Situation in der BRD so verändert wissen, daß von dort künftig keine Gefahr mehr für den Frieden ausgehen könne. Nach ihrer Vorstellung führte der Weg zu einem vereinten Deutschland nur über den Kampf der friedliebenden Kräfte und deren letztendlichen Sieg über den westdeutschen "Imperialismus". Zeitliche Dimensionen besaßen für die DDR nur noch letztrangige Bedeutung. Sie stimmte deshalb auch ihre politischen Mitstreiter in Westdeutschland auf eine langfristige Zeitorientierung ein. In einem ihrer Publikationsorgane hieß es dazu, daß der Kampf um die Wiedervereinigung, "den alle Deutschen, die ihr Vaterland lieben, führen müssen..., allerdings nicht von heute auf morgen beendet sein"⁽²⁾ werde.

(1) W. Girnus, Gedanken über die Wiedervereinigung, in: Einheit 1956, H. 11, S. 1065

(2) Die Deutsche Demokratische Republik verkörpert die Zukunft Deutschlands, in: Einheit 1955, H. 10, S. 966

Im Anschluß an den XX. Parteitag der KPdSU und in Ausführung der dort ergangenen Anregungen traten die Bemühungen der SED um die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse wieder in den Vordergrund. Abermals galt die Aufmerksamkeit vorrangig der SPD. In den Beschlüssen des SPD-Parteitages von 1956 entdeckte die SED diverse Übereinstimmungen mit ihrer eigenen Politik. Die SED konstatierte Identitäten bis hin zum "...gemeinsame(n) Interesse der SED und der SPD an der Erreichung des Zieles eines sozialistischen Deutschland".⁽¹⁾

Die sozialdemokratische Führung ließ sich wie bisher nicht für eine Aktionseinheit gewinnen. Nach vielfach angewandtem Schema wollte die SED daraufhin wiederum mit dem Instrument der Aktionseinheit von unten Einfluß auf die Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften über den Austausch von Arbeiterdelegationen u. a. nehmen. Die SED konnte umso weniger auf die Aktionseinheit verzichten, als der Interessengleichklang zwischen den Arbeitern in Ost- und Westdeutschland, organisierten wie unorganisierten, nach wie vor als existent angesehen wurde. Die SED glaubte gar, wachsende Aufmerksamkeit westdeutscher Arbeiter gegenüber den Erfahrungen, die die DDR bisher mit dem Gestalten der sozialistischen Ordnung gewonnen hatte, verzeichnen zu können. An der bestehenden Einheit der Arbeiterklasse regte sich in der DDR noch kein Zweifel. Nur auf dieser Grundlage konnte die SED zu der Einschätzung gelangen, daß die Annäherung der Arbeiterparteien die erste Stufe für die Annäherung der beiden deutschen Staaten darstelle. -

(1) Ulbricht, Über die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU und die bisherige Durchführung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz - 28. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 27. bis 29. Juli 1956, S. 14

Hier ist, unter einem Aspekt, auch die einzige Nahtstelle zwischen der staatlichen und gesellschaftlichen Ebene in den Vorstellungen der DDR zu einer Wiedervereinigung Deutschlands. Der Berührungspunkt liegt dort, wo die SPD als potentielle Regierungspartei auch als Faktor für den Staatsbereich in den Kalkül der DDR einbezogen wird.

Die DDR wiederholte ihre früheren Aussagen, daß eine Nachahmung des Weges der DDR für Westdeutschland nicht empfohlen werden könne. Die SED war jedoch keinesfalls bereit, Abstriche an den "sozialistischen Errungenschaften" der DDR zuzulassen. Eine Feststellung bzw. Forderung der DDR, die auf ihren aufgewerteten Status zurückzuführen war und die sie deshalb mit Vehemenz vortrug, lautete: "Die deutsche Frage wird nicht auf Kosten der Deutschen Demokratischen Republik gelöst."⁽¹⁾ Das politische Ziel der DDR für ein späteres einheitliches Deutschland stand nicht mehr in Frage, und sie bekannte sich nun offen und offensiv dazu: "Als Sozialisten sagen wir..., daß unser Ziel, das den gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen entspricht, ein sozialistisches Gesamtdeutschland ist."⁽²⁾ Von dieser Prämisse ausgehend konnte auch die künftige Gestaltung Deutschlands nicht mehr wie nach den bisherigen Vorstellungen in der Zukunft, nach der Wiedervereinigung also, geklärt werden, sondern mußte bereits während des Kampfes gegen den westdeutschen "Militarismus" entschieden werden.

Hier tauchte eines der Hauptmotive des nationalen Kampfes der DDR, der Kampf gegen den westdeutschen "Militarismus" und "Imperialismus", wieder auf, das nun

(1) Genf - Beginn einer neuen Etappe, in: Einheit, H. 8, 1955, S. 744

(2) Ulbricht, Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik - 3. Parteikonferenz der SED vom 24. bis 30. März 1956, S. 194

bereichert wurde durch die Zukunftsperspektive des Sozialismus in einem wiedervereinigten Deutschland. In realer Einschätzung der politischen Möglichkeiten mußte aber auch die DDR einkalkulieren, daß beim Beharren auf diesen ihren Postulaten die Chancen für eine staatliche Einheit und damit die staatlich abgesicherte Existenz der deutschen Nation äußerst gering waren.

Augenscheinlich hat auch die SED ihre politischen Äußerungen bald wieder den objektiven Kräfteverhältnissen angemessen. Zum Jahresende 1956 versuchte Ulbricht, "Mißverständnisse zu beseitigen", indem er erklärte, "daß auch die SED niemals für die Wiedervereinigung Deutschlands irgendwelche Bedingungen im Sinne des marxistischen Zieles des Sozialismus gestellt" habe.⁽¹⁾ Diese Meinung stand nun in diametralem Gegensatz zu jener oben zitierten; beide liegen zeitlich nur ein halbes Jahr auseinander.

Dieser Vergleich ermöglicht Aufhellung darüber, daß die SED-Vorstellungen für eine Deutschland-Politik sich 1955 und 1956 in einem desolaten Zustand befanden; er spiegelt ein Konglomerat unterschiedlicher, gegensätzlicher Meinungen wider.

Setzt man nun die objektive Beurteilung der Situation durch die SED voraus, so handelte sie folgerichtig, wenn sie sich nicht auf ein wiedervereinigtes Deutschland fixierte, sondern stattdessen zwingender denn je den Vertretungsanspruch der DDR für ganz Deutschland vernehmen ließ: "Die Deutsche Demokratische Republik hat sich durch ihr konsequentes Eintreten für die Wahrung der unveräußerlichen Rechte der deutschen Nation allein die Legitimation erworben, im Namen des gesamten

(1) Ulbricht, Was wir wollen und was wir nicht wollen, in: ND, 30.12.1956, S. 3

deutschen Volkes zu sprechen".⁽¹⁾ Die "imperialistischen" Bindungen an die USA spielten bei jeder Bezugnahme auf die Situation Westdeutschlands eine hervorragende Rolle: Besonders seit die BRD ein "Protektorat" der Vereinigten Staaten geworden sei, sei es "die nationale Pflicht der Deutschen Demokratischen Republik, ihrer Volkskammer und Regierung, sich in ihrer Außenpolitik stets von den gesamt nationalen Interessen leiten zu lassen..."⁽²⁾

Die DDR verstand sich immer bestimmter als deutscher "Stellvertreterstaat" auf dem Wege zu einem künftigen, einheitlichen, sozialistischen Deutschland, als "nationales Kraftzentrum" des ganzen deutschen Volkes. In der Tat unternahm die SED verstärkte Anstrengungen, um den Staat und die Gesellschaft der DDR nach ihren Vorstellungen zu entwickeln. Im Rahmen der innerstaatlichen Konsolidierungsversuche wurde das Schwergewicht der Entwicklung auf den ökonomischen Bereich gelenkt. So glaubte die SED erreichen zu können, daß die Vorzüge des sozialistischen Systems der DDR den Bewohnern Westdeutschlands und vor allem auch jedermann im eigenen Staat erkennbar werden würden. Deshalb wurde auf der III. Parteikonferenz der SED im Jahre 1956 die Erlangung des wissenschaftlich-technischen Weltniveaus zu einer der vordringlichsten Aufgaben für die DDR erklärt.

(1) Die Deutsche Demokratische Republik verkörpert die Zukunft... a.a.O., S.1149

(2) Ulbricht, Die Warschauer Konferenz und die neuen Aufgaben der Partei - 24. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - 1. und 2. Juni 1955, S. 15

Unter Zugrundelegung dieses verkehrten Verhältnisses - primär DDR-Interesse, sekundär gesamtdeutsche Belange - wird auch die Parole verständlich, die da lautete: "Der Kampf um das einige, demokratische, friedliebende Deutschland beginnt heute damit, daß das werktätige Volk in der Deutschen Demokratischen Republik die Errungenschaften seines friedlichen Aufbaus bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus durch neue Errungenschaften mehrt...".⁽¹⁾ Die DDR konnte andererseits gerade bei dem Vergleich mit der Bundesrepublik und deren Lebensstandard zum wiederholten Male nicht auf den Verweis verzichten, daß Staat und Gesellschaft der DDR sich in der ohnehin schwierigen Übergangsphase zum Sozialismus befänden, die als besondere Erschwerenis noch von der Spaltung Deutschlands belastet sei. Dieser Umstand wirke sich vor allem auf den ökonomischen Sektor der DDR aus.

Gesamtstaat bzw. Gesamtnation bekamen nach dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO nun von der DDR verschiedene Stellenwerte zugewiesen. Bis dato ging es um die deutsche Einheit schlechthin, die staatliche sowohl als auch die nationale. Jetzt trat die Idee der staatlichen Einheit, die noch 1955 von hervorragender Bedeutung gewesen war, in den Hintergrund. Die Zwei-Staaten-Theorie wurde geboren. Zwei Zitate Grotewohls belegen diesen politischen Wandel: Versicherte er noch 1955, daß die DDR im Bemühen um "die Wiedervereinigung zu einem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Staat nicht nachlassen"⁽²⁾ werde, so verkündete er schon im nächsten Jahr die Version: "Es entstanden auf dem Territorium der einheitlichen deutschen Nation zwei Staaten

(1) Die neue Lage...a.a.O., S. 460

(2) Grotewohl, Genf schuf günstige Voraussetzungen für die deutsche Verständigung, in: Die Sowjetunion auf der Genfer Konferenz, S. 47

mit entgegengesetztem sozialen Charakter".⁽¹⁾ Mit Verve verwies er gerade darum auf die wertvollste noch verbliebene Klammer: "Aber die Tatsache der Existenz zweier Staaten kann weder die Einheit der Nation noch die Einheit des Volkes aufheben".⁽²⁾

Die DDR unternahm jetzt große Anstrengungen, die eigene Bevölkerung auf den Staat DDR zu verpflichten. Das geschah einmal im Rahmen der Propagierung des zweiten Fünf-Jahr-Planes und den damit angekündigten Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung und der Erhöhung des Lebensstandards, und es geschah ferner durch Suggestierung eines DDR-Staatsbewußtseins, durch den Versuch, die DDR-Bevölkerung zu einer "patriotischen Einheit" zusammenzuschmelzen. Die patriotische Einheit müsse deshalb so notwendig geschaffen werden, damit die DDR ihrer Rolle als "Bastion des Friedens und der Demokratie"⁽³⁾ gerecht werden könne. - So wurde das Unterfangen umschrieben, die Zwei-Staaten-Theorie im Bewußtsein der DDR-Bevölkerung zu verankern.

(1) Grotewohl, Die Rolle der Arbeiter- und Bauernmacht in der Deutschen Demokratischen Republik - Rede auf der III. Parteikonferenz der SED, in: Im Kampf um die einzige Deutsche Demokratische Republik, Bd. IV, S. 682

(2) a.a.O., S. 685

(3) Ulbricht, Die Warschauer Konferenz..., a.a.O., S. 941

4.1.6 Die Schirdewan-Wollweber-Opposition
und die Harich-Plattform - die endgültige
Absage an den "Dritten Weg"

Zur Zeit ihres oppositionellen Wirkens bekleidete Karl Schirdewan u. a. die Funktion eines Politbüro-Mitgliedes der SED, Ernst Wollweber war Nachfolger Zaisers in der Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit. Ihnen wurde in späteren Anklagen seitens der SED Fraktionstätigkeit und der Versuch zur Korrektur der Parteilinie vorgeworfen, die besonders mit der Ablösung der Parteiführung um Ulbricht erreicht werden sollte.

Die Fraktion um Schirdewan und Wollweber orientierte sich - ebenso wie die Harich-Gruppe (dazu s.u.) - an den Aussagen des XX. Parteitages der KPdSU, deren "opportunistische Auslegung"⁽¹⁾ ihnen auf dem V. Parteitag der SED 1958 zur Last gelegt wurde. Die Opponenten zogen offensichtlich aus der angestrebten Entspannungspolitik der Sowjetunion den Schluß, daß nun auch die Staatsmacht der DDR geschwächt werden könne. Gleichzeitig wollten sie den Aufbau des Sozialismus verlangsamen und mit allen Maßnahmen Hindernisse auf dem Wege zur Wiedervereinigung ausräumen. Als "grundlegende Fehler"⁽²⁾, die sich aus ihrer Betrachtungsweise der gesamtdeutschen Fragen und den daraus resultierenden Forderungen ergaben, wurden ihnen vorgeworfen, die Gefahren unterschätzt zu haben, die von der NATO und den deutschen Militaristen ausgingen, so daß die Dissidenten objektiv zur Unterminierung der DDR beigetragen hätten. Es wurde ihnen in diesem Zusammenhang ferner

(1) Protokoll des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, S. 1593

(2) Aus dem Bericht des Politbüros an das 35. Plenum des Zentralkomitees der SED, in: ND, 8.2.1958, S. 5

zum Vorwurf gemacht, sie hätten an ihrer "illusionären" Auffassung"festgehalten, "die Einheit Deutschlands um jeden Preis herbeizuführen"⁽¹⁾ und hätten "nicht verstanden, daß seit der Ablehnung der Wiedervereinigungsvorschläge durch die Bonner Regierung und die Westmächte im Jahre 1952 und der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO eine grundsätzliche Veränderung der Lage eingetreten war."⁽²⁾

Wenn diese Auffassungen tatsächlich vertreten worden sind, stand die Fraktion Schirdewans und Wollwebers in der Tat in diametralem Gegensatz zur politischen Linie der SED für ein Gesamtdeutschland, die eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten derzeitig bereits nur noch unter sozialistischem Vorzeichen - wie oben ausgeführt - zulassen wollte. Die gleiche Diskrepanz war in den vermutlichen Ansichten über das Tempo des sozialistischen Aufbaus vorzufinden. Die Diskussion darüber einschließlich einer möglichen Verlangsamung des Aufbaus des Sozialismus war bereits mit der Rücknahme des neuen Kurses 1954 beendet worden. Die Parteiführung bestärkte ihren Standpunkt noch einmal in Verbindung mit der parteiinternen Verurteilung Schirdewans, Wollwebers und ihrer Anhänger, indem sie die Parole ausgab: "...kühner, entschlossener, überzeugender vorwärts!"⁽³⁾

Die Fraktion Schirdewan/Wollweber hatte offensichtlich die Forderung nach einem deutschen "Nationalkommunismus"⁽⁴⁾ in ihrem Programm - was hier mangels Quellen nicht näher spezifiziert werden kann. Dies war vermutlich ein Anlaß

(1) Aus dem Bericht des Politbüros an das 35. Plenum des Zentralkomitees der SED, in: ND, 8.2.1958, S. 5

(2) Der XX. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben in der DDR - ND, 28.11.1961, S. 7

(3) Für die marxistisch-leninistische Geschlossenheit der Partei - Auszüge aus Diskussionsreden auf der 35. Tagung des ZK, in: ND, 25.2.1958, S. 4

für die SED, die "führende Rolle der KPdSU in der internationalen Arbeiterbewegung"⁽¹⁾ zu unterstreichen. Sie hob sich damit deutlich von ihrer Selbstkritik ab, die sie 1953 an ihrer verfehlten Politik geübt hatte, nämlich den Weg der Sowjetunion bzw. der KPdSU zum Sozialismus in der DDR schematisch nachzuahmen. Der Begriff "Führung der KPdSU" muß nämlich auch unter Einbeziehung der verbindlichen Festlegung ihres, des sowjetischen, Übergangs zum Sozialismus verstanden werden. - Eine kritische Distanz zur Sowjetunion schien in dieser Zeit auch nicht ansatzweise diskutabel.

Ein Ergebnis der oppositionellen Tätigkeit der Gruppe war darin zu erblicken, daß Ulbricht auf dem 30. Plenum des ZK der SED die Grundfragen der SED-Politik darlegte, die eine Neueinschätzung der Lage in Westdeutschland und neue Möglichkeiten eines wieder zu vereinigenden Deutschland zutage förderten (s.u.).

Die Schirdewan-Wollweber-Fraktion wurde "auf dem 30. Plenum des Zentralkomitees politisch geschlagen," wie es die SED während einer der folgenden ZK-Sitzungen bekanntgab;⁽²⁾ der Ausschluß der Opponenten aus dem Zentralkomitee erfolgte ein Jahr darauf.

Zeitlich parallel zur Fraktion Schirdewan/Wollweber wirkte die Gruppe um Wolfgang Harich. Harich und seine Freunde entstammten vorwiegend Kulturinstitutionen und bekleideten ebenfalls Funktionen in der SED. Sie sahen sich durch das Studium der Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU animiert, eine "Plattform über den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus"⁽³⁾ auszuarbeiten. Die Parteiführung verweigerte eine Diskussion

(1) Für die marxistisch-leninistische Geschlossenheit..., a.a.O.

(2) Aus dem Bericht des Politbüros an das 35. Plenum, a.a.O., S. 5

(3) Die politische Plattform Harichs und seiner Freunde, nach: Weber: Völker hört die Signale, S. 341

darüber. Dies ist nicht verwunderlich in Anbetracht dessen, daß die Plattform massive Kritik gegenüber der SED und ihrer Führung enthielt.

Die Aussagen Harichs und seiner Freunde basierten auf der theoretischen Konzeption, daß in Westdeutschland wie in ganz Westeuropa der Übergang zum Sozialismus unvermeidlich, aber friedlich vollzogen werden würde. Sie widersprachen der dogmatischen These kommunistischer Parteien, daß ausschließlich unter ihrer Regie die Umwandlung zum Sozialismus vonstatten gehen könne. Auf westdeutsche Verhältnisse übertragen folgerte daraus, daß nur die SPD dort den Sozialismus verwirklichen könne.

Die Gruppe um Harich vertrat die Ansicht, daß die SPD die Einheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland hergestellt habe, und sie erklärte sich "mit der SPD in den zentralsten Fragen einverstanden. Aus dieser Übereinstimmung... (ergebe) sich auch die Möglichkeit zur Überwindung der Spaltung Deutschlands".⁽¹⁾ Die Gruppe machte in ihrer Plattform allein die SED dafür verantwortlich, daß alles Unterfangen, die Einheit der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu erreichen, bislang gescheitert sei.

Es gilt zu vermerken, daß Harich und seine Freunde an der Aktions- und organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse als *conditio sine qua non* ebenso festhielten, wie es die SED offiziell stets getan hatte. Das einzige Unterscheidungsmerkmal war die erwähnte Bereitschaft, die Führung in Westdeutschland der SPD zu überlassen. Die Harich-Gruppe lehnte eine kapitalistische Restauration für ein späteres Gesamtdeutschland kategorisch ab.

(1) Die politische Plattform..., in: SBZ-Archiv, 1957, S. 73

Ebenso entschieden widersetzte sie sich der möglichen Nachahmung des sowjetischen Weges zum Sozialismus. Sie warf dagegen der Sowjetunion u. a. deren Ignorierung der "nationalen Unabhängigkeit"⁽¹⁾ der Volksdemokratien - also auch der DDR - vor.

Bei ihren Plänen für die Bundesrepublik legten Harich und seine politischen Mitstreiter gewandelte politische Mehrheitsverhältnisse in Westdeutschland zugrunde; sie bezogen a priori eine SPD-Regierung in ihre Vorstellungen ein, wie sie nach ihrem Dafürhalten aus den Wahlen 1957 hervorgehen würde. In Zusammenarbeit mit dieser Regierung und der SPD-Mehrheit im Bundestag wollten sie nach Erfüllung verschiedener Konditionen in Westdeutschland gesamtdeutsche Wahlen durchgeführt sehen - an die Durchführbarkeit derartiger Wahlen glaubte die Gruppe Harich offenbar noch immer.

Auch dieser letzte organisatorisch-oppositionelle Ansatz, der gesamtdeutschen Entwicklung ohne die dogmatische Einengung seitens der offiziellen SED-Führung einen neuen Anstoß zu geben, sie auf einen "Dritten Weg" zu führen, scheiterte. Die Diskussionen darüber wurden zum Jahresende 1956 mit dem lapidaren Ausspruch Ulbrichts beendet: "Es gibt keinen dritten Weg".⁽²⁾

Harich wurde 1957 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

(1) Die politische Plattform..., in: SBZ-Archiv, 1957, S. 73

(2) Ulbricht, Was wir wollen und was wir nicht wollen, in: ND, 30.12.1956, S. 1

4.2 Die Konföderation als Vorstufe zur Wiedervereinigung 1957 - 1961

4.2.1 Die Vorschläge des Zentralkomitees der SED vom 30.1.1957

Der Beschluß⁽¹⁾ des 30. Plenums des Zentralkomitees der SED vom Januar 1957 zu den Grundfragen der SED-Politik basierte auf den Aussagen des XX. Parteitages der KPdSU von 1956. Die SED ging wie die KPdSU von dem ihrer Berechnung nach veränderten Kräfteverhältnis im Weltmaßstab aus, das sich auch um die Jahreswende 1956/57 weiter zugunsten des Sozialismus und damit zuungunsten des Kapitalismus wandele. Daraus folgte die SED, daß die Chancen für die Erhaltung des Friedens gestiegen seien. Allein die Bundesrepublik füge sich nicht in diese Entwicklung ein. Die SED sah vielmehr die "militaristischen" und "imperialistischen" Kräfte in der BRD an Einfluß und Aggressivität gewinnen und zog daraus die Schlußfolgerung, daß die DDR sich an der vordersten Front der europäischen Gefahrenzone bewege. Alle europäischen Staaten befänden sich deswegen in Gefahr, weil der westdeutsche Imperialismus neben der Eroberung der DDR den Führungsanspruch über ganz Europa angemeldet habe.

Die 2. Variante der neueren Entwicklung war nach Annahme der SED, daß die Ausstrahlungskraft der Politik der DDR auf die westdeutschen Arbeiter erkennbar intensiver geworden sei. Und weiter übernahm die SED nach dem Verbot der KPD 1956 für sich allein das Recht und die Pflicht, "L e h r e r und F ü h r e r" der deutschen Arbeiterklasse zu sein und die "P e r s p e k t i v e n d e s

(1) Das umfangreiche Referat Ulbrichts wurde zum Beschluß des ZK der SED erhoben.

n e u e n D e u t s c h l a n d ⁽¹⁾ aufzuzeigen. Die SED zog aus dieser Situationsanalyse den Schluß, daß die Neugestaltung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten erforderlich geworden sei. Der Lösungsvorschlag, den die Partei für den einzig adäquaten hielt, wurde nach der Analyse auf der 30. Plenumsitzung des Zentralkomitees vorgetragen. Seinen Kerngehalt - basierend auf der Zwei-Staaten - Theorie - stellte die Idee der Konföderation der beiden deutschen Staaten dar. Diese Idee mußte der SED deswegen realisierbar erscheinen, als sie aus einem Beitrag herrührte, der vom westdeutschen Finanzminister Schäffer im Oktober 1956 Vinzenz Müller als Beauftragtem der DDR-Regierung vorgetragen worden war. Die Konföderationspläne wurden durch die Beschlüsse des ZK erstmals publik und gleichzeitig präzisiert.

Nach den Vorstellungen der SED sollte es sich bei der Konföderation um einen "Staatenbund (es handeln), der aus beiden deutschen Staaten... gebildet würde"⁽²⁾. Als eines ihrer Organe sollte ein Gesamtdeutscher Rat fungieren, der sich paritätisch aus Vertretern beider deutscher Staaten"⁽³⁾ zusammensetzen müßte. Dieser Rat sollte aus separaten Wahlen in beiden deutschen Staaten hervorgehen. Ihm wurden Regierungsfunktionen zugeschrieben, ferner die Vorbereitung zur Zusammenarbeit beider

(1) Ulbricht, Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - 30. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 30. Januar bis 1. Februar 1957, S. 5

(2) Ulbricht, Grundfragen..., a.a.O., S. 66

(3) ebda.

Staaten auf verschiedenen Gebieten in den Aufgabenkomplex einbezogen; davon sollte vor allem der Wirtschaftssektor tangiert werden. Der Rat sollte letztlich Vorarbeiten zu gesamtdeutschen freien Wahlen zu einer Nationalversammlung leisten.

Die Bildung eines derart gestalteten Gesamtdeutschen Rates und damit der Konföderation insgesamt war an verschiedene Bedingungen geknüpft. Als erste Voraussetzung stand nach wie vor der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO an. Zum Katalog der Vorbedingungen gehörten ferner die Überführung der Schlüsselindustrie in Volkseigentum, die Boden- und die Schulreform und anderes mehr.

Die SED war sich darüber im klaren, daß sie ihre Vorstellungen auf der staatlichen Ebene nicht unvermittelt zum Tragen bringen konnte, da die DDR wie bisher als Staat für die Bonner Regierung offiziell nicht existierte. Sie trug diesem Umstand auch in der derzeitigen Phase der Neuorientierung ihrer Deutschlandpolitik Rechnung, indem sie wiederum auf die Errichtung der Aktions-einheit der Arbeiterklasse abzielte. Sie hielt sich dabei zugute, daß die "deutsche Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Kräfte der Nation"⁽¹⁾ das sozialistische System anerkennen und sich um die DDR scharen würden. Die SED bezeichnete darum die Stärkung des Staates DDR als "Basis und Hauptvoraussetzung für den Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands..."⁽²⁾. In der Gewißheit der Unterstützung durch die DDR sollten SPD, Gewerkschaften und SED gemeinsam in Westdeutschland die Vorbedingungen für eine Konföderation schaffen.

(1) a.a.O., S. 15

(2) ebda.

Die SED versuchte, möglichen Verdächtigungen bezüglich einer kurzfristigen Taktik vorzubeugen, indem sie die Herstellung der Aktionseinheit als " G e n e r a l - l i n i e d e r P a r t e i " titulierte, "von deren Verwirklichung die Lösung der nationalen und Klassenforderungen der deutschen Werktätigen sowie die Zukunft der deutschen Nation überhaupt" abhingen.⁽¹⁾

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die die SED-Führung soeben mit den so klassifizierten Verfechtern der "ideologischen Koexistenz" im eigenen Staate gewonnen hatte, schränkte sie nun vorsorglich ein, daß der Kampf um die Aktionseinheit mit den "Klassenbrüdern" Westdeutschlands⁽²⁾ keinesfalls Zugeständnisse in der marxistisch-leninistischen Theorie einschließe.

Die 30. Tagung des Zentralkomitees war in großen Teilen unausgesprochen eine Auseinandersetzung bzw. Abrechnung mit den Anhängern des Dritten Weges und wurde nicht von ungefähr als "Gegenoffensive"⁽³⁾ bezeichnet. Die SED zerschlug von vornherein Illusionen über die Disponibilität der künftigen Staats- und Gesellschaftsordnung Deutschlands in ihrer neuen Konzeption. Ohne Zweifel konnte auch zu diesem Zeitpunkt "das Ziel des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse (nur) der Sozialismus..."⁽⁴⁾ sein. Als Novität ist zu verzeichnen, daß die SED als Anpassung an die spezifischen Gegebenheiten Deutschlands die Form eines elektoralistischen Weges zum Sozialismus konzedierte. Dies geschah in Anlehnung an eine der Thesen, die auf dem XX. Parteitag der KPdSU Gültigkeit erlangt hatten.

Daraus konnte jedoch nicht der Schluß gezogen werden,

(1) a.a.O., S. 23

(2) ebda.

(3) a.a.O., S. 90

(4) a.a.O., S. 3

daß die SED auf die allgemein verbindlichen Prinzipien für den Übergang zum Sozialismus verzichtete, so wie sie ebenfalls auf dem XX. Parteitag aufgestellt worden waren. Danach zählte zu den Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau des Sozialismus "die Herstellung der politischen Macht der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats mit seiner Partei an der Spitze, die sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt, die nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebaut und eng mit den Massen verbunden ist; die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft und den anderen werktätigen Schichten; die Ersetzung des kapitalistischen Privateigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln durch das Volkseigentum und die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft und der Kultur auf dieser Basis; die Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften vor den Anschlägen der früheren Ausbeuterklassen und vor der imperialistischen Aggression".⁽¹⁾

Die Konzessionen an die besonderen deutschen Gegebenheiten erstaunen nicht unter Berücksichtigung dessen, daß auch Ulbricht und die übrige SED-Führung - wie ihre Kontrahenten um Harich - den Sieg der SPD bei den westdeutschen Parlamentswahlen im Herbst 1957 bereits vorab in ihre Überlegungen einbezogen. Ihre Berechnungen liefen darauf hinaus, daß die Massen insbesondere bei funktionierender Aktionseinheit einen derartigen Druck auf die SPD-Führung im Sinne der SED ausüben müßten, daß die SPD-Spitze bzw. die SPD-Regierung aufgrund dessen Verhandlungen mit dem Staat DDR aufnehmen müßte. So ist auch die nachträglich präzisierete Zeitplanung der SED zu deuten, die besagte, daß man sehr bald nach der Bundestagswahl, nämlich "bereits am 1. Januar 1958..."⁽²⁾ mit dem Staatenbund beginnen könne.

(1) a.a.O., S. 41/42

(2) Ulbricht, Um die nationale Wiedergeburt Deutschlands - Rede vor der Volkskammer, 8.8.1957, in: Zur Geschichte..., Bd. VI, S. 562

Als Ulbricht diesen Termin während einer Volkskammer-Sitzung im August 1957 bekanntgab, verwahrte er sich gleichzeitig gegen den Vorwurf, daß die DDR mit der Konföderation ein neues Hindernis auf dem Weg zur Wiedervereinigung aufbauen wolle. Vielmehr bezeichnete er den Staatenbund als den "Kürzeste(n) Weg zur Wiedervereinigung".⁽¹⁾

Auf eben dieser Sitzung verlas Grotewohl eine Erklärung der Regierung der DDR, in der einige Forderungen der SED modifiziert worden waren. Z. B. sollte dem Gesamtdeutschen Rat nur noch beratender Charakter zugestanden werden, nachdem er nach der ursprünglichen Fassung die Funktion einer Regierung - wenn auch nur vage umschrieben - ausüben sollte. Grotewohl nahm auch das Vertretungsrecht der DDR für ganz Deutschland zurück, das sie bis dato für sich beansprucht hatte. Er stellte beide Staaten auf die gleiche völkerrechtliche Ebene mit der Konsequenz, daß "es keine nationalen Vorrechte des einen oder anderen deutschen Staates"⁽²⁾ gebe. Vor allem aber erwartete Grotewohl dem Inhalt der Regierungserklärung zufolge "keine Vorbedingungen"⁽³⁾ mehr für die Schaffung einer Konföderation.

Der Grund für die Revision der Beschlüsse des 30. Plenums vom Beginn des Jahres 1957 lag vermutlich in dem geringen Echo in der westdeutschen Arbeiterklasse. Das Unbehagen an der schwachen Resonanz zeigte sich zumindest in den erstmals vorgetragenen Belehrungen, daß nicht die DDR allein den Kampf um die Zukunft Deutschlands führen müsse, sondern daß die gesamte Arbeiterklasse für die deutsche Nation verantwortlich sei.⁽⁴⁾ Eine weitere Ursache zur

-
- (1) Ulbricht, Um die nationale Wiedergeburt Deutschlands - Rede vor der Volkskammer, 8.8.1957, in: Zur Geschichte..., Bd. VI, S. 562
 - (2) Grotewohl, Der Weg der deutschen Nation zu Frieden und Einheit - Regierungserklärung vor der Volkskammer, 8.8.1957, in: Im Kampf..., a.a.O., Bd.V, S. 373
 - (3) a.a.O., S. 383
 - (4) s. dazu: ders..., Die Volksmassen gestalten die Zukunft Deutschlands, in: Einheit 1957, H. 4, S. 412

Abänderung der Konföderations-Vorschläge dürfte in dem Bestreben liegen, die Bundestagswahlen im Sinne der SED zu beeinflussen. Dazu brauchte sie die Aufmerksamkeit der Mehrheit der Bevölkerung, also der Arbeiterklasse, die sie aber ganz offensichtlich in der bisher praktizierten Form der Vermittlung politischer Ideen nicht erwecken konnte. Die SED stellte auch das lange "verschüttete Bewußtsein" der Arbeiter, was sie auf die Beeinflussung durch die Bourgeoisie zurückführte, in Rechnung, und vermutlich darum versuchte Grotewohl mit seiner Regierungserklärung die Westdeutschen auf emotionaler Ebene zu erfassen, indem er pathetisch verkündete: "Wer deutsch spricht, wer deutsch denkt, wer deutsch fühlt, der muß auch deutsch handeln. Deutsch handeln heißt, den Zustand der nationalen Zerrissenheit überwinden und ein einheitliches, friedliebende und demokratisches Deutschland herzustellen".⁽¹⁾ Dieses "deutsche Handeln" könne man nur durch Teilnahme an der Konföderation demonstrieren.

Die westdeutschen Wahlen ergaben statt der erwarteten SPD-Regierung die absolute Mehrheit für die CDU/CSU. Trotz der Urheberschaft der Konföderationsidee in diesen Kreisen wurde sie in keinem Punkt auch nur ansatzweise zwischen den beiden deutschen Regierungen verhandelt. Die SED hielt dennoch - wenn letztlich auch nur noch verbal - an dieser Idee bis zum Beginn der 60er Jahre fest. Denn die Konföderation sollte nach der "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", einem offiziellen Lehrbuch der DDR, die Anwednung der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten und zugleich eine "Bereicherung der Theorie von der nationalen Frage" ausmachen.⁽²⁾

(1) ders..., Der Weg..., a.a.O., S. 385

(2) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, S. 78

4.2.2 Die Hauptaufgabe des V. Parteitages :
Der Beweis der Überlegenheit des Sozialismus
der DDR gegenüber dem Kapitalismus der BRD

In der Bundesrepublik wurde seit 1957 die mögliche atomare Bewaffnung der Bundeswehr diskutiert. Dadurch erfuhr der V. Parteitag der SED im Juli 1958 ganz entschieden seine inhaltliche Prägung. Auch die Terminierung zur Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe (s.u.) stand damit in unmittelbarem Zusammenhang, wie es die SED mehrmals verbreitete. Nach der Schätzung der SED sollten die Bonner "Atomkriegsvorbereitungen" bis zur Jahreswende 1961/62 abgeschlossen sein.⁽¹⁾

Die SED legte ihrer Politik die Tatsache zugrunde, daß sich die Lösung der Deutschlandfrage wesentlich kompliziert habe. Der "nationale Grundwiderspruch" zwischen "Militarisierung" im Westen und "friedlicher Entwicklung" im Osten Deutschlands - so die SED-Terminologie - habe sich vertieft. Die Partei erklärte, wenn auch nicht zum erstenmal, auf ihrem V. Parteitag die Friedenserhaltung "zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage"⁽²⁾. Die Koppelung zwischen dem Kampf um den Frieden und der ökonomischen Hauptaufgabe (s.u.) stellte die SED mit dem sogenannten "politischen Inhalt" der Hauptaufgabe her, der besagen sollte, daß die Erfüllung der Aufgabe der Stärkung der DDR diene und "zweifelloos dem Volkskampf gegen die Bonner Atomrüstungspolitik Aufschwung geben"⁽³⁾ werde.

(1) s. dazu: "Die Arbeiterklasse führt die Volksmassen zum Sieg des Sozialismus - Leitartikel, in: Einheit 1958, H. 8, S. 1093

(2) Beschluß des V. Parteitages der SED über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat, in: Protokoll..., Bd. II, S. 1335

(3) Ulbricht, Der Kampf..., a.a.O., S. 69

Der V. Parteitag beschloß die ökonomische Hauptaufgabe folgenden Inhalts:

"Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik ist innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird und infolgedessen der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft".⁽¹⁾

Bei dem Beschluß der ökonomischen Hauptaufgabe hat vermutlich die Einsicht der SED Pate gestanden, daß die DDR als Land der "armen Brüder und Schwestern", wie ihre Bewohner gern von Politikern der Bundesrepublik bezeichnet wurden, im Wettstreit zwischen Ost- und Westdeutschland wenig auszurichten vermochte. In der DDR wurde auch offen zugestanden, daß sich die Einwirkung auf die westdeutschen Arbeiter besonders schwierig gestalte, da sich die Arbeiterklasse zumindest in Teilen in einer Phase relativ hochentwickelten Lebensstandards befinde.

(1) Ulbricht, Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat, in: Protokoll des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I, S. 68

In dieser Situation sah die SED die Gefahr vergrößert, daß die Bonner "Atomrüstungspolitiker" innerhalb der Arbeiterbewegung "Brückenköpfe" bauen könnten.⁽¹⁾

Die SED wollte aber eine weitere Spaltung der Arbeiterbewegung in jedem Fall verhindern, zumal sie sich nach wie vor der ganzen deutschen Arbeiterklasse verpflichtet fühlte. Als Beispiel ihres Mühens führte die SED u. a. aus, daß die Beschlüsse des V. Parteitages "die gesamte deutsche Arbeiterklasse..."⁽²⁾ angingen und dementsprechend abgefaßt seien. - Die Überlegenheit hinsichtlich der Gesellschaftsordnung des Sozialismus glaubte die SED im Gegensatz zum Wirtschaftssystem bereits erbracht zu haben.

Ulbricht erwähnte noch im Nachtrag zum Parteitag im Zusammenhang mit der Hauptaufgabe die gesamtstaatliche Aufgabenstellung der SED: "Ich spreche... nicht nur von den Interessen der Bevölkerung der DDR, sondern von den Interessen der gesamten Nation, von den Interessen auch der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz in Westdeutschland, obwohl die meisten von ihnen das heute noch nicht verstehen werden."⁽³⁾

Von verschiedenen Rednern und Interpreten des Parteitages wurde auch der Hinweis darauf gegeben, daß man eben diese Beschlüsse mit gesamtdeutscher Tendenz gefaßt habe, weil Westdeutschland ein Teil - wie sie es nannten - "unseres Vaterlandes"⁽⁴⁾ sei.

(1) Protokoll..., a.a.O., Bd. II, S. 948

(2) Schlußwort Ulbrichts, in: Protokoll..., a.a.O., Bd. II, S. 935

(3) Ulbricht, Die Aufgaben der Blockparteien und die Nationale Front des demokratischen Deutschland nach dem V. Parteitag - 21.7.1958 - in: Zur Geschichte der..., Bd. VII, S. 440

(4) Erich Apel, Unsere ökonomische Hauptaufgabe und die Weiterentwicklung unserer Industrie, in: Einheit 1958, H. 8, S. 1112

Dies also den westdeutschen Arbeitern nahezubringen, glaubte die SED nun offenbar nur noch mittels des Beweises ökonomischer Überlegenheit leisten zu können. Dieser Prozeß sollte mit der ökonomischen Hauptaufgabe und der erhofften propagandistischen Auswirkung in Gang gesetzt werden. Die SED hatte sich offenbar besonders durch ein Indiz zu dem neuen Versuch der Einflußnahme auf westdeutsche Arbeiter ermutigen lassen: Die westdeutsche Bewegung "Kampf dem Atomtod" war die erste umfassende außerparlamentarische Organisation gegen eine anstehende politische Entscheidung der Bundesregierung und des Parlamentes, hier: die Bundeswehr atomar ausrüsten zu lassen. Diese Bewegung war allerdings mit dem nach Sichtweise der SED negativen Merkmal behaftet, von Intellektuellen geleitet und auch in der Masse der Mitwirkenden nicht von Arbeitern getragen zu werden. Dennoch wertete die SED diese Bewegung als Ausdruck einer politischen Tendenzwende in der westdeutschen Bevölkerung.

Nun kann nicht übersehen werden, daß die SED bezüglich der Frage der Arbeiterbewegung, dem entscheidenden Teilbereich der nationalen Problematik, während dieser Zeit zu dogmatischer Position zurückfand. Das bedeutete, daß sie keinesfalls die Führung der Arbeiterbewegung abzugeben bereit war. Ihr Anspruch umschloß Organisationen wie die der Atomtod-Gegner, d. h. alle Gruppen, deren politische Ziele die SED guthieß. Trotz des ausschließlichen Führungspostulats gestattete es die SED sich gleichzeitig, der SPD die Hauptverantwortung für das Handeln der westdeutschen Arbeiterklasse zuzuschreiben. Sie konnte die SPD schon deswegen nicht in die Leitung einbeziehen, weil die SED für sich allein das Verdienst buchte, als "Partei der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes den entscheidenden Beitrag zu leisten für die Einigung der Arbeiterklasse und die Zusammenarbeit aller friedliebenden, demokratischen Kräfte in ganz Deutschland".⁽¹⁾

(1) Ulbricht, Der Kampf..., a.a.O., S. 198

aber die SED den Sozialdemokraten die Leitung der westdeutschen Arbeiter kategorisch absprach, so mußte sie konsequent auch die Eventualität eines parlamentarischen Weges Westdeutschlands zum Sozialismus wieder verneinen, wie sie ihn vorübergehend in Erwägung gezogen hatte. Ein parlamentarischer Weg hätte nur von der SPD beschritten werden können. Die SED blieb primär auf die Fernwirkung ihrer Politik in Westdeutschland beschränkt und mußte auch in ihren weitestgehenden Erwartungen ausschließen, daß sie dort in absehbarer Zeit praktisch tätig werden könnte. Ein parlamentarischer Weg aber hätte zwangsläufig mit sich gebracht, daß SED und SPD eine gemeinsame Strecke zum Sozialismus gehen müßten. Nun wäre es ein Paradoxon gewesen, der Sozialdemokratie die Führung der Arbeiterklasse und deren Erziehung zum Sozialismus abzusprechen, andererseits aber eben dieser Partei die Lenkung des Staates zum Sozialismus a priori zu unterstellen. So nimmt es nicht wunder, daß die SED den bislang praktizierten sozialistischen Aufbau verabsolutierte.

Der V. Parteitag legte diesbezüglich in seinen Beschlüssen fest, daß nur der marxistisch-leninistische Weg - also der Weg, den die Sowjetunion gewählt bzw. den die DDR in einem Teil Deutschlands kopiert hatte - zum Ziel führen könne: "Die Erfahrung des Klassenkampfes in Deutschland zeigt unverkennbar, daß es unter der Herrschaft der Bourgeoisie kein friedliches Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus... geben kann..."⁽¹⁾

Nichtsdestoweniger wies die SED gleichzeitig den Verdacht weit von sich, den DDR-Sozialismus als adäquate Ordnung in der augenblicklichen Situation für Westdeutschland fordern zu wollen. Als realisierbar betrachtete sie die "Schaffung einer bürgerlich-demokratischen Ordnung, die auf imperialistische Bestrebungen und Forderungen verzichtet..."⁽²⁾. - Dies war wohlbemerkt ein

(1) Beschluß des V. Parteitages..., a.a.O., S. 1342

(2) ebda., S. 1407

situationsbezogenes, taktisches Postulat. Den sozialistischen Aufbau in der DDR glaubte die SED bei den Bedingungen eines wirtschaftlichen Wettstreits - unter Umkehrung der Politik des neuen Kurses - wieder "notwendig...beschleunigen..."⁽¹⁾ zu müssen. Das Instrument zur Ankurbelung des Entwicklungstempos stellte die ökonomische Hauptaufgabe dar. Die SED behauptete, daß die Grundlagen des Sozialismus⁽²⁾ nunmehr gelegt worden seien und avisierte mit der Erfüllung der Hauptaufgabe einen entscheidenden Schritt vorwärts in Richtung zur Vollendung des Sozialismus. Die Lösung dieser Aufgabe wiederum hing nach dem Dafürhalten der SED "in hohem Maße von der weiteren Erhöhung des sozialistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ab"⁽³⁾.

(1) Ulbricht, Schlußwort, a.a.O., S. 951

(2) "Grundlagen des Sozialismus" kennzeichnete Folgendes: Der faschistische Staat war beseitigt und damit die Grundlagen für eine friedliche Entwicklung geschaffen. Im wesentlichen war der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung beseitigt und damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die DDR sei eine sozialistische Demokratie, eine Volksherrschaft nach der Entmachtung der Monopolisten und Junker, der Zerschlagung des imperialistischen Staates und der Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in Privateigentum. Diese sozialistische Demokratie diene der Festigung der sozialistischen Ordnung. Auch das sozialistische Recht sei in seinen Grundlagen geschaffen worden.
s. dazu: Beschluß des V. Parteitages..., a.a.O., S. 1347 ff.

(3) Beschluß ..., a.a.O., S. 1388

Die dialektische Verbindung zwischen der Hauptaufgabe des V. Parteitages und der Erziehung der Menschen war nun leicht zu konstruieren. Mit steigendem Lebensstandard nämlich sollten die "grundlegenden Veränderungen des gesellschaftlichen Seins...eher geistig erfaßt..." werden⁽¹⁾ und dies sich in Form höheren sozialistischen Bewußtseins niederschlagen.

Die SED wollte auf diesem "ökonomischen Umweg" die entschiedene Umerziehung der Menschen in Angriff nehmen, ohne dabei in Erwägung zu ziehen, daß diese Möglichkeit nur im eigenen Hoheitsgebiet bestand und somit eine Entfernung von dem westdeutschen Teil der Nation mit sich bringen mußte.

Die DDR traf ihre Parteitageentscheidungen keineswegs aus der Situation der eigenen Schwäche heraus, sondern demonstrierte auf dem Parteitag gewachsene Stärke und Selbstbewußtsein. Schon die Losung des Parteitages "Der Sozialismus siegt!" ist ein Symptom dafür. Der Hinweis darauf, daß nur die SED ein "Programm...(habe), das den nationalen Entwicklungsbedingungen in Deutschland...und den Interessen der Nation" entspreche⁽²⁾, soll in diesem Zusammenhang noch einmal hervorgehoben werden, da es dokumentiert, daß die SED den Bezug zwischen ihrem Handeln und dessen Nutzen für die Nation stets neu herstellte.

In der Auswertung des Parteitages, die in zeitlich kurzem Abstand folgte, steigerte die SED gemäß ihrer Selbsteinschätzung ihre Bedeutung über den nationalen Rahmen hinaus, indem sie angeblich "für die ganze internationale

(1) Manfred Banaschak: Der Politische Inhalt unserer ökonomischen Hauptaufgabe, in: Einheit, 17.11.1958, S. 1610

(2) Ulbricht, Der Kampf..., a.a.O., S. 197

Arbeiterklasse... (den) bedeutungsvolle(n) Nachweis in der Praxis (führte), daß in einem Teil eines industriell hochentwickelten, früher zu den führenden imperialistischen Mächten gehörenden Landes der Aufbau des Sozialismus nicht nur möglich (sei), sondern daß er allein die Probleme der Nation lösen" könne.⁽¹⁾

Diese Beurteilung erfolgte im Vorgriff auf das erwartete positive Resultat der Hauptaufgabe, das entgegen dem anfänglich verbreiteten Optimismus nicht erreicht wurde. Dem V. Parteitag folgte zunächst ein Produktionsaufschwung; der laufende Plan mußte allerdings im Jahre 1961 abgebrochen werden.

Die Diskussion um die Lösung der nationalen Frage wurde bald variiert durch einen Entwurf eines Friedensvertrages, den die Sowjetunion im Januar 1959 vorlegte. Die ökonomische Hauptaufgabe verlor ihren Wert für die ganze Nation, und stattdessen wurde der Friedensvertrag zur "nationale(n) Klammer für das gespaltene Deutschland"⁽²⁾ erhoben. - Das Ziel der sowjetischen und ost-deutschen Vorstellungen war ein neutrales Deutschland wie schon 1952. Im Friedensvertragsentwurf wurde die Existenz zweier deutscher Staaten mit konträren gesellschaftlichen Ordnungen zugrunde gelegt. Dieser Friedensvertrag sollte deshalb mit jedem der deutschen Staaten separat und zusätzlich von Vertretern der deutschen Konföderation abgeschlossen werden.

Die Konföderationsidee erfuhr mit diesem Entwurf einen neuen Auftrieb.

(1) Heinrich Rau: Die internationale Bedeutung unseres V. Parteitages, in: Einheit, 1958, H. 9, S. 1238

(2) Ulbricht, Der Weg zur Sicherung des Friedens und zur Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes - 4. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. - 17.1.1959, S. 6

4.2.3 Die 1. Bitterfelder Konferenz

Die ersten Aussagen über die Kultur von Politikern der jungen KPD der Ostzone betrafen die Erkenntnis, daß Kultur "stets in nationaler Form"⁽¹⁾ ausschließlich auftreten und sich entfalten könne und daß die deutsche Kultur an die gesamt nationale Entwicklung gebunden sei. Der Bezug auf die einheitliche deutsche Kultur und Kulturgeschichte wurde zu Hilfe genommen, wenn die KPD/SED das Natürliche, Gewachsene der nationalen Einheit Deutschlands untermauern wollte. Die SED berief sich z. B. auf Goethe als der Verkörperung der "deutschen Einheit im Geistigen und Sprachlichen" in einem "zerrissenen Deutschland".⁽²⁾

Gemäß ihrem Selbstverständnis wollte die SED aber vor allem in späteren Jahren die nationalen Kulturwerte einzig von der deutschen Arbeiterklasse aufgehoben und weiterentwickelt sehen.

In der DDR wurde erst im Jahre 1954 ein Ministerium für Kultur gegründet, dem J. R. Becher vorstand. In einer Programmerkklärung des Ministeriums wurde auf den Dienst der Kultur und der Kulturschaffenden der DDR an der ganzen Nation verwiesen: "D e r A u s g a n g s - p u n k t e i n e r d e u t s c h e n K u l t u r - p o l i t i k kann nur der Kampf für den Frieden und die Wiedervereinigung Deutschlands...sein..."⁽³⁾

-
- (1) Ackermann, in: Pieck/Ackermann, Unsere kulturpolitische Sendung, Reden auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 3. bis 5. Februar 1946, S. 33
 - (2) Manifest: Zur Goethefeier der deutschen Nation, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, S. 312
 - (3) Zur Verteidigung der Einheit der deutschen Kultur - Programmerkklärung des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik - März 1954, S. 11

Die Kultur der DDR wurde zumindest von ihrem führenden politischen Repräsentanten als Mittel verstanden, die deutsche Einheit zu erhalten, deren wesentliches nationales Merkmal und natürliches Bindemittel die deutsche Sprache darstelle.

Die einheitliche Kultur wurde vom Jahre 1955 an durch Intervention der SED für den Hoheitsbereich der DDR auf einen sozialistischen Gehalt reduziert. Auch auf diesem Sektor verlangte die SED nun Klarheit über den "sozialen Gehalt der nationalen Frage". Die SED bereitete während des 30. Plenums ihres Zentralkomitees 1957, auf ihrer Kulturkonferenz 1957 und mit dem V. Parteitag 1958 eine Wende in der "sozialistischen Kulturrevolution" vor. Die akute Notwendigkeit zu einer Revision im kulturellen Bereich leitete die SED aus dem erwähnten Auftreten der Oppositionellen um Harich im Jahre 1956 ab, die wissenschaftlichen und kulturellen Sektionen angehört hatten. - Ihr Wirken mag der auslösende Faktor gewesen sein, den bislang sanktionierten Pluralismus im Kultursektor durch die sozialistische Parteilichkeit abzulösen. Denn selbst der Kulturbund⁽¹⁾ der DDR als Organisation aller Kulturschaffenden besaß erst zur Zeit des V. Parteitages 1958 eine verbindliche sozialistische Orientierung.

Die Kulturkonferenz der SED 1957 bezeichnete den kulturellen als einen Teil des ideologischen Kampfes. Dies konnte bei der dezidierten Ablehnung jeder ideologischen Koexistenz nur konsequenterweise nach sich ziehen, der Kultur einen adäquaten Standort zuzuweisen: "Das Bestehen zweier deutscher Staaten mit grundverschiedener Gesellschaftsordnung erfordert", so beschloß die SED während ihrer Kulturkonferenz, "in ständigem Kampf die Überlegenheit der sozialistischen Kultur in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber der kapitalistischen Dekadenz

(1) Der Kulturbund war 1954 gegründet worden.

in der Kultur Westdeutschlands zu beweisen und unsere sozialistische Kulturentwicklung als die wahrhaft nationale Perspektive für die Kultur ganz Deutschlands zu zeigen".⁽¹⁾

Ulbricht ging auf dem V. Parteitag soweit zu fordern, daß nun die Arbeiterklasse nach Politik und Wirtschaft "auch die Höhen der Kultur stürmen..." müsse. Dies bedeutete gemäß dem Vertretungs- und Führungsanspruch der Partei, daß nur sie wie auf jedem also auch auf kulturellem Gebiet die leitende Position innehaben könne.

Diese in der Umformierung befindliche kulturpolitische Szene bildete 1959 den Hintergrund für die 1. Bitterfelder Konferenz, die eine neue Ära deutscher Nationalkultur gestalten sollte, aber als sinnfälligstes Ergebnis die Teilung der Nation auch auf diesem Sektor einleitete und symbolisierte.

Im Zentrum der chemischen Industrie, in Bitterfeld, wo gerade die ersten "Brigaden der sozialistischen Arbeit" hervorgetreten waren, tagte die 1. Bitterfelder Konferenz, die den sogenannten "Bitterfelder Weg" einleitete, den Weg der "sozialistischen Nationalkultur".⁽²⁾ Die Konferenz stand unter dem Motto: "Greif zur Feder, Kumpel! Die sozialistische Nationalkultur braucht Dich!" Das Auditorium dieser Konferenz setzte sich aus Arbeitern, Schriftstellern, Kulturfunktionären und Politikern zusammen. Das Anliegen der Tagung bestand darin, neue Wege der Literatur zu beschreiten, zu beweisen, daß im Sozialismus die Schranken zwischen geistiger und körperlicher Arbeit abgebaut werden können, daß aus dem lesenden der schreibende Arbeiter geformt werden könne.

(1) Für eine sozialistische deutsche Kultur - Thesen der Kulturkonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, S. 69

(2) Lewin, Der Bitterfelder Weg und Entwicklungsprobleme der sozialistischen Nationalkultur, in: Einheit, Heft 5, 1962, S. 63

Den Schriftstellern oblag bei dem Prozeß der sozialistischen Revolutionierung der Kultur die Pflicht, ihr Leben und ihr Werk mit dem der Werktätigen zu verbinden und in ihren Werken den Aufbau des Sozialismus widerzuspiegeln. Der sozialistische Alltag sollte über das Medium Kunst in alle Schichten der Bevölkerung getragen werden.

Hauptredner des Kongresses war Walter Ulbricht. Er verband die politische mit der kulturellen Szene mit jener Ausführung, daß die SED "die Aufgaben der Schriftsteller in den Rahmen der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe (des V. Parteitages, d. Verf.) stelle(n), die das Ziel (habe), das Übergewicht gegenüber Westdeutschland in bezug auf den Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung...zu erreichen".⁽¹⁾

Die Kultur wurde als notwendiger Bestandteil und Voraussetzung für die Weiterentwicklung des Sozialismus nach den Ambitionen der SED vollständig in den sozialistischen Aufbau einbezogen. Damit wurde sie auch über die Kulturkonferenz und den V. Parteitag hinaus weiterhin zwangsläufig in den Sog der Ost-West-Auseinandersetzung gestellt und mit der Aufgabe belastet, die absolute Überlegenheit gegenüber Westdeutschland zu beweisen. Selbst die sozialistische Umgestaltung lehnte sich zeitlich an die Terminplanung der Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe an, d. h. die sozialistische Kulturrevolution mußte schnellstens vollzogen werden.

Den Literaten wurde nachdrücklich nahegelegt, sich den Problemen des Kampfes der Westdeutschen ebenso ver-

(1) Ulbricht, Fragen der Entwicklung der sozialistischen Literatur und Kultur - Rede vor Schriftstellern, Brigaden der sozialistischen Arbeit und Kulturschaffenden in Bitterfeld am 24. April 1959, in: Zur sozialistischen Kulturrevolution - Dokumente, Bd. II, S. 463

pflichtet zu fühlen wie der Entwicklung der DDR. Der schreibende Arbeiter vor allem sollte neben der Entwicklung des Sozialismus in der DDR als "eine Form" des friedlichen Wettbewerbs "mit Westdeutschland"⁽¹⁾ auch den Kampf der Arbeiterklasse in Westdeutschland literarisch gestalten. Dieser Auftrag resultierte aus der Feststellung der SED, daß die Einheit der deutschen Kultur durch den westdeutschen Imperialismus und Militarismus vernichtet und die DDR "zum Treuhänder des humanistischen Erbes für die ganze deutsche Nation geworden"⁽²⁾ war.

Die SED schloß trotz der Berücksichtigung Westdeutschlands die Alternative einer "mittleren Linie"⁽³⁾ der DDR-Kultur von vornherein mit Bestimmtheit aus. Denn diese sozialistische Kultur sollte nicht nur die Welt der DDR-Werk tätigen und ihre Personen oder die der westdeutschen Arbeiterklasse realistisch gestalten. Vielmehr erhob die sozialistische Kultur für sich von vornherein den Anspruch des Ausschließlichen. Sie werde deshalb zur "nationalen Kultur", hieß es in einer Untersuchung eines Instituts des Zentralkomitees der SED, "weil sie materiell und geistig den geschichtlich höchsten Stand der Kulturentwicklung in Deutschland repräsentiert, weil der Weg, den sie geht und weist, den Zukunftsweg der ganzen Nation verkörpert..."⁽⁴⁾.

-
- (1) Greif zur Feder, Kumpel! - Protokoll der Autorenkonferenz des Mitteldeutschen Verlages Halle (Saale) am 24. April 1959 im Kulturpalast des elektronischen Kombinats Bitterfeld - Beschluß der Konferenz, S. 117
 - (2) Abusch, Die Kultur des sozialistischen Humanismus und die Nation, in: ders., Kulturelle Probleme des sozialistischen Humanismus, Bd. III, S. 407
 - (3) Ulbricht, Fragen der Entwicklung... - Rede von Walter Ulbricht vor Schriftstellern, Brigaden der sozialistischen Arbeit und Kulturschaffenden in Bitterfeld, in: Sonntag, 17.5.1959, S. 11
 - (4) Hans Koch, Kultur in den Kämpfen unserer Tage (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED), S. 77

Die SED beanspruchte auch deshalb Exklusivität für die DDR-Kultur, weil eine nationale Kultur unteilbar sei und doch nur als sozialistische Kultur die Kraft aufbiete, gegenüber den Feinden des Volkes standzuhalten. Sie sei unteilbar wie der nationale Kampf und die Arbeiterklasse, die diesen Kampf führe. Die sozialistische Kultur gehöre der ganzen Nation, und in der DDR wachse "auf allen Gebieten und in all ihren Teilen die sozialistische Kultur zur sozialistischen Nationalkultur..."⁽¹⁾

Der Bitterfelder Weg hat als Versuch der Umformung des Arbeiters zum Schriftsteller wenig Erfolge gezeigt. Doch sein Hauptanliegen diene der Klarstellung, den Literaten und mit ihnen exemplarisch allen Wissenschaftlern und Kunschaffenden der DDR zu demonstrieren, daß es keine andere als eine sozialistische Zukunft Deutschlands geben könne. Dementsprechend mußten sich diese Repräsentanten der DDR-Bevölkerung einrichten, denen wegen ihrer multiplikativen, über die Grenzen hinausgehenden Wirkung besondere Bedeutung beigemessen wurde.

4.2.4 Der "Deutschlandplan des Volkes" - Aufruf zur Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse

Die SED sah den Hauptwiderspruch in der deutschen Nation nicht in der Existenz zweier deutscher Staaten, nicht in den verschiedenen Gesellschaftssystemen, sondern zwischen dem Volk der DDR und dem "friedliebenden" Teil der westdeutschen Bevölkerung einerseits und den "imperialistischen" und "revanchistischen" Mächten in der Bundesrepublik andererseits. Unter Zugrundelegung der so gezogenen "Grenze" durch Deutschland und der

(1) a.a.O., S. 204

nach eigenen Aussagen gründlichen Analyse der westdeutschen Situation stellte die SED den "Deutschlandplan des Volkes" vor. "Ziel des Deutschlandplanes des Volkes (war) die Wiedervereinigung zu einem friedliebenden demokratischen Staat auf dem Wege der deutschen Konföderation"⁽¹⁾, der Plan zur Rettung der deutschen Nation, wie aus den ersten Zeilen des Deutschlandplanes hervorging, der in Form eines Briefes des Zentralkomitees der SED an die Arbeiter Westdeutschlands adressiert war.

Anlaß zur Veröffentlichung des Planes war die immer noch von der SED beschworene Gefahr eines atomaren Angriffes, die von Westdeutschland ausgehe, die die "physische Existenz der deutschen Nation"⁽²⁾ bedrohe und die es primär zu bannen gelte. Der westdeutsche Staat wurde als "Inkarnation des Militarismus" und des "Krieges" der DDR als "Verkörperung des Friedens" gegenübergestellt. Mit aller Eindringlichkeit warnte die SED vor der Konsequenz der militärischen Entwicklung, die nach ihrer Auffassung zwangsläufig in einen "Bruderkrieg" münden müsse. Der westdeutschen Arbeiterschaft wurde die unausweichliche Gefahr so plastisch geschildert, um sie dann umso nachhaltiger an ihre Eigenverantwortlichkeit gegenüber der deutschen Arbeiterklasse und gegenüber der deutschen Nation insgesamt zu erinnern.

Nun unterließ die SED seit Jahren niemals den Hinweis darauf, daß sich das internationale Kräfteverhältnis immer mehr zugunsten des Sozialismus verschoben habe

(1) Der Deutschlandplan des Volkes - Offener Brief des Zentralkomitees an die Arbeiterschaft Westdeutschlands, in: ND, 17.4.1960, S. 1

(2) ebda.

und weiter verschiebe. Sie verfolgte im Kontext des Deutschlandplanes damit die Absicht, den westdeutschen Arbeitern die Entscheidung zu erleichtern, sich gegen das dortige System zu aktivieren. Sie forderte aber gerade auch aufgrund des augenscheinlichen Erfolges des Sozialismus die Arbeiter Westdeutschlands auf, sich endlich zur "Selbstbefreiung" durchzuringen. Die DDR wollte durch Einladungen zu Besuchen in ihrem Staat konkrete Vergleichsmöglichkeiten der beiden Systeme schaffen, durch ständige Propaganda und Vorschläge zur Zusammenarbeit diesen "Befreiungsakt" unterstützen, lehnte aber die alleinige Verantwortung für den nationalen Befreiungskampf ab. - Die Verlagerung der Mitverantwortung zu den Arbeitern selbst wurde seitens der SED hier erstmals vollzogen und kam einer "Mündig-sprechung" der westdeutschen Arbeiter gleich. Bei diesem Vorgang kann nicht übersehen werden, daß sich die SED der "avantgardistischen" Pflicht gegenüber ihren "Protegés" zu entziehen begann.

Das Grundanliegen des Deutschlandplanes war - wie das vieler vorausgegangener ähnlicher Unternehmungen -, die westdeutschen Arbeiter für eine Aktionseinheit zu gewinnen. Es war bei dieser Zielsetzung naheliegend, den organisierten Teil der Arbeiterklasse, die "liebe(n) sozialdemokratischen Arbeiter" und "Brüder"⁽¹⁾ besonders anzusprechen.

Die Extrapolierung der Sozialdemokraten hatte einen zusätzlichen Grund: Die SPD hatte 1959, also etliche Monate vor der SED, einen Deutschlandplan veröffentlicht, der vermutlich den Anstoß zu dem SED-Pendant gegeben hatte. Dies läßt sich u. a. daraus schließen, daß die SED mehrmals bezug auf den SPD-Plan nahm, in dem sie mehrere diskutable Anknüpfungspunkte entdeckt hatte. Inzwischen

(1) a.a.O., S. 3

fürchtete die SED, wie sie in ihrem eigenen Plan ausführte, daß die SPD ihr Exposé begraben wolle. Um dies zu verhindern, beabsichtigte die SED, die westdeutschen Sozialdemokraten zu einem Mindestmaß der Erfüllung ihrer gesamtationalen Verantwortlichkeiten zu animieren, worin sie die Hoffnung einschloß, daß sich die Mehrheit der Partei von einigen ihrer "rechten" Führer distanzieren. Die SED wollte dazu beitragen zu unterbinden, daß die SPD "im Sumpf versinkt"⁽¹⁾.

Der SPD-Plan wurde bald dadurch annulliert, daß sich die Sozialdemokratie auf eine gemeinsame außen- und deutschlandpolitische Basis mit der CDU-Regierung begab. Von diesem Zeitpunkt an wurde der SPD bzw. ihren Führern "jegliches Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Nation, gegenüber den westdeutschen Werktätigen"⁽²⁾ abgesprochen. Der Deutschlandplan des Volkes gewann in Anbetracht der so verstandenen "Kapitulation" der SPD-Führung "Überragende nationale Bedeutung"⁽³⁾ für die SED.

Aktionsgemeinschaften der deutschen Arbeiter mit Hilfe der SPD-Führung erwiesen sich für die SED nun als umso weniger realisierbar, als sich die SPD 1959 ein "von jedem sozialistischen Inhalt entleertes"⁽⁴⁾ Grundsatprogramm gegeben habe, wie es sich der SED darstellte. Die Kritik am Godesberger Programm der SPD brandete erst nach deren Verlassen des letzten gemeinsamen Standpunktes in Teilfragen der Deutschland-Politik auf, aber dann mit voller Vehemenz. In der DDR wurde dieses Programm als die endgültige Aufgabe des Klassenstandpunktes registriert.

(1) a.a.O., S. 3

(2) Walter Krzyzanowski/Georg Neuckran/Werner Strauß, Der Verrat der Wehner/Brandt-Gruppe und die Gemeinsamkeiten der deutschen Arbeiter, in: Einheit, H. 8, 1960, S. 1227

(3) a.a.O., S. 1219

(4) Heinrich Rau, Die internationale Bedeutung unseres V. Parteitages, in: Einheit 1958, H. 9, S. 1238

Die SPD stelle sich "praktisch auf den Boden der reaktionär-militaristischen Bonner Staatsdoktrin", was zu einer Verfilzung von Monopolkapital und "politisch verlotterte(r) Parteiführung"⁽¹⁾ geführt habe.

Die scharfen Angriffe gegen die Sozialdemokratie waren deswegen nicht erstaunlich, weil für die SED die Einheit der deutschen Nation nach wie vor gegeben war, diese Nation zum Sozialismus geführt werden mußte und die tragende Kraft in diesem Prozeß einzig die Arbeiterklasse darstellen konnte. Die Arbeiterklasse Westdeutschlands aber war nur über die Sozialdemokratische Partei zu erreichen, wie die SED aus vielen Experimenten zur Einflußnahme erfahren hatte. Dieser Kreise schien nun nicht mehr schließbar, da die SPD nach dem Dafürhalten der SED jegliche Berührungspunkte zwischen der organisierten Arbeiterbewegung in den beiden deutschen Staaten ausradiert hatte. Die SED bezeichnete das Godesberger Programm als "prinzipiell feindliche Plattform gegenüber der DDR und der SED..."⁽²⁾.

Diese SED-Attacken kennzeichneten die Situation, nachdem die SPD ihren Deutschlandplan fallengelassen hatte. Daß aber das Godesberger Programm schon bei der Verkündung des SED-Papieres verabschiedet worden war, dies muß auch bei einer Analyse des Deutschlandplanes der SED berücksichtigt werden. Dem Godesberger Programm waren in der Tat keineswegs die gesellschaftspolitischen Vorstellungen immanent, wie die SED sie vertrat. Unter Einbeziehung dieses Sachverhaltes ist erklärlich, daß die SED Fragen der Gesellschaftsordnung in ihren Darlegungen in den Hintergrund rückte und von der Bundesrepublik lediglich die Einhaltung der parlamentarischen Spielregeln einer bürgerlich-demokratischen Ordnung

(1) Leo Stern, Zur nationalen Grundkonzeption der deutschen Arbeiterklasse im Kampf um die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation, S. 53

(2) Walter Krzyzanowski/Georg Neuckran/Werner Strauß, Der Verrat der Wehner/Brandt-Gruppe und die Gemeinsamkeiten der deutschen Arbeiter, a.a.O.

erwartete. Diesen Problemen billigte sie allerdings Belanglosigkeit zu gegenüber dem Werben um eine gemeinsame Basis zum Kampf gegen einen Atomkrieg. Mit dieser "sozialistischen Enthaltsamkeit" warb die SED um Verständigung über die Arbeiterklasse hinaus bis zu den Kreisen der nationalbewußten Bourgeoisie auf der Grundlage des "nationalen Kompromisses", als die der Deutschlandplan deklariert worden war. Es ging der SED - so wie es auch im Deutschlandplan direkt zum Ausdruck kam - um die Einbeziehung aller Schichten der Nation in den Kampf gegen die Atombewaffnung Westdeutschlands und um die Eliminierung der wenigen "Militaristen", "Imperialisten" und "Revanchisten". Die Benennung "Deutschlandplan des Volkes" deutete bereits auf die gewünschte Breitenwirkung hin. Die außenpolitische Zielrichtung des Deutschlandplanes der SED verwies auf die Gipfelkonferenz der Großmächte, die für den Mai 1960 in Paris anberaumt war. Die SED schlug die Entsendung einer gemeinsamen deutschen Delegation nach Paris vor, die an der Diskussion über einen Friedensvertrag für Deutschland teilnehmen sollte. Die SED versprach sich von dieser gesamtdeutschen Aktion, daß die Westmächte nach erfolgreichem Abschluß der Konferenz wie mit der BRD so auch mit der DDR jeweils einen separaten Friedensvertrag abschließen würden.

Aus dieser Perspektive betrachtet, erhebt sich die Frage, ob der Deutschlandplan nicht hauptsächlich zur Mobilisierung der westdeutschen Arbeiter dienen sollte, damit sie als Transmissioneriemen der SED die Bundesregierung entsprechend nötigten, der DDR den Weg zu international anerkannter Eigenstaatlichkeit zu ebnen. Ein Anhaltspunkt zur Bejahung dieser Frage liefert die gewünschte zeitliche Folge der DDR, in der sie ihre nächsten politischen Ziele verwirklicht sehen wollte: zuerst Friedensvertrag, dann Konföderation. In diese

Argumentation reiht sich ebenfalls ein, daß der Außenminister der DDR - wenn auch außerhalb Deutschlands und außerhalb der Diskussion um den Deutschlandplan - "die Lösung des deutschen Problems" als eines darstellte, unter dem die DDR "die Vorbereitung eines Friedensvertrages und die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten"⁽¹⁾ verstehe. Von einer weitergehenden Zielsetzung war an dieser Stelle nicht mehr die Rede. Vielmehr wolle die DDR mit ihrem "nationalen Kompromiß" künftig einen "friedlichen Wettbewerb"⁽²⁾ entfachen, der dem ganzen deutschen Volke zugute kommen solle. - Hier übernahm der Außenminister die Diktion des Deutschlandplanes und kann somit als Interpret des Planes herangezogen werden. Die Intention der DDR schien danach nicht mehr auf die einheitliche Staatlichkeit Deutschlands zu zielen, nicht einmal über den Umweg der Konföderation.

Die SED brachte ihren Deutschlandplan auch nach der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz und der Revision der Deutschlandpolitik der SPD weiterhin als Ausgangspunkt für innerdeutsche Gespräche und Aktionen ein. Vorübergehend steigerte sich die SED in Aggressivitäten gegenüber Westdeutschland und trat quasi den Rückzug in ihren eigenen, auf die DDR beschränkten Wirkungsbereich an, um dann aber auf dem 11. Plenum des Zentralkomitees zum Jahresende 1960 wieder verbindlichere, offensiv gehaltene, ganz Deutschland betreffende Aussagen zu treffen.

Diesem Plenum war ein Treffen von Vertretern kommunistischer und Arbeiterparteien in Moskau vorausgegangen, auf dem zwar die staatliche Integrität der DDR manifestiert wurde, andererseits aber auch die SED wie alle dort anwesenden Parteien gegenüber den Sozialdemokraten wieder

(1) Otto Winzer, Die Friedenspolitik der DDR wahrt das Ansehen der Nation, in: Einheit, 1960, H. 3, S. 357

(2) a.a.O., S. 358

in die Pflicht genommen wurde. Auf dem Treffen nämlich wurden die sozialdemokratischen Werktätigen als "Klassenbrüder"⁽¹⁾ der Kommunisten erkannt und die Errichtung der Einheitsfront zu einer Hauptaufgabe der Kommunistischen Parteien erklärt.

Das ZK-Plenum beantwortete die für die 11. Tagung gestellte Frage: 'Welche Perspektive hat die deutsche Nation?' folgendermaßen: Die SED prophezeite, daß Westdeutschland nicht aus der weltgeschichtlichen Entwicklung zum Sozialismus ausgeklammert bleiben würde; auch Westdeutschland bleibe nicht als "Museumstück für kapitalistische Barbarei einer staunenden Nachwelt...erhalten".⁽²⁾ Die Partei nahm ihre prognostizierende Sicherheit aus der Erkenntnis, die die Kommunistischen und Arbeiterparteien während ihres Treffens erneut gewonnen hatten, nämlich daß das sozialistische Lager bereits ein Übergewicht gegenüber dem kapitalistischen aufweise. Das Plenum erklärte mit aller Zuversicht, daß der "Sozialismus die endgültige Lösung der deutschen Frage..."⁽³⁾ sein werde.

Auf dieser Sitzung versuchte Ulbricht, den "Deutschlandplan des Volkes" wie zur Zeit seiner Erstveröffentlichung als Plan nicht einer Klasse, sondern des ganzen Volkes, als eben "nationalen Kompromiß", als einzig gangbaren Weg zur Bildung einer Konföderation und letztlich der Wiedervereinigung zu preisen. In diesem Zusammenhang lehnte er Thesen von der Entstehung zweier deutscher Nationen, mit der erstmals der Philosoph Jaspers die Öffentlichkeit konfrontiert hatte, als unreal und falsch

(1) Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien - November 1960, S. 54, in: Referat Walter Ulbrichts und Entscheidung der 11. Tagung des ZK der SED - 15. - 17.12.1960

(2) Referat Walter Ulbrichts..., in: Erklärung... a.a.O., S. 128

(3) ebda.

ab. Es stehe vielmehr der Sieg des Sozialismus in der DDR auf der Tagesordnung, die Überwindung des "Militarismus" in der BRD und als "Endziel" der SED und "aller fortschrittlichen Kräfte eine einheitliche, friedliche, demokratische und sozialistische Nation".⁽¹⁾

4.3 Das Nebeneinander zweier deutscher Staaten 1961 - 1967

4.3.1 Der 13. August 1961 als Wendepunkt zum vollständigen Aufbau des Sozialismus in der DDR

Die DDR forderte schon seit mehreren Jahren - analog der Sowjetunion - die Umwandlung "Westberlins" in eine entmilitarisierte "Freie Stadt"⁽²⁾ bis zu deren Reintegration in ein wiedervereinigtes Deutschland. Dabei erhielt die DDR vorerst den Anspruch auf ganz Berlin aufrecht, das nach damaliger DDR-Version auf dem Territorium der DDR gelegen habe und rechtlich zu ihr gehörte. - Die Freie-Stadt-Konzeption, die u. a. eine Schließung der "offenen Grenze" zur Folge gehabt hätte, war nicht realisierbar, und so mußten, um den bis August 1961 auf mehr als 3 Millionen bezifferten Flüchtlingsstrom aus der DDR nach Westberlin bzw. Westdeutschland zu stoppen, andere Absperrungsmaßnahmen getroffen werden. Die Lösung der Berlin-Frage blieb aktuell, da die dort ergriffenen Maßnahmen nur "zeitweiligen Charakter"⁽³⁾ tragen sollten und die DDR normale Verhältnisse in einem Friedensvertrag hergestellt wissen wollte.

(1) a.a.O., S. 130

(2) Diese Forderung schloß den Abzug der Westmächte, die Aufhebung des Besatzungsstatuts und eine internationale Überwachung West-Berlins ein.

(3) Ulbricht, Wie geht es weiter in Berlin?, in: Zur Geschichte..., Bd. X, S. 51

Trotz dieser Beschwichtigung, die wegen der Erregung in der gesamten deutschen Bevölkerung notwendig war, wurde die Mauer doch vielmehr ein steinernes Dokument dafür, daß die Perspektive der deutschen Nation die Zweistaatlichkeit und die Zweiteilung Berlins bleiben würde. Mit der Mauer hatte die DDR die Gewißheit darüber erhalten, daß es in Deutschland keine Mischung der Ordnungen, keinen Dritten Weg geben würde, weil die bestehenden Systeme nun auch augenscheinlich von den Siegermächten sanktioniert worden waren.

Mit den Absperrungsmaßnahmen innerhalb Berlins war auch der endgültige Weg der DDR in die Integration der sozialistischen Staatengemeinschaft gewiesen, dessen Mitglieder die Maßnahmen der DDR zuvor gebilligt hatten und die ihre Bereitschaft zur Verteidigung der DDR einschließlich der Mauer verkündeten.

Die DDR stellte den 13. August 1961 als Demonstration ihrer Stärke hin, weil damit ein geplanter Angriff Westdeutschlands auf die DDR verhindert worden sei. Die "Maßnahmen"⁽¹⁾ des 13. August waren nach Verlautbarungen der SED ein Beweis der Stabilität der DDR ebenso wie ein Beleg für das Scheitern der westdeutschen "Politik der Stärke". "Der Sinn des 13. August ist die Sicherung des Friedens durch energische Schläge gegen die westdeutschen Militaristen und Ultras"⁽²⁾ gewesen - so rechtfertigte die SED offiziell die Absperrung.

Es war offensichtlich schwieriger als jemals zuvor, trotz fast totaler Isolation der beiden Staaten und vor allem ihrer Bewohner voneinander, darauf zu beharren, daß die Einheit von Nation und Arbeiterklasse ein

(1) Die Bezeichnung "Mauer" oder "antifaschistischer Schutzwall" wurde erst Monate später verwendet.

(2) Ulbricht, Die Maßnahmen unserer Regierung haben den Frieden in Europa und in der Welt gerettet, in: Zur Geschichte..., Bd. X, S. 20

Faktum seien. In der ersten umfassenden Begründung einige Tage nach dem Beginn des Mauerbaus gab Ulbricht denn auch erst einmal sein Bedauern über das Versäumnis "unserer westdeutschen Brüder und Schwestern"⁽¹⁾ kund, die die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges durch die "Militaristen" nicht verhindert hätten. Sogleich überlagerte er diese Kritik aber durch sein Einlenken dergestalt, daß die DDR weiterhin um das Wohlwollen der Westdeutschen bestrebt sein werde und daß sie die "Brüder und Schwestern" keineswegs sich selbst überlassen würde: "Niemand aber soll denken, die strenge Sicherung unserer Grenzen bedeute, daß wir etwa die Arbeiter und die friedliebenden Menschen in Westdeutschland abgeschrieben hätten..."⁽²⁾

Es ist auffällig, daß in direktem Zusammenhang mit dem Mauerbau die Abrechnung mit der SPD besonders hart ausfiel, indem ihr "ein gerüttelt Maß der Schuld..."⁽³⁾ zuerteilt und die Mauer als Ausdruck der "Kapitulation der SPD" bezeichnet wurde. Schon bald wurde die SPD als "bürgerliche Partei" betitelt, die sich wegen dieses Charakteristikums einst der Führung der SED in ganz Deutschland unterzuordnen haben werde. - Zur Mitte des Jahres 1962 änderte die SED ihr Verhältnis zur SPD dahingehend, daß sie sich ihr in Form des obligatorischen Briefes an die Delegierten eines SPD-Parteitages wieder zukehrte mit der Aufforderung, sich zu bewußter Distanzierung von ihrer Parteiführung und zur Bildung einer Einheitsfront zu entschließen. Als Alternative zur Organisation innerhalb der SPD bot die SED ihre Partei an,

(1) a.a.O., S. 24

(2) a.a.O., S. 33

(3) a.a.O., S. 19

als alternierendes System zum Kapitalismus den Sozialismus der DDR. Sie wolle sich nicht "hinter einer "Mauer" einigeln..."⁽¹⁾, stellte sie ihr offenes Herantreten an die organisierten westdeutschen Arbeiter klar.

Beachtenswert ist in diesem Brief und in verschiedenen anderen Schriften und Reden, daß die SED den Arbeitern Westdeutschlands noch immer suggerieren wollte, daß ihre Grenze eine Staats- und Sicherheitsgrenze, keineswegs aber eine "Gesellschaftsgrenze" sei.

Der 13. August wurde von der DDR als Ausgangspunkt einer neuen Etappe in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Westdeutschland beschrieben. So verstanden, war der Mauerbau Ausdruck der Gesetzmäßigkeit der nationalen Entwicklung, die durch "niemand und nichts... außer Kraft" gesetzt werden könne, "die durch den Klassenkampf der Arbeiter und ihrer Verbündeten zur Lösung (der) nationalen Fragen führen (werde): zur Bändigung des deutschen Militarismus, zur Beseitigung der Herrschaft des Imperialismus auch in dem aus dem Nationalverband herausgerissenen Teil Deutschlands und schließlich zum Sieg des Sozialismus in einem neuen einheitlichen Deutschland".⁽²⁾

Wenn die DDR den Mauerbau als sichtbaren Ausdruck dafür bezeichnete, daß grundsätzliche Entscheidungen in beiden Staaten gefallen seien und die Beziehungen an einem Neubeginn stünden, so mußte sich daraus konsequenterweise ergeben, daß auch die nationale Frage überdacht und unter Einbeziehung neuer Gesichtspunkte modifiziert beantwortet werden mußte. Die SED widmete

(1) Brief des Zentralkomitees an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in Westdeutschland, 24.5.1962, in: Dokumente..., Bd. IX, S. 52

(2) Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und Bändigung des westdeutschen Militarismus - Die Lebensfragen unserer Nation - Leitartikel, in: Einheit, H. 9, 1961, S. 1292

der Diskussion dieses Themas in der Tat erstaunlich breiten Raum. Es schien, als ob zumindest in den ersten Unruhen nach dem 13. August die Beschäftigung mit theoretischen Aspekten der nationalen Frage sich als willkommenes Manövriertfeld darbot, um der Beantwortung konkreter Fragen aus dem Weg zu gehen, die die Zweifel an der Einheit der Nation angesichts der vertieften staatlichen Spaltung einschloß.

Noch wenige Wochen vor dem 13. August hatte der Staatsrat⁽¹⁾ der DDR in einem Telegramm an Bundestag und Bundesregierung zu verstehen gegeben, daß die DDR sich an den Interessen der deutschen Nation versündige, wenn sie "dem Treiben der Kriegsinteressenten in Westberlin länger..."⁽²⁾ zusehe. Hier - im Vorgriff - wie auch zum aktuellen Zeitpunkt stellte die SED den Mauerbau wie all ihre politischen Entscheidungen seit ihrer Existenz in den direkten Kontext zur Nation, indem sie die Abgrenzung als Voraussetzung zum Erhalt der deutschen Nation überhaupt beschrieb. Sie erklärte, da ja nur als sozialistische Nation die Nation überhaupt eine Zukunft habe, sei die Führung der Nation auf ihren gesetzmäßigen sozialistischen Weg von existentieller Bedeutung. - Noch unreflektiert erscheint in diesem Zusammenhang erstmals die Behauptung, daß sich in der DDR bereits die sozialistische Nation"⁽³⁾ entwickle.

-
- (1) Der Staatsrat wurde nach dem Tode des ersten Präsidenten der Republik 1960 geschaffen. Er ist "gleichzeitig Staatsoberhaupt, Gesetzgeber, Kontrolleur der Verwaltung, oberster Gerichtsherr, alleiniger Interpret der Normen einschließlich der Verfassung sowie Inhaber der auswärtigen und militärischen Gewalt", zitiert nach: SBZ von A - Z, S. 459
- (2) Der Deutsche Friedensplan, in: Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik, 1961, S. 22
- (3) Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik..., a.a.O., S. 1292

Diese These ist hingegen bis heute noch nicht fester Bestandteil der Theorie zur nationalen Frage; vielmehr entwickelt sich nach heutiger Erkenntnis der SED die sozialistische Nation DDR.

Die Diskussionen um die Nation dienten offensichtlich dem Bemühen der SED, mit der Hervorkehrung der zukunftssträchtigen Aspekte, die sich durch die Abriegelung der DDR für die deutsche Nation ergeben sollten, die Mauer ad absurdum zu führen. Niederschlag fanden diese Versuche in zwei Werken, die die SED verfaßte bzw. verfassen ließ. Es handelt sich dabei um den "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" und "Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands", kurz "Nationales Dokument" genannt. Die SED sprach darin von dem gerechtfertigten Stolz auf Deutschland und auf die Deutschen, sie bemühte sich, die nationale Geschichte, die Gegenwart der DDR und die sozialistische Zukunft Deutschlands positiv darzustellen. Beide Schriften gab die SED zur öffentlichen Diskussion frei, wie das nur wichtigen Gesetzen oder Dokumenten zuteil wird. Beides sollte derzeit eine doppelte Funktion erfüllen, nämlich einmal der westdeutschen Arbeiterklasse den Weg weisen und zum anderen den DDR-Bürgern den Staat als "ihren Staat, ihr Vaterland"⁽¹⁾ nahebringen.

Das nationale Dokument zog die Bilanz der Geschichte der letzten 100 Jahre und wurde als Interpretationshilfe der Gegenwart und Wegweiser in die Zukunft Deutschlands verstanden. Es war ein Zeugnis des Gegeneinander und ein Plädoyer für ein Nebeneinander der deutschen Staaten. Es lief auf eine plakative Schwarz-weiß-Darstellung hinaus, indem es Bundesrepublik und Krieg

(1) Protokoll des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. VI, S. 81

identifizierte und die DDR mit dem Frieden, der Geschichte und Zukunft Deutschlands. Es war eine allseitige Selbstbestätigung der bislang verfolgten Politik der DDR einschließlich des einzigen, eigenen Weges zum Sozialismus. Es war durchzogen vom Erfolgsglauben: "Unsere nationale Bilanz ergibt: Jetzt also kommt unsere Zeit..."⁽¹⁾.

Diese beiden Dokumente und die daran anschließenden Erörterungen galten auch der Entwicklung weiterer Vorstellungen zur nationalen Frage. Besonders in der Diskussion um das sog. "künftige(n) Grundgesetz unserer nationalen Politik"⁽²⁾, wie das nationale Dokument auch genannt wurde, nahm die nationale Problematik breiten Raum ein. In allen Beiträgen wurde die Erwartung zugrunde gelegt, daß die zwei "grundverschiedenen" Staaten noch lange Jahre nebeneinander bestehen bleiben würden und es zu verhindern gelte, daß sie sich wie bisher "feindlich" gegenüber stünden. Dazu sollte die friedliche Koexistenz die Voraussetzung bieten.

Die Praktikabilität der friedlichen Koexistenz auch in den Beziehungen zwischen den deutschen Staaten - so wie sie derzeitig konsequent verfochten wurde - kann nur das Ergebnis der neu verstandenen Deutschlandpolitik der SED gewesen sein. Die SED verkündete im Nationalen Dokument, daß nur die "friedliche Koexistenz die Gewähr eines friedlichen Miteinanderlebens und eines

(1) Ulbricht, An alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik! An die ganze deutsche Nation! Rede auf der 11. Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in Berlin - 25.3.1962 -, in: Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands - Staatsrat der DDR - Schriftenreihe Nr. 1, 1962, S. 14

(2) a.a.O., S. 11

friedlichen Wettbewerbs der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Wiedervereinigung..."⁽¹⁾ böte.

Nun war die mögliche Anwendung der friedlichen Koexistenz nicht erst nach dem Mauerbau diskutabel, sondern bereits seit der Integration der Bundesrepublik in die NATO im Gespräch. Eine detaillierte politische und theoretische Auseinandersetzung mit dieser Form der Koexistenz für DDR und BRD begann allerdings erst nach dem Jahre 1961. Ulbricht deutete in groben Umrissen an, wie sich die DDR die konkrete Ausgestaltung der Koexistenz vorstellte. Sie bedeutete demnach, "daß die beiden deutschen Staaten normale wirtschaftliche, kulturelle und auch politische Beziehungen zueinander haben, daß sie auf den verschiedensten Gebieten zusammenarbeiten und auf der Basis der gegenseitigen und völligen Gleichberechtigung ihre Rechte und vernünftigen Interessen achten."⁽²⁾

Mit der Adaption der friedlichen Koexistenz auch für die deutsch-deutschen Beziehungen konnte die SED einfacher als bisher auf die Ausgestaltung "normaler" Beziehungen pochen, die die Forderung nach Achtung der Souveränität und Integrität und nach Anerkennung der Grenzen der DDR umschloß. Als einzig adäquate Form der friedlichen Koexistenz der beiden deutschen Staaten pries die SED die Konföderation an. Nun spielte aber die Konföderation in dieser Debatte nur eine untergeordnete Rolle; sie wurde als "historischer Appendix" mitgeschleppt und hin und wieder in ein neues Deutschlandkonzept eingeflochten, mit immer mehr Vorbedingungen belastet. Ihre Realisierbarkeit mußte hingegen in Anbetracht der Existenz der Mauer geringer als je zuvor eingeschätzt werden.

(1) Nationales Dokument, in: Alois Riklin und Klaus Westen: Selbstzeugnisse des SED-Regimes, S. 46

(2) Ulbricht, An alle Bürger..., a.a.O., S. 448

Denn nicht die Konföderation als Medium, die DDR allein war nach Aussagen aus SED-Kreisen der "Garant dafür, daß die deutsche Nation von der verderbenbringenden Herrschaft des Imperialismus befreit und damit auch ihre Einheit wieder hergestellt"⁽¹⁾ werden würde. Das Ziel der "Wiedervereinigung der Nation" war angeblich nur auf einem Wege zu erreichen, nämlich über den "Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt, für den Sieg des Sozialismus in der ganzen Nation..."⁽²⁾. Diese Zielvorstellungen deckten sich mit denen, die in einem 1964 erschienenen Werk über die Konföderation vertreten wurde, in dem noch einmal in einer theoretischen Abhandlung diese Form eines Daches über beiden deutschen Staaten prinzipiell bejaht wurde. Die Konföderation wurde also hier an die "fortschreitende(n) Durchsetzung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in Westdeutschland zu einem anti-imperialistischen, anti-faschistisch-demokratischen Staat..."⁽³⁾ gebunden. Die Konföderation, plakativ als "Ausdruck der dialektischen Einheit von friedlicher Koexistenz und Selbstbestimmung, eine besondere Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf deutschem Boden, nationalem Kompromiß und historischer Übergangsphase"⁽⁴⁾ ausgemalt, hatte hier ihren festen Platz als Instrument für die Wiedervereinigung der beiden Staaten in einem sozialistischen Deutschland zugewiesen bekommen. Eine weitere Definition der Funktion, wie sie dieselben Autoren in einem anderen Aufsatz zur Konföderation abgaben, könnte ein Hinweis darauf sein, warum solange an der Idee der Konföderation festgehalten worden war: "Die Konföderation wird...zu einem wesentlichen Teil

(1) Kosing, Illusion und Wirklichkeit..., a.a.O., S. 18

(2) ebda.

(3) Poeggel/Wagner, Die deutsche Konföderation, S. 75

(4) a.a.O., S. 38

das zwischenstaatliche Friedens- und Kontrollorgan für die Abrüstung in Deutschland bilden".⁽¹⁾

Die Vorstellungen eines neutralen, rüstungsfreien, besatzungsfreien Deutschland durchzogen die Reden und Schriften der DDR bis in die Mitte der 60er Jahre hinein.

Dies allerdings wurde in allen derzeitigen Dokumenten und Erörterungen deutlich: Die SED hielt unverrückbar an der Einheitlichkeit der deutschen Nation und damit letztendlich auch an der Nationalstaatlichkeit Deutschlands fest.

Der Mauerbau zeugte nach DDR-Auffassung von dem neuen Kräfteverhältnis in der Welt, das entsprechend der Feststellung der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien 1960 und dem XXII. Parteitag der KPdSU 1961 stärker denn je gekennzeichnet galt durch das Übergewicht der Kräfte des Sozialismus im Vergleich zum Kapitalismus und durch ständig neue Siege des Sozialismus. Die DDR also befand sich demnach in Übereinstimmung mit der weltweiten Entwicklung, wenn sie durch den Bau der Mauer den Aufbau des Sozialismus in der DDR gesichert und gleichzeitig den einzig "richtigen" Weg für ganz Deutschland nicht verlassen habe. Die DDR behauptete, daß der Mauerbau eine Kehrtwende insofern mit sich gebracht habe, als nun erkannt worden sei, daß man mit der DDR verhandeln müsse: "Es ist sehr erfreulich, bei vielen führenden Staatsmännern nach dem 13. August Anzeichen für die Erkenntnis zu finden, daß es Zeit wird, mit der DDR zu verhandeln".⁽²⁾

In der internationalen politischen Sphäre erhoffte sich die DDR nach diesem "Anstoß" nun endgültig einen

(1) dieselben, Die nationale Frage..., a.a.O., S. 74

(2) Ulbricht, Die Maßnahmen unserer Regierung..., a.a.O., S. 32

Fortschritt in der Aushandlung je eines Friedensvertrages mit den deutschen Staaten oder auch nur eines Separatvertrages mit der DDR allein, darüber hinaus die Anerkennung der DDR durch die westlich-kapitalistischen Staaten.

Die SED versuchte, die innenpolitische Szene dadurch in den Griff zu bekommen, daß sie die ihrer Ansicht nach positiven Aspekte des Staates DDR hervorhob. Sie propagierte deswegen hauptsächlich die vorgeblichen "sozialistischen Errungenschaften", die "Überlegenheit" des sozialistischen Gesellschaftssystems und der nur im Sozialismus erfüllten und zu erfüllenden "Friedenspolitik". Die Partei demonstrierte Stärke und Selbstvertrauen. "Wir befinden uns gegenwärtig", so beschrieb Ulbricht die Lage schon kurz nach dem Mauerbau, "auf der Stufe der Entfaltung des sozialistischen Aufbaus der Entwicklung der Produktivkräfte auf der Grundlage des einheitlichen sozialistischen Wirtschaftssystems, der Umwälzung des Charakters der Arbeit und der Durchsetzung der neuen sozialistischen Gesellschaftsbeziehungen, der Überwindung des Klassenantagonismus und der Herstellung der politisch-moralischen Einheit..."⁽¹⁾. Diese Einheit bewiese sich in der Interesseneinheit aller Schichten der Bevölkerung, die die Interessenlage der Nation insgesamt widerspiegele. Der Weg der DDR habe bereits bewiesen, daß es keinen anderen Weg zur wahren Einheit der Nation als den sozialistischen (gebe), "der allein...in der Lage (sei), die Klassenspaltung der Nation zu beseitigen..."⁽²⁾.

Die DDR wollte trotz allen erklärten Eintretens für die

(1) Ulbricht, Die Aufgaben der Deutschen Demokratischen Republik nach dem XXII. Parteitag der KPdSU, in: Zur Geschichte..., Bd. X, S. 184

(2) Polak, Sozialismus, Imperialismus..., a.a.O., S. 114

ationale Einheit mit Bestimmtheit und unabhängig von den Entwicklungen in Westdeutschland und unbeeinflusst von den Beziehungen zu dem westdeutschen Staat den Sozialismus im eigenen Hoheitsbereich vollenden. Aus der Retrospektive betrachtet, erweist sich der Mauerbau als Beginn der Abgrenzung zwischen Ost- und Westdeutschland, die ein Jahrzehnt später zur offiziellen Politik gegenüber der BRD erklärt wurde.

Auf der Linie der Abgrenzung lag nach dem 13. August die sogenannte "Störfreimachung der Wirtschaft", d.h. die versuchte ökonomische Unabhängigkeit von Westdeutschland, die die neue Situation kennzeichnete. Das wies sich vor allem in den Außenwirtschaftsbeziehungen durch Hinwendung zur Sowjetunion aus. Die DDR bezeichnete ihre Wirtschaft erst jetzt als Teil der Entwicklung der sozialistischen Weltwirtschaft. Mit Elan wandte sich die DDR der Ausgestaltung der ökonomischen Beziehungen zu.

Die "Stärkung der ökonomischen Grundlagen" der DDR wurden in der neuen Stufe der Entwicklung als "die vordringlichste und wichtigste Aufgabe"⁽¹⁾ bezeichnet. Diese neue Stufe, bezeichnet als der "umfassende Aufbau des Sozialismus", wurde definiert als:

Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft; Steigerung der Produktion und Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik; Verwirklichung des Prinzips 'Jeder nach seinen Fähigkeiten - jedem nach seiner Leistung' -; Vertiefung der neuen sozialistischen Beziehungen zwischen den Werktätigen.⁽²⁾

(1) Ulbricht, An alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, a.a.O., S. 453

(2) Ulbricht, Die Vorbereitung auf den VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zitiert nach: Umfassender Aufbau des Sozialismus, in: Einheit, H. 11, 1962, S. 3

Die SED räumte schon ein halbes Jahr nach dem Mauerbau mit der Spekulation auf, daß mit Rücksicht auf die gesamt nationale Politik und die Wiedervereinigung der Aufbau des Sozialismus jetzt gebremst werden würde, nun, da die visuelle Konfrontation der beiden Systeme nahezu unmöglich gemacht worden war. Damit der Einheit der Nation dienen zu wollen, nannte die SED einen "irrigen Glauben",⁽¹⁾ der genau das gegenteilige Ergebnis zeitigen könne. Vielmehr setzte sie als erstes im ökonomischen Bereich die Vollendung des Sozialismus auf die Tagesordnung: "Wir haben in unserer Arbeiterklasse, in unserer Intelligenz und allen anderen Werktätigen,...bei enger Wirtschaftsgemeinschaft unserer nationalen Wirtschaft mit der Wirtschaft der Sowjetunion,...alles, was notwendig ist, um in der Deutschen Demokratischen Republik...den Sozialismus zu vollenden".⁽²⁾

Gerade der ökonomische Aspekt bietet den besten Anhalt dafür, daß die deutsche Einheit realiter in weitester Ferne gerückt war.

4.3.2 Das Programm der SED 1963

Nach 17-jähriger Existenz gab sich die SED auf ihrem VI. Parteitag 1963 ein Programm. Die derzeitige Situation der DDR war durch ihre Konsolidierung und ihren "unverkennbaren Aufstieg"⁽³⁾ markiert. Die SED legte ihrem Programm die Überzeugung zugrunde, nach der der Sozialismus im Weltmaßstab bereits dem Kapitalismus überlegen sei. Für die "Geschichte des deutschen Volkes"

(1) Ulbricht, Die Aufgaben in der Deutschen Demokratischen Republik..., a.a.O., S. 170

(2) a.a.O., S. 171

(3) Bericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag, in: Protokoll des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, S. 5

folgerte sie daraus in den einleitenden Feststellungen des Programms, daß "das Zeitalter des Sozialismus"⁽¹⁾ bereits begonnen habe. Die SED verlieh in ihrem Programm ihrer unerschütterlichen Gewißheit Ausdruck, daß dem Sozialismus die Zukunft in ganz Deutschland, nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik gehöre.⁽²⁾

Ausgehend von dieser These, war eine umfangreiche Abhandlung über die Verhältnisse in Westdeutschland unumgänglich. Diese Passagen beinhalteten einen abermaligen Versuch der SED, den "unvermeidlichen Niedergang" des westdeutschen bzw. deutschen "Imperialismus" aus seiner geschichtlichen Entwicklung heraus abzuleiten und darüber hinaus seine besondere Aggressivität aufzuzeichnen, die sich aus seinem ökonomischen Expansionsdrang ablesen lasse. - In die "allgemeine kapitalistische Krise" wurde die "Krise" der Sozialdemokratischen Partei nahtlos eingereiht, und gleichzeitig sollte damit bewiesen werden, daß die SPD zur Beschleunigung des Untergangs des Kapitalismus beitrage, ja selbst mit ihm untergehen müsse.

Der nächste Schritt, der sich diesen Ausführungen zwangsläufig anschloß, war der Verweis auf die so geschaffene "Legitimation" der Arbeiterklasse, die Führung der Nation zu übernehmen. Sie oblag - wie unzählige Male zuvor beansprucht und in der DDR lange realisiert - der SED als dem "bewußte(n) und organisierte(n) Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes".⁽³⁾ Jenseits ihres Staatsbereiches übertrug die SED nicht, wie lange Jahre hindurch, der SPD die Führung der kommunistischen, christlichen, parteilosen und gar sozialdemokratischen Arbeiter, sondern erstmals

(1) Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, S. 7

(2) a.a.O., S. 10

(3) a.a.O., S. 145

den Gewerkschaften, der "einzig legale(n) Klassenorganisation der westdeutschen Arbeiter".⁽¹⁾ Damit waren die westdeutschen Gewerkschaften zu Organisationen mit politischer Funktion aufgewertet worden.

Das Programm war ausdrücklich für das ganze deutsche Volk erstellt worden, obwohl die SED sich vorerst nur die Zustimmung der Werktätigen errechnete. In dem Dokument wurde der Modellcharakter des sozialistischen Aufbaus der DDR für ganz Deutschland manifestiert. Paradoxerweise hielt die SED gleichzeitig in dem kurzen Abschnitt, in dem sie abermals ihre Vorstellungen zur Bildung einer Konföderation darlegte, an ihrer Beschwichtigung des Inhaltes fest, daß mittels eben dieser Konstruktion der Konföderation keine Veränderung einer Gesellschaftsordnung in Deutschland bewirkt werden solle.

Der SED lag offensichtlich daran, mit ihrem Konföderationsplan einen Ausdruck ihrer "Friedfertigkeit" zu liefern, zumal sie die Konföderation wiederum als die einzig adäquate Form der friedlichen Koexistenz für Deutschland wertete. Sie bezeichnete nämlich in diesem Zusammenhang die Bewahrung der deutschen Nation vor Krieg und "Bruderkrieg" als ihr Hauptanliegen und wollte dem "unerträglichen feindlichen Gegenüberstehen von zwei deutschen Staaten ein Ende bereiten".⁽²⁾

Die noch im nationalen Dokument aufgestellte Behauptung vom bereits errungenen "Sieg des Sozialismus" in der DDR war nun im Programm zugunsten der Formel des "Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse" aufgegeben worden, der sich in allen Bereichen der Volkswirtschaft durchgesetzt habe. Die Revision erfolgte vor allem wohl auch aufgrund der nüchternen Einschätzung der Situation nach dem Mauerbau, die ja schon im Jahre 1961 zum Scheitern des Siebenjahr-Planes geführt hatte.

(1) a.a.O., S. 56

(2) a.a.O., S. 57

Hinter der Formulierung vom "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse" verbarg sich die Überzeugung der SED, daß ein Rückfall der DDR in kapitalistische Verhältnisse für alle Zeiten unmöglich gemacht worden sei. Auffällig ist, daß sich die ökonomischen Fragen ausschließlich auf die DDR konzentrierten, den Vergleich mit Westdeutschland außer acht ließen und die Hauptaufgabe des V. Parteitages (s.oben) offensichtlich fallengelassen worden war. In das Programm wurde vielmehr eine der Hauptaufgaben eingereiht, die der VI. Parteitag gestellt hatte, nämlich die der bevorzugten Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR. Das Ziel dieses Programms war deswegen auch formuliert als der "vollständige und umfassende Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik".⁽¹⁾

Diese so bezeichnete Etappe der sozialistischen Entwicklung wollte u. a. erreichen: Die Entwicklung der Volkswirtschaft, der Produktion und Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des höchsten Weltstandes der Wissenschaft und der Technik - die Herstellung sozialistischer Beziehungen zwischen den Werktätigen - Inbesitznahme von Bildung und Kultur durch das ganze Volk - Verkörperung des friedliebenden Deutschland gegenüber der ganzen Welt durch die DDR, den sozialistischen deutschen Staat.⁽²⁾ Dieses Werk sollte von der Gemeinschaft des ganzen Volkes geschaffen werden. Setzt man gerade die Passagen des Programms über den umfassenden Aufbau des Sozialismus quantitativ in Relation zur Stellungnahme zu gesamtationalen oder gesamtdeutschen Fragen, so ergibt dies in der Bilanz eine abermalige Priorität für die innerstaatlichen

(1) a.a.O., S. 11

(2) Ulbricht, Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll..., Bd. I, S. 61/62

Aufgaben, die derzeitig zudem nach der Aufgabenstellung der SED auf einer höheren Ebene der sozialistischen Entwicklung zur Lösung anstanden. Die Intentionen der SED richteten sich auf die ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten und daneben auf die weitere Festigung des Staates DDR. Redner des Parteitages markierten den sinkenden Stellenwert gesamtdeutscher Interessenvertretung durch ihre Forderung nach "Versachlichung"⁽¹⁾ der Beziehungen zur Bundesrepublik, das heißt nach vertraglicher Gestaltung der Beziehungen. Die Vorschläge, die dazu auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt wurden, fügten sich in das Bild des staatlichen Nebeneinander ein, das den Tenor des Programms ausmachte; sie lauteten auf:

Respektierung der Existenz zweier Staaten und seiner Ordnungen - Verzicht auf Gewaltanwendung - Respektierung der Grenzen - Verzicht auf Erprobung oder Besitz von Atomwaffen - Rüstungsstop - Normalisierung des Reiseverkehrs - Normalisierung in sportlichen und kulturellen Beziehungen - Abschluß eines Handelsvertrages.

Damit wurden die Konföderations-Vorstellungen unterlaufen, die teils gleiche Inhalte aufwiesen, nach denen jedoch alle Maßnahmen, die im Rahmen der Konföderation vollzogen werden sollten, auf die deutsche Einheit hinwirken sollten. Die Konföderationsidee wäre bei Verwirklichung "versachlichter" Beziehungen überflüssig geworden. Ein Jahr später war der Vorschlag zur Bildung einer Konföderation denn auch aus dem Katalog der Verhandlungsangebote an die BRD verschwunden.

Die SED führte auf der Suche nach der Identität des Staates DDR den Begriff "Volksstaat" ein, definiert als ein Staat des Volkes der DDR in seiner Gesamtheit,

(1) a.a.O., S. 60

basierend auf der "politisch-moralischen Einheit" seiner Bewohner. In der begründenden Rede Ulbrichts auf dem VI. Parteitag verlautete dazu, daß das Programm über den Parteirahmen hinausweise und die Diktatur des Proletariats schrittweise in den deutschen "Volksstaat" überführe.⁽¹⁾ Diesen Staat stellte sie dem in ihrer Diktion "antinationalen Staat"⁽²⁾ der Bundesrepublik Deutschland gegenüber, "antinational" deshalb, weil sich die herrschenden "reaktionären" Kräfte weder den nationalen noch den Interessen des Volkes verpflichtet gefühlt hätten.

Die SED ging bereits soweit, im Zuge des sich bildenden Staatsbewußtseins für die DDR-Bürger ein "sozialistisches Nationalbewußtsein, die Liebe zur Deutschen Demokratischen Republik" entwickeln zu wollen, ein Bewußtsein, das "aus dem tiefen Verständnis für die geschichtliche Rolle des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates und dem unbeugsamen Glauben an den Sieg des Sozialismus und des Friedens in ganz Deutschland" erwachse.⁽³⁾ Dieser so umrissene "sozialistische Patriotismus" wurde in einen unauflösbaren Zusammenhang zum "sozialistischen Internationalismus" gebracht. Die SED verband damit vor allem die Pflicht, das Verständnis der führenden Rolle der Sowjetunion im sozialistischen Weltssystem zu erwecken bzw. zu vertiefen und legte dies in ihrem Programm nieder.

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die Dankbarkeit gegenüber der Sowjetunion und die Zusammenarbeit mit ihr unter bedingungsloser Akzeption ihres Führungsanspruchs das ganze Programm durchzieht. Die deutsch-sowjetische Freundschaft wurde als Lebenselixier für den Fortbestand der deutschen Nation gepriesen.

(1) a.a.O., S. 39

(2) Programm..., S. 36

(3) a.a.O., S. 124

Hier muß aber auch die Aufmerksamkeit auf ein Paradoxon gelenkt werden: Die SED verwies in diesem Programm auf ihre exklusive Position innerhalb des sozialistischen Lagers, die sie auf die Tatsache zurückführte, daß nunmehr mit der DDR erstmals bewiesen sei, daß der Sozialismus in einem hochentwickelten Industriestaat Wirklichkeit werden könne, nicht nur in agrarischen, kolonialen oder halbkolonialen Gemeinschaften. - Ein Quantum elitärer Gesinnung durchzog alle Passagen, die der DDR ihren Stellenwert im nationalen und internationalen, d. h. auch sozialistisch-internationalistischen Rahmen zuwiesen.

Das Programm bot der SED Gelegenheit zur Selbstdarstellung, die sie mit beträchtlichem Selbstbewußtsein nutzte. Sie ließ das Programm als das "bedeutendste theoretische Dokument der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Kommunistischen Manifest..."⁽¹⁾ feiern. Sie gab sich als Inkarnation der "nationalen Würde, der nationalen Einheit"⁽²⁾ aus. Sie setzte sich ein "nationales" Denkmal insofern, als dies auf absehbare Zeit das letzte gewichtige Dokument bleiben wird, in dem sie ihren Führungsanspruch auf die ganze Nation, ihre Verantwortung für die ganze deutsche Nation festhielt.

Ein Argument für die hier aufgestellte Behauptung, daß die DDR-Entwicklung ohne konkrete Berücksichtigung gesamtnationaler Fragestellungen geplant wurde, bietet sich in dem letzten Kapitel des Programms an, das dem Aufbau des Kommunismus gewidmet ist. Die SED wollte demnach diesen Weg zum Kommunismus nach dem erfolgreichen Abschluß des umfassenden Aufbaus des Sozialismus einschlagen. Dies bezog sich gemäß dem Inhalt des Programms

(1) Doernberg, Kurze Geschichte der DDR, S. 461

(2) Programm..., S. 9

nur auf die DDR. Zwar wollte die SED bei all ihren Schritten die Spaltung der Nation in zwei gegensätzliche Staaten berücksichtigen, sie erwartete aber eine Überwindung von "Imperialismus" und "Militarismus" in der BRD deshalb, um ihren sozialistischen und kommunistischen Weg ungehinderter weitergehen zu können. Für die Nation in ihrer Gesamtheit avisierte die SED lediglich den Sozialismus, nicht die kommunistische Zukunft.

4.3.3 Der Lehrplan für Staatsbürgerkunde 1964 - Symptom für den Vorzug der sozialistischen Nation

Den Anstoß zur Überprüfung der Inhalte und Formen des sozialistischen Bildungswesens gaben "Vorkommnisse an einigen erweiterten Oberschulen nach dem 13.8.1961 (die nicht näher spezifiziert worden sind, d. Verf.). Deshalb "orientierte das 14. Plenum des Zentralkomitees (im November 1961) die Parteiorganisation auf die Verstärkung der klassenmäßigen Erziehung der Oberschüler".⁽¹⁾

Auf dem VI. Parteitag wurden die Diskussionen um die Weiterentwicklung des sozialistischen Bildungswesens unter Berücksichtigung der neuen Entwicklungsstufe des Sozialismus, seines umfassenden Aufbaus, fortgeführt. Der Beitrag der Schule - wie es im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Eingang fand - sollte für den weiteren Aufbau des Sozialismus die

(1) Bericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag..., a.a.O., S. 177
"Oberschüler" ist auf die Bezeichnung der Einheitschule - Polytechnische Oberschule - zurückzuführen.

"Erziehung und Herausbildung des allseitig... entwickelten Menschen, der das gesellschaftliche Leben gestaltet und die Natur verändert...", gewährleisten⁽¹⁾. Die Schüler waren vor allem gehalten, "sozialistisches Nationalbewußtsein" und die "Liebe zur Deutschen Demokratischen Republik"...⁽²⁾ zu entwickeln. Den Anstoß und die Grundlegung dazu erwartete man vor allem durch die "politische und weltanschauliche Erziehung der Schüler", die zum Prinzip aller Unterrichtsfächer"⁽³⁾ erhoben wurde, insbesondere jedoch das des Faches Staatsbürgerkunde.

Ulbricht hatte bereits in seinem Hauptreferat auf dem VI. Parteitag im Hinblick auf den Staatsbürgerkundeunterricht kritisiert, daß der allgemeine "Dogmatismus" in der Pädagogik in eben diesem Fach besonders in der "undialektischen Vermittlung des Stoffes", nämlich der "des Lebens und der gesellschaftlichen Entwicklung im Bildungs- und Erziehungsprozeß"⁽⁴⁾ zum Ausdruck komme.

An Kritik und Auftrag des VI. Parteitages orientierten sich alle Maßnahmen auf bildungspolitischem und pädagogischem Sektor. Dem verstärkten Bemühen der SED um Bildung und Erziehung der Jugend verlieh auch ein "Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED zu Problemen der Jugend in der DDR" Ausdruck. Die SED bekundete in dem Kommuniqué ihr großes Vertrauen gegenüber den Jugendlichen der DDR ebenso wie ihre Erwartungen, die die Partei in Anbetracht der Verantwortung der Jugend beim beispielhaften Aufbau des Sozialismus in der DDR in sie setzte. Die Jugendlichen wurden ausdrücklich verpflichtet, den Aufbau der DDR "f ü r d i e g a n z e N a t i o n"⁽⁵⁾ zu betreiben.

(1) Programm..., a.a.O., S. 128

(2) a.a.O., S. 129

(3) a.a.O., S. 131

(4) Ulbricht, Das Programm des Sozialismus..., a.a.O., S. 195

(5) Jugend von heute - Hausherrn von morgen - Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED zu Problemen der Jugend in der DDR, S. 13

An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, daß die Jugendlichen in dem erwähnten Kommuniké wie auch im späteren Lehrplan für Staatsbürgerkunde und anderswo immer wieder als "Pioniere der Nation" tituliert wurden. (Die Bezeichnung war offenbar von der Kinder-Organisation der "Pioniere" entlehnt.) Dem Kommuniké zufolge waren es besonders die Lehrer des Staatsbürgerkundeunterrichts, die die Schüler zu "Pioniertaten" anleiten sollten, indem sie - um der auch hier verzeichneten Schwäche des Unterrichts Herr zu werden - sich selbst einer wissenschaftlichen Weiterbildung unterziehen sollten. Sie sollten damit auch "in der Lage...sein,... sich...souverän mit der bürgerlichen Ideologie erfolgreich auseinandersetzen zu können."⁽¹⁾

Speziell der Staatsbürgerkundeunterricht sollte nach dem Willen aller, die sich in verantwortlicher Position dazu äußerten, in erster Linie im außerschulischen Bereich Früchte tragen insofern, als er das Verhalten der Schüler auch für deren Freizeit vorprogrammieren sollte. Dieser Auflage wurde deswegen soviel Bedeutung beigemessen, als der "psychologische Krieg", von Westdeutschland ausgehend, besonders auf das Interesse der Jugendlichen in ihrer Freizeit abziele - so zumindest sahen es die Autoren des Jugendkommunikés.

Im Jugendkommuniké schälte sich bereits die Funktion des Staatsbürgerkundeunterrichts und die Verantwortung des entsprechenden Fachlehrers heraus, wie sie auch später im Lehrplan für den Staatsbürgerkundeunterricht Eingang fanden: Der Staatsbürgerkundeunterricht hatte danach die Rolle des Koordinators der Thematik Politik und Weltanschauung in den Unterrichtsfächern insgesamt und im außerschulischen Bereich im

(1) a.a.O., S. 17

Rahmen der Jugendorganisationen zu übernehmen, zeichnete also für das gesamte staatsbürgerliche Verhalten der Schüler und Jugendlichen verantwortlich. Während der öffentlichen Erörterungen des Jugendkommunikés tauchten Forderungen nach der Erstellung eines neuen Lehrplanes für den Staatsbürgerkundeunterricht auf, begleitet von Stellungnahmen zur Gestaltung des Unterrichts. In den vielen diesbezüglichen Vorschlägen schälte sich als allgemeiner Trend heraus, daß die Schüler ihre Überlegenheit gegenüber ihren westdeutschen Altersgenossen erkennen sollten, die unter anderem auf ihrer Bildung basiere, die von der DDR-Friedenspolitik herrühre, die den Jugendlichen und dem ganzen Volk der DDR eine ruhige Existenz sichere. Die Schüler sollten erfahren, daß der Staat beispielgebende Maßnahmen auf dem Gebiet der Jugendpolitik durchführe, aber auch, daß "die Jugend beider deutscher Staaten in ihrer Gesamtheit für die Lösung der nationalen Frage Mitverantwortung" trage.⁽¹⁾

Zwei Prämissen kristallisierten sich bei der Diskussion heraus: Zum einen war das die Forderung, "daß der Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterricht fest auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus" beruhen müsse,⁽²⁾ zum anderen, daß staatsbürgerliche Bildung und Erziehung zur Thematik jedes Unterrichtsfaches gehöre, also "keinesfalls die Aufgabe nur des speziellen Faches Staatsbürgerkunde" sein könne.⁽³⁾

(1) Gerhart Neuner, Eine neue Qualität des Unterrichts in Staatsbürgerkunde, in: Einheit, 1964, H. 6, S. 59

(2) Rudolf Bauer, Der VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und unsere Aufgaben in den Fächern Geschichte und Staatsbürgerkunde, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, H. 1, 1963, S. 3

(3) Margot Honecker, Wissenschaftlich und lebensnah, in: ND, 28.3.1964, Beilage, S. 4

Das Ziel des so umgestalteten Unterrichts mußte darin gipfeln, die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Entwicklung in der DDR und ihre Überlegenheit gegenüber der BRD zu erkennen, "der Deutschen Demokratischen Republik treu ergeben (zu sein)..., für Frieden und Sozialismus in ganz Deutschland..."⁽¹⁾ zu kämpfen, zu überzeugen, "daß dem Sozialismus in Deutschland und der Welt die Zukunft" gehöre.⁽²⁾

Die DDR wurde in dem Lehrplan für die Staatsbürgerkunde als "das sozialistische Vaterland aller guten Deutschen" apostrophiert.⁽³⁾ Hier wie an anderer Stelle wurde deutlich, welches Bemühen seitens der SED bzw. des Staates aufgewendet wurde, den Stolz auf die DDR besonders in der Jugend wachzurufen, z. B. wenn behauptet wurde: "Das wahre deutsche Wunder wurde in der DDR geschaffen".⁽⁴⁾

Eine Aussage des Lehrplans verdient besondere Beachtung, dort, wo von einer "Preisgabe der nationalen Interessen durch die Einbeziehung Westdeutschlands in die EWG"⁽⁵⁾ (Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft) gesprochen wurde. Die DDR hatte die unabänderliche Existenz der NATO akzeptiert und entdeckte nun in der EWG einen neuen Kulminationspunkt der "antinationalen" Politik der Bundesrepublik. Die SED schien das Schwergewicht auch in der nation-übergreifenden Auseinandersetzung endgültig auf den ökonomischen Sektor verlagert zu haben. Darauf ließ zusätzlich eine Behauptung schließen, die unter Bezugnahme auf die EWG aufgestellt worden war und besagte, daß der "Wettstreit auf dem Gebiet

(1) Neuner, a.a.O., S. 59

(2) a.a.O., S. 66

(3) Lehrplan für das Fach Staatsbürgerkunde an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen - Regierung der Deutschen Demokratischen Republik - Ministerium für Volksbildung, S. 27

(4) a.a.O., S. 15

(5) a.a.O., S. 20

der Produktion" der "Hauptweg" sei, "um den Sieg des Sozialismus zu erringen".⁽¹⁾ Folgt man dieser Interpretation, gelangt man leicht zu der Klärung dessen, warum gutes Arbeiten und Lernen "für die Deutsche Demokratische Republik" als "...wichtigste Leistung des jungen Menschen für den umfassenden Aufbau des Sozialismus..." erwartet wurde.⁽²⁾

Die Verpflichtung der Jugendlichen auf die DDR einmal, auf die ganze Nation zum anderen läßt die Interpretation von Jugendkommuniqué und Lehrplan dahingehend zu, daß es sich um kurzfristige Aufgabenstellungen für die DDR, um das Nahziel handelte, hingegen um das Fernziel bei allem, was auf die ganze Nation verwies.

Parallel zu den Debatten um das Jugendkommuniqué und den Lehrplan für den Staatsbürgerkundeunterricht wurde der Entwurf für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems diskutiert, zu dessen gesetzlicher Formulierung sich entsprechend dem Auftrag des VI. Parteitag eine Kommission gebildet hatte. Das Gesetz wurde 1965 von der Volkskammer verabschiedet. Darin wurde die Forderung nach Wissenschaftlichkeit des Staatsbürgerkundeunterrichts und Exemplifizierung der DDR wieder aufgenommen, es lehnte sich somit an den Lehrplan an. In dem Gesetz wurde die Behauptung niedergelegt, daß bei allen bildungspolitischen Entscheidungen in der Bundesrepublik - wenn auch vorerst quasi noch als unsichtbarer Partner - die DDR mitberatend beteiligt sei. Diese Ausstrahlungskraft sei nur möglich geworden durch die Entwicklung der DDR zu einem sozialistischen Staat, in dem die "...Arbeiterklasse..." auch im Bildungswesen die Führung der Nation übernommen habe."⁽³⁾ Aus dieser Perspektive betrachtet, gewann

(1) a.a.O., S. 21

(2) a.a.O., S. 3

(3) Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR, S. 11

das Gesetz "große nationale Bedeutung",⁽¹⁾ wie bei seiner Verabschiedung vor der Volkskammer ausgeführt wurde.

4.3.4 Das Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen und ein neuer Versuch zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse

Der enttäuschende Ausgang der Bundestagswahlen 1965 - die SED hatte mit einer SPD-Mehrheit kalkuliert und sie auch vorab ausdrücklich erwünscht - war Anstoß für die SED zu einer neuen gesamtdeutschen Initiative. Die SED glaubte in einer besonders günstigen Situation deswegen zu sein, als sie auf die wachsende wirtschaftliche Stärke der DDR verweisen konnte. Die Lage in der Bundesrepublik sah die SED gekennzeichnet durch eine sich abzeichnende Rezession, durch steigende Unsicherheit und Unruhe in der Bevölkerung wegen des Vietnamkrieges, wegen der steigenden Rüstungslasten und aufgrund der Diskussionen um Nostands-Gesetze. Die SED nahm mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die außerparlamentarische Protestbewegung an Quantität und Intensität zunahm.

Die Wende der SED-Deutschland-Politik zeichnete sich auf dem 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 ab. Dort konstatierte sie, daß die "Hauptkräfte des Imperialismus (gemeint waren die USA und Westdeutschland, d. Verf.)...nicht stärker..., aber aggressiver"⁽²⁾ geworden seien. Westdeutschland sei der Hauptgefahrenherd für Europa, und daraus resultiere die Notwendigkeit, "alle Kräfte gegen die politische Stütze des

(1) Alexander Abusch: Rede vor der Volkskammer, in: Unser Bildungssystem - wichtiger Schritt auf dem Wege zur gebildeten Nation - Materialien der 12. Sitzung der Volkskammer der DDR und das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem - Heft 5, 1965, S. 31

(2) Aus dem Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des ZK - Berichterstatte Erich Honecker, in: ND, 16.12.1965, S. 3 B

westdeutschen Monopolkapitals, gegen die CDU/CSU zu vereinen".⁽¹⁾ Das bedingte die Suche nach einem neuen Verhältnis zur SPD unter Verzicht auf Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien.

Als gutes Omen begrüßte die SED die Ablehnung der Notstandsgesetze durch die SPD-Fraktion im westdeutschen Bundestag im Sommer 1965. Die SED stellte die Gemeinsamkeiten der Interessen mit der westdeutschen Arbeiterklasse und insbesondere mit den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei in den Vordergrund. Sie reflektierte besonders auf die Parteimitglieder, weil sie dort die zahlenmäßige Stärke derjenigen zu zunehmen glaubte, die auf eine Verständigung der Arbeiterklasse beider deutscher Staaten drängten. Diesen Trend wollte sie ausnutzen, und so forderte sie in Abwandlung einer Parole der 50er Jahre: "Deutsche Arbeiter, an einen Tisch!"⁽²⁾

Bevor der verbalen Festlegung des neuen SED-Kurses konkrete Handlungen folgten, die auf die westdeutschen Arbeiter ausschließlich abzielten, wurde bei der Regierung der DDR das "Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen" konstituiert. Ihm war die Aufgabe zuteil geworden, die Verhältnisse in Westdeutschland zu analysieren und Anknüpfungspunkte für eine gesamtdeutsche Politik ausfindig zu machen. Das Staatssekretariat zog in seiner ersten Publikation "Über die Lage der Nation Bilanz"⁽³⁾ und kam zu dem Resultat, daß allein Umwälzungen in Westdeutschland Veränderungen im gesamtdeutschen

-
- (1) Aus dem Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des ZK - Berichterstatte Erich Honecker, in: ND, 16.12.1965, S. 3 B
 - (2) Norden, Rede auf der XXIII. Deutschen Arbeiterkonferenz Leipzig - März 1966 - in: In Aktion für das sozialistische Vaterland - Aufsätze und Reden 1964-69 S. 240
 - (3) Fragen - Widersprüche - Wege - Wohin?, Herausgegeben vom Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen, S. 10

Rahmen nach sich zögen und mit dem Endziel der Vereinigung beider deutscher Staaten in Einklang zu bringen seien.

Basierend auf den Informationen, die das Staatssekretariat gesammelt hatte, eröffnete die SED den "nationalen Dialog" mit der SPD in Form eines Briefwechsels. Das erste Schreiben war ursprünglich zwar an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD⁽¹⁾ und an die Mitglieder der Sozialdemokratie insgesamt gerichtet, wurde aber vom Parteivorstand aufgegriffen, und auf der Ebene der Parteiführungen von SPD und SED wurde die Korrespondenz fortgesetzt. Die SED führte als Motivation zu ihrer Initiative wiederholt an, daß sie die SPD aus den Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU herauslösen wolle. Der weitergehende Zweck war, sich "darüber zu verständigen, wie durch das Zusammenwirken in Westdeutschland die Werktätigen die politischen Machtpositionen in ihre Hände bekommen", um ein "Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten" zu ermöglichen, da nur "des Volkes Herrschaft...der Deutschen Gut und Blut"⁽²⁾ schütze.

Das Zusammenwirken mit der SPD und der Arbeiterklasse Westdeutschlands war somit explizit mit der Zielsetzung der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands über den Weg der demokratischen Umwälzung Westdeutschlands initiiert worden. Die erste Grundfrage an die Sozialdemokraten im ersten Schreiben der SED lautete demnach folgerichtig: "Bist Du für Verhandlungen und für die Verständigung der Regierungen bei-

(1) Der Parteitag fand vom 1. bis 5. Juni 1966 statt.

(2) Ulbricht, Der Briefwechsel zwischen SED und SPD und die programmatische Rede "Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen"- 12. Tagung des ZK der SED, in: ND, 30.4.1966, S. 3

der deutscher Staaten mit dem Ziel der Entspannung und der Schaffung der Voraussetzungen für ihre Zusammenarbeit und schrittweisen Vereinigung?"⁽¹⁾

Der SPD-Vorstand, der erstmals die Gelegenheit zu einer Korrespondenz mit der DDR wahrnahm, verkehrte diesen Grundgedanken der SED und intendierte "menschliche Erleichterungen" für die Bewohner Deutschlands als Schwerpunkt für die nun seinerseits vorgeschlagenen Aussprachen zwischen allen deutschen Parteien. - Es kam zu keinerlei inhaltlichen Annäherungen während des mehrere Monate dauernden Korrespondierens. Lediglich zwischen FDP-Mitgliedern und denen der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LOPD) kamen Unterredungen zustande, die im Schatten des "Hauptdialogs" der beiden größten Parteien Deutschlands naturgemäß wenig Beachtung fanden.

Die Vorbereitungen für ein erstes Treffen zwischen SPD- und SED-Rednern waren nahezu abgeschlossen, als die SED ihre Gesprächsbereitschaft annullierte. Der Briefwechsel wurde seitens der SED mit der Versicherung abgebrochen: Der Dialog geht weiter! Die SED stützte diese Bereitschaft auf ihre These, daß der Dialog im wesentlichen in Westdeutschland und der ganzen Welt ein positives Echo gefunden habe und die westdeutschen "Friedenskräfte" dadurch Ermutigung erfahren hätten.⁽²⁾ Sie ließ sich darum auch nach diesem

(1) Offensive Auseinandersetzung, S. 153/154

(2) s. dazu: Offenes Wort des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Mitglieder und Freunde der westdeutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, an die westdeutschen Arbeiter und Angestellten, an die Bauern und Geistesschaffenden, an alle Bürger der westdeutschen Bundesrepublik, denen die Sicherung des Friedens in Deutschland und für Deutschland am Herzen liegt, in: Dokumente..., Bd. XI, S. 126

abermals mißglückten Versuch zur Herstellung der Einheitsfront nicht davon abhalten, "d i e A r - b e i t e r k l a s s e u n d d i e a n d e r e n W e r k t ä t i g e n W e s t d e u t s c h l a n d s a l s (i h r e) . . . B r ü d e r z u b e t r a c h - t e n"⁽¹⁾ und die Einheit der Arbeiterklasse als Garantie für die Sicherung des Friedens zu fördern. Erwartungsgemäß galten die folgenden Ansätze in diesem Sinne der Errichtung der Einheitsfront von unten.

Es erhebt sich die Frage, warum die Etablierung des Staatssekretariats für westdeutsche Fragen und der Dialog mit der SPD zeitlich aufeinander abgestimmt wurden. - Folgendes dient der Beantwortung: Erst einmal begründete Ulbricht die Schaffung des Staatssekretariats damit, daß sich dadurch "auch Möglichkeiten anderer direkter Beziehungen mit der westdeutschen Regierung" entwickeln könnten, da ja bekanntermaßen "die friedliche Lösung der deutschen Frage...die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und die Abrüstung in beiden deutschen Staaten zur Voraussetzung" habe.⁽²⁾ Die analytischen Betrachtungen der Bundesrepublik durch das Staatssekretariat befaßten sich denn auch in erster Linie mit der vermeintlichen Friedensgefährdung durch die BRD. Dieser Grundgedanke durchzog auch alle Briefe der SED in der ersten Jahreshälfte 1966. Auch die Erklärung Nordens namens des ZK der SED auf einer Pressekonferenz, mit der er den Rückzug der SED aus dem Dialog einleitete, umfaßte die Feststellung, daß "die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung" ein "alarmierender Ausdruck unmittel-

(1) Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus - Protokoll des VII. Parteitages, S. 55

(2) Ulbricht, Probleme des Perspektivplanes bis 1970 - 11. Tagung des ZK der SED - in: ND, 18.12.1965, S. 12

barer Aggressionsvorbereitungen" sei.⁽¹⁾

Gerade aber ein gemeinsames Vorgehen gegen den Alleinvertretungsanspruch der CDU-Regierung für ganz Deutschland hatte die SED von den Sozialdemokraten erwartet. Hinter dieser Erwartung verbarg sich die Hoffnung der SED auf Beseitigung aller Hindernisse, die zu einer staatlichen Anerkennung der DDR durch die BRD führen könnten. Dies aber war letztlich die Konsequenz aus der Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs.

Die DDR verwahrte sich entschieden gegen diesbezügliche Anschuldigungen aus Westdeutschland, die Spaltung Deutschlands vertiefen zu wollen. Im Gegenteil behauptete sie: "Für die DDR ist die These von der Anerkennung zweier deutscher Staaten nur der Ausgangspunkt, um die Spaltung zu überwinden, nicht der Endpunkt, das Ziel ihrer nationalen Politik".⁽²⁾

Auf einen Nenner gebracht, sollten der Dialog und die geforderte Einheitsfront in Koordination mit dem Staatssekretariat in erster Linie dem Versuch dienen, die Bundesregierung zur Anerkennung der DDR zu nötigen. Dies zumindest kristallisierte sich als unmittelbares Ziel heraus; die Wiedervereinigungsvorstellungen verloren dagegen immer mehr an Substanz.

Im Verlauf der Deutschland-Offensive der SED trat noch einmal die Konföderationsidee ans Tageslicht. Das Einbringen des Konföderations-Vorschlages in die Auseinandersetzungen erweckte hier einmal mehr den Eindruck, daß die Konföderation als Vehikel zur Stabilisierung des staatlichen status quo Deutschlands und der Revision des gesellschaftlichen status quo in Westdeutschland

(1) Norden, Wohin steuert die Bundesrepublik? - Rede auf der internationalen Pressekonferenz in Berlin, 29. Juni 1966, S. 5

(2) ders., Arbeiterklasse und Nation, in: Einheit, H. 4, 1966, S. 464

herangezogen werden sollte. Vom Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen wurde z. B. "gleichberechtigtes Verhandeln der Regierungen beider deutscher Staaten gefordert", um damit den Weg zur "deutschen Konföderation als Vorstufe einer späteren Wiedervereinigung"⁽¹⁾ zu ebnen. Die gewünschte Rangfolge zeichnete sich deutlich ab: zuerst staatliche Verhandlungen, dann zwischenstaatliche konföderative Institutionen. Für die gesellschaftliche Ebene stellte das Staatssekretariat die Forderung nach Demokratisierung der Verhältnisse in Westdeutschland auf, damit auch die BRD "konföderationsfähig" würde.⁽²⁾

Dies widersprach nicht der parallelen Aussage Ulbrichts, nach der die DDR sich darauf vorbereitete, "d a ß d i e d e u t s c h e K o n f ö d e r a t i o n W i r k l i c h k e i t... (w e r d e) u n d d a ß a u s d e r Z u s a m m e n a r b e i t u n d d e m Z u s a m m e n f i n d e n d e r D e u t s c h e n i m R a h m e n d i e s e r K o n f ö d e r a t i o n e i n e s T a g e s e i n n e u e s V a t e r l a n d" erwachse.⁽³⁾ Die zeitliche Perspektive wurde hier nämlich weder für den Beginn noch die Dauer der Konföderation geboten. - Dies war an Betrachtung der gestellten Forderungen an die Bundesregierung nur zu verständlich. Die SED baute in der Tat "Postulats-Barrieren" auf. Ihre Bedingungen für die Bildung einer Konföderation mit der Bundesrepublik erinnerten, trotz immer wiederholter Beteuerungen, man könne und wolle das DDR-System nicht projizieren, deutlich an den Weg der SBZ/DDR:

(1) Fragen - Widersprüche -..., a.a.O., S. 11

(2) ebda.

(3) Ulbricht, Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen, S. 36

Großkonzerne sollten in Gemeineigentum überführt werden, eine Landreform zum Ziel genossenschaftlicher Nutzung des Bodens herbeigeführt werden; kultur-, bildungs- und sozialpolitische Maßnahmen der DDR galten als vorbildlich und nachahmbar.

Augenscheinlich wurde die Rangfolge in der Deutschlandpolitik der SED - vertragliche Fixierung der Existenz der beiden deutschen Staaten, dann Wiedervereinigung - auch in einem Aufsatz Nordens, der zeitlich parallel zum Briefaustausch erschien und deshalb wenig Resonanz fand. Gleichwohl aber verdient er Beachtung, eben weil es aus berufener Feder stammt. Norden setzte die Existenz zweier deutscher Staaten als den Ausgangspunkt seiner Betrachtung und schloß aus dem Beispiel der DDR, daß die Arbeiterklasse auch in Westdeutschland die führende Position übernehmen müsse. Die nationale Politik wollte er mit der Elle des Fortschritts der Gesellschaft messen: "Nationale Politik ist,...was der Macht des Volkes dient...Das Ringen um Sozialismus und Nation verschmilzt zu einer Einheit".⁽¹⁾ Dieser Kampf um den Sozialismus, der noch unüberschaubar lange Zeit dauern könne, veranlaßte Norden zu der formelhaften Forderung: "Erst Frieden - dann Wiedervereinigung!"⁽²⁾ Nur so glaubte er gewährleistet, daß die ganze Nation von dem westdeutschen Imperialismus verschont bleibe.

Nach dem Abbruch des Dialogs wurde das Anliegen der DDR noch deutlicher; die SED artikulierte sich diesbezüglich auf der 14. Tagung des ZK der SED im Dezember 1966, wonach es gegenwärtig nur noch um die Normalisierung der Beziehungen der deutschen Staaten gehe, nicht um die

(1) Norden, Arbeiterklasse und Nation..., a.a.O., S. 461

(2) a.a.O., S. 463

Vereinigung. Auch in der darauf folgenden Neujahrsbotschaft übermittelte Ulbricht die Vorschläge der DDR, deren "Kernfrage" späteren Auslegungen zufolge "die Anerkennung der DDR und aller europäischen Grenzen"⁽¹⁾ zum Inhalt hatte.

Es erhebt sich noch die Frage nach den Gründen für den Abbruch des Dialogs. Unter Außerachtlassung der Vermutung, daß die Entscheidung dazu in der Sowjetunion gefallen war, bleiben auch für die SED-Haltung keine schlüssigen Beweise. Lediglich die Verhaltensweise der Bevölkerung der DDR läßt Rückschlüsse zu. Die DDR-Bürger hatten nämlich mit größter Anteilnahme die gesamtdeutsche Initiative verfolgt und eine derart große "nationale Unruhe" erkennen lassen, daß sich die SED wahrscheinlich deswegen zum Stop aller gesamtdeutscher Unternehmungen genötigt sah, um nicht das sorgfältig propagierte DDR-Staatsbewußtsein und "sozialistische Nationalbewußtsein" schon in seinen Anfängen wieder torpedieren zu lassen. Daß es sich bei der Ablösung des Dialogs um eine Bewußtseins-Reduktion der DDR-Bewohner auf ihr System, ihren Staat handelte, dies läßt sich aus dem Bericht des Politbüros an das 14. ZK-Plenum der SED konstruieren: Dort hieß es, daß die Bewußtseinsbildung dergestalt vorgenommen werden müsse, daß "allen Bürgern" geholfen werden, "vorhandene Illusionen über die Wiedervereinigung mit dem Rüstungskapital, den Hitleroffizieren und dem Neonazismus zu überwinden. Es...(komme) darauf an klarzumachen, daß Sozialismus und Kapitalismus sich niemals vereinigen können".⁽²⁾

-
- (1) Ulbricht, Zu einigen außenpolitische Fragen - Bericht über eine Rede Walter Ulbrichts vor dem Berliner Parteiaktiv der SED, S. 4
 - (2) Bericht des Politbüros - Berichterstatter: Gerhard Grüneberg, in: 14. Tagung des ZK der SED - 15. - 17.12.1966, S. 34

Die SED, wieder in der Defensive, sah es nun bereits als nützlich an, "w e n n i n B o n n e i n e P o l i - t i k d e r M i t t e b e t r i e b e n w ü r d e", (1) die nur vage als zur "Erhaltung des status quo", das heißt des Nebeneinander beider Staaten notwendig, definiert wurde.

Die Bildung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD im Dezember 1966 war für die SED eine herbe Enttäuschung. Wirtschaftliche Rezession, Arbeitslosigkeit und politische Unruhen hatte ihre Hoffnung genährt, für ihre Vorstellungen der Umformierung der westdeutschen Gesellschaft fruchtbaren Boden vorzufinden und in den Sozialdemokraten als potentielle Regierungsvertreter in einer Kleinen Koalition auf der zusätzlichen staatlichen Ebene einen Gesprächspartner auszumachen. Die SED hatte die Chance gesehen, "d e n w e s t d e u t s c h e n S t a a t n a c h s o - z i a l d e m o k r a t i s c h e n V o r s t e l - l u n g e n i n O r d n u n g z u b r i n g e n", (2) aber stattdessen hatte sich die SPD - wie ihr die SED entgegenhielt - nun vollkommen der CDU/CSU-Politik angeschlossen und damit jegliche Möglichkeit eigenständiger Politik im Sinne der deutschen Arbeiterklasse den Interessen des Monopol-Kapitals geopfert. In der bald darauf gültigen Sprachregelung redete die SED nur noch von der "SP" - die Alleinvertretung der Arbeiterklasse Deutschlands lag nach dieser semantischen Umschreibung wieder einmal nur bei der SED.

-
- (1) Ulbricht, Die DDR, die europäische Sicherheit und die Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten - Rede auf der 13. Tagung des ZK, in: ND, 17.9.1966, S. 4
 - (2) Ulbricht, Stellungnahme zur Regierungserklärung des westdeutschen Kabinetts Kiesinger - Rede auf der 14. Tagung des ZK der SED, S. 53

Der "nationale Dialog" war der letzte Versuch der SED gewesen, eine Einheitsfront von oben und unten mit der westdeutschen Arbeiterklasse und ihrer organisatorischen Vertretung zuwege zu bringen. Von nun an galt alles Streben Gesprächen und Verhandlungen auf staatlicher Ebene. Die Partei hatte damit die entscheidende Voraussetzung zur Lösung der deutschen nationalen Frage fallengelassen, nämlich über die vorhandene einheitliche deutsche Arbeiterklasse als dem grundlegenden Bindeglied der Nation die Einheit der Nation zu erhalten und die Nationalstaatlichkeit Deutschlands wiederherzustellen. Vorerst zog die SED jedoch aus dieser ihrer Abstinenz bezüglich der Inanspruchnahme auch der westdeutschen Arbeiter weder theoretische noch verbale Konsequenzen.

Das Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen hatte seine Funktion verloren. Es wurde umbenannt in "Staatssekretariat für westdeutsche Fragen" und beschäftigte sich vornehmlich mit der Erstellung von Propagandabroschüren über verschiedene Bereiche aus Staat und Gesellschaft der DDR für westdeutsche Besucher in der DDR und wurde nach einigen Jahren dem Ministerium für Auswärtige Beziehungen angegliedert.

4.4 Die Nation - zwei voneinander unabhängige deutsche Staaten

4.4.1 Der VII. Parteitag - Vereinigung als Fernziel

Der VII. Parteitag der SED wurde zu einer Zeit durchgeführt, die in Westdeutschland auf politischer Ebene gekennzeichnet war durch die Regierung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD, auf wirtschaftlicher Ebene durch Rezession und Arbeitslosigkeit, ferner durch eine

sich rasch entwickelnde neofaschistische Bewegung auf der einen und eine intellektuell-außerparlamentarische Opposition auf der anderen Seite. Dies letztere stellten die Delegierten des Parteitages als Widerspiegelung des Kräfteverhältnisses und seiner Wandlung zugunsten des demokratisch-sozialistischen Elements im Weltmaßstab dar. Mit der außerparlamentarischen Bewegung sympatisierte die SED deswegen, weil sie den Weg Westdeutschlands zum Sozialismus durch diese Kräfte begünstigt glaubte. Die Gegenüberstellung der wirtschaftlichen Entwicklung beider deutscher Staaten bot sich der SED im Laufe ihres VII. Parteitages besonders an, zumal sie erstmals auf dem ökonomischen Terrain die Theorie von der Überlegenheit des sozialistischen Systems zumindest vorübergehend objektiv belegen konnte und daraus folgerte, daß das historische Gesetz des Übergangs zum Sozialismus für ganz Deutschland "unabänderlich"⁽¹⁾ gelte. Gerade diese ökonomische Potenz der DDR-Wirtschaft wirkte sich nach den Wertungen der SED-Spitze auf die Bewußtseinsbildung der DDR-Bewohner aus, die sich nun des Vorteils gegenüber den westdeutschen Bürgern bewußt würden, im Sozialismus zu leben. Dies wiederum schlage sich im Verhältnis zum Staat nieder, wirke zurück auf die Arbeitsproduktivität und schließe somit den Kreis von sozialistischem Bewußtsein und Produktionssteigerung:: "Das Staatsbewußtsein der Bürger, die Liebe zum sozialistischen Vaterland, schlagen kräftig Wurzeln", und sie seien zu einem aktiven Faktor des sozialistischen Aufbaus geworden,⁽²⁾ gab Ulbricht mit Genugtuung während seiner Parteitagsrede zu erkennen.

(1) Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus - VII- Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, S. 7

(2) a.a.O., S. 15

All diese positiven Entwicklungen glaubte die SED wie eh und je bedroht durch den westdeutschen Staat. Westdeutschland stand nach Parteitagsinterpretation im Zeichen von "Revanchismus" und "Expansionsbestrebungen", die ihren Ausdruck im Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung fanden. Die SED ging abermals soweit zu behaupten, daß im Rund entspannungswilliger europäischer Staaten die Bundesrepublik die einzige "verständigungsfeindliche" Ausnahme bilde. Die SED beschuldigte die Bundesregierung, die sogenannte "Neue Ostpolitik"⁽¹⁾ lediglich zu betreiben, um zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und deren verbündeten sozialistischen Staaten einen Keil zu treiben. Die Partei konstatierte, daß keiner ihrer Vorschläge zur Verständigung und Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auf Gesprächsbereitschaft getroffen sei und jetzt nur noch die Tendenz weiterer Auseinanderentwicklung zu registrieren sei. Die oppositionellen Kräfte reichten mit Sicherheit derzeitig noch nicht aus, um in Westdeutschland eine "demokratische" Ordnung herbeizuführen, die dann Rückwirkungen auf das Miteinander der beiden Staaten mit sich brächte.

Aus dieser Lagebeurteilung zog die SED für die Partei bzw. die DDR den Schluß, daß jede Deutschlandpolitik von der Realität der Existenz zweier deutscher Staaten auszugehen habe. Die nun verfolgte Politik, auch "Status-quo-Politik" genannt, war in der Tat eine Wende in der gesamtdeutschen Politik der DDR. Bezeichnenderweise behandelte Ulbricht in seinem Hauptreferat alles, was in den Bereich Deutschland-Politik fiel, unter dem Abschnitt: "Zu den Fragen der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen".⁽²⁾ Die SED führte diese Linie konsequent

(1) Die neue Ostpolitik begann mit einer Friedensnote der Regierung Erhard im März 1966, die an die osteuropäischen Staaten - ohne die DDR - adressiert war und wurde mit dem Austausch von Briefen zwischen BRD- und DDR-Regierung 1967 fortgesetzt. S. dazu auch die folgenden Kapitel.

(2) Ulbricht, a.a.O., S. 19

in ihren Vorschlägen für ein "Nebeneinander" beider Staaten fort, das als erstes die Aufnahme "normaler Beziehungen"⁽¹⁾ mit sich bringen müßte. Die formale Anerkennung der DDR war nun nicht mehr nur ein Vorschlag unter anderen, nicht nur das Mögliche und Nächstliegende⁽²⁾, sondern die *conditio sine qua non*, unter deren "Grenze" die SED "nicht hinuntergehen" könne.⁽³⁾

Eine Wiedervereinigung oder Vereinigung beider Staaten konnte mittels dieser revidierten Deutschlandpolitik nur noch "dereinst"⁽⁴⁾ stattfinden, nämlich dann, wenn beide Staaten gleichermaßen unter Führung der Arbeiterklasse sozialistisch geworden sein würden. Der Weg zum Sozialismus wurde nun konzessionslos an das Beispiel der DDR gebunden. Die Forderung nach Annäherung im derzeitig system-konträren Stadium mittels des Instruments "Konföderation" - in der Neujahrsansprache Ulbrichts zur Jahreswende 1966/67 zum letztenmal als Möglichkeit angeboten - entfiel. Die Begründung, die dazu auf dem Parteitag gegeben wurde, zielte auf die "entspannungsfeindliche" Politik, wie sie von der Bundesregierung betrieben werde: "Die Expansionspolitik der Regierung Kiesinger/Strauß hat gegenwärtig den Weg zur Konföderation der beiden deutschen Staaten blockiert...Auf der Tagesordnung steht folglich der Kampf um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in den beiden deutschen Staaten".⁽⁵⁾

(1) a.a.O., S. 49

(2) a.a.O., S. 43

(3) ebda.

(4) Manifest des VII. Parteitages der SED an die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, in: Dokumente..., Bd. I, S. 223

(5) Bericht des Zentralkomitees an den VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - Auszug, in: ND vom 17.4.1967, S. 3

Konföderation und friedliche Koexistenz waren bislang in ihrer Anwendbarkeit für eine Deutschland-Politik nicht als Alternative betrachtet worden, sondern vielmehr als interdependent. Nun gab die DDR unwiderruflich einen weiteren Teil gesamtdeutschen politischen Terrains preis.

Die DDR hatte für ihre neue Deutschland-Konzeption gewichtige Fürsprecher im internationalen Kommunismus gefunden. Auf der wenige Tage nach Abschluß des VII. Parteitages in Karlovy Vary (CSSR) stattfindenden Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas wurden die Frage der Anerkennung der DDR und der Unantastbarkeit ihrer Grenzen unlösbar mit einem angestrebten System kollektiver Sicherheit der europäischen Staaten verbunden, mit dem Frieden in Europa gekoppelt. Die SED-Delegation ging in einer in Karlovy Vary vorgetragenen Rede einen Schritt weiter als noch auf dem VII. Parteitag, indem sie präzise "diplomatische Beziehungen"⁽¹⁾ zwischen der DDR und der BRD verlangte und nicht wie bisher nur vage umschriebene "normale" Beziehungen.

Diese Konferenz war in mehrfacher Hinsicht beachtenswert. Einmal wurden im Einklang aller Teilnehmer untereinander Postulate aufgestellt, die deutlich die Handschrift der DDR verrieten und somit deren Stellenwert im sozialistischen Staatensystem symbolisierten. Zum anderen bot bezeichnenderweise eine internationale Konferenz der SED ein Podium, um zur nationalen Frage Stellung zu nehmen: Ulbricht bekannte sich dort weiterhin zu jenem Grundaspekt der nationalen Frage, der wie bisher die Verhinderung eines potentiell von Westdeutschland ausgehenden Weltkrieges und die Überwindung

(1) Ulbricht, Die SED und die europäische Sicherheit, in: ND, 27.4.1967, S. 4

des deutschen "Imperialismus" ausmache. Gleichzeitig hielt er an seiner Auffassung fest, daß die Vereinigung das Ziel der Deutschen bleiben müsse und dies die Einheit der Arbeiterklasse voraussetze.

Die hier manifestierte Koppelung von nationalem und internationalem Interesse wurde bald darauf in der DDR in einer Deutung der Konferenz und des Parteitages nochmals vollzogen. Nach einem Leitartikel des "Neuen Deutschland" bildete die "Europapolitik von Karlov Vary...den 'europäischen Rahmen'...(der) nationalen Politik"⁽¹⁾ der DDR. Nationale Belange und die des sozialistischen Lagers verschmolzen mehr denn je zu einer dialektischen Einheit. Die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten wurde als "Angelpunkt (aller) Gedanken (der SED) über die nationale Frage..."⁽²⁾ bezeichnet, und nur auf diesem Hintergrunde stellte die DDR sich selbst als das "Wichtigste in Deutschland" und den "Ausgangspunkt"⁽³⁾ der nationalen Frage auf deutscher Ebene dar.

In diesem Kontext tauchte wieder eine Formulierung über die "zwei deutschen Staatsvölker" auf, wie sie auch während des VII. Parteitages gebraucht worden war und daraufhin zum politischen Sprachgebrauch der DDR gehörte. Ihre theoretische Fundierung fand diese Anschauung schon ein Jahr zuvor in einer völkerrechtswissenschaftlichen Untersuchung. Danach kam zu der längst vertretenen These zweier deutscher Staatsexistenzen die Bestimmung von den zwei Staatsvölkern hinzu. Dies nun mußte in Übereinstimmung gebracht werden mit der noch gültigen Theorie der e i n e n deutschen

(1) Der VII. Parteitag und die nationale Frage - Leitartikel, ND, 29.4.1967, S. 1

(2) ebda.

(3) ebda.

Nation und geschah folgendermaßen: "So besteht in Deutschland gegenwärtig eine Nation, und gleichzeitig bestehen zwei Subjekte des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts. Das bedeutet, daß im Rahmen der einen deutschen Nation nicht nur zwei Staaten, sondern auch zwei "Völker" im Sinne des Selbstbestimmungsrechts vorhanden sind".⁽¹⁾ Jedes der Staatsvölker für sich habe im Zuge der Ausübung der Selbstbestimmung das Recht, die staatliche Wiedervereinigung zu fordern. Dies galt als spezieller Aspekt des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen, da sie nämlich dieses Recht zielgerichtet auf die Wiedervereinigung anwenden müßten, da sie nach wie vor in einer Nation zusammengeschlossen seien. Zur Verdeutlichung wurde wiederholt, daß es sich nur um "zwei Völker" im Sinne der völkerrechtlichen Selbstbestimmung, nicht um "zwei Völker im Sinne zweier Nationen"⁽²⁾ handele. In dieser Untersuchung wurde noch immer die These vertreten, daß eine Nation in mehreren Staaten organisiert sein könne. Ihre Untermauerung finde diese Aussage - so verlautete es in der Betrachtung - in der "gesetzmäßigen Entwicklung" der Epoche, d.h. der Entwicklung aller Nationen zum Sozialismus, die auch für die deutsche Nation Gültigkeit besitze und darauf hinauslaufe, der "künftigen Stabilisierung" der Nation zu dienen und ihrer Aufteilung in zwei Nationen entgegenwirke.⁽³⁾

Die Antwort des VII. Parteitages auf die nationale Frage wurde ebenfalls im Sinne des Bestehens einer deutschen Nation beantwortet mit der geläufigen Einschränkung, daß die Nation niemals in ihrer Gesamtheit wieder dem Imperialismus anheimfallen dürfe. Auch nach

(1) Arzinger, Das Selbstbestimmungsrecht im allgemeinen Völkerrecht der Gegenwart, S. 394

(2) a.a.O., S. 397

(3) a.a.O., S. 398

der staatlichen "Einheit unter der Führung der Arbeiterklasse, die im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz die Zukunft der beiden deutschen Staaten" bestimme, strebe die SED "mit ganzem Herzen".⁽¹⁾

Gerade aber der staatlichen Vereinigung hatte die SED mit ihrer Theorie von den zwei deutschen Staatsvölkern ein weiteres Moment der Erschwernis hinzugefügt. Das Insistieren der SED auf der staatlichen Anerkennung durch die BRD und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit ihr scheint ein weiterer Hinweis darauf, daß es der DDR in der Tat nicht um eine naheliegende Wiedervereinigung ging. Alle diesbezüglichen Äußerungen standen zudem im Zusammenhang mit Ausführungen zu einem Brief des Parteivorstandes der SPD und einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger zum VII. Parteitag, die schon aus taktischen Gründen nicht im Sinne einer strikten Zurückweisung einer sich bietenden Verständigungsmöglichkeit beantwortet werden konnten.

Die Reaktionen der SED zeigten einmal mehr das ambivalente Verhältnis zu Westdeutschland und zur deutschen Frage auf. Ulbricht wies z. B. darauf hin, daß die "Sozialistische Einheitspartei Deutschlands...niemals den einheitlichen friedliebenden und fortschrittlichen, den demokratischen und antiimperialistischen deutschen Staat abgeschrieben (habe) und...das auch niemals tun"⁽²⁾ werde. Zu der staatlichen Einheit, so plante er weiter, solle die Einheit der Arbeiterklasse der beiden deutschen Staaten verhelfen.

Die Einheit der Arbeiterklasse war zwar nach wie vor

(1) Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung..., S. 54

(2) a.a.O., S. 51

in der Anschauung der SED vorgegeben, doch scheint deren Erwähnung anbetrachts des gescheiterten Redneraustausches mit der SPD, deren unabdingbare Einbeziehung gar in die geplante Wiedervereinigung lediglich eine deklamatorische Festlegung vor dem Parteitag, vor der DDR-Bevölkerung und vor den westdeutschen Bürgern gewesen zu sein. Gleichzeitig schlug Ulbricht nämlich ein Treffen zwischen den Leitern der Regierungen beider Staaten vor. Und die staatliche Ebene als Anknüpfungspunkt für eine Verständigung zwischen zwei gleichberechtigten Verhandlungspartnern wurde eindeutig privilegiert.

Die Distanzierung vom westdeutschen Staat und seiner Gesellschaft offenbarte sich an mehreren Merkmalen des Parteitages. Der Parteitag trat bereits unter einem beziehungsreichen Motto zusammen: "Alles für die DDR, unser sozialistisches Vaterland!" Ferner wurde von dort ein Manifest an die Bewohner der DDR erlassen, nicht wie üblich an die deutsche Nation. In einer Auswertung des Parteitages hieß es schlicht: "Wir konzentrieren uns auf die Vollendung des Sozialismus in der DDR. Das ist das Beste, was wir für Deutschland tun können".⁽¹⁾

Der Parteitag stellte der SED und dem Staat die Aufgabe, nach dem Sieg der sozialistischen Revolution den Sozialismus auf der Grundlage des "entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus" zu vollenden. Der Sozialismus, so wurde diese Stufe definiert, koordiniert die Teilbereiche des Gesellschaftssystems, als da sind: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Ideologie, Bildungswesen, Kultur, etc. Das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus stützte sich auf die "prognostisch begründete Strukturpolitik in

(1) Der VII. Parteitag und die nationale Frage, a.a.O.

enger Verbindung mit der planmäßigen proportionalen Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft"⁽¹⁾, um so eine höhere Arbeitsproduktivität zu erzielen. Das sozialistische Bildungssystem mußte in dieser Phase weiter ausgebaut werden, Hoch- und Fachschulen hatten ihre Bildungsinhalte mit den Erfordernissen der Industrie abzustimmen. Das System der Erwachsenenqualifizierung und die sozialistische Nationalkultur mußten weiterentwickelt werden. In dieser Stufe des Sozialismus wurde ferner ein qualifiziertes staatliches System der Planung und Leitung erforderlich. Unter diesen Bedingungen - so hielt es die SED für realistisch - entwickelte sich der Mensch in allen gesellschaftlichen Bereichen zum sozialistischen Menschen und die Gesellschaft zur sozialistischen Menschengemeinschaft. Hierin offenbarte sich der prinzipielle Gegensatz zur Bundesrepublik noch augenscheinlicher als in anderen Wandlungen, die der Sozialismus bewirkte.

Aber hiermit lieferte die SED einen neuerlichen Beweis dafür, daß sie auch mit dieser nunmehr erreichten Entwicklungsstufe des Sozialismus das Ziel der weiteren Abwendung von Westdeutschland verfolgte.

4.4.2 Die Verfassung von 1968 und die Verantwortung für die ganze Nation

Auf dem VII. Parteitag war erstmals die Ausarbeitung einer neuen Verfassung angekündigt worden. Ulbricht begründete deren Notwendigkeit wenig später vor der Volkskammer folgendermaßen: " D i e h i s t o r i -

(1) Ulbricht, Die historische Mission der SED, S. 63

sche Entwicklung hat die neue Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik als eines souveränen sozialistischen Staates auf die Tagesordnung der deutschen Geschichte gesetzt."⁽¹⁾ - In der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung der SBZ/DDR war die erste Verfassung geschaffen worden, die die Realität in der DDR in keiner Weise mehr abdeckte. Die SED sah nun die historische Mission der DDR erfüllt, auf ihrem Territorium die faschistische und imperialistische Vergangenheit bewältigt zu haben. Vor diesem Hintergrund erstand die neue Verfassung. Die DDR wurde zu jener Zeit als "kerngesund, konsolidiert und wachstumsträchtig"⁽²⁾ etikettiert. Demnach lagen günstigste Bedingungen für die Erstellung einer neuen Verfassung vor. Die Konstellation wurde noch dadurch favorisiert, als es zur gleichen Zeit der offenen Volksaussprache in der DDR über deren Verfassungsentwurf in der Bundesrepublik geheime Beratungen über Notstandsgesetze geben sollte. Denn die Interdependenz zwischen ost- und westdeutscher Entwicklung wurde auch in dem neuen Stadium sozialistischer Entwicklung in der DDR keineswegs geleugnet; sie trat vielmehr gerade im Zuge der Verfassungsausarbeitung eklatant hervor. In die Zeit der Aussprache in der DDR fiel nämlich der erste Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation,⁽³⁾ woraufhin sich führende Politiker der DDR an die eigene und an die

(1) Ulbricht, Neue Verfassung wird das Grundgesetz des Friedens, der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft sein, in: ND, 2.12.1967, S. 4

(2) Gerhard Kegel, Zur Deutschlandpolitik der beiden deutschen Staaten, in: Einheit 1968, H. 6, S. 734

(3) Dieser Bericht wird seit 1968 jährlich gegeben.

westdeutsche Bevölkerung mit der aufklärerischen "Richtigstellung" wandten, daß nur die Vertreter der Arbeiterklasse beider Staaten berechtigt seien, zu diesem Thema zu sprechen.⁽¹⁾

Im Februar und März 1968 lag der Verfassungsentwurf in der DDR zur Volksauseprache vor, die in einen Volksentscheid mündete. Das Resultat der Abstimmung wies 94,54 % Ja-Stimmen für die Verfassung auf. Im April 1968 wurde die Verfassung in Kraft gesetzt. Mit dieser ihrer zweiten Verfassung wurde die DDR als sozialistischer Staat auch rechtlich sanktioniert. Der Volksentscheid und seine überwiegend bejahende Zustimmung zur Verfassung ergaben in den Augen der SED - nach der Wahl zum 3. Volkskongreß im Jahre 1948 - die zweite demokratische Legitimierung für den Staat DDR und nunmehr ebenfalls für das System des Sozialismus. Das Resultat der Abstimmung nahm die SED darüber hinaus als Anlaß zu der Aussage, daß damit auch das Volk seine Zustimmung zu der nationalen Konzeption Ausdruck verliehen habe, nämlich der Verantwortung der DDR, der ganzen deutschen Nation eine sozialistische Zukunft zu weisen (s.u.). Die Partei wollte anhand dieses Ergebnisses auch belegen, daß die westdeutsche Bevölkerung unter gleichen Gegebenheiten ebenso entschieden hätte und daß eine Identifikation zwischen Partei bzw. Staat und Bürgern nur im Sozialismus möglich sei. Die Verweise auf den günstigen Ausgang der Volksabstimmung erwiesen sich als günstiger Anknüpfungspunkt für die SED, mit Erläuterungen zu ihrer Verfassung eine sich selbst oktroyierte besondere Informationspflicht

(1) s. Rede Nordens auf der XXIII. Arbeiterkonferenz, in: ND, 10.3.1968, S. 3, und Fernsehherklärung Ulbrichts: Wir gehen konsequent unseren guten Weg, in: ND, 14.3.1968, S. 3

gegenüber der westdeutschen Bevölkerung wahrzunehmen. Die Unterrichtung erging in der üblichen Form eines offenen Briefes des Zentralkomitees der SED an die westdeutschen Arbeiter und Angestellten, aber auch an andere Bevölkerungskreise wie die Geistesschaffenden, Bauern, Gewerbetreibenden, die Jugend und die Frauen. Das ZK trat in diesem Schreiben gegen den Vorwurf auf, mit der sozialistischen Verfassung Deutschlands Spaltung zu vertiefen. Das Zentralkomitee behauptete dagegen, daß die Partei zusätzlich zu der ohnehin vorhandenen Gewissensbindung jedes Arbeiterfunktionärs nun jeden Repräsentanten von Partei und Staat durch die "Verfassung verpflichte(t), der Verständigung der beiden deutschen Staaten und der Überwindung der Spaltung der Nation zu dienen".⁽¹⁾

Die Begründer der neuen Verfassung gingen von der Prämisse aus, "daß der Sozialismus keinen Umweg um Westdeutschland machen..."⁽²⁾ werde und artikulierten diese Überzeugung in Artikel 8 Absatz 2 der Verfassung, der lautete:

"Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben...die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus".⁽³⁾

Mit dem zitierten Passus des Artikel 8 korrespondierte die Präambel der Verfassung, die die Errichtung des

(1) Offener Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Arbeiter und Angestellten, die Geistesschaffenden, die Bauern und Gewerbetreibenden, an die Frauen und an die Jugend in der westdeutschen Bundesrepublik, 28.2.1968, in: Dokumente..., Bd. XII, S. 19

(2) Ulbricht, Sozialistische Verfassung der DDR - die deutsche Charta der Freiheit und Menschlichkeit - Rede auf der 7. Tagung der Volkskammer, 31.1.1968, S. 5

(3) Ulbrichts Grundgesetz - Die sozialistische Verfassung der DDR, S. 72/73

Sozialismus in ganz Deutschland postulierte: "Getragen von der Verantwortung, der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen...". Die Präambel implizierte somit das Wiedervereinigungsangebot.

Die Frage nach der Nation, die in diesem Zusammenhang herausgefordert wurde, erhielt eine unzweideutige Antwort im Sinne der Einheit der deutschen Nation: "Jawohl, es gibt eine deutsche Nation!"⁽¹⁾ Zur Belegung dieser These wurde an die Gemeinsamkeit der Sprache, "der gemeinsamen Vergangenheit der Zugehörigkeit zu einem Staat", der "brüderlichen" Verbundenheit "mit der westdeutschen Arbeiterklasse..."⁽²⁾ erinnert. Die nationalen Gemeinsamkeiten boten sich der SED an, daraus Legitimation und Verpflichtung zur Fürsprache auch für Westdeutschland abzuleiten. Mit Entschiedenheit wurde noch einmal auf die Perspektive der Nation verwiesen, um sie nicht als nostalgische Reminiszenz und den Verfassungsauftrag als bloße Makulatur erscheinen zu lassen: "...die deutsche Nation hat eine Zukunft - in der Herstellung der Einheit in einem sozialistischen Deutschland!"⁽³⁾

Im Widerspruch dazu widersetzten sich schon während der Entstehungsphase des Gesetzes die Interpreten der mancherorts artikulierten Befürchtung, mit der DDR ein Modell für ganz Deutschland schaffen zu wollen und damit auch die demokratischen Kräfte Westdeutschlands auf einen bestimmten Weg der Er kämpfung bzw. Errichtung des Sozialismus festlegen zu wollen: "Wir sind...dabei, eine Verfassung zu schaffen, die vorrangig

(1) Ulbricht, Mit Wort und Tat für unseren sozialistischen Staat deutscher Nation, in: ND, 12.2.1968, S.4

(2) ebda.

(3) ebda.

natürlich den Entwicklungsbedingungen und Notwendigkeiten der Deutschen Demokratischen Republik gerecht wird, die aber darüber hinaus als sozialistisches System wirkt. Aber wir sind nicht der Meinung, daß die Westdeutschen unser "Modell" einfach kopieren könnten..."⁽¹⁾ Die neue Verfassung sollte lediglich den Bürgern der Bundesrepublik als Hilfsmittel dafür dienen, "den richtigen Weg zu finden, und das (sei) der höchste Dienst, der unserer ganzen Nation geleistet werden..." könne.⁽²⁾ Doch an anderer Stelle, schon vor ihrer Inkraftsetzung, wurde die Verfassung euphorisch als "Durchbruch zur Zukunft der ganzen Nation"⁽³⁾ gepriesen.

Aus dieser Sicht stellte sich auch dem offiziellen Interpreten der Verfassung die gesamtdeutsche Perspektive dar, wie er sie aus dem Verfassungsgehalt ableitete. Das Wesen der nationalen Frage bestand dieser Auslegung zufolge darin, daß die deutsche Nation entweder unter die Herrschaft eines imperialistischen Staates in eine neue Kriegskatastrophe schlittere, "die sich in der Bundesrepublik bereits im Stadium der Vorbereitung" befinde, oder als sozialistischer Staat einer friedlichen und gesicherten Zukunft zusteure.⁽⁴⁾ - Unter Zugrundelegung dieser Prognosen konnte nur die demokratische als die erste Stufe der Umgestaltung der Bundesrepublik erklärter Bestandteil der Lösung der nationalen Frage sein, die aber letztlich ebenso wie in der DDR in die "Herrschaft des Volkes" münden müsse. Dieser Lösungsansatz umschloß die Forderung nach Erfüllung des Potsdamer Abkommens, nach

(1) ders., Sozialistische Verfassung..., a.a.O., S. 18

(2) Dieckmann, Rede vor der Volkskammer, 31.1.1968, in: ND, 3.2.1968, S. 4

(3) Norden, Von der Aussprache der 8. Sitzung der Volkskammer der DDR - Sagt ja zur Macht des Volkes! in: ND, 28.3.1968, S. 3

Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, nach Austritt aus der NATO, nach Abrüstung etc. Diese jahrelang vorgebrachten Forderungen wurden nun verfassungsimmanent. Jener lange, "beschwerliche Weg" der "Erneuerung" Westdeutschlands blieb nach der verbindlichen Verfassungsinterpretation "der einzige, der der ganzen Nation ihre Existenz erhalten und ihre friedliche Zukunft zu sichern..." vermöge.⁽¹⁾

Unter Einbeziehung dieser Vorstellungen drängt sich abermals die Frage auf, welcher Weg der gesamtdeutschen Nation letztlich geblieben wäre, als ein - wenn auch variiertes - "Modell" DDR zu kopieren.

Die Verfassung galt trotz aller Bezüglichkeiten für die ganze Nation primär für den "sozialistischen Staat deutscher Nation", die DDR, wie sie im Artikel 1 ausgewiesen war. Die Verfassung sollte helfen, den Sozialismus in der DDR zu vollenden und die DDR optimal zu stärken. Sie sollte auch dazu beitragen, den DDR-Bürgern ein wachsendes Selbstwertgefühl und Staatsbewußtsein zu vermitteln. Der Präsident der Volkskammer drückte die Außerordentlichkeit der DDR vor der obersten parlamentarischen Vertretung des Volkes so aus: "Bürger der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik zu sein, das ist ein Ehrentitel, der täglich verdient und neu erobert werden muß".⁽²⁾

Mehrere Kommentatoren interpretierten den Verfassungstext, indem sie ihn auf folgende Lösung reduzierten: Nationale Hoffnungslosigkeit (in Westdeutschland) steht gegen nationale Hoffnung und Vernunft in der DDR! "Nationale Vernunft" wurde als folgendes beschrieben: Die Nation ist keine Utopie, aber die Realität schreibt in der konkreten Situation der Spaltung zwingend die

(1) a.a.O., S. 43

(2) Dieckmann, a.a.O.

Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten vor. Der Vereinigungsauftrag in der Präambel und im Artikel 8 sei sozusagen ein Auftrag auf Dauer; man richte sich auf einen langen Zeitraum des Nebeneinander ein, auf "die kommenden Jahrzehnte(n)", wenn nicht bis zum Jahr 2000.⁽¹⁾ Der Augenblick fordere die Herstellung normaler völkerrechtlicher Beziehungen. Dies, so begründete man es hier, geschähe keineswegs erstmalig, sondern sei längst geschichtlich erhärtete Praxis derartiger Beziehungen zwischen früheren Staaten deutscher Nation. Die Herstellung normaler Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung wurde "als nationales Anliegen der Deutschen Demokratischen Republik in der neuen Verfassung verpflichtend festgelegt".⁽²⁾ - Hierin fand weit mehr als in den Volkskammer- oder sonstigen publikumswirksamen Reden seinen Ausdruck, was auch der SED im gesamtdeutschen Rahmen das vordringlichste Anliegen war: die Aufnahme völkerrechtlicher Beziehungen.

In diesem Zusammenhang versuchte die DDR die Diskussion darüber zu entschärfen, ob denn mit dieser avisierten gegenseitigen Anerkennung die Akzeption des jeweiligen anderen Staates als "Ausland" einhergehe. Dieser Begriff "Ausland" - so bagatellisierten SED-Vertreter den Disput - sei ein emotionaler Begriff und ohne völkerrechtliche Verbindlichkeit. - An den Begriff "Ausland" klammert sich die DDR dagegen heute, da sie alle innerdeutschen oder gesamtdeutschen Reminiszenzen vergessen machen will.

(1) Kegel, Zur Deutschland-Politik..., a.a.O., S. 737

(2) Tord Riemann/Wolfgang Weichelt: Der Entwurf der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsverfassung steht zur Diskussion, in: Einheit, H. 3, 1968, S. 287
s. dazu auch Art. 8,2 der Verfassung

Ein letzter, außenpolitischer Aspekt muß bei der Betrachtung der Verfassung gestreift werden. - Die DDR hatte nach Aussagen ihrer Repräsentanten durch ihre sozialistische Verfassung sowohl im Verbund der sozialistischen Staaten als auch im weiteren außenpolitischen Rahmen an Bedeutung gewonnen. Gerade auch wegen der "positiven" Distanz zur Bundesrepublik erwartete die DDR ihre Anerkennung durch alle europäischen kapitalistischen Staaten. Der Kommentar zur Verfassung vermerkte darüber hinaus, daß die DDR "vom historischen wie völkerrechtlichen Standpunkt aus rechtmäßige(r) deutsche(r) Staat des Friedens und der gesicherten Demokratie" sei.⁽¹⁾ Die DDR verwies auf das "Ergebnis des Volksentscheids", das "neue Maßstäbe für die nationale und internationale Geltung der Deutschen Demokratischen Republik gesetzt" und alle Zweifel an der völligen Konstituierung der DDR endgültig beseitigt habe.⁽²⁾

4.4.3 Der Vertragsentwurf über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland

Mit der Übernahme der Regierung der Bundesrepublik durch das Kabinett Kiesinger im Jahre 1966 wurde die Intensivierung der staatlichen Beziehungen zwischen BRD und DDR eingeleitet. Zum erstenmal hatte ein westdeutscher Bundeskanzler - hier Kiesinger - einen Brief des derzeitigen Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Stoph, angenommen. Dies entsprach den Intentionen

(1) Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik - Dokumente - Kommentar, Bd. 1, S.204

(2) Ulbricht, Neue Maßstäbe für die Geltung unserer Republik, in: ND, 9.4.1968, S. 1

der DDR hinsichtlich der Aufnahme von Verhandlungen mit der Bundesrepublik, wie sie auch den Aussagen des VII. Parteitages und den Interpretationen der Verfassung zu entnehmen waren. Das Ziel dieser Verhandlungen sah die SED in der "Normalisierung" der Beziehungen zwischen beiden Staaten. In einem Vertragsentwurf vom September 1967, der einem weiteren Schreiben Stophs an die Bundesregierung beigelegt war, forderte die DDR derartige Beziehungen "als Voraussetzung für ihre Annäherung (der beiden Staaten, d.Verf.) im Interesse der Zukunft der Nation..."⁽¹⁾ Alle Bemühungen seitens der DDR im gesamtdeutschen Rahmen galten in dieser Zeit noch ausdrücklich dem Interesse der einheitlichen Nation. Denn auf dieser Basis konnte die DDR am ehesten ihre Forderung aufbauen, wie sie auch Stoph in dem zuletzt erwähnten Brief zu begründen sich anschickte. Es hieß in diesem Schreiben, daß "die deutsche Nation...ihre Einigung und Zukunft nur finden (könne) in der Verständigung beider deutscher Staaten und ihrer Regierungen über ihre große nationale Aufgabe der Überwindung des Militarismus, Neonazismus und der Macht der Monopole".⁽²⁾

Die "Normalisierung" der Beziehungen zur Bundesrepublik also war das Nahziel, zu dem die DDR mit aller Kraft drängte. In einer Rede vor der Volkskammer konkretisierte Ulbricht im Jahre 1968, was die DDR zu dieser Zeit unter "Normalisierung" verstanden wissen wollte. Er griff eine Idee von sozialdemokratischer Seite auf, beide deutsche Staaten gegenseitig durch "Bevollmächtigte" und "bevollmächtigte Missionen" vertreten zu lassen. Diese Beziehungen seien gemäß

(1) Stoph, Brief an Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger und Entwurf eines Vertrages, in: Texte zur Deutschlandpolitik - 13. Dez. 1966 - 29. Sept. 1967, S. 108

(2) a.a.O., S. 105

den Vorstellungen der DDR in einem "völkerrechtlich gültigen Vertrag"⁽¹⁾ niederzulegen.

Damit war dem Besonderen in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten Raum gegeben. Diese zuletzt erwähnten Vorschläge deuteten auch darauf hin, daß die DDR gerade bezüglich der Ausgestaltung der Beziehungen flexibel war, hatte sie doch bereits 1967 diplomatische Vertretungen verlangt.

Im Mai 1969 präzisierte die SED ihre Anliegen dahingehend, daß es nur völkerrechtliche Beziehungen geben könne, wie zwischen zwei souveränen, gleichberechtigten Staaten üblich, wie diese ja auch mit der BRD und DDR vorgegeben seien. Dabei sei es ohne Belang, daß es sich um zwei Staaten einer Nation handle. Die DDR hielt auch hier noch trotz intensiver Vorarbeit für die Herstellung völkerrechtlicher Beziehungen zur BRD an ihrem Verfassungsauftrag fest, in dem sie ihre "geschichtliche Aufgabe" rechtlich fixiert hatte und an den sie hier nochmals erinnerte, nämlich "die Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung und des Lebens des Volkes im Namen der Lebensinteressen der ganzen deutschen Nation zu lösen".⁽²⁾

Die Flexibilität der DDR bezog sich allein auf die Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen zur BRD, wie es sich in den ersten Jahren der staatlichen Annäherung beider Staaten herauskristallisierte. An ihrem Alleinvertretungsanspruch für die Nation ließ die DDR bis dato nicht rütteln.

Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 1969 und der anschließenden Regierungsbildung durch SPD und FDP als den Parteien, die die Mehrheit im Bundestag stellten, sah die

(1) Ulbricht, Rede vor der Volkskammer der DDR, 9. August 1968, in: Texte..., Bd. III, S. 59

(2) Ulbricht, Schlußwort auf der 10. Tagung des Zentralkomitees, a.a.O., S. 242

DDR die Perspektive eröffnet, daß ein "neuer, ein realer und demokratischer, ein friedlicher Weg der Vernunft von der Regierung der BRD beschritten wird".⁽¹⁾ Sie interpretierte den Wählerwillen als den Ausdruck des Wunsches nach Anerkennung der DDR, der Grenzen, nach Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesregierung.

Ulbricht zog auf dem XII. Plenum des ZK der SED im Dezember 1969 das Fazit aus der gewandelten politischen Deutschland-Szene. Er bezog in seine Betrachtungen vor allem ein, daß Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung als erster westdeutscher Regierungschef von der Realität zweier deutscher Staaten ausging. Nach einer historischen Tour d'Horizon der vergangenen 24 Jahre kam Ulbricht zu dem Ergebnis, daß der Zeitpunkt günstig sei, der Konsolidierung zweier deutscher Staaten die politisch und rechtlich konsequenten völkerrechtlichen Beziehungen folgen zu lassen. Die Lösung der Deutschlandfrage, so führte Ulbricht auf diesem Plenum aus, sei einzig erreichbar über die "Herstellung eines geregelten friedlichen Nebeneinanderlebens...völlige(r) Gleichberechtigung und gegenseitige(r) völkerrechtliche(r) Anerkennung".⁽²⁾

Ulbricht befaßte sich erstmals mit dem Begriff "Deutschland" in seiner Variabilität, wie er von westdeutscher Seite nun dazu genutzt werde, unter diesem gemeinsamen "Dach" zwischen den beiden deutschen Staaten "Beziehungen besonderer Art" herzustellen. Besondere Beziehungen, wie sie die Regierung Brandt wollte, waren aber mit dem neuerlichen politischen Anspruch der DDR

(1) ders., Rede auf der internationalen Pressekonferenz, 19.1.1970, in: Texte..., Bd. IV, S. 267

(2) Ulbricht, Grundlegende Aufgaben im Jahre 1970 (XII. ZK-Tagung), in: ND, 14.12.1969, S. 9

inkongruent. Die SED räumte von vornherein "Illusionen" - wie sie augenscheinlich in der DDR-Bevölkerung verbreitet waren - darüber aus, daß mit der SPD/FDP-Regierung eine "perfekte Demokratie"⁽¹⁾ erreichbar sei oder auch nur angestrebt werde. Sie mutete der westdeutschen Regierung aber zu, die Barrieren der Politik der Alleinvertretung und der atomaren Aufrüstung aus dem Weg zu räumen. Dazu trugen nach dem Dafürhalten der SED die "fortschrittlichen, demokratischen Kräfte" der Bundesrepublik entschieden bei, womit sie in erster Linie die außerparlamentarischen Oppositionellen meinte, denen die SED ihre "nachbarschaftliche Hilfe"⁽²⁾ anbot.

Trotz aller mit Bestimmtheit vorgetragenen Diskrepanzen zwischen beiden deutschen Staaten und ihrer daraus resultierenden Unvereinbarkeit reflektierte die SED bzw. Ulbricht auf die Verfassung und auf die "Pionierarbeit"⁽³⁾, die die DDR für ein einheitliches Deutschland leiste. Das sozialistische Deutschland blieb die "klare nationale und Klassenperspektive".⁽⁴⁾

Der Entwurf des "Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland" war der Extrakt der Deutschland-Debatte des XII. ZK-Plenums, der wenige Tage nach Ende dieser Versammlung veröffentlicht wurde. Der Vertragsentwurf war als Beilage einem Brief des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht

(1) Ulbricht, Grundlegende Aufgaben im Jahre 1970 (XII. ZK-Tagung), in: ND, 14.12.1969, S. 8

(2) ebda.

(3) ebda., S. 6

(4) ebda. S. 9

an Bundespräsident Heinemann hinzugefügt. In dem Entwurf wurden wieder einmal die Aufnahme "diplomatischer Beziehungen" zwischen beiden deutschen Staaten gemäß den Normen des Völkerrechts vorgeschlagen; ferner beantragte die DDR die Anerkennung der Grenzen und den Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt und anderes mehr. Der verfassungsmäßige Auftrag im Hinblick auf die Einheit Deutschlands in einer sozialistischen Nation wurde nicht mehr erwähnt. Es fehlte ebenso das Postulat nach der sozialistischen Umgestaltung der Bundesrepublik. Überhaupt ließ dieser Entwurf jeden Bezug zu der einheitlichen deutschen Nation oder gar eines gesamtdeutschen Staates vermissen. Die DDR stellte vielmehr Bedingungen auf, die man in einem Negativkatalog wie folgt zusammenfassen kann: Kein Alleinvertretungsanspruch durch die BRD - keine "Diskriminierung" - keine "innerdeutschen Beziehungen" - keine "besonderen Beziehungen" - kein "gemeinsames Dach" über beide deutsche Staaten.

Diese Negativforderungen waren bereits vor und auch während des XII. Plenums vorgetragen worden, auf die Einheit der Nation verzichtete die SED expressis verbis erst während der Diskussionen um den Vertragsentwurf. Die abrupte Umkehr dessen, was bislang Theorie und praktizierte Politik der SED/DDR gewesen war, stellte sich eindeutig als Replik auf das Antwortschreiben Heinemanns heraus. Heinemann hatte in seinem Brief an Ulbricht das gemeinsame Interesse an der Wahrung der Einheit der Nation unterstellt. In einem Leitartikel des "Neuen Deutschland" wurde daraufhin das erste-mal von der "Phrase" der "Wahrung der Einheit der Nation" gesprochen und diese mit der Begründung abgetan, daß "es seit der Abspaltung der Bundesrepublik durch die deutsche Großbourgeoisie im Bunde mit den West-

mächten keine einheitliche deutsche Nation mehr (gebe), und es auch keine Einheit der Nation mehr geben (könne), solange der Imperialismus Westdeutschland" beherrsche.(1) Die SED vermutete vielmehr, daß die Formel von der Wahrung der Einheit der Nation der Bundesregierung Vorwand sei, völkerrechtliche Beziehungen zur DDR abzulehnen. Um eben diese völkerrechtlichen, gleichberechtigten Beziehungen aber drehten sich alle außenpolitischen Bemühungen der DDR.

Und dies ist einer der Schlüssel bei der Suche nach Gründen für die Verkehrung der Politik der DDR. Denn die vertragsmäßige Anerkennung des Staates DDR implizierte die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs durch die Bundesrepublik. Damit erst konnte auch der Weg zur Aufnahme völkerrechtlicher Beziehungen zu anderen nicht-sozialistischen Staaten freigelegt werden. Die SED war sich sehr wohl des Faktums bewußt, daß es nur schwerlich zu solchen Beziehungen kommen konnte, solange die BRD selbst völkerrechtliche Beziehungen zur DDR verweigerte und in Ausübung des Alleinvertretungsanspruchs andere Staaten allein an sich band.

Das Verlangen der DDR nach allseitiger Anerkennung war nun gerade zu jener Zeit Ausdruck berechtigter Hoffnungen, aufgrund der weltweiten Entspannungspolitik zwischen den Blöcken sozialistischer und kapitalistischer Staaten Beziehungen zu allen Staaten herstellen zu können, wie sie die DDR ihrerseits seit nahezu 20 Jahren angeboten hatte. Aufgrund der gewandelten weltpolitischen Lage waren daher auch Sicherheitsfragen in diesem Vertragsentwurf zweitrangig, zumal Vorschläge der Staaten des Warschauer Paktes zu einer europäischen Sicherheitskonferenz im Westen inzwischen ein positives Echo

(1) Leitartikel, in: Neues Deutschland, 23.12.1969, S. 2

gefunden hatten. Die gleichberechtigte Teilnahme der DDR auf der avisierten Konferenz - unabdingbare Voraussetzungen für deren Zustandekommen auch gemäß den Äußerungen der Verbündeten der DDR - war dabei wiederum nur erreichbar über den Weg der gegenseitigen Anerkennung von DDR und BRD. - Der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung stand mehr als nur der innerdeutschen vertraglichen Ausgestaltung der Beziehungen im Wege.

Die abrupte Negierung der Theorie zur nationalen Frage findet also einen ihrer Bezugspunkte in den außenpolitischen Ambitionen der DDR. Doch diese Begründung alleine genügt nicht, es bedarf eines weiteren Deutungsversuches. Eine zweite Ursache scheint in der Haltung der Bundesregierung verankert zu sein, die nun ihrerseits die Einheit der Nation als Klammer begriff und nicht gewillt war, die DDR als einen beliebigen ausländischen Staat zu betrachten, und die dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes gerecht zu werden versuchte. Die Bundesregierung hatte erst jetzt die Formel von der Wahrung der Einheit bzw. Wiederherstellung der Einheit der Nation, wie sie die SED bisher vertreten hatte, aufgenommen und verfocht sie aktiv.

Bezeichnenderweise erfolgte die Aufgabe bisheriger SED-Vorstellungen zur einheitlichen Nation wieder im Zusammenhang mit einem "Bericht zur Lage der Nation" der westdeutschen Regierung Anfang des Jahres 1970. In einer Pressekonferenz der SED im Anschluß an diesen Bericht beschäftigte sich Ulbricht ausführlich mit diesem Problem. Er erinnerte daran, daß der deutsche Nationalstaat 1871 als "Krebsübel"⁽¹⁾ geschaffen worden

(1) Ulbricht, Rede auf der internationalen Pressekonferenz, 19.1.1970, in: Texte..., Bd. IV, S. 260

war und sich bis in die Bundesrepublik fortgepflanzt habe. Die Spaltung der Nation sei mit dem NATO-Eintritt erfolgt.

Die Aussagen darüber, wann denn nun die Spaltung der Nation vollzogen worden sei, sind widersprüchlich und bezeichnen den Umwälzungsprozeß, der sich in der SED im gesamten Komplex der deutschen Frage vollzog. Ulbricht gehörte zu denjenigen, die noch nicht alle "nationalen" Brücken zur Bundesrepublik abbauen wollten und revidierte seine eigenen Aussagen zur These der gespaltenen Nation dadurch, daß er ihnen eine weitere Willensäußerung hinzufügte: Die SED wolle - das komme auch in der Verfassung zum Ausdruck -, "daß eines Tages die vom Imperialismus gesplattene Nation, die beiden deutschen Staaten und ihre Völker auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus sich einander nähern und vielleicht auch wieder zusammenfinden."

Die SED rechne mit langen Zeiträumen.⁽¹⁾

Diese Erklärung erwies sich als Appendix, der sehr bald entfernt werden sollte. Die DDR verharnte im Stadium der Negation der Einheit der Nation.

4.4.4 Der VIII. Parteitag: endgültige Abgrenzung

Die staatlichen Kontakte zwischen der BRD und der DDR nahmen im Jahre 1970 einen rapiden Aufschwung. Bundeskanzler Brandt und der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Stoph, arrangierten zwei Treffen, je eins in Erfurt und Kassel. Stoph nahm diese Begegnungen zum Anlaß, die Kritik der DDR an der westdeutschen Formel von der Einheit der Nation und den daraus abgeleiteten Forderungen nach innerdeutschen, besonderen

(1) Internationale Pressekonferenz in Berlin - Walter Ulbricht beantwortet Fragen der Journalisten, in: ND, 20.1.1970, S. 4

Beziehungen zu intensivieren. Es rückte soziale Aspekte ins Zentrum der Argumentation: "Die politischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes, die Interessen des Sozialismus stehen über allen vermeintlichen nationalen Gemeinsamkeiten."⁽¹⁾

Gerade die Begegnungen von Brandt und Stoph dienten der SED als Beweis für die Unversöhnlichkeit der beiden Gesellschaftssysteme, zu deren einem Symptom erstmals selbst "die einstige Gemeinsamkeit der S p r a - c h e (als) in Auflösung begriffen"⁽²⁾ erklärt wurde.

Stoph hatte während seiner zweiten Begegnung mit Brandt an die Adresse der Bundesregierung die Anschuldigung gerichtet, sie lasse nichts von einem wahren politischen Wandel in der Bundesrepublik erkennen.⁽³⁾ - Das westdeutsche Postulat hinsichtlich besonderer Beziehungen und der Wahrung der Einheit der Nation wurde künftig als "nationalistische Demagogie"⁽⁴⁾ angegriffen. Die Haltung der Bundesregierung schloße den Versuch ein, so argwöhnte der Staatsrat, "den Weg zur Annexion durch die BRD offenzuhalten".⁽⁵⁾ In Distanzierung von zuvor geäußelter Erwartung auf eine Revision

(1) DDR-Ministerratsvorsitzender Stoph: Grundsätzliche Ausführungen anlässlich des Erfurter Treffens, in: Texte..., Bd. IV, S. 342

(2) Ulbricht, Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD - Rede auf der 13. Tagung des ZK der SED, 9./10. Juni 1970, S. 13

(3) s. dazu: DDR-Ministerratsvorsitzender Stoph: Grundsätzliche Ausführungen in der Vormittags-sitzung des Kasseler Treffens, in: Texte..., Bd. V, S. 112

(4) Hermann Axen, Frieden und Sicherheit verlangen Taten, in: Texte..., Bd. VI, S. 129

(5) Erklärung des DDR-Staatsrats zur Verwirklichung der Grundsätze des demokratischen Völkerrechts in der DDR nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus durch die Sowjetunion und die anderen Staaten der Antihitlerkoalition, in: Texte..., Bd. V, S. 50

der Politik der SPD/FDP-Koalitionsregierung erkannte die SED nach den beiden Spitzengesprächen vermeintlich, daß sich "die vom westdeutschen Imperialismus ausgehenden Gefahren für den Frieden und die europäische Sicherheit keinesfalls verringert..."⁽¹⁾ hätten. In lange Zeit vermiedener Schärfe klagte die SED die SPD-Führung an, in "nationalistischer Weise...den Hegemonieanspruch des westdeutschen Imperialismus in Europa (zu) vertreten".⁽²⁾

Der Weltanschauung der Sozialdemokratie, dem Sozialdemokratismus als einer vermeintlichen Variante der "imperialistischen" Ideologie, galt die besondere abwehrende Aufmerksamkeit der DDR. Die DDR sah im Sozialdemokratismus eine neue Gefahr zur Unterminierung der DDR heraufziehen. Auch die westdeutsche Sozialdemokratie versuche - so unterstellte ihr die SED -,mittels des Strebens nach "Sozialdemokratisierung" der sozialistischen Länder den Sozialismus zu liquidieren, was sie gegenüber der DDR in die Thesen von der "Einheit der Nation" und der "besonderen innerdeutschen Beziehungen" hülle⁽³⁾.

Die neuerlichen Angriffe gegen die SPD erfolgten wahrscheinlich als Reaktion auf die spontanen Sympathiebekundungen, die dem Parteivorsitzenden der SPD, Bundeskanzler Brandt, in Erfurt von der Bevölkerung entgegengebracht worden waren. Diesen Ausbruch "nationaler" oder gar "sozialdemokratischer" Emotionen hatte die DDR offensichtlich nicht für möglich erachtet, und sie sah sich genötigt, das "gesamtdeutsche" Bewußtsein der Bevölkerung

(1) Norden, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED: Die DDR im Kampf um Frieden und Entspannung - gegen den westdeutschen Imperialismus, in: Texte..., Bd. V, S. 283

(2) ebda., S. 294

(3) s. Ulbricht, 25 Jahre nach der Einigung der Arbeiterklasse - Referat auf der Sitzung der Kommission zur Vorbereitung des 25. Jahrestages der SED am 17. Dezember 1970, in: Die historische Mission der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, S. 31

zu korrigieren. Die Ausstrahlungskraft der Idee der Nation mußte im Spannungsfeld zwischenstaatlicher Politik reduziert werden. Als Mittel dazu erwies sich die "Abgrenzung" als brauchbar: Die als 'gefährlich' charakterisierte Politik der Bundesregierung und wegen der Personalidentität zugleich der Spitze der führenden Sozialdemokratischen Partei diente der SED als Begründung dafür, daß es keine Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten geben könne; es vollzog sich vielmehr nach der derzeitigen SED-Version "...objektiv...zwischen den beiden Staaten ein Prozeß der Abgrenzung".⁽¹⁾

Ulbricht glaubte bald darauf, in der Bundesrepublik neue Einsichten hinsichtlich der Notwendigkeit zur Vermeidung kriegерischer Auseinandersetzungen wahrgenommen zu haben. Er schloß dies aus der Tatsache des Abschlusses eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und dem Vertragsinhalt selbst. Darin hatte die Bundesrepublik erstmals vertraglich die Integrität aller europäischen Staaten innerhalb ihrer Grenzen und besonders die Oder-Neiße-Grenze und die Grenze zwischen der BRD und der DDR anerkannt. - Auch auf dem VIII. Parteitag wurde die Haltung gegenüber der SPD/FDP-Regierung dahingehend korrigiert, als die SED "gegen die ultrareaktionären und offen revanchistischen Kräfte in der BRD... (ihren) Hauptstoß richten..." wolle,⁽²⁾ die sie weder in der SPD noch FDP ansiedelte. Dennoch setzte sich die Politik der Abgrenzung als "Hauptlinie" der Deutschland-Politik der SED durch.

(1) Winzer, Die DDR im Kampf um europäische Sicherheit, in: Einheit, 1971, H. 1, S. 24

(2) Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED - Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, S. 22

Die Abgrenzung, primär zu verstehen als ein Mittel der Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Ideologie, galt bereits auf dem 15. Plenum des Zentralkomitees zur Vorbereitung des VIII. Parteitages als irreversibel: "...der objektive Prozeß der Abgrenzung dieser beiden Staaten voneinander hat einen Stand erreicht, von dem aus es ein Zurück nicht gibt",⁽¹⁾ bestimmte Ulbricht. Während die "endgültige staatliche Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik"⁽²⁾ erst mit dem 13. August 1961 datiert wurde, begann einer Darlegung Ulbrichts zufolge der Prozeß der ideologischen Abgrenzung zwischen den beiden Staaten bereits mit dem Eintritt der BRD in die NATO. Dennoch wurde der Öffentlichkeit erst im Jahre 1970 davon Kenntnis gegeben und die Abgrenzung als unabänderliches Faktum hingestellt. - Die strikte ideologische, staatliche, nationale Abgrenzung blieb dann aber seit jener Zeit unverändert bis heute gültige Politik der SED.

Der VIII. Parteitag bestimmte nochmals definitiv: "Zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der BRD, zwei voneinander unabhängigen Staaten mit entgegengesetzter Gesellschaftsordnung, vollzieht sich gesetzmäßig ein Prozeß der Abgrenzung. Zwischen ihnen kann es daher nur Beziehungen der friedlichen Koexistenz auf der Grundlage des Völkerrechts geben".⁽³⁾ Der VIII. Parteitag dezidierte ebenfalls, daß über die nationale Frage bereits die Geschichte entschieden habe.

(1) Ulbricht, Die politische Vorbereitung des VIII. Parteitages, in: ND, 30.1.1971, S. 4

(2) Ulbricht, Die historische Mission..., S. 29

(3) Entschließung des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei zum Bericht des Zentralkomitees, in: SED-Protokoll des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, S. 294

Die Bundesrepublik wies sich demnach weiterhin als bürgerliche Nation aus, während sich mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft "im sozialistischen deutschen Staat (,) die sozialistische Nation" entwickelte.⁽¹⁾ Diese Entwicklung fand gemäß den Aussagen des VIII. Parteitages ihren Ausdruck in der Errichtung und Praktizierung der Arbeiter- und Bauernmacht, in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, in dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der Planwirtschaft, der neuen Klassenstruktur der sozialistischen Gesellschaft, in der sozialistischen Ideologie und der sozialistischen Nationalkultur und nicht zuletzt in der Integration in die sozialistische Staatengemeinschaft.

Der Begriff des "sozialistischen deutschen Nationalstaates" in Abwandlung der Bezeichnung "sozialistischer Staat deutscher Nation", wie er noch in der Verfassung von 1968 und in den folgenden Jahren Verwendung gefunden hatte, wurde auf dem VIII. Parteitag sanktioniert. Die Politik der Abgrenzung schien diese terminologische Distanzierung vom Verfassungstext zu erfordern. - Der sozialistische Nationalstaat zeichnete sich durch analoge Merkmale aus wie die der erwähnten, in der Entwicklung begriffenen sozialistischen Nation. Der Staat DDR war somit als Korrelat zu der sozialistischen deutschen Nation zu verstehen.

In der "Nachlese" zum VIII. Parteitag wurde der Begriff der Abgrenzung in seinem Bezug zur Nation noch einmal interpretiert: "Unser Begriff der Abgrenzung gibt eine konzentrierte Zusammenfassung dieser Konzeption (d.h. der Konstituierung der Arbeiterklasse der bürgerlichen Nation zur sozialistischen Nation, d. Verf.). Dieser

(1) Bericht des Zentralkomitees...a.a.O., S. 32

Begriff drückt den antagonistischen Charakter zwischen Sozialismus und Imperialismus in allen Bereichen der gesellschaftlichen Wirklichkeit aus. Auf die nationale Frage bezogen besteht sein Inhalt darin, daß sich in der DDR die sozialistische Nation entwickelt und ihre objektive Gegensätzlichkeit zur bürgerlichen Nation ebenso unüberbrückbar ist, wie die Gegensätze von Sozialismus und Imperialismus überhaupt".⁽¹⁾

Die Abgrenzung wies sich als eine klare Trennungslinie zwischen Staat und Gesellschaft von BRD und DDR aus, und sie beinhaltete darüber hinaus auch die Distanzierung von der westdeutschen Arbeiterklasse, die im Zuge der nationalen Zweiteilung definitionsgemäß nicht mehr Arbeiterklasse der deutschen Nation schlechthin sein konnte, sondern der jeweils bestehenden bzw. sich bildenden deutschen Nation zugeordnet werden mußte. Diese Abkehr von der ehemaligen Anschauung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse war aber nicht unbedingt gleichzusetzen mit der Aufgabe der westdeutschen Arbeiterschaft, da die SED ihrem neu gegründeten partei-lichen Pendant, der DKP Westdeutschlands, die politische Organisierung und Führung der Arbeiterklasse überließ. Die Abgrenzung war auch keinesfalls mit dem Verzicht auf Klassenkampf seitens der SED identisch, da die friedliche Koexistenz per definitionem eine Form des Klassenkampfes ist, die sogar erst mit der Abgrenzung, mit der gegenseitigen völkerrechtlichen Anerkennung der beiden deutschen Staaten, voll zum Tragen kommen sollte.⁽²⁾

(1) Dieter Uhlig, Die Leninsche Theorie der nationalen Frage und ihre Verwirklichung in der UdSSR, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 20. Jahrgang, 1972, H. 12, S. 1426

(2) Winzer, a.a.O., S. 24

Die Abgrenzung fand ihre dialektische Ergänzung in der verstärkten Integration der DDR in die sozialistische Staatengemeinschaft. Die endgültige Privilegierung des Internationalen gegenüber der Nation wurde schon auf dem VIII. Parteitag durch die Erklärung Honeckers,⁽¹⁾ der Sozialismus sei "seinem Wesen nach internationalistisch",⁽²⁾ offenbar. Die nationale Frage verlagerte sich demgemäß konsequent von der Ebene der einheitlichen deutschen Nation auf die der Integration der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die Annäherung der sozialistischen Staaten und Nationen untereinander wurde als das "positive Programm (der) nationalen Konzeption" der DDR beschrieben, das die Einheit der sozialistischen deutschen Nation mit den Nationen vom gleichen Klassentyp zum Ausdruck bringe, mit denen die DDR alles verbinde. In ihrer Gemeinschaft sei sie fest verankert. In ihr liege ihre nationale Zukunft.⁽³⁾

4.5 25 Jahre DDR - zwei deutsche Nationen

Die gesamtdeutsche und außenpolitische Linie, wie sie nach dem VIII. Parteitag noch einmal quasi formelhaft zusammengefaßt wurde, behielt als "konsequente Politik der Profilierung der DDR als sozialistischer Staat, der völligen und endgültigen Abgrenzung der DDR von der imperialistischen BRD sowie (der) Herstellung der Beziehungen mit der BRD auf der Grundlage der Normen des Völkerrechts und (der) Politik der festen unwider-

(1) Ulbricht war wenige Wochen vor dem VIII. Parteitag als 1. Sekretär des ZK der SED zurückgetreten; Honecker wurde während des Parteitages vom 1. Plenum des ZK zum neuen 1. Sekretär gewählt.

(2) Bericht des Zentralkomitees..., a.a.O., S. 13

(3) Uhlig, a.a.O., S. 1430

ruftlichen Integration der DDR in die sozialistische Gemeinschaft..."⁽¹⁾ weiterhin ihre Gültigkeit.

Dagegen wurde im gesellschaftspolitischen Bereich eine Änderung dahingehend vorgenommen, als die DDR-Gesellschaft nunmehr als "entwickelte sozialistische Gesellschaft" bezeichnet wurde. Dieser Begriff galt als insofern identisch mit dem zuvor gebräuchlichen von dem "entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus", als beide in der Anschauung der SED den "reifen oder entwickelten Sozialismus"⁽²⁾ kennzeichneten. Die Umbenennung wurde damit begründet, daß einmal die bis dato gebräuchliche Titulierung einherginge mit "einem Wust von aus der Systemtheorie entlehnten Begriffen", unter dem der "klare Sinn und Inhalt unserer Politik"⁽³⁾, d. h. der SED-Politik, verschwinde und zum anderen damit, daß auch die Sowjetunion wie die übrigen sozialistischen Staaten übereinstimmend den Begriff der "entwickelten sozialistischen Gesellschaft" benützten.

Die entwickelte sozialistische Gesellschaft wurde nach den Ausführungen des führenden Theoretikers der SED, Politbüro-Mitglied Kurt Hager, charakterisiert durch:

" - die Macht der Werktätigen, die sich in der führenden Rolle der Arbeiterklasse ausdrückt, und die Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung durch die marxistisch-leninistische Partei;

(1) Honecker, Die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen - Von der 2. Tagung des Zentralkomitees, in: ND, 18.9.1971, S. 3

(2) Hager, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft - Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag - Referat auf der Tagung der Gesellschaftswissenschaftler am 14. Oktober 1971 in Berlin, S. 25

(3) ebda., S. 26

- das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln und auf seiner Grundlage die planmäßige Entwicklung der ganzen Volkswirtschaft auf höchstem technischen Niveau...;
- die Verwirklichung des Prinzips "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung";
- die ideologische Erziehung des ganzen Volkes im Geiste des wissenschaftlichen Kommunismus, im Geiste der Freundschaft mit den Völkern der sozialistischen Bruderländer und den Werktätigen der ganzen Welt;
- die Außenpolitik, die auf den Prinzipien des proletarischen, sozialistischen Internationalismus beruht".⁽¹⁾

Die so gekennzeichnete Gesellschaft formierte sich nach der Darstellung Hagers in der sich bildenden sozialistischen deutschen Nation. Wesentliche Merkmale dieser Nation korrespondierten mit dem oben aufgeführten Entwicklungsstand der sozialistischen Gesellschaft. Diese Gesellschaft der DDR, deren Charakteristika sie so weit von der Gesellschaft der Bundesrepublik entfernt platzierte, unterlag offensichtlich noch immer bundesrepublikanischen Einflüssen. Eine Form der ideologischen "Unterminierung", derer sich westdeutsche Kreise bedienten, war nach Feststellungen der SED der Nationalismus. Nach Befürchtungen seitens der SED waren die Verfechter des bürgerlichen Nationalismus

(1) Hager, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft - Aufgabe der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag - Referat auf der Tagung der Gesellschaftswissenschaftler am 14. Oktober 1971 in Berlin, S. 25

darauf bedacht, diese Weltanschauung im unterschiedlichsten Gewande, bevorzugt dem des Sozialdemokratismus, unter den DDR-Bewohnern zu verbreiten. Die Bürger der DDR sollten vor dieser Ideologie dadurch bewahrt werden, daß einem Vorschlag der SED entsprechend alle Publikationen und Reden in der DDR mit einem die Nation tangierenden Inhalt eine Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Nationalismus verbinden sollten. Dringender denn je erwies sich für die SED auch vor diesem Hintergrund die ideologische Abgrenzung von der BRD, die ihre Ergänzung in der völkerrechtlichen Abgrenzung finden sollte.

Die DDR kam in ihrem Bestreben um die rechtlich fundierte Abgrenzung mit dem Viermächteabkommen über Berlin 1972 einen beträchtlichen Schritt voran. In diesem Abkommen wurde die DDR erstmals von den drei westlichen Siegermächten des II. Weltkrieges als "Deutsche Demokratische Republik" bezeichnet. Dies wertete die DDR als Respektierung ihrer Souveränität und Integrität.

Mit dem Abschluß des Viermächteabkommens war der Durchbruch der DDR zur internationalen Anerkennung vollends vollzogen, was sich in der rapide zunehmenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung niederschlug. Diese so aufgewertete DDR erhob nun umso vernehmbarer ihren Anspruch nach eben solchen, in nichts anderegearteten, "gutnachbarlichen" Beziehungen zur Bundesrepublik.

Auf staatlicher Ebene wurden Verhandlungen zur Ausarbeitung eines Grundlagenvertrages mit der BRD geführt. Dieser "Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" wurde Ende 1972 unterzeichnet und von der DDR als "von historischer Bedeutung"⁽¹⁾ gefeiert.

(1) Honecker, Zügig voran bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages - Aus dem Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des Zentralkomitees, in: ND, 29.5.1973, S. 4

Mit diesem Vertragswerk sah die SED den Alleinvertretungsanspruch der BRD endgültig begraben, und seine unbegrenzte Laufzeit wurde seitens der DDR als Beweis dafür ausgelegt, daß es keine "offene deutsche Frage" mehr gebe.

Im Grundlagenvertrag wurde zudem festgestellt, daß beide Staaten unter anderem in der nationalen Frage unterschiedliche Auffassungen verträten. In Ausführung des Grundlagenvertrages gab es in der Tat eine Besonderheit: statt des von der DDR lange Zeit geforderten Botschafteraustausches wurden im Juni 1974 lediglich "Ständige Vertretungen" beider Staaten im jeweils anderen deutschen Staat akkreditiert.

Bedenken, die den Befürwortern dieses Vertrages offensichtlich aus den eigenen Reihen der SED entgegengetragen wurden, daß z. B. die einsetzenden erweiterten Besuchsmöglichkeiten den Abgrenzungsprozeß aufhalten oder unterhöhlen könnten, begegnete die SED-Führung mit der Belehrung, daß ohne "die Politik der Abgrenzung von der BRD...der jetzt sich vollziehende Prozeß der weltweiten völkerrechtlichen Anerkennung der DDR nicht erreicht worden..." wäre.⁽¹⁾ -

Die These, daß die Abgrenzung von der Bundesrepublik, die Abwendung von der Einheit der deutschen Nation, in den außenpolitischen Ambitionen der DDR ihre Hauptursache hatte, erfährt hier ihre Verifizierung.

In der Zeit der Aushandlung des Vertrages war die Diskussion um die nationale Frage erneut aufgelebt, und ihr Inhalt wurde abermals variiert. Einer der Hauptdiskutanten und Neuformulierer war wie seit Bestehen der SBZ/DDR Albert Norden, der, ausgehend vom sozialen Gehalt der nationalen Frage, feststellte, daß BRD- und

(1) Agitation und Propaganda nach dem VIII. Parteitag der SED-Konferenz des Zentralkomitees der SED über Agitation und Propaganda, Berlin, 16./17. November 1972, S. 49

DDR-Nation "von keiner sogenannten nationalen Klammer zusammengehalten werden (könnten)... Es (gebe) nicht zwei Staaten einer Nation, sondern zwei Nationen in Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung".⁽¹⁾ Alle Kriterien, die eine Nation ausmachen - das gemeinsame Territorium, die gemeinsame Wirtschaft, gemeinsame psychische und moralische Eigenschaften, eine gemeinsame Kultur oder geschichtliche Gemeinsamkeiten - kennzeichneten nach Norden die deutsche Nation nicht mehr.⁽²⁾

Die Unterscheidung der beiden deutschen Kulturen und der deutschen Sprache fand wie bei Norden so auch in der neueren Nationen-Diskussion in den Jahren 1972/1973 besondere Beachtung. Nach SED-Version war die Auffassung von der einheitlichen Kulturnation, wie sie in Kreisen der Bundesrepublik vorgetragen wurde, eine "bürgerliche These".⁽³⁾ Honecker unterstrich, "daß nicht Sprache und Kultur die Grenzen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland gezogen (hätten), sondern die...gegensätzliche Struktur...", und daß eine gemeinsame Sprache noch lange nicht "mit einer gemeinsamen Nation..."⁽⁴⁾ identisch sei.

Die noch unter Ulbrichts Ägide begonnene Distanzierung von der bis zum Ende der 60er Jahre herrschenden Ideologie der e i n e n deutschen Sprache wurde hier konsequent fortgesetzt. Der ständig seitens der Bundesrepublik vorgebrachte Hinweis auf die gemeinsame Sprache als unwiderlegbaren Beweis für die noch existente einheitliche deutsche Nation wurde mit dem Argument zurück-

(1) Norden, Fragen des Kampfes gegen den Imperialismus, in: Vorträge im Parteilehrjahr der SED 1971/1972, S. 22

(2) ebda., S. 22 f.

(3) Hager, Der Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus auf dem Gebiet der Kultur, in: Zu Fragen der Kulturpolitik der SED -Rede auf der 6. Tagung des ZK der SED, in: ND, 8.7.1972, S. 7

(4) Honecker, Zügig voran..., a.a.O., S. 4

gewiesen, daß dies in die Nähe Hitlerscher Machenschaften gehöre, der mit ebensolchem Hinweis gegenüber allen Deutschsprechenden seine Annexionspolitik zu begründen versucht habe.⁽¹⁾

Eine besonders explizite Position im Sprachenstreit bezog Axen, Mitglied des Politbüros der SED, der gerade die Sprache als Kriterium dafür heranzog, daß es eine größere Distanz als zwischen DDR und BRD nicht geben könne. Er behauptete, daß beide deutsche Staaten sich klassenmäßig unterscheiden "und daher in einer viel prinzipielleren Weise, als das zwischen der BRD und anderen deutschsprachigen Staaten, z. B. zwischen der BRD und Österreich der Fall" sei.⁽²⁾

Mit der Gemeinsamkeit der Sprache gab die DDR das grundlegende Moment der Kultur auf; die deutsche Kultur wurde unwiderruflich geteilt und mit der Kultur auch (endgültig) ein weiteres verbindendes Merkmal einer Nation ausradiert.

Diese Diskussionen überschnitten sich mit gleichzeitig in der Sowjetunion zu diesem Komplex in einem Buch veröffentlichten Überlegungen. Die DDR lehnte sich an die sowjetischen Auffassungen an und verursachte damit einen ersten, wenn auch leichten Einbruch, in ihre soeben aufgebaute Sprachen-Theorie: In einer SED-offiziellen Rezension des betreffenden sowjetischen Buches wurden die dort festgestellten gemeinsamen ethnischen, sprachlichen und sozialpsychologischen Momente zwischen der Nation der DDR und der BRD-Nation nicht bestritten. Die Bedeutung dieser Gemeinsamkeiten sei jedoch unwesentlich und ohnehin im Schwinden begriffen. Entsprechend der SED-Auffassung vom internationalistischen Wesen des Sozialismus und der führenden Rolle

(1) Norden, a.a.O., S. 24

(2) Axen, Die Festigung der internationalen Position der DDR, in: Horizont, H. 12, 1973, S. 4

der Sowjetunion bzw. der sowjetischen kommunistischen Partei entlehnte die SED für die Diskussion um die nationale Frage weitere neue Erkenntnisse diesem Buch, das im Auftrage der KPdSU zusammengestellt worden war und somit verbindlichen Charakter gewann. Die Autoren schlugen z. B. vor, den bisher gebräuchlichen Begriff der "bürgerlichen" Nation durch den der "kapitalistischen" zu ersetzen.⁽¹⁾ Dementsprechend wurde die "Nation der BRD" seitdem von der DDR titulierte.

Der besondere Wert dieses Werkes lag für die DDR darin, daß sich die Autoren mit der DDR-Theorie der zwei deutschen Nationen identifizierten. Und die Verfasser kamen des weiteren von den "Grundpositionen" - als das sind die ökonomischen Grundlagen, die soziale Klassenstruktur, die führende Kraft innerhalb der Nation, der soziale Inhalt der Kultur - "bei der Einschätzung der Entwicklungsprozesse in der DDR zu der Feststellung, daß sich 'die Formierung einer sozialistischen deutschen Nation (vollziehe)'".⁽²⁾

In Anlehnung an diese sowjetische Untersuchung kamen auch zwei namhafte DDR-Theoretiker zu der Erkenntnis, daß die DDR einen anderen Weg als den der separat-nationalen Existenz nicht gehen könne: "Die sozialistische Nation in der DDR ist eine historisch notwendige Existenz- und Entwicklungsform des gesellschaftlichen Zusammenlebens, derer das Volk der DDR zwingend bedarf,

(1) Autorenkollektiv unter Leitung PN Fedossejew, Der Leninismus und die nationale Frage unter den gegenwärtigen Bedingungen - Institut für Marxismus-Leninismus, Moskau 1972 - Buchbesprechung, in: Einheit, 1973, H. 2, S. 246 - Das Buch liegt in deutscher Sprache nicht vor.

(2) a.a.O., S. 245

um die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu errichten und zu vollenden und später den Kommunismus aufzubauen".⁽¹⁾

Dieser Passus erlaubt einen weiteren Rückschluß auf die Beweggründe, die zur Abstinenz von der Einheit der deutschen Nation führten, und zwar in Verbindung mit einer Aussage an gleicher Stelle, daß "nicht zuletzt durch die feste, unumkehrbare Integration in die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten und Nationen..."⁽²⁾ die DDR-Nation bestimmt werde. Nach diesen Aussagen wäre die DDR ohne ihre Identität als sozialistische Nation für den sozialistischen Staatenbund nicht genügend integrierfähig, denn in der Mitte dieses Bundes wäre eine Halbnation, noch dazu im Wartestand auf den sozialistisch umzugestaltenden Rest der Nation, auf Dauer ein Hemmschuh geworden.

Die staatlichen Beziehungen zwischen der BRD und DDR wurden auf der Basis des Grundlagenvertrages weiter ausgebaut. Jedes Folgeabkommen wurde von der DDR als Fortschritt auf dem Wege der Normalisierung zwischen der Bundesrepublik und der DDR gewertet. Hinweisen aus Westdeutschland, wonach durch den Grundlagenvertrag die deutsche Frage in der Schwebe gehalten worden sei, begegnet die SED mit der Auffassung, nach der gerade mit dem Vertrag diese Frage entsprechend den Normen des Völkerrechts geregelt sei: "Es gibt also folglich gar keine "deutsche Frage", sondern es gibt eben zwei souveräne, sozial entgegengesetzte, voneinander unabhängige deutsche Staaten und Nationen".⁽³⁾

(1) Alfred Kosing/Walter Schmidt, Zur Herausbildung der sozialistischen Nation in der DDR, in: Einheit, 1974, H. 2, S. 183

(2) ebda.

(3) Axon, a.a.O., S. 4

Mit absoluter Ausschließlichkeit widerspricht die DDR offiziell einer Ansicht, wie sie ebenfalls in der Bundesrepublik vertreten wird, daß nämlich die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten auch auf der Grundlage dieses Vertrages friedlich überwunden werden könne. Diese Auffassung plazierte die DDR in den Bereich der "illusionären Politik".⁽¹⁾

Nach dem Gesagten verbietet sich zwangsläufig jede Vorstellung von einer Wiedervereinigung zwischen BRD und DDR; die DDR hält es überdies für notwendig, das Gedankengut der Deutschen bezüglich ihrer Staaten und ihrer Nation(en) zu korrigieren.

In diesen Rahmen gehört die Tilgung gesamtdeutscher Reminiszenzen, so die Umbenennung des "Deutschlandsenders" in "Radio DDR", die Auflösung des Staatssekretariats für westdeutsche Fragen bzw. dessen Umwandlung in eine Abteilung des Außenministeriums, die Umbenennung des Interhotels "Deutschland" in Leipzig, die der Nationalen Front in "Nationale Front der DDR", das ledigliche Abspielen der Nationalhymne, das jedoch nicht mehr mit Gesang begleitet wird, da der Refrain der Hymne mit der Zeile endet: "Deutschland einig Vaterland" - und anderes mehr.

Auch die erst 1968 verabschiedete sozialistische Verfassung der DDR konnte nach der Revision wesentlicher Teile der DDR-Politik nicht verschont bleiben. Eine erste Distanzierung von der Verfassung in ihren die deutsche Nation als Einheit betreffenden Passagen erfolgte durch Norden schon im Jahre 1970. Er behauptete, daß die westdeutsche Formel von der "Einheit der

(1) Honecker, Unsere Kampfkraft stärken und sicher vorwärtsschreiten zum Wohl des ganzen Volkes - Interview des "Neuen Deutschland" mit Genossen Erich Honecker, Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED, zum Beginn der Parteiwahlen 1973/74, S. 18

Nation" falsch sei: "Und wenn sie (die Westdeutschen, d. Verf.) sich dabei scheinheilig auf die Verfassung der DDR berufen, so müssen wir hier offenbar Leseunterricht erteilen. Denn in unserer Verfassung heißt es, daß es eine Einheit nur auf der Grundlage von Demokratie und Sozialismus geben kann".⁽¹⁾

Dies nun, die Umwälzung der ganzen Nation zu der erwähnten Grundlage, war aber gerade Inhalt des Auftrages der DDR, der sich aus ihrer Verfassung ergab.

Später fand sich kein direkter Bezug zur Verfassung, die in ihren nationalen und gesamtdeutschen Aussagen in eklatantem Widerspruch zu Theorie und Praxis der Politik der DDR der späten 60er und frühen 70er Jahre geraten war. In dem Aufruf der Nationalen Front zum 25. Jahrestag der DDR befand sich nur ein Verweis auf die Nation, nämlich daß "sich in der DDR unter Führung der Arbeiterklasse allmählich die s o z i a l i s t i s c h e N a t i o n herauszubilden..."⁽²⁾ beginne.

Nach der Volkskammersitzung am 27.9.1974 wurde die Öffentlichkeit mit der bereits vollzogenen Verfassungsänderung konfrontiert; zum 25. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1974 wurde die revidierte Verfassung in Kraft gesetzt. Die Präambel und der Artikel 8 waren umformuliert worden, alle Bezüge zur einheitlichen Nation, alle Verbindlichkeiten hinsichtlich der Wiedervereinigung der deutschen Staaten waren gestrichen worden.

(1) Norden, Die DDR im Kampf um Frieden und Entspannung - gegen den westdeutschen Imperialismus, - Von der 13. Tagung des Zentralkomitees - Bericht des Politbüros, in: ND, 16.6.1970, S. 6 - s. dazu auch das Kapitel: "Die Verfassung von 1968 und die Verantwortung für die ganze Nation".

(2) Nationalrat der Nationalen Front der DDR: 25 Jahre Deutsche Demokratische Republik - ein Vierteljahrhundert Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus - Thesen Aufruf, S. 29

Die Interpretation dieser Verfassungsrevision erfolgte erst im Dezember 1974 während der 13. Tagung des ZK der SED. Den dortigen Aussagen zufolge war es erforderlich gewesen, die Verfassung mit dem Leben in Einklang zu bringen. Das hieß für die Ebene der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die Verfassung der "vollzogenen völkerrechtlichen Abgrenzung von der BRD"⁽¹⁾ entsprechend zu modifizieren. Es kam der SED darauf an, noch einmal klarzustellen, daß es kein wie auch immer geartetes "Dach" über den beiden Staaten gebe.

Die Integrierung der DDR in die sozialistische Staatengemeinschaft erforderte es dagegen, Elemente des proletarischen Internationalismus stärker als bisher in der Verfassung zu verankern.

Während dieses ZK-Plenums Ende 1974 erfolgte die vorläufig letzte verbindliche Interpretation des historischen Ablaufs, wie er sich in der "sozialistischen deutschen Nation" vollziehe: "Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wurde die Herausbildung der sozialistischen Nation als Prozeß in Gang gebracht, er geht unaufhaltsam weiter und wird sich auch in den nächsten Jahrzehnten fortsetzen. Das ist nicht die Frage eines "Federstrichs", sondern die Ingangsetzung eines revolutionären Aktes".⁽²⁾

(1) Honecker, Aus dem Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des Zentralkomitees der SED, in: ND, 13.12.1974, S. 4

(2) ebda., S. 3 f.

Schlußbetrachtung

Die vorliegende Untersuchung konnte Theorie und Praxis zum Problem der deutschen Nation, so wie sie von der DDR gehandhabt wurden und werden, nicht abschließend behandeln. Die Diskussion um die Nation generell wie um die deutsche Nation speziell ist bis heute nicht beendet.

In der marxistisch-leninistischen Theorie fanden die KPD/SED immer wieder Belege, um alle Änderungen zur nationalen Frage zu untermauern. Demgemäß hat es nie einen Standpunkt gegeben, der retrospektivisch als "falsch" eingestuft werden mußte; jede Revision erfolgte, soweit sie überhaupt begründet wurde, aus notwendiger Anpassung an die "konkreten historischen Gegebenheiten".

Im Folgenden werden die wichtigsten Etappen der Entwicklung der deutschen Nation in der Sicht der KPD/SED zusammenfassend aufgezeichnet:

Die Kommunistische Internationale legte für alle ihre Mitglieder 1935 verbindlich fest, die Sozialfaschismus-Theorie abzulösen und die Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie auf die Tagesordnung zu setzen. Die Bündnispolitik der KPD erfuhr dadurch eine entschiedene Variierung. Mit Hilfe des bisherigen Feindes, der SPD, sollte nunmehr der Faschismus gebrochen und der nationale Durchbruch Deutschlands zum Sozialismus erzwungen werden. Bei fortgesetzter Spaltung des Proletariats, so hielt es die KPD für erwiesen, sei dieses Ziel nie erreichbar. Die Arbeiterklasse blieb bis zum Ende der 60er Jahre in ihrer nationalen Einheit eine Konstante, mit der die KPD und später die SED kalkultierten und an die sie immer wieder zur Errichtung einer Einheits- oder Volksfront herantraten. Variabel dagegen war der Weg, auf dem KPD und

SED diese Klasse für den Sozialismus zu gewinnen versuchten: entweder über die Sozialdemokratie als Medium oder durch direkte Agitation, d.h. durch die Aktionseinheit von oben oder von unten.

Vor und während der Zeit des II. Weltkrieges war die Frage nicht akut gewesen, ob der Übergang zum Sozialismus national-eigenartig oder an der Sowjetunion orientiert vollzogen werden müsse. In der konkreten Situation nach dem Kriege entschied sich die SED zum speziellen nationalen Weg. Sie tat dies insbesondere in anbetracht der besatzungsmäßig vorgegebenen Spaltung Deutschlands. Hinter dieser Entscheidung verbarg sich auch eine Aversion einer großen Anzahl deutscher Kommunisten, das sowjetische Beispiel für die deutsche Nation zu verabsolutieren.

Die Sowjetunion setzte den deutschen Bestrebungen zur nationalen Eigenständigkeit ein Ende, als ihre Hegemonie seit 1947 von anderen sozialistischen Staaten in Frage gestellt worden war. Die DDR band sich nun einzig an die Sowjetunion und deren Übergang zum Sozialismus und Kommunismus. Dies fand seinen augenfälligen Ausdruck in der Umwandlung der SED zu einer Partei neuen, d. h. bolschewistischen Typs, mit der der Führungsanspruch über Staat und Nation einherging. - Erst in jüngster Zeit erhielt das Verlangen nach nationalen Unterschiedlichkeiten wieder Auftrieb, ohne daß die SED allerdings diesen Wandel forciert, ja wohl nicht einmal gewollt hat (dazu s.u.).

Die Staatsgründung der DDR 1949 und der programmatisch festgelegte Aufbau des Sozialismus 1952 sind schwerwiegende Schritte in Richtung auf eine zweigeteilte Nation. Zu jener Zeit gereichten sie nicht einmal zur Findung einer Theorie zweier deutscher Staaten, schon gar nicht aber zur Division der einen deutschen Nation.

Nichtsdestoweniger sind sie markante Meilensteine auf dem Wege zur sozialistischen deutschen Nation auf der einen, zur kapitalistischen deutschen Nation auf der anderen Seite. Dies wird auch in historischen Darstellungen entsprechend gewürdigt.

Das Jahr 1955 brachte die entscheidende Wende in der Deutschland-Politik der Sowjetunion, nachdem die BRD in das westliche Verteidigungssystem integriert worden war. Erst nach dieser "militärpolitischen Spaltung" Deutschlands war die dispositive Phase für die DDR beendet. Ihre garantierte Souveränität und Eigenstaatlichkeit fand Ausdruck in der Zwei-Staaten-Theorie, die in den um die Sowjetunion gruppierten sozialistischen Staaten seitdem Bestand hat. Die SED versuchte nun nicht mehr nur unter dem nationalen Deckmantel ganz Deutschland auf den Weg zum Sozialismus zu verhelfen, sondern sie wollte trotzdem vordringlich als sozialistischer Staat vom kapitalistischen Staat BRD anerkannt werden. Sie leitete die zwingende Notwendigkeit gerade aus der Tatsache ab, daß sich die beiden deutschen Staaten einer deutschen Nation eben deswegen nicht weiter verfremden könnten, weil diese deutsche Nation in ihrer Gesamtheit den historisch aktuellen Übergang zum Sozialismus einleiten und vollziehen müsse. - Dies jedoch wurde Bestandteil der überarbeiteten Betrachtungen der DDR zur nationalen Problematik: ein anderer als der sozialistische Aspekt war für die Zukunft der deutschen Nation indiskutabel.

Der 13. August 1961 brachte den Deutschen in Ost und West die Bestätigung, daß die Siegermächte die Teilung Deutschlands in der Gegenwart und in naher Zukunft nicht zu korrigieren wünschten. - Fragen, die Berlin und die Wiedervereinigung betreffen, unterstehen dem Vorbehalt der vier Siegermächte. - Mit der staatlichen Teilung erfolgte der weitere Exodus der DDR aus dem staatlichen

Verband Deutschlands und z. B. erst jetzt die bewußt intensivierte wirtschaftliche Bindung der DDR an den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Wenngleich die Abgrenzung durch die Mauer momentan lediglich die nahezu totale staatliche Abriegelung bewirkte, so leitete sie doch ebenfalls die nationale Zweiteilung ein. In der DDR wurde die Formel von der notwendigen "Wiedergeburt" der deutschen Nation im Sozialismus gefunden.

Nun, da der Staat DDR endgültig und augenscheinlich für absehbare Zukunft unwiderruflich konstituiert war, galt das Bestreben der SED- und DDR-Führung primär der weiteren Konsolidierung des Staates und seiner internationalen Anerkennung. Dies nun mit der Theorie der *e i n e n* deutschen Nation, die ihre Gültigkeit noch ein weiteres Jahrzehnt beibehielt, in Einklang zu bringen, führte zu ambivalenten Abhandlungen und Äußerungen zur nationalen Frage. Die Problematik, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden, trat besonders mit der Tatsache hervor, daß eine allgemein verbindliche Theorie des Überganges geteilter Nationen zum Sozialismus bis heute nicht verfaßt worden ist. Dies konnte die DDR nicht leisten, derselbe Staat bzw. seine führende Partei, die SED, die doch gerade die Führungsrolle der Sowjetunion und der KPdSU auch auf theoretischem Gebiet vorbehaltlos akzeptierte. Aus dieser ihrer untergeordneten Position ergab sich zwingend, daß nur die sowjetischen Kommunisten die marxistisch-leninistisch-stalinistische These modifizieren könnten, gemäß der Nationen zur sozialistischen Umgestaltung sich anschicken.

Die DDR stand zum Ende der 60er Jahre einerseits vor der Aufgabe, den Integrationsprozeß in das sozialistische Staaten- und Nationensystem voranzutreiben, andererseits die staatlichen Beziehungen zur Bundesrepublik auf eine völkerrechtliche Ebene zu heben. Die DDR fand zu keiner Synthese. Einen Ausweg, mit Sicherheit jedoch

keine Lösung, bot der DDR einzig die Teilung der deutschen Nation in eine sozialistische und eine kapitalistische Nation. Der Widerspruch zur klassischen Definition der Nation ist damit nicht gelöst. Es spiegelt sich darin vielmehr ein "besonderer Weg" zum Sozialismus und Kommunismus, wie er der deutschen Situation adäquat ist, wenngleich ihn die SED nicht als solchen einordnet. Denn dies verbietet sich schon deswegen, weil die sozialistische Integration jede nationale Exklusivität ausschließt. Die DDR ihrerseits will auch nicht den Anschein einer Sonderstellung erwecken.

Die politischen Wandlungen in der BRD, die den Prozeß zur staatlichen Anerkennung der DDR im Gefolge hatten, bildeten auch diesmal den Auslöser für die Revision in der nationalen deutschen Frage. Alle Relikte aus der "gesamtnationalen" Ära wurden gestrichen; die DDR vollzog die Abgrenzung gegenüber der BRD so total wie irgend möglich. Der weltweiten Anerkennung und Aufwertung der DDR standen seitens der BRD keine Hindernisse mehr im Wege. Vor allem aber konnte die Internationalisierung der sozialistischen Staaten untereinander forciert werden, und dies, der sozialistische Internationalismus, wurde nun von der SED zum Hauptinhalt der nationalen Frage in der sozialistischen deutschen Nation erhoben.

In der DDR findet man über das Jahr 1974 hinaus keinen Stillstand in der Beschäftigung mit der komplizierten Thematik der Nation. Hin und wieder wurden Modifizierungen vorgenommen, weitere werden folgen. An einigen Beispielen soll dies belegt werden:

1. Die Verfassungsänderung von 1974 und die daraus resultierende Ratlosigkeit und Unruhe unter der DDR-Bevölkerung zwang die SED zu der Klarstellung, daß die Einwohner der DDR der Nationalität nach

Überwiegend Deutsche seien. Führenden Völkerrechtlern der DDR blieb es vorbehalten, die theoretische Erklärung dazu nachzuliefern: "Nationalität" ist danach lediglich ein Komplex ethnischer Eigenschaften und Merkmale und enger gefaßt als der Begriff der "Nation". Ethnische Faktoren seien von minderer Bedeutung gegenüber den politischen, ökonomischen, sozialen, ideologischen. Die sozialistische deutsche Nation in der DDR sei deutscher Nationalität. Doch auch die ethnischen Eigenschaften seien in der DDR im Wandlungsprozeß begriffen.⁽¹⁾

2. Der Begriff "Deutschland", der verschiedenorts im Jahre 1972 eliminiert worden ist, wurde als Teil des Parteinamens "Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" beibehalten. Die damaligen terminologischen Änderungen hatten jedoch Spekulationen dahingehend ausgelöst, daß die SED ihre Partei auf dem IX. Parteitag - im Mai 1976 - umbenennen würde. Dies erwies sich als irrig. Die parallel dazu erwartete Umgestaltung der Bezeichnung "Neues Deutschland" für das Zentralorgan des Zentralkomitees der SED fand ebenfalls nicht statt. Dies beides scheint symbolträchtig genug, um eine Rückbesinnung auf "Deutschland" anzuzeigen und einen neu erwachenden "nationalen" Anspruch auf Deutschland zum Ausdruck zu bringen.⁽²⁾

(1) Alfred Kosing und Walter Schmidt, Nation und Nationalität in der DDR, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 44, 21.2.1975, S. 16

(2) s. dazu: Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beides verabschiedet auf dem IX. Parteitag der SED, Berlin, 18.-22. Mai 1976, und: Neues Deutschland, Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

3. Im Juli 1976 wurde in Ost-Berlin eine Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien abgehalten, die anstatt mit dem Begriff des "sozialistischen" oder "proletarischen Internationalismus" mit dem der "nationalen Selbständigkeit" sozialistischer Parteien und Länder operierte. Das Dokument, das zum Abschluß der Konferenz veröffentlicht worden ist, weist als Willensausdruck der Teilnehmer an bevorzugter Stelle aus:

"Die Teilnehmer der Konferenz unterstreichen die feste Entschlossenheit ihrer Parteien, auch künftig auf der Grundlage der von jeder Partei in Übereinstimmung mit den sozialökonomischen und politischen Bedingungen sowie den nationalen Besonderheiten des jeweiligen Landes völlig selbständig und unabhängig ausgearbeiteten und beschlossenen politischen Linie einen konsequenten Kampf zu führen..."⁽¹⁾

In dieser Aussage ist für die DDR hinreichend Sprengstoff deswegen enthalten, weil sie die SED in eklatanten Widerspruch zu ihrer Ideologie und bislang praktizierten Politik bringt. "Sozialistischer" oder "proletarischer Internationalismus" bedeutet in erster Linie Verpflichtung auf die Sowjetunion und ist das Fundament der DDR in ihrer Theorie der deutschen Nation.

Der sozialistische Internationalismus fand seine letzten Dokumentationen in der Theorie und in der praktischen Politik u. a. im deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom Oktober 1975, in dem Parteiprogramm der SED von 1976 und in einer sowjetischen

(1) Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa - Dokument der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, in: ND, 1.7.1976, S. 3

Schrift, die als theoretische Basis des derzeitigen Verständnisses der SED vom Internationalismus definiert werden kann. In jenem Buch ist das Prinzip des sozialistischen Internationalismus als tragender Grundstein der Entwicklung sozialistischer Nationen und ihrer Beziehungen untereinander erneuert und ausgebaut worden. Dort ist die "Einheit von Nationalem und Internationalem im Leben sozialistischer Nationen und Nationalitäten"⁽¹⁾ entwickelt und begründet. Das Werk ist soeben in der DDR erschienen und stellt seine Verbindlichkeit gerade auf Grund der internationalistischen Abhängigkeiten zwischen der Sowjetunion und der DDR nicht in Frage.

Es bleibt abzuwarten, ob angesichts des Widerspruches zwischen beiden Aussagen die Leitlinien der Berliner Konferenz der SED zu mehr als nur politisch-operativen Thesen reichen. Andernfalls bedürften die Willensäußerungen der kommunistischen Parteien neuer theoretischer Untermauerungen dahingehend, daß im Sozialismus nationale Besonderheiten wieder eine grundlegende Wertung beigemessen bekommen. Daraus resultierte dann für die Politik der sozialistischen Staaten, daß der Integrationsprozeß sozialistischer Nationen verlangsamt werden müßte.

Bisher ist noch nicht ansatzweise erkennbar, welche Konsequenzen die DDR in Theorie und Praxis der nationalen deutschen Frage daraus ziehen wird.

(1) Kaltachtschjan, Nation und Nationalität im Sozialismus, S. 125

Literaturverzeichnis

Abusch, Alexander: Kulturelle Probleme des sozialistischen Humanismus - Schriften - Bd. III, Berlin 1960
ders: Im ideologischen Kampf für eine sozialistische Kultur, Berlin 1958

Ackermann, Anton: Fragen und Antworten, Berlin

Arzinger, Rudolf: Das Selbstbestimmungsrecht im allgemeinen Völkerrecht der Gegenwart, Berlin 1966

Antrittsrede des Präsidenten Wilhelm Pieck und Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, 1949

Axen, Hermann: Zur Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR - Der VIII. Parteitag der SED über die Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR, Berlin 1973

Becher, Johannes R. : Gesammelte Werke, Bd.6, Herausgeber: J.-R.-Becher-Archiv der Akademie der Künste der DDR, Berlin 1973, 1. Aufl.

Benser, Günter: Vereint sind wir unsiegbar. Wie die SED entstand, Berlin 1961

Berg, Lene: Die nationale Frage in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des gegenwärtigen Kampfes um die Einheit, Leipzig/Jena 1955

Berlin und die Mauer - Fragen Probleme Antworten - herausgegeben vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Bittel, Karl: Die Politik der Sowjetunion zur Lösung der Deutschlandfrage (Von der Teheraner Konferenz zur neuen Note der SU 1953), Berlin 1953

Brandt, Heinz: Ein Traum, der nicht entführbar ist, München 1967

Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei, Berlin 1953

Der V. Parteitag der SED - Eine Analyse - Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Berlin 1958

Die deutsche Nation - von der Geschichte überholt oder geschichtlicher Auftrag - Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1974

Die erste sozialistische Verfassung - Kommentiert von Prof. Dr. W. Weichelt - Herausgegeben vom Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, Berlin 1969

Die nationale Front des demokratischen Deutschland - im Kampf für Einheit, Frieden, Demokratie und Sozialismus. Herausgeber: Karl Bittel, Berlin 1960

Die Sowjetunion auf der Genfer Konferenz, Berlin 1955

Doernberg, Stefan: Die Geburt eines neuen Deutschland,
Berlin 1959

ders.: Kurze Geschichte der DDR. Berlin 1965

Dunke, Horst: Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972

Flechtheim, Ossip: Die Internationale des Kommunismus
(1917 - 1957) - Zeitschrift für Politik - Sonderdruck,
Berlin, um 1959

ders.: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weima-
rer Republik, Offenbach 1948

Fischer, Ruth: Stalin und der deutsche Kommunismus - Der
Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt 1949

Gniffke, Erich W.: Jahre mit Ulbricht, Köln 1966

Goroschkowa, G.N.: Die deutsche Volkskongreßbewegung für
Einheit und gerechten Frieden - 1947 - 1949, Berlin 1963

Grotewohl, Ernst: Die Sozialistische Einheitspartei Deutsch-
lands lädt ein zu einem Deutschen Volkskongreß für
Einheit und gerechten Frieden, um 1947

ders.: Die SED hat ihre historische Bewährungsprobe bestan-
den, Berlin 1961

ders.: Im Kampf um die einigte Deutsche Demokratische Repub-
lik, Bd. I (1954), Bd. II (1959), Bd. IV (1959) Bd. V
(1959), alle: Berlin

Hager, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, Berlin
1972

Heyden, G./ Pietschmann, A.: Die deutsche Frage, Berlin 1965

Honecker, Erich: Bericht des Zentralkomitees an den VIII.
Parteitag, Berlin 1971

ders.: Die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der
sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1974

ders.: Unsere Kampfkraft stärken und sicher vorwärtsschrei-
ten zum Wohl des ganzen Volkes, Berlin 1974

Horn, Werner: Der Kampf der SED um den Aufbau der Grundlagen
des Sozialismus in der DDR und um die Herstellung der
Einheit Deutschlands als friedliebender, demokratischer
Staat (1952 - 1955) , Berlin 1961

ders.: Der Kampf der SED um die Festigung der DDR und den
Übergang zur zweiten Etappe der Revolution (1949 -
1952), Berlin 1959

Hortzschansky, Günter: Der nationale Verrat der deutschen
Monopolherren während des Ruhrkampfes 1923, Berlin 1961

Hühns, Erik: Heimat - Vaterland - Nation. Herausg.: Verlag
Tribüne Berlin und Deutscher Kulturbund - Berlin 1969

- Institut für Marxismus/Leninismus beim Zentralkomitee der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I - VIII, Berlin 1966
- Jähncke, Martin, Der dritte Weg, Köln 1964
- John, Erhard: Die sozialistische Kulturrevolution in der DDR (Marxistisch-Leninistische Bildungshefte), Berlin 1960
- Kamnitzer, Heinz: Weltbürgertum und Nation, Berlin 1953
- Koch, Hans: Kultur in den Kämpfen unserer Tage (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED), Berlin 1959
- ders.: Unsere Literaturgesellschaft, Berlin 1965
- Kozlov, V.: Bourgeois Nations and Socialist Nations, Moskau 1954
- Lenin, W. I.: Werke, Bd. 6 (1956), Bd. 10 (1959), Bd. 12 (1959), Bd. 17 (1963), Bd. 18 (1962), Bd. 19 (1965), Bd. 20 (1961), Bd. 21 (1960), Bd. 22 (1960), Bd. 23 (1960), Bd. 24 (1960), Bd. 29, 30, 31, 32, 33, 36 (1959) alle: Berlin
- Lindau, Rudolf: Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1949
- Mampel, Siegfried: Die Entwicklung der Verfassungsordnung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands von 1945 bis 1963, Tübingen 1964
- ders.: Die volksdemokratische Ordnung in Mitteldeutschland, 2. Auflage, Berlin/ Frankfurt/Main 1966
- Manuileski, D.: Die Ergebnisse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale - VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Moskau/Leningrad 1935, Feltrinelli Reprint 1967, Milano
- Marx, Karl/ Engels, Friedrich: Werke, Bd. 1,2,3, (1958), Bd. 4,5,6,7 (1959), Bd. 8 (1960), Bd. 14 (1961), Bd. 16,17, 18,19 (1962) Bd. 21 (1962), Bd. 22 (1963), alle: Berlin, Herausg.: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin
- dies.: Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1965
- Marxistische Philosophie - Lehrbuch, Berlin 1967
- Matern, Hermann: Deutschland in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus 1924 bis 1929 - Der Kampf des deutschen Proletariats unter Führung der KPD gegen das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus, Berlin 1956
- ders.: Deutschland in der Periode der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 - Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen die Gefahr des Faschismus und des Krieges, Berlin 1956
- Mattedi, Norbert: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands. 1945 - 1949, Bonn/Berlin 1966

Müller, Hans: Die Entwicklung der SED und ihr Kampf für ein neues Deutschland, 1945 - 1949, Berlin 1961

Nationale Front des demokratischen Deutschland - sozialistische Volksbewegung (Gemeinschaftsarbeit von Mitarbeitern des Franz-Mehring-Instituts der Karl-Marx-Universität Leipzig), Berlin 1969

Neef, Helmut: Der Freiheit Morgenrot, Berlin 1960

Neubert, Wolfram/Voigtländer, Kurt: Probleme der nationalen Frage in Deutschland, Berlin 1958

Norden, Albert: Die Kämpfer von gestern feiernd, bereiten wir die Gesellschaft von morgen vor, Berlin 1973

ders.: Fragen des Kampfes gegen den Imperialismus - Vorträge im Parteilehrjahr der SED 1971/72, Berlin 1972

ders.: Um die Nation, Berlin 1952

ders.: Wohin steuert die Bundesrepublik? Berlin 1966

ders./ Matern, Hermann/ Ebert, Friedrich: Zwei deutsche Staaten - Die nationale Politik der DDR, Berlin 1967

Oder-Neiße-Grenze - Die historischen Beschlüsse von Warschau, Berlin um 1950

Oelßner, Fred: Die heutige Bedeutung der nationalen Frage, Berlin 1961

ders.: Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, 2. Auflage, Berlin 1956

Philosophisches Wörterbuch - Herausgegeben von Georg Klaus und Manfred Buhr, 2. Auflage, Leipzig 1965

Pieck, Wilhelm: Im Kampf um die Arbeitereinheit und die deutsche Volksfront 1936 - 1938, Berlin 1955

ders./ Dimitroff, Georgi/ Togliatti, Palmiro: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus, Berlin 1937

ders./ Ackermann, Anton: Unsere kulturpolitische Sendung (Reden auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der Kommunistischen Partei), Berlin 1946

Poeggel, Walter/ Wagner, Ingo: Die deutsche Konföderation, Berlin 1964

dies.: Die nationale Frage in der gegenwärtigen Epoche, Leipzig 1962

Polak, Karl: Zur Dialektik in der Staatslehre, Berlin 1963

Politisches Grundwissen (Parteihochschule Karl Marx beim ZK der SED), Berlin 1970

Referat Walter Ulbichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15. - 17. Dezember 1960, Berlin 1960

Riklin, Alois und Westen, Klaus: Selbstzeugnisse des SED-Regimes - Aktuelle Studien, herausgegeben vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus, Köln 1963

- Scheurig, Bodo: Freies Deutschland - Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion- 1943 - 1945, München 1960
- Sieben DDR-Vorschläge für Europäische Sicherheit - Walter Ulbricht schlägt Bundesregierung, Austausch von bevollmächtigten Missionen vor, um 1968
- Sozialistischer Realismus - Herausgeg. von Prof. Erwin Pracht und Dr. Werner Neubert, Berlin 1970
- Stalin, Josef: Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft, Berlin 1951
- ders.: Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage - Eine Sammlung ausgewählter Reden und Schriften, Berlin 1952
- ders.: Die nationale Frage und der Leninismus, Berlin 1951
- ders.: Fragen des Leninismus, Berlin 1951
- ders.: Marxismus und nationale Frage, Berlin 1965
- ders.: Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion, 3. Auflage, Moskau 1946
- ders.: Werke, Bd. 4 (1951), Bd. 5 (1952), Bd. 6,9 (1953), alle: Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU (B) - Die deutsche Ausgabe wird vom Marx-Engels-Lenin-Institut beim Zentralkomitee der SED besorgt.
- Steiniger, Alphons: Hat das deutsche Volk ein Recht auf Selbstbestimmung seiner Verfassung? Berlin 1948
- Steiniger, Peter A.: Vom Wesen unserer Arbeiter- und Bauernmacht, Leipzig/Jena 1954
- Stern, Leo: Zur nationalen Grundkonzeption der deutschen Arbeiterklasse im Kampf um die Lösung der Lebensfrage der deutschen Nation, Berlin 1961
- Studien über die Revolution, Berlin 1969
- Sywottek, Arnold: Deutsche Volksdemokratie - Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935 - 46, Düsseldorf 1971
- Thälmann, Ernst: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin, Bd. I (1955), Bd.II (1956)
- Thomas, Siegfried: Entscheidung in Berlin - Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46, Berlin 1967
- Über die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU und die bisherige Durchführung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz - Berlin 1956
- Ulbricht, Walter: Der Plan des demokratischen Neaufbaus, Berlin 1946
- ders.: Der Friedensvertrag und die nationalen Streitkräfte, Berlin 1952
- ders.: Der Weg zu Frieden, Einheit und Wohlstand, Berlin 1953

Ulbricht, Walter: Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen, Berlin 1966

ders.: Der Weg zur Sicherung des Friedens und zur Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes, Berlin 1959

ders.: Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1956

ders.: Die DDR ist ihres Sieges gewiß - Reden und Aufsätze - Berlin 1960

ders.: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945 - 1958 , Berlin 1958

ders.: Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967

ders.: Die historische Mission der DDR, Berlin 1971

ders.: Die nationale Mission der DDR und das geistige Schaffen in unserem Staat, Berlin 1965

ders.: Die Staatslehre des Marxismus/Leninismus und ihre Anwendung in Deutschland, Berlin 1958

ders.: Die Warschauer Konferenz und die neuen Aufgaben der Partei, Berlin 1955

ders.: Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - 3. Auflage, Berlin 1957

ders.: Lehren des XIX. Parteitages der KPdSU für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1965

ders.: Sozialistische Verfassung der DDR - die deutsche Charta der Freiheit und der Menschlichkeit, Herausgeber: Nationale Front des demokratischen Deutschland, Berlin 1968

ders.: Zu einigen außenpolitischen Fragen

ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II (1966), Bd. III (1971), Bd. IV (1958), Bd. VII (1964) Bd. VIII (1965), Bd. IX (1965), Bd. X (1966), alle: Berlin

ders.: Zur Geschichte der neuesten Zeit, 1. Halbbd., Berlin 1968

Ulbrichts Grundgesetz - die sozialistische Verfassung der DDR - 3. Aufl., Kommentiert von Dietrich Müller-Römer, Köln 1968

Unser Standpunkt in der deutschen Frage - Herausg. vom Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, Berlin 1968

Weber, Hermann: Von der SBZ zur DDR, Bd. I: 1945 - 1955, Hannover 1966, Bd. II: 1956 - 1967, Hannover 1967

Weinert, Erich: Das Nationalkomitee "Freies Deutschland" 1943 - 1945, Berlin 1957

Winternitz, Joseph: Marxismus und Nation, Berlin 1949

ders.: Stalin und die nationale Frage, Berlin 1950

Wohin - Fragen - Widersprüche - Wege, Herausg. vom Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen, Berlin 1966

Periodika

- Aufbau - Kulturpolitische Monatszeitschrift - Herausg. vom Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands - Berlin, Jg. 1946, 1953, 1957
- Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik - Schriftenreihe - Berlin, Jg. 1961, 1962, 1965
- Deutsche Volkszeitung - Zentralorgan der KPD, Berlin, Jg. 1946
- Deutscher Volksrat - Informationsdienst, Berlin, Jg. 1949
- Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin, Jg. 1957, 1961 1964, 1972
- Die Rote Fahne - Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Berlin, Jg. 1923
- Die Welt - Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Stockholm, Jg. 1940
- Einheit - Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin, Jg. 1946, H. 1 - 3
- Theoretische Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus, Jg. 1946 ff,
- Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Jg. 1950 ff,
alle: Herausg. vom Parteivorstand bzw. Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin
- Europa-Archiv, Oberursel/T, Jg. 1950
- Forum - Organ des Zentralrats der FDJ für die deutschen Studenten, Berlin, Jg. 1955
- Freies Deutschland - Organ des Nationalkomitees, Moskau, Jg. 1943, 1944
- Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M, Jg. 1975
- Geschichte in der Schule - Zeitschrift für den Geschichtsunterricht, Berlin, Jg. 1950
- Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, Berlin, Jg. 1963, 1964
- Horizont - Sozialistische Wochenzeitung für internationale Politik und Wirtschaft, Berlin, Jg. 1973
- Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte - 1972, Teil II, Berlin 1972
- Nationale Front des demokratischen Deutschland - Informationsdienst, Berlin, Jg. 1950
- Neue Justiz - Zeitschrift für Recht und Rechtswissenschaft - Deutsche Justizverwaltung der SBZ, Berlin, Jg. 1948
- Neue Welt, Halbmonatsschrift - Verlag Tägliche Rundschau, Berlin, Jg. 1951, 1952
- Neues Deutschland - Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin, Jg. 1946 - 1976

Probleme des Friedens und des Sozialismus - Zeitschrift
der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie
und Information, Berlin, Jg. 1962

Rundschau - über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung,
Basel, Jg. 1933, 1939

Schriftenreihe für Lehrer und Erzieher im zweisprachigen
Gebiet, Bautzen, Jg. 1966

Schriftenreihe zu Fragen der Militärpolitik, Berlin, Jg. 1961

Sonntag - Zeitung für Kultur, Politik und Unterhaltung -
Herausg. vom Deutschen Kulturbund, Berlin, Jg. 1959

Sowjetwissenschaft - Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge,
Berlin, Jg. 1952, 1958, 1966

Tägliche Rundschau - Zeitung für Politik, Wirtschaft und
Kultur, Berlin, Jg. 1952

Thüringer Volkesschriften, Weimar, Jg. 1946

Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig, Leip-
zig, Jg. 1950/51

Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg, Gesellschafts- und Sprachwissenschaft-
liche Reihe, Halle, Jg. 1952/53

Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock - Ge-
sellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe Jg. 1952/
53, Rostock

Zeitschrift für Gesellschaftswissenschaft, Berlin, Jg. 1959,
1960, 1965, 1967, 1968

Dokumente und Materialien

- Bartel, Walter/ Stulz, Percy: Die Deutsche Demokratische Republik auf dem Wege zum Sozialismus (Teil 1, 1945 - 1949), (Dokumente und Materialien), Berlin 1959
- Bericht vom 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1946
- Die Sowjetunion und die Frage der Einheit Deutschlands und des Friedensvertrages mit Deutschland (Herausg. Amt für Information, DDR), 1952
- Dokumente der Einheit - Sonderausgabe der SED - Provinzialverband Mark Brandenburg, Berlin 1946
- Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II (1950), Bd. III (1952), Bd. IV (1954), Bd. V (1956), Bd. VI (1958), Bd. VII (1961), Bd. VIII (1. Aufl., 1962), Bd. IX (1965), Bd. X (1967), Bd. XI (1969), Bd. XII (1971) alle: Berlin
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Herausg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Reihe III, Bd. I, Berlin 1959
- Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1958
- Dokumente zur Deutschland-Politik der Sowjetunion, Bd. I 1945/54, Berlin 1957
- Für eine sozialistische deutsche Kultur - Thesen der Kulturkonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1957
- Greif zur Feder, Kumpel! - Protokoll der Autorenkonferenz des Mitteldeutschen Verlages Halle (Saale) am 24. April 1959 im Kulturpalast des elektrochemischen Kombinats Bitterfeld
- 25 Jahre Deutsche Demokratische Republik - ein Vierteljahrhundert Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus, Herausg. vom Nationalrat der Nationalen Front der DDR, Berlin 1974
- Jugend von heute - Hausherrn von morgen
- Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED zur Problemen der Jugend in der DDR
 - Rede des Genossen Walter Ulbricht auf der Großkundgebung der Berliner Jugend - 23. 9. 1963
- Kleine Dokumentensammlung - Herausg. von Prof. Dr. Bittel, Berlin 1960
- Kommentar Dr. Müller, in: Informationen - Herausg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Nr. 1/1975
- Kulturrecht - Eine Sammlung kulturentrechtlicher Bestimmungen für Kulturfunktionäre und Kulturschaffende, Berlin 1959
- Lehrplan für das Fach Staatsbürgerkunde an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen - Entwurf - Regierung der DDR - Ministerium für Volksbildung, Berlin 1964

Lehrplan für das Fach Staatsbürgerkunde an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen - Regierung der DDR - Ministerium für Volksbildung

Materialien der 12. Sitzung der Volkskammer der DDR und das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem, H. 5, Berlin 1965

Neef, Helmut: Programmatistische Dokumente der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin 1967

III. Parteitag der SED - Protokoll des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1951

Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin, 3. Auflage, 1965

Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976

Protokoll der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1952

Protokoll des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I und II, Berlin 1959

Protokoll des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I - IV, Berlin 1963

Protokoll des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I und II, Berlin 1967

Protokoll des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I, Berlin 1971

Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD, Berlin 1946

Rede Erich Honeckers vor der Volkskammer, in: Informationen, Herausg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Nr. 20/74

Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Herausg. und eingeleitet von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Berlin 1964

SBZ - Archiv, Köln

SBZ von A - Z, 10. Auflage, Bonn 1966

Schule und Nation - Materialien zur Auswertung des Nationalen Dokuments und des Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1962

Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976

14. Tagung des ZK der SED - 15. - 17. 12. 1966, Berlin 1967

Texte zur Deutschlandpolitik - Herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bd. II (Bonn, 1967) Bd. III (Wolfenbüttel 1970), Bd. IV (Bonn 1970), Bd. V (Melsungen 1970), Bd. VI (Melsungen 1971)

Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland - Dokumente aus den Jahren 1945 - 1949, Berlin 1968

Unser Bildungssystem - wichtiger Schritt auf dem Wege zur gebildeten Nation - Materialien der 12. Sitzung der Volkskammer der DDR und das Gesetz über das einheitliche Bildungssystem, H. 5, Herausg.: Kanzlei des Staatsrates der DDR, 1965

Völker hört die Signale - Herausg. von Hermann Weber, Köln/Berlin 1967

Weber, Hermann: Die kommunistische Internationale - Eine Dokumentation, Hannover 1966

Zur sozialistischen Kulturrevolution - Dokumente - Bd. II, Berlin 1960

Lebenslauf

Name: Helga Ernst

Geb. am: 26. 7. 1939 in Hannover-Vinnhorst

Vater: Wilhelm Ernst, Tischler (vermißt)

Mutter: Wina Ernst geb. Kahle, Hausfrau

Schulbesuche: Herbst 1945 - Ostern 1950 Volksschule Vinnhorst

Ostern 1950 - Ostern 1956 Mädchen-Mittelschule II

Hannover

Ostern 1956 - Herbst 1956 Handelsschule Buhmann Hannover

Ostern 1961 - Ostern 1964 Abendgymnasium Hannover

Ostern 1964 - Ostern 1965 Abendgymnasium Oldenburg/O.

(Abschluß: Abitur)

Von Oktober 1956 bis Herbst 1964 (mit Unterbrechung) Tätigkeit als Steno-Kontoristin in verschiedenen Firmen in Hannover und Oldenburg/O.

Studium der Politologie, Soziologie, Osteuropäische Geschichte:

Sommersemester 1965 - Wintersemester 1965/66

Universität Tübingen

Sommersemester 1966 - Wintersemester 1966/67

Universität Bonn

Sommersemester 1967 - Sommersemester 1970

Freie Universität Berlin (Abschluß: Politologie-Diplom)

Vom März 1972 an Dissertation zu dem Thema: "Die deutsche Nation in der Sicht der DDR"; Abschluß der Promotion am 4. 2. 1977.

Zur Zeit ausgeübte Tätigkeit: Honorar-Referentin in verschiedenen Instituten der politischen Bildung und Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Bundestag.

